

Der sensationelle Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung bei der Landbevölkerung Nord- und Ostdeutschlands ist eine der wesentlichsten Grundlagen für den steilen Anstieg der NSDAP-Stimmen in den Jahren 1930 bis 1932 gewesen. Diese Entwicklung war besonders überraschend in einem Land wie Schleswig-Holstein, das seit 1870 als traditionell liberales Bauernland galt. Der Soziologe Rudolf Heberle hat als Privatdozent in Kiel in den Jahren 1932/33 den Versuch unternommen, die Gründe dieses politischen Umschwungs durch eine exakte wahlsoziologische Untersuchung festzustellen. Bei der Durchleuchtung der Zusammenhänge zwischen sozialen Faktoren und politischer Willensbildung kamen ihm seine außerordentlichen landes- und volkskundlichen Kenntnisse Schleswig-Holsteins zugute. In der Schrift Heberles findet sich sozusagen jede soziale Gruppe, jede Landschaft, jeder Landkreis abgebildet. Auf diese Weise hat der Verfasser durch ein mustergültiges methodisches Verfahren das oft beredete Thema „Landbevölkerung und Nationalsozialismus“ zum ersten Mal mit genauen Fakten und Daten belegt.

Es entspricht einem langgehegten Wunsch aller Kenner, daß diese Untersuchung, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht mehr veröffentlicht werden konnte, und die heute noch nicht übertroffen ist, im vollen ursprünglichen Text erscheint.

Landbevölkerung
4.3.72

LANDBEVÖLKERUNG UND NATIONALSOZIALISMUS

Rechtehinweis

Die kostenfreie Nutzung der Publikation ist an die Einhaltung der geltenden urheberrechtlichen Bestimmungen geknüpft. Das Ausdrucken, das Herunterladen und das Speichern der Daten ist ausschließlich zu privaten, wissenschaftlichen und nicht-kommerziellen Zwecken erlaubt.

Permalink: <https://link.bsb-muenchen.de/BV001912050>

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 6

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Martin Broszat

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTT GART

RUDOLF HEBERLE

LANDBEVÖLKERUNG UND NATIONALSOZIALISMUS

Eine soziologische Untersuchung der politischen
Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Meinen Kindern
Jürgen, Hinnerk, Antje

INHALT

VORWORT	7
EINLEITUNG	11
1. Gegenstand und Methode	11
2. Der Typus des schleswig-holsteinischen Landvolkes	13
3. Gang der Untersuchung	18
I. DIE WANDLUNGEN DER POLITISCHEN MEINUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1871–1932	20
1. Die politischen Parteien in Schleswig-Holstein von der Reichsgründung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges	21
2. Wahlentwicklung in Schleswig-Holstein 1919–1932	29
A. Die einzelnen Phasen	29
B. Eigenart der Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Reich und anderen Wahlkreisen	34
C. Stadt und Land	37
II. DIE POLITISCHE UND SOZIALE STRUKTUR DER EINZELNEN LÄNDLICHEN REGIONEN	41
1. Vergleich der Wahlergebnisse 1919–1932 nach Kreisen	41
2. Die sozialen Bedingungen der politischen Atmosphäre	44
3. Dithmarschen, Eiderstedt und das übrige Nordfriesland	48
4. Ostholstein	63
5. Angeln	69
6. Elbmarschen und die Kreise Pinneberg und Steinburg	80
7. Die Geest im Vergleich zu anderen Regionen	92
8. Zusammenfassung	103
III. ERWERBSTÄTIGKEIT UND SOZIALE SCHICHTUNG ALS FAKTOREN DER POLITISCHEN MEINUNGSBILDUNG	105
1. Exkurs über das Verfahren statistischer Zusammenhangsforschung	105
2. Verhältnis von agrarischer und nichtagrarischer Bevölkerung zu den politischen Gruppierungen	107
3. Politische Tendenzen des Mittelstandes	108

4. Politische Tendenzen der Arbeiterschaft	111
5. Einfluß der Belegschaftsgröße der Betriebe auf die politische Willensbildung	112
6. Politische Tendenzen in der Landarbeiterschaft	113
7. Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassen und politische Gruppierungen	114
 IV. BEDEUTUNG DER AGRARKRISE FÜR DEN POLITISCHEN UMSCHWUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN	 118
1. Kriegsfolgen	118
2. Kreditbedarf und Verschuldung	120
3. Agrarkrise	124
4. Wirtschaftliche Notlage und Wahlerfolge der NSDAP	130
 V. SOZIALE UMSCHICHTUNGEN IM LANDVOLK SCHLESWIG-HOLSTEINS	 134
 VI. POLITISCHE IDEEN UND BEWEGUNGEN 1918–1932	 138
1. Vom Freisinn auf dem Lande zur völkischen Bauernbewegung	138
A. Bauernverein und Landespartei	139
B. Ideologie der Landespartei	141
C. Die Jungbauernbewegung	147
D. Jungdeutscher Orden, völkische Bünde und Wehrverbände	149
2. Kampf der Konservativen um die Macht	151
A. Der Stahlhelm	151
B. Die Deutschnationale Volkspartei	152
C. Landbund und Bauernverein	153
D. Massendemonstrationen vom Januar 1928	154
E. Einheitsorganisation des Land- und Bauernbundes	155
F. Die Landvolk-Bewegung	156
3. Der Aufstieg der NSDAP	160

VORWORT

Die verspätete Veröffentlichung dieser Untersuchung macht es notwendig, einige Erklärungen über Entstehung und Schicksal dieses Buches zu geben. Im Jahre 1932 (ich war damals Privatdozent an der Universität Kiel) faßte ich den Entschluß, eine wahlsoziologische Untersuchung über die politischen Parteien in Schleswig-Holstein zu unternehmen, insbesondere die Wahlergebnisse in den ländlichen Gemeinden zu untersuchen. Den Anlaß gab das rasche und für uns damals überraschende Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, namentlich an der Westküste. Anregungen zu dieser Art von politischer Soziographie hatte ich während eines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten, vor allem durch André Siegfrieds damals noch ziemlich unbeachtetes Werk über die politischen Parteien in Nordwest-Frankreich¹ empfangen. Schleswig-Holstein bot mit seinen drei deutlich unterschiedenen kulturgeographischen Zonen ein ausgezeichnetes Versuchsfeld für derartige Forschung.

Die Arbeit wurde mit Unterstützung seitens der Rockefeller Foundation und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in den Jahren 1932–34 durchgeführt. Wenige Wochen nachdem mein Assistent, Herr Dr. Hans Gerth, ein Schüler Karl Mannheims, jetzt Professor an der University of Wisconsin, seine Stellung bei mir in Kiel angetreten hatte, wurde durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die ganze Arbeit in Frage gestellt. Ich habe mich in heute unbegreiflicher Verkennung der soziologiefeindlichen Einstellung der Nationalsozialisten dann doch entschlossen, die Untersuchung durchzuführen. Ich hatte bereits eine Anzahl von Interviews mit Landeskennern und Politikern gehalten und hatte selbst bei nationalsozialistisch Gesinnten nur Entgegenkommen gefunden. Auch nach der „Machtergreifung“ konnte ich, z. T. unterstützt von Herrn Gerth, die Interviews noch fortsetzen.

Als das Manuskript im Herbst des Jahres 1934 fertiggestellt war, gab es keine Möglichkeit mehr, diese Arbeit zu veröffentlichen. Nur der „Volksspiegel“, eine wenig beachtete volkskundlich-soziographisch gerichtete Zeitschrift, die Max Rumpf herausgab, wagte es, eine kurze Zusammenfassung meiner Ergebnisse zu bringen².

Im Jahre 1945 habe ich dann, nachdem bereits zwei Aufsätze in amerikanischen Zeitschriften erschienen waren, eine stark gekürzte Fassung unter dem Titel „From Democracy to Nazism“ veröffentlicht³. Die verhältnismäßig kleine Auflage

¹ André Siegfried: *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*. – Paris 1913.

² Rudolf Heberle: *Die politische Haltung des Landvolks in Schleswig-Holstein 1918–1932*. *Volksspiegel*. Bd. I, Nr. 4. – 1934.

³ Rudolf Heberle: *From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany*. – Baton Rouge 1945.

dieser Veröffentlichung ist nun vergriffen. Ich begrüße es daher dankbar, daß das Institut für Zeitgeschichte jetzt den ganzen ursprünglichen Text veröffentlicht.

Bei der Bearbeitung des Manuskripts, die überwiegend im Institut für Zeitgeschichte erfolgt ist, ergab sich u. a. das Problem, wie weit das Präsens durch das Imperfekt zu ersetzen sei. Dies ist mit möglichst großer Konsequenz dort geschehen, wo es sich um die Schilderung der politischen Tendenzen und um die Analyse von Wahlergebnissen handelt, während in der Beschreibung sozialer Zustände meist die ursprüngliche Fassung bewahrt ist. Wo der Wechsel inkonsequent zu sein scheint, bitten wir um die Nachsicht des Lesers.

In der ursprünglichen Fassung waren die Sozialdemokratie, die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammenfassend als „marxistische“ Parteien bezeichnet. Dies erscheint als unangebracht, da keineswegs alle Sozialdemokraten Marxisten waren, und da vor allem die Wähler, selbst der KPD, nur zum kleinen Teil als Marxisten gelten konnten. Wir haben deshalb, wo diese Parteien zusammenfassend genannt werden, die Bezeichnung „sozialistisch“ vorgezogen. Im übrigen sind keine wesentlichen Veränderungen des ursprünglichen Textes erfolgt; nur an einigen Stellen, wo mir dieser zu spekulativ erschien, habe ich Streichungen oder kleine Veränderungen vorgenommen.

Wer von dieser Untersuchung eine eindeutige Erklärung, eine definitive Feststellung der Ursachen des Erfolges der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein erwartet, wird enttäuscht werden. Die Kausalforschung hat es hier, wie so oft in den Sozialwissenschaften, mit sehr komplexen Erscheinungen und vielfältig verknüpften Faktoren zu tun. Im Aufzeigen dieser Faktoren, soweit es zur Zeit der Abfassung des Manuskripts möglich war, liegt der Sinn dieser Untersuchung. Eine eindeutige Bewertung der verschiedenen Faktoren nach ihrer Bedeutung war damals noch weniger möglich als heute, wo der Forschung manche damals noch verschlossene Quellen zugänglich sind.

Selbstverständlich würde ich, wenn ich die Untersuchung heute unternähme, vieles anders anfassen und manches anders formulieren. Dennoch habe ich von wesentlichen Änderungen und Ergänzungen abgesehen, teils wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten, teils weil die Arbeit so wie sie 1934 abgeschlossen wurde, sozusagen auch ein Dokument zur Zeitgeschichte des Dritten Reiches darstellt.

Wäre die Arbeit 1934 veröffentlicht worden, hätte sie bahnbrechend sein können, denn damals steckte die soziographische Behandlung politischer Parteien und Bewegungen noch in den Anfängen. Seitdem sind in vielen Ländern unzählige Untersuchungen gemacht worden, vor allem statistische Studien über das Verhalten bei politischen Wahlen und über die Meinungsbildung während eines Wahlkampfes¹.

¹ Eine Übersicht der früheren wahlsoziologischen Arbeiten in meinem Buch „Social Movements“. – New York 1951, S. 463 ff. Siehe auch Sten S. Nilson: Wahlsoziologische Probleme des Nationalsozialismus. Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften 110, Bd. 2, 1954, S. 279 ff.; Francois Goquel und Georges Dupeux: Sociologie electorale. – Paris 1951; G. Dupeux: Le comportement électoral. Current Sociology III, 4, 1954/55, S. 327 ff.; R. Bendix und S. M. Lipset: Political Sociology. Current Sociology VI, 2, 1957, S. 106 ff.;

Auch unter meiner Leitung sind in Louisiana einige Untersuchungen dieser Art zur Erfassung bestimmter politischer Tendenzen entstanden¹. Was den Gegenstand der Arbeit, die Landbevölkerung Schleswig-Holsteins, betrifft, so haben der Zweite Weltkrieg und seine Folgen einschneidende Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, damit aber auch der sozialen Bedingungen des politischen Verhaltens verursacht. Es wäre reizvoll, an die Ergebnisse meiner Arbeit anknüpfend, die Linie der Entwicklung bis heute nachzuziehen, wie ich es denn überhaupt für gewinnbringend erachten würde, wenn meine Untersuchung die deutsche Zeitgeschichtsforschung anregen würde, auf ähnlichem methodischem Weg den Wandlungen der politischen Willensbildung seit 1945 in der Bundesrepublik nachzugehen.

Die statistischen Methoden und die Technik der Interviews haben sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren erheblich verfeinert. Aber über der technischen Vervollkommenung wird oft das Wichtigste vernachlässigt: die gründliche und umfassende Kenntnis von Land und Leuten und der persönliche Kontakt des Forschers mit den Menschen, deren politisches Verhalten untersucht werden soll. Es war vielleicht einer der Vorzüge meiner, schon durch die Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Mittel bedingten, Arbeitsweise, daß ich selbst im Lande herumreiste und gut informierte, im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten befragte.

Diese „Feldarbeit“ war vorbereitet durch landeskundliche Forschungen und durch sehr detaillierte Analysen von Wahlergebnissen. Das Statistische Reichsamt hatte mir, wenigstens für zwei Reichstagswahlen für ausgewählte Teile der Provinz unveröffentlichte Wahlergebnisse nach Gemeinden zur Verfügung gestellt. Die mühevollen Bearbeitung dieses Materials hat zum größten Teil meine Frau besorgt.

Auf Grund dieser Vorbereitung habe ich dann Reisen in besonders interessant oder problematisch erscheinende Gegenden unternommen, die oft zu Fuß durchstreift wurden. Der Fußgänger hat (oder hatte damals noch), wie schon Wilhelm Heinrich Riehl bemerkt hat, Gelegenheit zu vielen zwanglosen Gesprächen, sei es auf der Landstraße, im Gasthof oder im Laden; manche Einfälle und Einsichten verdanke ich solchen Begegnungen. Der im Gebrauch von Fragebogen geschulte Sozialforscher wird über solche Lässigkeit des Verfahrens die Nase rümpfen; aber anders hätte man damals überhaupt nicht vorgehen können, mußte doch meistens

Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz: Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953. – Berlin und Frankfurt 1957.

¹ R. Heberle und A. L. Bertrand: Factors motivating voting behavior in a one-party state. *Social Forces*. Vol. 27, 4, 1949.

R. Heberle, G. Hillery Jr. u. F. Lovrich: Continuity and Change in Voting Behavior in the 1952 Primaries in Louisiana. *The Southwestern Social Science Quarterly*. XXXIII, 1953.

R. Heberle u. Perry H. Howard: An Ecological Analysis of Political Tendencies in Louisiana: the Presidential Elections of 1952. *Social Forces*. Vol. 32, 4, 1954. Perry H. Howard: Political Tendencies in Louisiana, 1812–1952. – Baton Rouge 1957.

das eigentliche Ziel meiner Erkundigung getarnt werden. Die Kunst, Gesinnungen zu verbergen, war in den Jahren 1932/33 noch nicht sehr entwickelt, aber man war doch meistens darauf angewiesen, direkte Fragen zu vermeiden und aus Andeutungen und symptomatischen Äußerungen auf die politische Meinung des Gesprächspartners zu schließen. Übrigens bemerkten wir damals, was später durch viele Erfahrungen bestätigt wurde, daß die Menschen durchreisenden Fremden gegenüber offener redeten als mit ihren Nachbarn.

Die Durchführung der Arbeit wurde wesentlich erleichtert durch die Gastfreundschaft, die ich im Staatswissenschaftlichen Seminar und im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel genossen habe. Dem damaligen Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Andreas Predöhl, sowie mehreren seiner Mitarbeiter und Angestellten bin ich zu besonderem Dank verbunden.

Louisiana State University
Baton Rouge, La.
USA
Oktober 1962

Rudolf Heberle

EINLEITUNG

1. Gegenstand und Methode

Das induktive Studium der politischen öffentlichen Meinung in Deutschland hat sich bisher auf das Reich als Ganzes und in erster Linie auf die städtischen Schichten konzentriert, und mit Recht, denn in den modernen Staaten sind es die Städte, vor allem die Großstädte, von denen die politischen Bewegungen ins Land ausstrahlen und in deren Redaktionsstuben, Clubs, Interessenverbänden und politischen Parteiorganisationen das politische Bewußtsein gestaltet wird. Jeder Politiker weiß aber, daß die allgemeine Denkungsart, die traditionellen Stimmungen und die konkreten Wünsche der Landbevölkerung ein Machtfaktor von – in Deutschland – wesentlicher Bedeutung sind.

Erkenntnis der Denkungsart und Gefühlswelt des Landvolks ist deshalb Erfordernis für jeden, der die deutsche politische Geschichte seit Bismarcks Reichsgründung verstehen will¹, sie dient aber auch mittelbar der Politik, indem sie auf Faktoren hinweist, die auch künftig von Bedeutung sein werden.

Das Studium der politischen Gesinnung des Landvolkes begegnet einer Reihe von Schwierigkeiten, die bei der städtischen Bevölkerung nicht in gleichem Maße bestehen; die Bauern und meistens auch die Gutsherren pflegen nicht zu schreiben. Die Zeitungspressen des flachen Landes ist heute im Zeitalter der Zeitungskonzerne, der Korrespondenzen, Matrizenzeitungen und Kopfblätter weniger denn je ein Ausdruck dessen, was der Landmann denkt und will. Auch die Organe der landwirtschaftlichen Interessenverbände werden überwiegend von Städtern geschrieben, die Repräsentanten der Bauern in den Parlamenten gehören häufig anderen sozialen Schichten und anderen Berufen an. Das Gewicht ihrer Äußerungen ist daher schwer abschätzbar. So ist alles, was wir an gedruckten Quellen für die Erkenntnis des politischen Willens besonders des Bauerntums besitzen, mit gewissen Vorbehalten zu benutzen. Nur bei den Wahlen kommt die Stimmung des flachen Landes unmittelbar und einigermaßen unverfälscht zum Ausdruck; die Ergebnisse

¹ Im Verlaufe seiner Studien ist dem Verfasser aufgefallen, daß nur sehr wenige im öffentlichen Leben Schleswig-Holsteins stehende Menschen eine klare Vorstellung von den Phasen der politischen Bewegungen seit der Reichsgründung hatten, während gute Kenntnisse wirtschaftlicher Zustände und feste Meinungen über wirtschaftspolitische Fragen weit verbreitet sind. Vielleicht liegt die Erklärung darin, daß im Bewußtsein der meisten Menschen das Politische eine sekundäre Rolle spielte; die Parteien kamen und gingen; mit den Veränderungen der Interessenlage wechselte man die politischen Mittel und Ideologien – was ständig blieb, war eine aus den konstanten Elementen der sozialen Situation und des Temperaments sich ergebende, schwer zu erfassende, Grundhaltung.

der Wahlen bei allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht sind der genaueste, jedenfalls der einzige quantitativ erfaßbare Ausdruck der politischen öffentlichen Meinung. Auf die Analyse der Wahlergebnisse werden wir uns daher hauptsächlich stützen.

Es sei schon an dieser Stelle mit allem Nachdruck gesagt, daß wir eine eigentliche soziologische Untersuchung der Parteien als Bewegungen und Organisationen nicht vorhaben, obschon immer wieder von politischen Bewegungen und Verbänden die Rede sein wird. Wir fühlten uns zu diesem Verzicht genötigt, weil eine solche Betrachtung des Parteiwesens in den 14 Jahren parlamentarisch-demokratischer Regierung ein Eingehen auf Vorgänge im Leben der Parteien und Interessenverbände erforderlich machen würde, von denen heute noch keine einwandfreie Kenntnis zu erlangen ist¹. Wir halten uns soweit wie irgend möglich an das „Zähl- und Meßbare“, in dem vollen Bewußtsein, damit nicht alle Seiten des historischen Geschehens erfassen zu können. Daher werden namentlich diejenigen, welche tätig am politischen Leben teilgenommen haben, eine lebensnahe Darstellung der Kämpfe, die für sie selber Sieg oder Niederlage bedeutet haben, insbesondere auch eine Würdigung der Leistungen einzelner Persönlichkeiten, vermissen.

Aber es ist nicht die Aufgabe des Soziologen, Geschichte zu schreiben.

Studien wie die unsrige sind bisher in Deutschland so gut wie gar nicht gepflegt worden. Wohl besitzen wir statistische und parteisociologische Auswertungen von Wahlergebnissen für das ganze Reich oder für einzelne Wahlkreise und Städte²; sie lassen aber sowohl an historischer Vertiefung als an Vollständigkeit der soziologischen Erklärung viel zu wünschen übrig und sind nicht ohne parteipolitische Vorurteile; es fehlen umfassende Untersuchungen nach Art der sehr gründlichen und in echt wissenschaftlichem Geiste gehaltenen Arbeiten französischer und amerikanischer Autoren³.

Die große Bedeutung, welche wir der „soziographischen Methode“⁴ d. h. der Berücksichtigung möglichst aller für das Verständnis der betrachteten Phänomene in Frage kommenden Tatsachen des sozialen Lebens beimessen, hat uns veranlaßt,

¹ Inzwischen – fast 30 Jahre später – hat sich diese Voraussetzung geändert: Eine historische Darstellung der politischen Entwicklung im schleswig-holsteinischen Landvolk zwischen 1918–1933 wird gerade jetzt (1962) vorgelegt: Gerhard Stoltenberg: Die politischen Stimmungen im schleswig-holsteinischen Landvolk von 1918–1933. – Düsseldorf 1962.

² Arthur Dix: Reichstagswahlen und soziale Volksgliederung. – Tübingen 1930. Hertz: Über Wesen und Aufgaben der politischen Statistik. Diss. – Leipzig 1932. Andreas Walther: Die örtliche Verteilung der Wähler großer Parteien im Städtekomplex Hamburg aufgrund der Reichstagswahlen vom 14. September 1930. In: Hamburgs Verwaltungs- und Wirtschafts-Monatsschrift des Statistischen Landesamtes, 8. Jahrgang, Nr. 6, 1931.

³ Vor allem sind hier zu nennen, als Werke, denen der Verfasser wertvolle Anregungen verdankt: Arthur N. Holcombe: Political parties of to-day. – New York und London 1926. Edward Mc. Chesnay Sait: American parties and elections. – Oxford Univ. Press 1927. André Siegfried, a. a. O.

⁴ Vgl. meinen Artikel: Soziographie in „Handwörterbuch der Soziologie“. – Stuttgart 1931, und den Aufsatz „Soziographie“ in Schmollers Jahrbuch 1930.

uns auf eine engere und eindeutig abgegrenzte Landschaft, die wir wirklich einigermaßen gründlich kennen, zu beschränken. Daß den Ergebnissen dennoch allgemeinere Bedeutung zuerkannt werden darf, wird sich im Laufe der Darstellung zeigen; nur das Wichtigste sei im folgenden kurz angedeutet, zugleich mit den Gründen, die uns gerade Schleswig-Holstein als ein besonders interessantes Gebiet erscheinen ließen.

2. Der Typus des schleswig-holsteinischen Landvolkes

Unter dem allgemeinen Namen „Landvolk“ verstehen wir die Gesamtheit der auf dem flachen Lande lebenden Bevölkerung einschließlich der Kleinstadtbevölkerung, die ja zum großen Teil vom Lande stammt, von der Landbevölkerung ökonomisch abhängig ist und mit ihr in engem geistig-seelischen Verkehr steht. In Schleswig-Holstein umfaßt dieses so definierte „Landvolk“ eine solche Mannigfaltigkeit von Typen, daß es für einen großen Teil Deutschlands gewissermaßen als „repräsentatives Muster“ gelten kann¹.

Wie das Grenzland Schleswig-Holstein von den drei großen geographischen Regionen der Norddeutschen Tiefebene – Marsch, Geest und baltischer Höhenrücken – in nordsüdlicher Richtung aufgegliedert wird, so läuft auch die große deutsche Kulturgrenze zwischen altem germanischem Stammland und ehemals slawischen Kolonialsiedlungsgebieten von Norden nach Süden durch das Land². Schleswig-Holstein vereinigt daher auch im Aufbau seiner ländlichen Gesellschaft die Typen Westdeutschlands und Ostelbiens; bei überwiegend bäuerlichem Charakter umfaßt es in seinen östlichen und südöstlichen Kreisen einige Landstriche mit überwiegendem Großgrundbesitz³.

Diese adligen und bürgerlichen Gutsherren mit ihrem Anhang an Pächtern, Insten, Tagelöhnern mögen sich in ihrer persönlichen Lebens- und Bildungskultur von ihren Standesgenossen in Ostelbien unterscheiden. Die alte Verbindung mit dem dänischen statt mit dem preußischen Hof hat ihre besonderen Spuren hinterlassen. Soziologisch aber, d. h. was die Entstehung und Funktion ihrer sozialen Stellung betrifft, gleichen sie durchaus dem ostelbischen Junkertum: kolonialer Boden, Entwicklung der Gutsherrschaft aus der politisch bedingten Grundherrschaft – wenn auch unter etwas anderen Formen – und bis in die Gegenwart hinein eine ganz ähnliche Stellung in Heer und Verwaltung des modernen Staates

¹ Unter Schleswig-Holstein wird im folgenden nicht allein die Provinz, sondern, wo es angebracht erscheint, die gesamte Halbinsel einschließlich der Oldenburgischen, Lübeckischen und Hamburgischen Staatsgebiete verstanden; also eine geographisch in sich abgeschlossene Landschaft, die auch in ökonomischer und sozialer Hinsicht als eine Einheit gelten kann.

² P. v. Hedemann-Heespen: Über Gutsherrschaft und Bauern an der Ostküste Schleswig-Holsteins, Ztschr. für schleswig-holsteinische Geschichte 1913, S. 507 ff.

³ Näheres unten Kap. II und III. Dort auch die statistischen Belege.

und eine ähnliche Wirtschaftsgesinnung, die ein merkwürdiges Gemisch von kapitalistischem Erwerbsstreben, technischem Fortschrittswillen und grandseigneuraler Lebensführung darstellt. Ihr Einfluß auf die politische Willensbildung des Landes wird in einem späteren Abschnitt eingehend gewürdigt¹, es sei aber an dieser Stelle schon bemerkt, daß geographische Bedingungen eine solche geistig-politische Vorherrschaft des Großgrundbesitzes, wie sie für Ostdeutschland noch in dem behandelten Zeitabschnitt typisch war, verhinderten. Schleswig-Holstein ist auch politisch ein Bauernland.

Wenn auch der Adel in den kommunalen Körperschaften und Repräsentationen der Provinz sowie in den Interessenverbänden verhältnismäßig viele Ämter innehatte, so ist doch sein unmittelbarer Einfluß auf die politische Denkungsart des Landvolkes beschränkt auf die östlichen Kolonialgebiete der Halbinsel, in denen seine Besitzungen sich konzentrieren. Doch haben sich selbst in diesem Koloniallande gewisse Züge der westdeutschen Grundherrschaft stärker erhalten als sonst in Ostelbien². Mehr noch ist dies der Fall bei den adligen Besitzungen im alten germanischen Siedlungsgebiet: namentlich auf den vereinzelt adligen Gütern in den Elbmarschen ist die Gutswirtschaft nicht in dem Maße ausgebildet wie im Osten des Landes; während in Ostholstein die eigene, mit Tagelöhnern (Kättern und Insten) und Gesinde betriebene Gutswirtschaft die wesentliche Einnahmequelle für den Grundherrn darstellt, sind die Ländereien der wenigen Marschgüter meistens an bäuerliche Besitzer verpachtet.

Man kann also sagen, daß auch in der Struktur des Großgrundbesitzes die Zwischenstellung Schleswig-Holsteins zwischen dem kolonialen Osten und den alten Kulturgebieten zum Ausdruck kommt.

Die Bauern im Osten – Angeln, Probstei, Stormarn und Lauenburg sowie vor allem auf dem wirtschaftlich spät entwickelten Mittelrücken – verkörpern im allgemeinen echtes altes Bauerntum: seßhaft³, arbeitsam, solide, standes- und berufsgebunden, bei noch stark „handwerklicher“ Wirtschaftsgesinnung (Sombart); mag auch hier und da unter besonders günstigen Bedingungen der Stadtnähe und des Wohlstandes der kapitalistische „Landwirts“-Typ zu finden sein, wie vor allem in jener Zwischenschicht zwischen Bauerntum und Gutsbesitzern: den Pächtern adliger Güter (oder Vorwerke), welche im Osten der Halbinsel die energischsten Träger technischen und betriebswirtschaftlichen Fortschritts sind.

In den Marschen an der Westküste aber, und in ähnlicher Prägung auch auf der Insel Fehmarn, findet sich ein großbäuerlicher Typus, der sonst in Deutschland – außer etwa in Ostfriesland und in einigen Teilen Westfalens – seinesgleichen nicht hat.

¹ s. unten, Kapitel VI, 2

² Näheres im II. Kapitel. Hier sei nur verwiesen auf die Tatsache, daß in den Gebieten, welche den Klöstern in Lübeck, Preetz usw. gehörten, Leibeigenschaft im eigentlichen Sinne nicht zur Ausbildung gekommen ist; ferner auf die Erhaltung bäuerlicher Betriebe in den Güterbezirken durch das System der Zeit- und Erbpacht.

³ Eine Untersuchung der Besitzwechselhäufigkeit ist uns nicht bekannt geworden.

Hier hat sich unter dem eigenartigen Zusammentreffen lange bewährter politischer Freiheit, naturbegünstigten Wohlstandes und früher Produktionsspezialisierung ein Großbauerntum ausgebildet, das nach Lebensstil und Bewußtsein als eine Bauernaristokratie angesprochen werden darf, wie man sie ähnlich nur in den skandinavischen Ländern findet; man wird kaum fehlgehen, wenn man dieses Herrenbewußtsein „historisch“ erklärt aus dem Fortbestande bäuerlicher Selbstverwaltung bis in die neueste Zeit und vor allem aus der Tatsache, daß diese Landstriche: die Elbmarschen, Dithmarschen, Eiderstedt und Nordfriesland, niemals die Leibeigenschaft gekannt haben. Auch die Siedlungsweise, die isolierte Lage der stolzen Höfe, mochte zu solcher Haltung beitragen¹.

Die ungewöhnliche Fruchtbarkeit des Marschbodens in Verbindung mit einem milden Klima und günstiger Verkehrslage – Absatz nach Hamburg, nach England – hat frühzeitig zur besonderen Pflege der Viehwirtschaft geführt – neben dem Anbau von Weizen und Gemüse, wo der Standort hierfür günstig war – jedenfalls aber schon seit dem 17. und 18. Jahrhundert zu einer marktorientierten Wirtschaftsführung.

Es mag sein, daß die hohen Kosten der Deichbauten, die von unternehmenden Bauern korporativ aufgebracht wurden, frühzeitig den Sinn für Kalkulation von Produktionskosten und Gewinn, die Gabe der Ausspähung von außerordentlichen Gewinnchancen erweckt haben, oder daß der starke Einschlag holländischen und friesischen Kulturgutes – zweier seit alters als Händler hervorragender Völker – hierzu beigetragen hat. Jedenfalls ist der Marschbauer, auch dort, wo er noch mit eigener Hand den Pflug führt, in viel höherem Grade ein „Unternehmer“ als im allgemeinen der Geestbauer. Es offenbart sich in seinem Wesen, daß auch die Marsch Kolonialland ist, aber in anderem Sinne als im Osten: hier galt es nicht, Menschen zu beherrschen, sondern die Natur; so hat denn der Marschbauer manche Ähnlichkeit im Typus mit den Landleuten in anderen Siedlungskolonien der Germanen, insbesondere mit den amerikanischen Farmern. Der Reichtum in Verbindung mit der geringen Arbeitsintensität der Weidewirtschaft ermöglicht wenigstens den wohlhabenderen Marschbauern, vor allem in Eiderstedt und Norder-Dithmarschen, auch in Nordfriesland, ein Herrenleben: Geselligkeit, Politik, gelegentlich auch wohl gelehrte Liebhabereien füllen die reichlichen Mußestunden.

So fand sich in diesen Landschaften – wie übrigens auch auf Fehmarn – gelegentlich die Verbindung des landwirtschaftlichen mit einem anderen Beruf: z. B. einem Kommissionsgeschäft oder einer Rechtsanwaltspraxis. Diese „Abkömmlichkeit“ des Großbauern hat namentlich in Eiderstedt die Ausbildung einer landschaftsbürtigen und seßhaften bäuerlichen Politikerschicht ermöglicht. Hofbesitzer haben als Abgeordnete im Reichs- und Landtag und in der Selbstverwaltung der Provinz eine Rolle gespielt; die beiden letzten Landräte des Kreises vor 1933 waren zugleich Hofbesitzer und Anwälte. Einer der besten Kenner der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, dem die agrarpolitische Literatur ein wichtiges Werk über Schles-

¹ Dazu im einzelnen Kapitel II.

wig-Holstein verdankt, Dr. h. c. T. Engelbrecht, war ein Großbauer in der Kremper Marsch, der neben Bewirtschaftung seines Hofes und neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit lange Zeit als freikonservativer Abgeordneter im Preußischen Landtag gesessen hat.

Diese großbäuerliche Honoratiorenschicht in den Marschen geht ohne scharfe Unterschiede über in die breitere, mehr an den Betrieb gebundene, selbst mitarbeitende Schicht, die aber außerhalb des Hauses ebenfalls durchaus herrenmäßig aufzutreten in der Lage ist. Es konnte einem begegnen, daß man, unvermutet auf einen solchen Hof kommend, den Bauern in Hemdsärmeln und Arbeitshose antraf, den man in der Stadt und außerhalb seines Hauses völlig stadtbürgerlich gekleidet zu treffen gewohnt war. Dieser Typus fand sich in der ganzen Provinz unter den größeren Bauern, aber er stellte im Osten und vor allem auf der Geest die höchste Schicht des Bauerntums dar.

Die Söhne der Großbauern pflegten zu studieren oder Kaufleute zu werden, sofern sie nicht den väterlichen Hof übernahmen oder durch Kauf oder Einheirat einen Hof erlangen konnten. So ist dieses Großbauerntum seit vielen Generationen mit dem städtischen und ländlichen Bürgertum, den Geistlichen, Ärzten, Anwälten, Richtern und Verwaltungsbeamten, verwandt und durch Einheirat von Bauerntöchtern in jene Schichten verschwägert. Männer wie Theodor Mommsen und seine beiden Brüder, Friedrich Paulsen, Ferdinand Tönnies, stammen unmittelbar oder in zweiter Generation aus dem Bauerntum.

Die politischen Verhältnisse bis 1866 haben dazu beigetragen, die aus dem Bauerntum und den darunter gelagerten Schichten hervorgehenden Kräfte dem Lande zu erhalten – wenn auch immer wieder gerade hervorragende Männer wie der Dichter Friedrich Hebbel und der Soziologe Lorenz Stein in die geistigen Zentren des großen Reiches abwanderten. Aber die praktischen Politiker des Landes mußten wohl oder übel im Lande bleiben; so ist wohl zu erklären, daß Schleswig-Holstein im 19. Jahrhundert eine bedeutende Reihe von politischen Führern bäuerlicher Herkunft in dem Kampf um seine Freiheit und in dem Prozeß der Eingliederung in das neue Deutsche Reich stellen konnte.

Diese enge Verflechtung der bäuerlichen Schichten mit den Gebildeten auf der einen, und die lebendige Teilnahme des Adels am geistigen und politischen Leben auf der anderen Seite, sowie das Vorhandensein eines selbstbewußten, in bescheidenem Wohlstande lebenden Bürgertums haben zusammengewirkt, um Schleswig-Holstein zu einer Landschaft von starker politischer Regsamkeit zu machen. Dazu kam der Einfluß der beiden Hansestädte, deren Bevölkerung zum großen Teil aus Schleswig-Holstein stammt¹ und von denen weit ins Land hinein geistige Einflüsse ausgehen² und die wir deshalb im folgenden in die Betrachtung einschließen, wo

¹ Rudolf Heberle: Die Abwanderung aus Schleswig-Holstein nach Groß-Hamburg. Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik. Bd. 147. S. 158 ff. 1938.

² Ein erheblicher Teil der adligen und großbäuerlichen männlichen Jugend erhielt auf den höheren Schulen der Hansestädte die Grundlage seiner Bildung, vor allem auch die Söhne bürgerlicher Gutsbesitzer.

es angebracht erscheint. Und schließlich wirkte bis 1864 Kopenhagen als dritter Punkt in diesem Städtedreieck, welches das geistig-politische Kraftfeld Schleswig-Holstein begrenzte. Die Rolle Kopenhagens als Sitz des politischen Gegners einerseits, als Hauptstadt und Anziehungspunkt für aufstrebende junge Kräfte des Landes andererseits, kann hier nicht einmal angedeutet werden. Es ist zu hoffen, daß einmal ein Historiker die geistige Bedeutung dieses Städtedreiecks für Schleswig-Holstein aufhellt.

So hat das geistige Leben des Landes seit langem stark unter städtischen Einflüssen gestanden, und hiermit mag es wohl zusammenhängen, daß die ländlichen Schichten, wenn auch in verschiedenen Abstufungen, in ihrem gesamten Habitus einen mehr urbanen Charakter zeigen, als es im kolonialen Ostdeutschland der Fall ist. Wo fand man in einem ostpreußischen oder pommerschen Bauernhause eine Stube wie den Swyn'schen Pesel, wo auf ostelbischen Gütern Bibliotheken und Kunstsammlungen wie auf Breitenburg, Deutsch-Nienhof, Schierensee, Emken-dorf, Gelting mit ihren ästhetisch hervorragenden Herrenhäusern¹.

Und doch sind diese Landleute, diese Gutsherren und Bauern echtes Landvolk, sie lieben das Land, sie hängen daran; sie sind keine Farmer, denen es gleichgültig ist, ob sie heuer diesen und übers Jahr jenen Besitz bewirtschaften – von den Ausnahmen werden wir noch zu reden haben. Und wenn sich in früheren Jahren der reiche Marschbauer zur Ruhe setzte, so blieb er im Lande, in der engeren Heimat, ging nach Husum, Wilster, Marne, Burg oder wie die kleinen Städte in der Marsch und am Geestrande alle heißen.

Die Gutsherren wohnen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dauernd auf ihren Gütern, deren Wirtschaft sie selber leiten, ohne – wie es in England Sitte ist und früher in den östlichen Provinzen Preußens üblich war – die „Saison“ in der Hauptstadt zu verleben; wenn auch eine Winter- oder Frühjahrsreise nach dem Süden zu ihren Lebensgewohnheiten gehört.

Daß die plattdeutsche Sprache noch heute in allen Schichten des Landvolks einschließlich der kleinstädtischen Bevölkerung sich lebendig erhalten hat und selbst im kleinstädtischen Bürgertum noch weitgehend die tägliche Umgangssprache ist, mag als ein weiteres Symptom für die „Bodenständigkeit“ angesehen werden. Von der Lebenskraft dieser Sprache wird der landfremde Städter, mit dem man hochdeutsch spricht, schwer eine Vorstellung gewinnen. Die Kenntnis des Plattdeutschen ist unerläßlich, will man das Vertrauen der Landleute gewinnen und von ihnen als einer, der zu ihnen gehört, angesehen werden. Im täglichen Umgang trägt das Plattdeutsche sicher dazu bei, Unterschiede der sozialen Stellung, die objektiv bestehen, weniger schroff hervortreten zu lassen.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter: bäuerliches Gesinde, Tagelöhner, Insten und sonstige Gutsarbeiter, stammen ganz überwiegend aus dem Lande selbst; einzelne Distrikte, in denen zeitweilig fremde Wanderarbeiter benötigt werden, ändern

¹ Peter Hirschfeld: Schleswig-holsteinische Schlösser und Herrensitze im 16. und 17. Jahrhundert. – Kiel 1929.

wenig an dem Gesamtbilde, denn auch diese Saisonarbeiter rekrutieren sich zum großen Teil aus Schleswig-Holstein.

In neuerer Zeit waren in größeren und kleineren Städten Industrien entstanden, die einem Teil des ländlichen Bevölkerungsüberschusses Erwerbsgelegenheit boten, also Bevölkerung anzogen oder Siedlungen städtischer Bevölkerung in ihrer Nähe auf dem Lande entstehen ließen; dadurch ist der Aufbau der Landbevölkerung um neue Elemente bereichert, insbesondere dem bereits vorhandenen, aber nicht sehr zahlreichen ländlichen Proletariat ein ländliches Industrieproletariat zum Teil landfremden Ursprungs hinzugefügt worden.

Es ist also eine ländliche Gesellschaft von eigener und doch in vielerlei Hinsicht für Norddeutschland repräsentativer Art, mit der wir es hier als Träger und Bildner öffentlicher Meinung zu tun haben. Diese ländliche Gesellschaft hat die politischen Bewegungen seit der Reichsgründung in einer eigentümlichen, radikalen und dennoch nicht atypischen Weise aufgenommen und damit in den knapp anderthalb Jahrzehnten der Weimarer Republik eine besondere Rolle gespielt, die es wohl rechtfertigt, die Wandlungen der politischen öffentlichen Meinung in dieser Landschaft zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung zu machen.

3. Gang der Untersuchung

Diese Untersuchung hat in ihrem ersten Teil auszugehen von einer Einführung in die politischen Willensrichtungen in Schleswig-Holstein überhaupt (einschließlich der Städte) seit 1871 (Kap. I). Dabei bildet das Jahr 1912 (letzte Reichstagswahl vor dem Kriege) den Endpunkt der ersten, das Jahr 1919 mit seinen Wahlen zur Nationalversammlung den Anfang der zweiten Periode, die mit dem Sturz der preußischen Regierung Braun-Severing und den Wahlen im Juli 1932 ihren Abschluß findet. Die Wahlen im November 1932 haben für uns nicht mehr dasselbe Interesse, sie sind nur als ein Intermezzo zu betrachten und fallen wie der ganze Endkampf zwischen Konservativen und Nationalsozialisten bis zum 30. Januar 1933 schon außerhalb des Rahmens unserer Untersuchung. Es versteht sich, daß die Entwicklung in Schleswig-Holstein in diesem Abschnitt nicht isoliert betrachtet, sondern mit der Wandlung der gesamten politischen Atmosphäre im Reich und in anderen Landschaften in Bezug gesetzt wird. Dieser allgemeinen Orientierung folgt eine Darstellung der Wandlungen der „politischen Atmosphäre“ in den verschiedenen historischen Landschaften und natürlichen Regionen des Landes, nun schon mehr eingeschränkt auf die ländlichen Schichten (Kap. II). Die hierbei angewandte Methode des internen Vergleiches dient zur Aufzeigung der in den sozialen Tatsachen gelegenen Bedingungen der politischen Willensbildung; außerdem aber bietet diese „detailgeographische“ Methode den Vorzug synthetischer Betrachtung des politischen Lebens in den einzelnen Landschaften; man gewinnt, ehe die Analyse der einzelnen Faktoren in Angriff genommen wird, ein Gesamtbild von der sozialen Schichtung, der Sinnesart, dem ökonomischen Charakter und der politi-

schen „Atmosphäre“ in den Teillandschaften, das nach Belieben bis in die Einzelheiten ausgemalt werden kann. Die vorläufig hypothetisch ermittelten Einsichten in den Zusammenhang zwischen sozialer Schichtung und politischer Atmosphäre werden dann (Kap. III) mit den Methoden statistischer Kausalforschung genauer untersucht: die regionale Synthese verbindet sich mit der Analyse des Kausalzusammenhangs. Erst nach dieser ziemlich genauen Darlegung der permanenten Bedingungen politischer Willensbildung wendet sich unsere Studie den konkreten historisch-politischen und ökonomisch-sozialen Faktoren und Wandlungen zu, welche zwischen 1918 und 1932 auf die Schleswig-holsteinische Landbevölkerung einwirkten (Kap. IV–VI).

Da wir genötigt sind, eine allgemeine Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Geschichte und besonders der Entwicklung des deutschen Parteiwesens in den behandelten Jahrzehnten vorauszusetzen, wird es sich für solche Leser, bei denen diese Voraussetzungen nur mangelhaft erfüllt sind, empfehlen, nach Lektüre des ersten Kapitels zunächst das letzte Kapitel zu überfliegen und so den Rahmen kennenzulernen, in den die eigentliche soziologische Untersuchung eingefügt ist.

DIE WANDLUNGEN DER POLITISCHEN MEINUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1871–1932

Im Laufe der zwei Menschenalter zwischen der Eingliederung Schleswig-Holsteins in den Staatsverband des Deutschen Reiches und dem Ende der Weimarer Republik kam es in Schleswig-Holstein zu einem umfassenden Wandel der politischen „Atmosphäre“. Mit diesem Ausdruck, den wir absichtlich wegen seines unbestimmten Inhalts verwenden, wollen wir die aus der Gesamtheit der in einer Landschaft wirksamen politischen Willensrichtungen und Stimmungen, die aus ihrem Mit- und Gegeneinander sich ergebende Struktur der politischen öffentlichen Meinung bezeichnen. Wenngleich öffentliche Meinung immer aus einer Mehrzahl divergierender und konkurrierender Kräfte besteht, so wird doch ihr jeweils Besonderes, ihre spezifische Atmosphäre oft und weitgehend geformt von einer die anderen übertönenden Meinung¹, der Meinung der herrschenden sozialen Gruppe, eines politischen Regimes, einer zu politisch-gesellschaftlicher Herrschaft vordringenden Gruppe, Partei oder Bewegung.

Die politische öffentliche Meinung in diesem Sinne ist in Schleswig-Holstein etwa seit 1927 mehr und mehr zum Nationalsozialismus hinübergeschwenkt, während sie unmittelbar vor 1914 und nach 1918 von den Parteien der liberalen Linken und von der Sozialdemokratie repräsentiert wurde. Dieser Umschwung, der ja für die politische Entwicklung weiter Gebiete Norddeutschlands charakteristisch ist, vollzog sich in Schleswig-Holstein mit besonderer Schärfe und unter heftigsten Erschütterungen des öffentlichen Lebens der Landschaft, und gerade auf dem Lande mit einer Radikalität und unter Begleiterscheinungen, die viele Kenner des Landes in Erstaunen gesetzt hat.

Schleswig-Holstein, vor dem Weltkrieg geradezu eine Hochburg des Liberalismus, wurde seit 1930 ein Hauptstützpunkt des Nationalsozialismus; schon im Sommer 1932 gab es zahlreiche ländliche Ortschaften, in denen die Bevölkerung geschlossen nationalsozialistisch wählte, ganze Landstriche, in denen die NSDAP faktisch allein das Feld beherrschte. Nur in den Städten und in gewissen ländlichen Regionen stand ihr als einziger starker Gegner die SPD gegenüber. Es hatte also offenbar eine vollkommene Abwendung vom Liberalismus stattgefunden. Mehr als in den meisten anderen Landschaften Norddeutschlands schien dies einen völligen Bruch mit der politischen Vergangenheit und Tradition des Landes zu bedeuten – nur insofern nicht, als Schleswig-Holstein auch im alten Reich in starkem Maße oppositionell eingestellt gewesen war.

¹ Vgl. F. Tönnies: Kritik der öffentlichen Meinung. – Berlin 1922.

1. Die politischen Parteien in Schleswig-Holstein von der Reichsgründung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges

In der Entwicklung der politischen Atmosphäre in Schleswig-Holstein vor dem Ersten Weltkrieg lassen sich zwei Phasen unterscheiden: die Periode der allmählichen Aussöhnung mit dem neuen Zustand und die Zeit der wachsenden Opposition gegen das preußisch-wilhelminische Regime.

Unmittelbar nach der Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen und noch in den ersten Jahren nach der Reichsgründung war die herrschende politische Richtung oppositionell. Die nationale Bewegung des Landes war durch die kleindeutsche Lösung enttäuscht, und durch die Art und Weise der Eingliederung in das neue Deutsche Reich waren weite Kreise tief verstimmt worden.

Das zeigte sich in den geringen Wahlerfolgen der Konservativen, in der Stärke der linksliberalen und sozialdemokratischen und legitimistischen Stimmen und in dem Auftreten partikularistischer und legitimistischer Gruppen bei den ersten Wahlen zum Deutschen Reichstag¹.

Im ersten Reichstag des Kaiserreichs saßen aus Schleswig-Holstein überhaupt keine Konservativen, nur ein Mitglied der Freikonservativen, ein Nationalliberaler, im übrigen sieben Abgeordnete der Opposition. Die Nationalliberalen, welche im Reich im ganzen als die führende Partei aus den Wahlen hervorgegangen waren (119 von 382 Mandaten), konnten sich in Schleswig-Holstein, im Gegensatz zu andern neuerworbenen Provinzen Preußens, zunächst also verhältnismäßig wenig durchsetzen. Allmählich allerdings wurde die Opposition schwächer. Die bauerlichen und bürgerlichen Oberschichten söhnten sich mit dem neuen Zustand aus – ein Prozeß, der durch den raschen wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt wurde. Auch die Wirtschaftskrise von 1873 scheint diese Entwicklung nicht unterbrochen zu haben; bei den Reichstagswahlen von 1874 erlangten die Nationalliberalen vier, die Fortschrittspartei nur noch zwei Mandate. Allerdings dürfte die Krise eine Ursache dafür gewesen sein, daß die Sozialdemokraten in zwei Wahlkreisen Mandate erlangen konnten: in Altona-Stormarn mit seiner stark städtischen Bevölkerung und im Kreis Plön-Oldenburg, wo dem vorherrschenden Großgrundbesitz ein ländliches Proletariat gegenüberstand.

Berücksichtigt man, daß die Fortschrittspartei² in Schleswig-Holstein von Haenel geführt wurde, der „bei völlig liberaler Gesinnung ein starkes Staatsgefühl“ be-

¹ Vgl. Tab. 1, S. 23. – Bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1866 hatte die autonomistische Augustenburgische „Landespartei“ (Schleswig-Holsteinische liberale Partei), eine überwiegend bürgerliche und bauerliche Partei, alle Mandate bis auf zwei dänische erlangt.

² Von ihr schrieb 1876 der nationalliberale Abgeordnete A. Wallichs in einer Polemik gegen Haenel, sie sei „hier im Lande eine exotische Pflanze und finde im Temperament des Volkes wenig Unterstützung“, sie bilde „das Durchgangsstadium für die bekehrten Partikularisten, bis . . . sie von den extremen Richtungen . . . sich abwenden und einer gemäßigten Partei beitreten“. A. Wallichs: Die Nationalliberalen und die Führer der Fortschrittspartei in Schleswig-Holstein. – 1876.

saß¹ und stets in einem gewissen Gegensatz zu Eugen Richter stand, so bestätigt sich, daß in den siebziger Jahren diejenigen Kreise, die zu konstruktiver Mitarbeit im neuen Staate bereit waren, die Oberhand gewonnen hatten.

Dann aber trat schon mit den Wahlen 1881, bei denen die Fortschrittspartei 5 Mandate, die Liberale Vereinigung 2, die Konservativen 1 und die Dänen 2 Mandate erhielten, ein neuer Umschwung im oppositionellen Sinne ein.

Wie Tabelle 1 zeigt, hatten die Freisinnigen und Sozialdemokraten – also die oppositionellen Parteien – in den Reichstagen von 1881, 1887, 1890, 1903, 1907 und 1912 die Mehrheit der Mandate; im ganzen sind in den hier erfaßten Wahlen 69 mal Abgeordnete der Linken (einschl. der Sozialdemokraten) und nur 41 mal solche der Rechten gewählt worden. Die Zahl der von beiden liberalen Richtungen allein erlangten Mandate beträgt 77 von 128.

Bei der Bewertung der Mandatsverteilung in der Vorkriegszeit ist nun aber zu bedenken, daß sie bei dem damaligen Wahlverfahren das Ergebnis von Kompromissen darstellten: darin wurde gerade einer der Vorzüge des Mehrheitswahlrechts gesehen, daß es die Wähler nötigte, bei den Stichwahlen sich „für das kleinere Übel“ zu entscheiden, also die wirklich ausschlaggebenden politischen Gruppierungen zu vollziehen, sich realpolitisch und nicht doktrinär zu entscheiden. Freilich spielte dabei auch persönliche Beliebtheit der Kandidaten eine Rolle, deren Bedeutung in Deutschland jedoch nicht überschätzt werden darf. Ein genaueres Bild von der politischen Atmosphäre geben daher die Ergebnisse der ersten Wahlgänge².

Da zeigt sich bei den fünf letzten Wahlen vor dem Weltkrieg (zwischen 1893 und 1912) schon eine starke und sehr stabile Anhängerschaft der Sozialdemokratie, die im Durchschnitt fast 40% der Stimmen erhielt. Ihr Wachstum war nur zum Teil eine Folge der Industrialisierung; schon 1898 waren die Wahlerfolge der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein auf dem Lande auffallend³: mehr als ein Viertel von den in Schleswig-Holstein abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf das Land, und 22,5% der auf dem Lande abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie. Mit einer so starken sozialdemokratischen Wählerschaft auf dem Lande stand Schleswig-Holstein an erster Stelle unter den preußischen Provinzen, es folgten die industrielle Provinz Sachsen mit 21,5% ländlichen sozialdemokratischen Stimmen, Brandenburg mit 20,4, Hessen mit 18,5, Hannover mit 14,5, Ostpreußen mit 12,6 und Schlesien mit 12,4%. In Schleswig-Holstein waren es hauptsächlich die Wahlkreise Schleswig-Eckernförde, Kiel-Rendsburg-Plön, Norder- und Süderdithmarschen, Pinneberg-Segeberg, Altona-Stormarn, Herzogtum Lauenburg, in denen die Sozialdemokratie ihren Rückhalt hatte – also Kreise, die entweder in Stadtnähe gelegen waren, oder eine ausgesprochen großbäuerliche bzw. Großgrundbesitz-Struktur und entsprechendes Landarbeiter-Proletariat aufwiesen.

¹ Vgl. L. Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. – Mannheim, Berlin, Leipzig 1928, S. 78.

² Vgl. Tab. 2, S. 23.

³ H. Wübbena: Über die Arbeiterverhältnisse in Schleswig-Holstein. Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinzen Schleswig-Holstein, Heft 2. – Kiel 1900, S. 23 f.

Partei	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Konservative	—	—	1	1	1	1	1	1	1	—	—	—	—
Freikonservative	1	—	—	1	—	1	—	—	2	2	—	—	—
Nationalliberale	1	4	5	4	—	2	5	1	2	2	1	2	—
Fortschrittspartei und Freisinnige	4	2	5	5	7	4	4	5	2	2	2	5	7
Sozialdemokraten	—	2	—	—	—	1	1	2	2	2	5	2	2
Partikularisten	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Protestpartei	1	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dänen	—	—	—	—	2	1	1	1	1	1	1	—	1
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—
Insgesamt	9	9	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10

Tabelle 2: Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein 1871 bis 1912, erster Wahlgang: prozentualer Anteil an der Gesamtstimmzahl

Partei	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Gültige Stimmen	88 515	137 000	150 783	149 320	125 804	137 755	185 854	191 874	200 404	210 232	247 631	291 162	315 497
Wahlbeteiligung %	42,9	61,8	65,0	63,2	54,0	58,4	76,3	74,6	—	72,8	76,2	85,8	85,2
Konservative	9,1	0,1	8,2	16,2	20,2	6,0	5,7	4,2	4,6	1,2 ¹	1,4 ¹	—	5,4 ¹
Freikonservative	4,4	6,1	3,0	7,7	1,4	3,3	6,3	7,4	8,2	9,4	9,3	5,0	3,0
Nationalliberale	16,1	20,6	29,1	20,4	10,7	28,0	29,4	19,8	12,2	14,5	14,3	15,1	14,0
Fortschrittspartei und Freisinnige	24,9	15,4	15,4	23,7	44,9	34,2	50,4	29,2	26,3	22,0	21,2	31,8	29,2
Sozialdemokraten	12,6	32,8	29,0	19,6	11,2	17,9	21,5	32,2	37,7	38,8	44,3	38,9	40,4
Partikularisten	7,9	10,2	5,7	1,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Protestpartei	20,6	14,5	11,5	10,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dänen	—	—	—	—	11,4	10,5	6,6	7,1	7,1	7,4	6,0	5,3	5,5
Antisemiten	—	—	—	—	—	—	—	—	1,5	6,3	2,8	2,8 ²	1,8
Zentrum u. andere	4,4	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	2,4	0,4	0,7	1,1	0,7

¹ einschließlich Bund der Landwirte. ² Deutsch-soziale Partei und andere.

Quellen: Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1874, 1875, 1879, 1882, 1885, 1887, 1890. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 1893, 1900, 1903, 1907. Statistik des Deutschen Reiches, Band 250.

Es zeigte sich hier die Wirkung der Auflösung patriarchalischer ländlicher Arbeitsverhältnisse, die in den nach kapitalistischen Grundsätzen geführten Betrieben der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft schon weit vorgeschritten war¹.

In den beiden Hansestädten, zumal in Hamburg, kam die Vermehrung des Proletariats dem Wachstum der Sozialdemokratie zugute; die Verfassungen beider Stadt-Staaten waren ausgesprochen „plutokratisch“, auf das Interesse der Großkaufleute und der mit ihnen gesellschaftlich verbundenen Bildungsschicht zugeschnitten: das Kleinbürgertum war von den Senaten ausgeschlossen durch die Regel, daß niemand Senator werden konnte, der ein offenes Ladengeschäft betrieb, und in den Bürgerschaften war infolge des Zensuswahlrechts das Proletariat nur sehr schwach vertreten², während bei den Reichstagswahlen seit 1871 die sozialdemokratischen Kandidaten stets die meisten Stimmen erhielten. Dieses Mißverhältnis zwischen der gesellschaftlichen Gliederung und der politischen Machtverteilung begünstigte das Erstarken der sozialdemokratischen und freisinnigen Parteien, wie ähnlich in Preußen die Verzögerung der Reform des Dreiklassen-Wahlrechts ein wesentliches Motiv für die Zunahme der oppositionellen Stimmen bildete.

Der große Erfolg der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1903 bewirkte den Zusammenschluß der liberalen Linken in Schleswig-Holstein im Jahre 1908. Schon im Januar 1905 wurde in einer Zuschrift an die Kieler Zeitung zur Sammlung aller liberalen Parteien gemahnt, einschließlich der Nationalsozialen, denen nahegelegt wurde, weiter von der Sozialdemokratie abzurücken, während ihre sozialpolitischen Ziele auch von den Liberalen gebilligt werden könnten.

Bezeichnend für die Stärke der kleinstädtisch-ländlichen Denkungsart bei den schleswig-holsteinischen Liberalen, zugleich für eine gewisse Verwandtschaft ihrer sozialen Situation mit dem liberalen Bürgertum Süddeutschlands, ist, daß bei dieser Gelegenheit der in Süddeutschland damals bereits populär werdende Ausdruck „Asphaltpolitiker“ zur Bezeichnung der großbürgerlichen Führer des großstädtischen Liberalismus auftauchte³. Es muß dem Freisinn in Schleswig-Holstein zu-
statten gekommen sein, daß die Gründe, die 1893 zur Spaltung der Deutschfreisinnigen Partei führten, in Schleswig-Holstein nicht als sehr wesentlich angesehen

¹ A. Grünberg: Die Landarbeiter in der Provinz Schleswig-Holstein und Hannover. In: Die Landarbeiter in den evangelischen Gebieten Norddeutschlands. Eine Einzeldarstellung nach den Erhebungen des ev. soz. Kongresses, hrsg. von M. Weber, 2. Heft. – Tübingen 1899. Weiter: Friedrich Grossmann: Die ländlichen Arbeitsverhältnisse in der Provinz Schleswig-Holstein. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, LIV. – Leipzig 1892. Ferner Max Sering: Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. – Berlin 1932.

² Bürgerschaftswahlen 1910 in Hamburg:

Sozialdemokraten	140 000 Stimmen	9 Sitze
Liberales	89 000 Stimmen	10 Sitze
Linke	62 000 Stimmen	7 Sitze
Rechte	48 000 Stimmen	5 Sitze
Zentrum	40 000 Stimmen	4 Sitze

³ Kieler Zeitung v. 10. 1. 1905, abds. Nr. 22 608.

wurden, so daß eine Verbindung der verschiedenen freisinnigen Gruppen in der praktischen Politik erleichtert wurde. Sehr treffend bezeichnete Professor Haenel auf der Tagung der verschiedenen freisinnigen Parteien in Neumünster 1905 die „alte deutsche Fortschrittspartei“ als eine große Koalitionspartei, die liberalen Gruppen der Gegenwart als „Brocken dieser alten Fortschrittspartei“.

Bei den Verhandlungen, welche der Bildung des liberalen Kartells vorhergingen, wurde vor allem die Notwendigkeit besserer Organisation des Freisinns betont¹. Gegenüber den Großgrundbesitzern, die sich in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ und im „Bund der Landwirte“ organisiert hatten, und den Arbeitern, die durch ihre Klassenlage zur organisierten Solidarität gedrängt wurden, waren die Mittelschichten, die über keine starken Interessenverbände verfügten, ins Hintertreffen geraten und mit ihnen die liberalen Parteien, die sich auf sie stützten².

Man suchte den bisherigen reinen Honoratiorenbetrieb in den freisinnigen liberalen Parteien durch Zusammenschluß in Ortsvereinen stärker zu organisieren, auch durch Anstellung eines Parteisekretärs für die gesamte Provinz einen Anfang mit der Parteibürokratie zu machen³.

Welches waren die politischen Interessen, die das Kleinbürgertum, die gebildeten Mittelschichten und das mittlere und kleinere Bauerntum in Schleswig-Holstein zum Freisinn trieben? Es ist deutlich zu sehen, wie aus einer gewissen allgemeinen liberalen Grundstimmung heraus bei ziemlich weitgehenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der politischen Prinzipien – diese führten z. B. 1893 zum Bruch zwischen Haenel und Richter – die Mittelschichten anfangen, einen politischen Willen zu entwickeln, der sich an konkreten Fragen aktualisierte: sie waren Gegner der Getreide- und Futtermittelzölle, weil diese in erster Linie dem Großgrundbesitz zugute kamen, und Gegner der industriellen Schutzzölle, weil diese

¹ Kieler Zeitung v. 13. 1. 1905, abds. Nr. 22 614.

² Über den Parteitag am 30. IV. 1905 schreibt die Kieler Zeitung: „Hier in Neumünster war zunächst der Handwerkerstand aus Stadt und Land sehr zahlreich vertreten, wie es wohl kaum der Fall gewesen wäre auf einer Versammlung der neu-etablierten ‚Mittelstandspartei‘ . . . Und dann unsere Landleute! Ja, an Rittergutsbesitzern mangelte es in Neumünster, aber zahlreich waren die Bauern, die Hufner und Anbauer, die Altenteiler und Kätner gekommen und bewiesen dem Redner durch den starken Beifall, daß der Bund der Landwirte trotz seiner vielfachen Erfolge doch seine Grenzen findet . . . Dazu Fabrikanten und Arbeiter, Ingenieure und Techniker, Ärzte und Juristen, Lehrer und Professoren, Kaufleute und Beamte, Geistliche und Rentner – alle Stände waren hier vertreten. Die Zusammensetzung zeigte am besten des Freisinns Prinzip: gegen Sonderinteressen und für die Allgemeinheit!“ – In den geschäftsführenden Ausschuß und in den Landesausschuß der Freisinnigen Vereinigung (Volkspartei) wurden gewählt: 5 Beamte, 8 Angehörige der freien Berufe, 3 Universitätsprofessoren, 1 Hofbesitzer, 2 Lehrer, 2 Angehörige des gewerblichen und kommerziellen Mittelstandes, 3 Rentner – es überwogen also Angehörige der Kulturbürokratie, der Verwaltungsbürokratie und der besitzenden Mittelschichten –, Angestellte und Arbeiter, sowie ländliche Proletaroiden (Besitzarme) waren gar nicht vertreten.

³ Vereinbarung zwischen den Vertretern der beiden freisinnigen Parteien Schleswig-Holsteins am 15. IV. 1905. – Über den allgemeinen Strukturwandel des Parteiwesens jetzt Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. – Düsseldorf 1961.

die Kartellbildung in der Großindustrie ermöglichten und dadurch den gewerblichen und kommerziellen Mittelstand belasteten¹. Die mehr aufs Prinzipielle bedachten Gebildeten waren Gegner des Kulturkampfes, vor allem aber des schließlichen Nachgebens gegenüber den „Ultramontanen“. Obgleich sie verfassungspolitisch auf eine Erweiterung der Parlamentsrechte drängten, den Antisemitismus – der im Schleswigschen einmal einen Abgeordneten zum Reichstag entsenden konnte – bekämpften und der Rüstungspolitik teils aus ethischen, teils aus finanziellen Gründen kritisch gegenüberstanden, so sind doch gewisse Grundhaltungen erkennbar, die aus der Interessenlage der Mittelschichten sich ergaben und später noch eine große Bedeutung gewinnen sollten: eine Verbindung von anti-kapitalistischen, anti-plutokratischen und anti-imperialistischen Stimmungen, von scharfer Ablehnung des proletarischen Sozialismus bei „arbeiterfreundlicher“ sozialpolitischer Haltung, Elemente eines politischen Bewußtseins der Mittelschichten, das nach dem Ersten Weltkrieg in veränderter Situation, durch Verbindung mit ganz andersartigen, antiliberalen Tendenzen, im Nationalsozialismus eine neue Prägung erfahren hat.

In Schleswig-Holstein war die Industrie in den wenigen größeren Städten konzentriert, daneben hielten sich noch viele mittlere und kleinere Betriebe, auch in den Großstädten. Andererseits war die bäuerliche Landbevölkerung in ihrer Mehrheit nicht wie der Großgrundbesitz durch das Zollschutz-Interesse an die Rechtsparteien gebunden; die politische Grundhaltung des Liberalismus blieb noch sehr lebendig. Die Aussichten für einen liberalen Wahlsieg waren daher in den Jahren 1905 bis 1907 bei geschickter Taktik seitens der Vereinigten Freisinnigen Parteien und besonders, wenn es gelang, ein Wahlbündnis mit den Nationalliberalen zu schließen, sehr günstig². Das Wahlbündnis kam auf der Grundlage einer Verteilung der

¹ Kieler Zeitung v. 14. 2. 1905, morgens, Nr. 22 667.

² Über die Erfolgsaussichten in den einzelnen Wahlkreisen schreibt die Kieler Zeitung (v. 25. 4. 1905 abds., Nr. 22 782): „Trotzdem sich die Nationalliberalen und die Linksliberalen seit langem in Schleswig-Holstein entschieden befehdet haben, würde es uns doch angebracht und nicht aussichtslos erscheinen, wenn zwischen den beiden Flügeln der Liberalen eine gewisse Verständigung erfolgte. In den beiden Wahlkreisen Schleswig und Tondern können sie sich ruhig weiter bekämpfen, weil hier nicht die Gefahr besteht, daß eine andere Partei in den Besitz dieser Wahlkreise gelangen könnte. Wohl aber wäre eine Vereinbarung für die Wahlkreise Kiel, Pinneberg, Herzogtum Lauenburg und Oldenburg wünschenswert, um diese Kreise, von denen gegenwärtig drei der Sozialdemokratie und einer der Reichspartei [Freikonservative] gehören, für den Liberalismus zu gewinnen. Die besten Aussichten bilden die Wahlkreise Pinneberg und Herzogtum Lauenburg. Wohl befindet sich der Pinneberger Kreis seit mehr als 10 Jahren in sozialistischem Besitz, aber wenn man bedenkt, daß noch bei den letzten Wahlen die bürgerlichen Parteien über 17 000 Stimmen (von denen etwa 15 000 den liberalen Parteien gehörten) gegen 19 000 sozialistische erhielten, so wird man zugeben müssen, daß . . . dieser Wahlkreis wohl zu erobern ist. Noch eher möglich ist ein liberaler Wahlsieg im Herzogtum Lauenburg, wo der Kandidat der Reichspartei nur mit einem Vorsprung von nicht ganz 200 Stimmen vor dem liberalen Kandidaten in die Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kam. Schwieriger ist schon die Rückeroberung des Wahlkreises Kiel, aber da es noch im Jahre 1898 gelungen war, dem bürgerlich-liberalen Bewerber zum Siege zu verhelfen, so erscheint der Wahlsieg auch künftig nicht ausgeschlossen, wenn nur die libe-

Wahlkreise für die beiden freisinnigen Richtungen zustande¹. Bei den nächsten Reichstagswahlen (1907), die unter sehr starker Wahlbeteiligung (86% gegen 76 % bei den Wahlen 1903) stattfanden, erhielten die Liberalen (Freisinnigen) 31,8% der Stimmen (gegen 21,2% 1903) und 5 Mandate, die Nationalliberalen 2 (1) und die Sozialdemokraten ebenfalls 2 (5), die Freikonservativen nur 5% der Stimmen. Das war ein glatter Sieg der beiden liberalen Richtungen und vor allem des vereinigten Freisinns.

Bei den Wahlen 1912 gelang es den Freisinnigen durch geschickte Ausnutzung ihrer wahltaktischen Stellung sämtliche sieben „bürgerliche“ Wahlkreise zu erobern – teils gegen Sozialdemokraten oder Nationalliberale, teils im Bunde mit ihnen. Die Nationalliberalen erlangten kein einziges Mandat. Dabei zeigen die Ergebnisse des ersten Wahlgangs² keine weitere Zunahme der freisinnigen Stimmen, sondern eine leichte Zunahme der Stimmanteile sowohl bei den Sozialdemokraten als auch bei den konservativen Gruppen (Konservative, Freikonservative, Bund der Landwirte plus Wirtschaftsvereinigung), die insgesamt etwa 10% der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Der Anteil der nationalliberalen und freisinnigen Stimmen blieb fast auf der Höhe von 1907; in der geringfügigen Abnahme kann man aber vielleicht schon ein Symptom der bevorstehenden Schwächung der bürgerlichen Mitte durch Abwendung nach links und rechts sehen. Man sprach schon damals von dem „Zweifrontenkrieg“ des Liberalismus. Wenn die liberale Linke dennoch 1912 in Schleswig-Holstein einen so überwältigenden Erfolg errang, so im wesentlichen deshalb, weil sie die Möglichkeit hatte, beim zweiten Wahlgang in den Wahlkreisen des Großgrundbesitzes mit den Sozialdemokraten, dagegen in den vorwiegend mittelbäuerlichen und kleinbäuerlichen Kreisen mit den (schwachen) Nationalliberalen und Konservativen zusammenzugehen.

Die Oberschichten in Stadt und Land blieben vorwiegend nationalliberal und freikonservativ. Das zeigen die Ergebnisse der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus, in denen, infolge des Dreiklassen-Wahlrechts, die politische Willensrichtung der Wohlhabenden wesentlich stärker zum Ausdruck kam. Auch hierbei kommt jedoch, wie die vom Königlich Preußischen Statistischen Landesamt veröffentlichten Karten der Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen³ sehr anschaulich

ralen Parteien von vornherein zusammengehen. Der Wahlkreis Oldenburg ist seit 1877 in konservativem bzw. reichsparteilichem Besitz, aber wenn der Liberalismus in den anderen drei Wahlkreisen einig ist, so dürfte dies auch auf das Wiederaufwachen der liberalen Stimmung in diesem Wahlkreis günstig einwirken. Endlich erscheint es auch nicht ausgeschlossen, den früher durch den trefflichen nationalliberalen Abgeordneten Jebben vertretenen Wahlkreis Flensburg wiederzugewinnen.“

¹ Danach blieben die Reichstagswahlkreise Flensburg, Apenrade, Schleswig-Eckernförde, Eiderstedt-Husum-Tondern, Elmshorn-Pinneberg in bezug auf Aufstellung der Kandidaten und Organisation der Freisinnigen Volkspartei, die Reichstagswahlkreise Dithmarschen, Steinburg, Kiel-Rendsburg, Oldenburg-Plön-Segeberg, Herzogtum Lauenburg der Deutsch-freisinnigen Partei vorbehalten.

² Vgl. Tabelle 2, S. 23.

³ Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statist. Landesamtes XXXXIII, Ergänzungsheft 1916.

zeigen, die Sonderstellung Schleswig-Holsteins in der politischen Geographie Norddeutschlands sehr bezeichnend zum Ausdruck: Die preußischen (Alt)Konservativen, die östlich der Elbe mit Ausnahme der konfessionell und national gemischten Bezirke alle Wahlkreise beherrschten, hatten in Schleswig-Holstein unter den Bedingungen des Dreiklassen-Wahlrechts nur in Eckernförde einen „sicheren“ Wahlkreis (gelegentlich fielen ihnen auch die Kreise Plön oder Segeberg zu). Statt ihrer beherrschten die großbürgerlich-liberalen Parteien die meisten Wahlkreise, und zwar wiederum bezeichnenderweise die Freikonservativen den Osten und die Nationalliberalen die Großbauerngebiete an der Westküste. Demgegenüber erlangten die Freisinnigen (Freisinnige und Fortschrittliche Volkspartei) bei den beiden letzten Landtagswahlen (1908 und 1913) nur Mehrheiten in dem stark städtisch-industriellen Wahlkreis Kiel–Bordesholm sowie in Flensburg (wo vermutlich schon die Nationalitätenfrage die Chancen der bürgerlichen Rechtsparteien beeinträchtigte).

Von den Oberschichten in Schleswig-Holstein gilt, was von der politischen Haltung der Oberschichten in allen neuerworbenen evangelischen Provinzen Preußens allgemein zu sagen ist: Obwohl in der Grundhaltung konservativ, mochten sie ihre politische Tradition, die sich insbesondere aus der liberalen nationalen Bewegung ergeben hatte, nicht durch Anschluß an den preußischen ständisch-partikularistischen Konservatismus verleugnen. So wurden – aus einer Art Kompromiß – die Parteien der Nationalliberalen und Freikonservativen in diesen Gebieten zum Instrument der politischen Willensäußerung der konservativen Kreise.

Hierbei spielten, namentlich an der schleswig-holsteinischen Westküste, außerdem wirtschaftspolitische Motive mit: seit den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts betrieben die Marschbauern in Eiderstedt und Nordfriesland und auch in Dithmarschen Export von Mastvieh nach England, außerdem Import von englischem Zuchtvieh, und solange diese Handelsbeziehungen blühten, waren sie Freihändler. Erst als sie um 1890 infolge der englischen Schutzzölle andere Märkte, im Ruhrgebiet und anderen Industriezentren Deutschlands, aufsuchen mußten, und seitdem sie ihre Interessen durch den Import von überseeischem Gefrierfleisch bedroht sahen, wurden sie Schutzzollanhänger; da aber die Nationalliberalen diese Schwenkung mitmachten, konnten sie der Partei treu bleiben. Der Adel und der ostholsteinische Großgrundbesitz überhaupt waren schon seit 1869 ziemlich bald preußenfreundlich geworden.

Wenn die unteren und mittleren Schichten gerade in den Jahrzehnten des wirtschaftlichen Aufschwungs zum Freisinn und zur Sozialdemokratie übergingen, so kam darin die Opposition gegen ein politisches System zum Ausdruck, das ihnen in Preußen wichtige politische Rechte vorenthielt und im Reich die Last der wachsenden Rüstungen auf ihre Taschen abwälzte (Ablehnung der Einkommens- und Erbschaftssteuerreform durch Konservative und Zentrum, aber Erhöhung der indirekten Steuern 1909), zugleich die Gegnerschaft gegen die wachsende ökonomische und politische Macht des durch die Handelspolitik begünstigten Großkapitals, sowie die Unzufriedenheit wegen ungenügender Berücksichtigung der Interessen

der landwirtschaftlichen Veredelungsbetriebe. In Schleswig-Holstein kam als ein besonderes Motiv der Opposition hinzu die Verstimmung über Mißgriffe und Ungeschicklichkeiten der preußischen Verwaltung, besonders im nördlichen Schleswig¹.

Schleswig-Holstein gehörte also nach seiner politischen Atmosphäre durchaus nicht zu Ostelbien sondern zu Nordwestdeutschland, und wie in anderen neupreußischen Gebieten, so endete auch in Schleswig-Holstein die Reihe der Vorkriegswahlen mit einem vollständigen Sieg des demokratischen, auf Erweiterung der Parlamentsrechte und Demokratisierung Preußens drängenden, entschiedenen Liberalismus.

Tabelle 3: Parteistellung der Abgeordneten des Preußischen Landtags 1913²

Provinz	Konservative	Freikonservative	Nationalliberale	Fortschrittliche	Zentrum	Andere	Insgesamt
Ostpreußen	24	—	1	2	4	1	32
Pommern	24	1	—	1	—	—	26
Schleswig-Holstein	2	9	3	3	—	2	19
Hannover	6	12	15	—	2	1	36
Hessen-Nassau	8	2	9	2	5	—	26

2. Wahlentwicklung in Schleswig-Holstein von 1919 bis 1932

A. Die einzelnen Phasen

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 brachten in Schleswig-Holstein³ eine kontinuierliche Fortsetzung der Entwicklung und „politischen Atmosphäre“ der Vorkriegszeit zum Ausdruck. Das gilt, wenn auch schon in abge-

¹ Über die politischen Gruppen in Nordschleswig vgl. Deutscher Geschichtskalender, 1909 II, S. 12f.

² Die preußischen Landtagswahlen von 1913. 43. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Landesamtes. – Berlin 1916.

³ Schleswig-Holstein bedeutet im folgenden, wenn nichts anderes bemerkt wird, der *Wahlkreis Schleswig-Holstein* (1919 und 1921: Wahlkreis Nr. 14, dann Nr. 13), der außer dem Regierungsbezirk Schleswig (der mit der Provinz identisch ist) noch den zum Freistaat Oldenburg gehörigen Landesteil Lübeck (früher Fürstentum Lübeck) umfaßte. Hamburg bildete mit seinem Landgebiet einen eigenen Wahlkreis (1919 Nr. 37, 1920 Nr. 15, darnach Nr. 34). Der Freistaat Lübeck (Stadt- und Landgebiet) gehörte zum Wahlkreis Mecklenburg (Nr. 35, bzw. 7, seit 1924 Nr. 35). Da die beiden Hansestädte, vor allem aber ihr Landgebiet, geographisch und geistig eng mit Schleswig-Holstein verbunden sind, werden sie hier zu Schleswig-Holstein im weiteren Sinne gezählt. Im Laufe dieser Untersuchung werden auch Wahlergebnisse aus den *Landgemeinden* beider Freistaaten unseren Berechnungen zugrunde gelegt werden. Wir haben jedoch davon abgesehen, die Gesamtergebnisse der Wahlen dieser Gebiete mit denen von Schleswig-Holstein zu kombinieren, weil sie, unter dem Einfluß der „inneren“ Politik der Hansestädte stehend, das Bild der spezifisch schleswig-holsteinischen „Atmosphäre“ stören würden.

schwächtem Maße, selbst noch für die Ergebnisse der ersten Reichstagswahl 1921 (wegen der Abstimmung in Nord-Schleswig wurde nicht am 6. Juni 1920, sondern erst am 20. 2. 1921 gewählt). Bei den Wahlen ergaben sich in dem neugebildeten Wahlkreis Schleswig-Holstein bedeutende Mehrheiten für diejenigen Parteien,

Tabelle 4: Stimmanteile¹ der Parteien in Schleswig-Holstein. 1919 bis 1932 I

	1919	1921	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
NSDAP	–	–	7,4 ²	2,7 ³	4,0	27,0	51,0
Landvolk	–	–	–	–	0,3	3,8	–
DNVP	7,7	20,5	31,0	33,0	23,0	6,1	6,5
DVP	7,8	18,4	12,1	14,6	13,7	7,3	1,4
Zentrum	1,0	0,8	1,0	1,1	1,1	1,0	1,2
Landespartei	7,2	3,8	0,7	–	–	–	–
DDP	27,2	9,4	8,1	8,7	5,7	4,7 ⁴	1,4 ⁴
SPD	49,1 ⁵	40,3 ⁵	24,9	30,3	35,3	29,8	26,2
KPD	–	6,1	10,2	6,7	7,9	10,6	10,7
Andere Parteien	–	0,7	4,6	2,9	9,0	9,7	1,6

Tabelle 5: Stimmanteile der Parteien im Deutschen Reich
1919 bis 1932 I

	1919 ⁶	1920	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
NSDAP	–	–	6,5	3,0	2,6	18,3	37,3
DNVP	9,5	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9
DVP	5,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2
Zentrum	19,3	18,1	16,6	17,3	15,2	14,8	15,7
DDP	18,3	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0
SPD	45,5	39,5	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6
KPD	–	2,1	12,6	9,0	10,6	13,1	14,3
Andere Parteien	2,0	3,0	9,4	7,8	14,0	14,0	3,0

¹ Stimmanteile werden in dieser und allen folgenden Tabellen in Prozent der gültigen Stimmen angegeben. Wahlstatistische Angaben sind, wo nicht besonders bemerkt, den folgenden Quellen entnommen: Statistik des Deutschen Reiches, 1. Ergänzungsheft zu Vierteljahrsheft 1919, IV: Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung 1919, Band 291 (Reichstagswahlen v. 6. Juni 1920), Band 315 (Reichstagswahlen v. 4. Mai und 7. Dez. 1924), Band 372 (Reichstagswahlen v. 20. Mai 1928), Band 382 (Reichstagswahlen v. 14. Sept. 1930), Band 434 (Reichstagswahlen v. 31. Juli 1932); Statist. Jahrb. f. d. Dt. Reich, Jg. 43, 1923 (für die Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein v. 20. 2. 1921).

² Hier, wie in späteren auf 1924 I bezogenen Tabellen: Deutsch-Völkische Freiheitspartei.

³ Ebenso 1924 II: Nationalsozialistische Freiheitspartei.

⁴ Hier, wie in späteren auf 1930 und 1932 I bezogenen Tabellen: Deutsche Staatspartei.

⁵ Hier wie in späteren auf 1919 und 1920/21 bezogenen Tabellen (falls nicht anders angegeben): einschließlich USPD.

⁶ Stimmen, die auf gemeinsame Wahlvorschläge zweier Parteien abgegeben wurden, sind hier zu gleichen Teilen den betreffenden Parteien hinzugezählt worden.

Tabelle 6: Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen in Schleswig-Holstein, 1919 bis 1932 I¹

	1919	1921	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
Wahlberechtigte		934 444	989 586	1 007 235	1 041 236	1 087 972	1 138 624
Wahlbeteiligung	811 138	729 329	764 391	778 557	800 905	898 408	1 001 070
NSDAP	—	—	55 417	20 433	31 814	240 288	506 117
Landvolk	—	—	—	—	2 478	33 867	412
DNVP	61 819	141 410	232 792	233 395	181 086	54 569	64 767
DVP	62 930	127 346	90 633	112 326	44 783	64 473	14 031
Zentrum	8 107	5 572	7 503	8 186	8 534	9 201	12 277
Landespartei	57 913	25 907	5 652	—	—	—	—
DDP	219 579	65 062	60 704	66 561	107 959	42 154	14 056
SPD	397 685	278 540	186 954	232 382	278 858	265 349	259 634
KPD	—	41 839	76 933	51 643	62 144	94 329	106 058
Andere Parteien	—	4 966	55 982	21 884	71 558	86 363	15 236
Ungültige Stimmen	3 085	38 637	13 821	1 547	11 891	7 915	8 502

¹ Quellen wie zu Tab. 4.

welche als Träger des neuen Regimes galten: die SPD und die Deutsche Demokratische Partei. Rechnet man auch die autonomistische schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie (die spätere „Landespartei“) zu den Gegnern des zusammengebrochenen wilhelminischen Staates, was berechtigt ist, obwohl diese Partei nicht zu den eigentlichen Stützern des neuen Staates gehörte¹, so ergibt sich für 1919 eine Mehrheit von fast 84,5% für die „Linke“ (vgl. Tabelle 4, S. 30), während die Vorgänger dieser Parteien im alten Reichstag bei den Wahlen von 1912 (wobei es allerdings noch kein Frauenstimmrecht gab und eine andere Wahlkreiseinteilung zugrunde lag) im ersten Wahlgang nur etwa 70% der Stimmen erhalten hatten.

Im Reichsdurchschnitt erhielten die Parteien der Weimarer Koalition einschließlich der USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung 83,7% der Stimmen (vgl. Tabelle 5, S. 30); die Ergebnisse in Schleswig-Holstein entsprachen also annähernd dem Durchschnitt des Reiches. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß das Zentrum in Schleswig-Holstein keine Rolle spielte (1919: 1%) und die Regierungskoalition sich daher fast allein aus den sozialistischen und liberalen Wählern (einschließlich Landespartei-Wählern) zusammensetzte. Auf die beiden liberalen Parteien entfielen 34,4%, auf die beiden sozialistischen 49,1%. Im Reichsdurchschnitt dagegen erreichten die Sozialisten (45,5%) und Demokraten (20,1%) nur 65,6% der Stimmen. Schleswig-Holstein gehörte also 1919 zu den Wahlkreisen mit stärkster und ausgeprägtester Linksmehrheit.

Hatte die Revolution von 1918 keinen wesentlichen Wandel in der politischen Atmosphäre Schleswig-Holsteins bewirkt, so war der Umschwung seit 1930 um so krasser. Schon bei den Wahlen von 1921 zeichnete sich eine bemerkenswerte Tendenz ab: die starke Abnahme der DDP und die Zunahme der auf die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) entfallenden Stimmanteile (vgl. Tabelle 4).

Nach der Inflation trat dieser Umschwung in Richtung auf die konservativen bzw. Rechts-Parteien noch deutlicher in Erscheinung: bei den Maiwahlen 1924 erhielten die Deutschnationalen bereits 31% der Stimmen (vgl. Tabelle 7), während sie im Reichsdurchschnitt nur 19,5% erreichten: die Weimarer Koalitionsparteien, die bis dahin noch die Mehrheit gehabt hatten, wurden auf 42,8% herabgedrückt. Gleichzeitig erreichte der Stimmanteil der sozialistischen Parteien ihren tiefsten Punkt in dem ganzen Zeitabschnitt (vgl. Tabelle 4). Die „Deutsch-völkische Freiheitspartei“ dagegen, die in Listenverbindung mit den Nationalsozialisten stand, war mit 7,4% nicht besonders stark, wenn man berücksichtigt, daß sie in Mecklenburg damals schon 20,8% und die Hitlerbewegung in Franken 20,7%, in Oberbayern-Schwaben 17,0% erzielte. Auch 1928 gehörte Schleswig-Holstein noch keineswegs zu den starken nationalsozialistischen Wahlkreisen, es stand mit 4% an siebenter Stelle hinter Franken (8,1%), Oberbayern-Schwaben (6,2%), Pfalz (5,7%), Weser-Ems (5,2%), Südhannover-Braunschweig und Chemnitz-Zwickau (je 4,4%).

¹ Näheres im letzten Kapitel; vgl. jetzt auch Gerhard Stoltenberg, a. a. O., insbes. Kap. II.

Bei den Dezemberwahlen 1924, als die DNVP ihren höchsten Stimmanteil und die höchste absolute Stimmenzahl der ganzen Periode erreichte, war Schleswig-Holstein mit 33% deutschnationalen Stimmen einer der stärksten konservativen Wahlkreise, nächst Pommern: 49,1%, Ostpreußen: 39,2% und Frankfurt a. Oder: 38,3%; es stand also in einer Gruppe mit den ostelbischen Wahlkreisen, was in Anbetracht seiner abweichenden sozialen Struktur ein überraschendes Ergebnis genannt werden darf.

Das Land hatte also, insoweit seiner Tradition getreu, sehr schnell wieder den Weg zur „Opposition“ gefunden.

Der Übergang zum Nationalsozialismus begann in Schleswig-Holstein mit der Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze und der wirtschaftlichen Notlage nach dem Ausbruch der Weltagrarkrise und dem Zusammenbruch der Industrie-

*Tabelle 7: Stimmanteil der Deutschnationalen Volkspartei
1919 bis 1932 I*

	1919	1921	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
Reich	8,6	15,1	19,5	20,5	14,3	7,0	5,9
Pommern	19,4	35,5	49,5	49,1	41,6	24,8	15,8
Schleswig-Holstein	7,7	20,5	31,0	33,0	23,0	6,1	6,5
Rang							
Schleswig-Holsteins ¹	XXI	VIII	V	IV	V	XIV	XIII

konjunktur. Man darf das Ergebnis des Volksentscheides vom 22. 12. 1929 über das im Auftrage des „Stahlhelm“ (Bund Deutscher Frontsoldaten) und der DNVP von Hugenberg beantragte „Gesetz gegen die Versklavung des Deutschen Volkes“ vielleicht als einen Maßstab der eingetretenen Radikalisierung ansehen. Die Beteiligung an der Abstimmung war in Schleswig-Holstein mit 19,3% etwas stärker als im Reich (etwa 15% der Stimmberechtigten), und ebenso wurden in Schleswig-Holstein etwas mehr Ja-Stimmen abgegeben als im Reich (etwa 18% gegen 14%). Mit diesem Ergebnis stand Schleswig-Holstein aber hinter Ostpreußen (26,5% Ja-Stimmen) und Pommern (33,0%) noch weit zurück.

Der eigentliche Umschwung kam jedoch erst im folgenden Jahr bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Jetzt stand Schleswig-Holstein mit 27% nationalsozialistischen Stimmen an der Spitze aller Wahlkreise, die DNVP dagegen war unter den Reichsdurchschnitt gesunken. Und zwei Jahre später bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 war Schleswig-Holstein der erste und einzige Wahlkreis, in dem die NSDAP mit 51% der Stimmen die absolute Mehrheit erreichte.

Gemessen an dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung war das

¹ Unter den Wahlkreisen des Reiches, gemäß dem Anteil der DNVP-Stimmen.

allerdings ein entscheidender Wandel: anstelle einer sozialdemokratisch-demokratischen Mehrheit von 80% war nun eine deutschnational-nationalsozialistische Mehrheit von 58,9% getreten. Damit hatte sich zugleich das Schwergewicht der nationalsozialistischen Bewegung nach Norddeutschland verlagert, denn in den ehemals „führenden“ süddeutschen Wahlkreisen fand bis 1932 keine wesentliche Zunahme der nationalsozialistischen Stimmanteile mehr statt.

Es lassen sich mithin folgende drei Phasen in der Gestaltung der politischen Atmosphäre unterscheiden: die Phase der Vorherrschaft der Liberalen und Sozialisten (bei den Reichstagswahlen 1919 und 1921), die Phase des Erstarkens der Konservativen (1924 I und II, auch 1928), die Zeit des Vordringens der NSDAP (1930 und 1932 I).

Dabei ist aber zu bedenken, daß bei den Wahlen von 1928 ein Rückschlag zugunsten der Mittelparteien (knappe Linksmehrheit) eingetreten war, symptomatisch für die Konsolidierung des parlamentarischen Systems in der Ära Stresemann.

Vergleicht man die Bewegung der Stimmenzahlen der sozialistischen Parteien mit denen aller übrigen Parteien (vgl. Tabelle 6), so ergibt sich eine Tendenz stetiger Zunahme bei den letzteren (steigender „Trend“), während die sozialistischen Parteien um ein gleichbleibendes Niveau schwanken. Diese Zunahme der „bürgerlichen“ Stimmen erklärt sich teils aus der Zunahme der Wahlbeteiligung, teils aus der Zunahme der Stimmberechtigten, d. h. aus der bekannten Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Nichtwähler und der Jungwähler für die NSDAP gewonnen wurde.

B. Eigenart der Entwicklung in Schleswig-Holstein im Vergleich mit dem Reich und anderen Wahlkreisen

Im ganzen weicht die Entwicklung der parteipolitischen Konstellation in Schleswig-Holstein nicht wesentlich von der allgemeinen Entwicklung in Deutschland ab; insofern kommt den schleswig-holsteinischen Daten allgemeinere Bedeutung zu. Eine nähere Analyse und ein Vergleich mit anderen Wahlkreisen zeigt jedoch Eigentümlichkeiten, die eine genauere Bestimmung der politischen Atmosphäre des Landes gestatten.

Der Block des Zentrums fiel in dem fast rein protestantischen Lande fort. Die wenigen für das Zentrum abgegebenen Stimmen rühren überwiegend von Zugewanderten und deren Nachkommen her, namentlich ostdeutschen katholischen Arbeitern und Kleinbürgern, die in der Zeit des industriellen Aufschwungs und durch den Dienst in der Marine vor dem Kriege ins Land gekommen waren, außerdem von Beamten. Die Zentrumswähler wohnten in Schleswig-Holstein, im Gegensatz zu den katholischen Gegenden, vorwiegend in den Städten: bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 betrug der Stimmanteil des Zentrums in Gemeinden unter 2000 Einwohnern 0,3%, in Gemeinden über 2000 Einwohnern 1,0%. Allerdings wurde im Sommer, vor allem bei der Wahl vom 31. Juli 1932, ein Teil der Zentrumsstimmen von den Sommergästen in den Seebädern und Kurorten abge-

geben, wie deutlich aus dem Vergleich der Zentrumsstimmen bei dieser Wahl und bei der Wahl vom 6. November 1932 hervorgeht. Schließlich ist zu bedenken, daß bei den Wahlen von 1930 und 1932 auch manche Nichtkatholiken Zentrum wählten, um ihre Sympathie für Brüning kundzutun.

Die Bedeutungslosigkeit dieser konfessionell unterbauten Partei ergab in Schleswig-Holstein einerseits größeren Spielraum für Schwankungen im Stärkeverhältnis der „bürgerlichen“ Parteien, andererseits ermöglichte sie eine vollständigere Erfassung der Arbeiterwähler durch die sozialistischen Parteien. Aus diesen Gründen ist auch die Auflösung der bürgerlichen Mittelparteien zugunsten der radikalen Rechten (DNVP und NSDAP) schneller und vollkommener eingetreten als im Reich im ganzen. Schleswig-Holstein gehörte daher zu den Wahlkreisen, in denen die Zuspitzung der politischen Gegensätze mit besonderer Schärfe vor sich ging.

Es unterschied sich ferner vom Reich und von den stark industriellen west- und mitteldeutschen Wahlkreisen durch die verhältnismäßige Schwäche der KPD (vgl. Tabelle 4 und 5). Die SPD-Stimmanteile lagen dagegen immer etwas höher als im Reichsdurchschnitt, hielten sich vor allem 1921, als der gegenrevolutionäre Pendelschlag erfolgte, in Schleswig-Holstein höher als im Reichsdurchschnitt; bei den folgenden Wahlen bewegten sie sich parallel mit diesem.

Das Verhältnis von SPD und KPD stellt sich allerdings anders dar, wenn die Wahlergebnisse von Hamburg hinzugerechnet würden. Tatsächlich kann man die Bedeutung des Sozialismus für die politische Atmosphäre in Schleswig-Holstein nicht richtig ermessen, ohne zu berücksichtigen, daß in Hamburg und Lübeck jahrelang sozialdemokratische Mehrheiten regierten und daß Hamburg-Altona wiederholt Schauplatz kommunistischer Unruhen gewesen ist; derartige Vorgänge blieben nicht ohne mittelbare psychologische Wirkungen auf die Wählerschaft des flachen Landes.

Was die völkisch-nationalsozialistische Stimmen-Bewegung in Schleswig-Holstein betrifft, so zeigen sich charakteristische Unterschiede verglichen mit den ostelbischen Wahlkreisen (Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen): Während in diesen die Abwärtsentwicklung der NSDAP 1924 I bis 1928 anhielt, war in Schleswig-Holstein 1928 bereits eine leichte Zunahme bemerkbar¹. Schleswig-Holstein gehört in dieser Hinsicht zu dem Typus west- und süddeutscher Wahlkreise (Weser-Ems, Südhannover-Braunschweig, Nordbayern, Baden, Hessen-Nassau, Franken). Am auffallendsten ist der Unterschied der völkisch-nationalsozialistischen Stimmenbewegung zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg: dort hatte die Deutsch-Völkische Freiheitspartei bei den Wahlen von 1924 I einen ebenso hohen Stimmanteil (20,8%) zu verzeichnen wie die NSDAP in Franken (20,7%), um dann 1928 auf einen außerordentlich geringen Anteil (2,0%) zu sinken (während Franken sich mit 8,1% an erster Stelle hielt).

¹ Im Reichsdurchschnitt *sanken* die nationalsozialistischen Stimmen von 1924 II auf 1928 um etwa $\frac{1}{6}$, während sie in Schleswig-Holstein um reichlich die Hälfte, von 20 000 auf 31 000 *zunahmen* (vgl. Tabelle 4 und 5).

Dieser Unterschied der Bewegung in zwei benachbarten Landschaften erklärt sich vermutlich daraus, daß die Bevölkerung in den städtearmen Gebieten des Großgrundbesitzes, den alten Domänen des Konservatismus, für die neue politische Richtung weniger empfänglich war als die in den Gebieten mit bäuerlich-kleinstädtischer Bevölkerung, in denen früher die Liberalen starken Anhang besessen hatten. In Ostelbien, zumal in Pommern, besaß die DNVP eine sehr feste Basis im Landbund, der hier auch einen Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter umfaßte. Daher blieb hier auch noch 1932 I die NSDAP etwas schwächer als in Schleswig-Holstein.

Die weitere Zunahme der nationalsozialistischen Wählerschaft nach 1928, die in Schleswig-Holstein schnell und stetig vor sich ging, verzögerte sich in einigen stark ländlichen süd- und westdeutschen Wahlkreisen infolge des Widerstandes der Zentrumspartei, die namentlich auf dem Lande¹, u. a. durch die Bauernvereine, einen festeren Anhang besaß, als die Mittelparteien ihn in den norddeutschen Wahlkreisen gewinnen konnten, wo übrigens die Bauernvereine gerade durch ihre Verbindung mit den katholischen süddeutschen und westfälischen Organisationen belastet erschienen².

In den industriellen Wahlkreisen des Rheinlandes und Westfalens verhinderte außerdem die Stärke der sozialistischen Arbeiterbewegung einen ebenso schnellen Durchbruch des Nationalsozialismus wie in Schleswig-Holstein, wo die sozialistischen Parteien doch im wesentlichen auf bestimmte Landstriche und Städte konzentriert waren³.

Es ergibt sich nach alledem die Vermutung, daß die Erfolgsmöglichkeiten für die NSDAP in Schleswig-Holstein deshalb so günstig waren, weil die hemmenden Momente: Großgrundbesitz, Katholizismus, großindustrielles Proletariat schwach, die begünstigenden Faktoren wie Bauerntum, Kleinbürgertum und Protestantismus für norddeutsche Verhältnisse stark vertreten waren. Durch statistische Vergleiche mit anderen Wahlkreisen würde sich diese Vermutung nachprüfen lassen. Wir verzichten jedoch in dieser Untersuchung auf den externen Vergleich verschiedener Wahlkreise⁴. Wir hätten es dabei mit Bevölkerungsmassen von sehr heterogener Zusammensetzung zu tun, so daß eine Isolierung der einzelnen „Faktoren“ nur unvollkommen erreicht werden könnte. Wir bevorzugen statt dessen für unsere Untersuchung das Verfahren der *internen* Vergleiche.

¹ Über Hessen vgl. Lind: Die Wähler der NSDAP. Frankf. Ztg. Reichsausgabe. – 1930, Nr. 895–900; über Baden vgl. H. Hertz: Über Wesen und Aufgabe der politischen Statistik. – Leipzig 1932, S. 104.

² Vgl. Kapitel VI.

³ Vgl. auch Kapitel II. Eine merkwürdige Ausnahme unter den industriellen Wahlkreisen macht Chemnitz-Zwickau, wo die nationalsozialistischen Stimmanteile von Anfang an dauernd über dem Reichsdurchschnitt lagen und dann seit 1930 ungefähr ebenso stiegen wie in den Großgrundbesitz-Wahlkreisen.

⁴ Wie sie u. a. Hertz a. a. O. vorgenommen hat; neuerdings Charles P. Loomis und Allan Beegle: The Spread of German Nazism in Rural Areas. American Sociological Review. Vol. II, 6. 1946.

C. Stadt und Land

Ein Überblick über die unterschiedliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wahlergebnisse in Stadt und Land ergibt sich für die wichtigsten Parteien und Parteigruppen aus Tabelle 8, wobei entsprechend der deutschen amtlichen Statistik Orte mit unter 2000 Einwohnern als „Land“, Orte mit höheren Einwohnerzahlen als „Stadt“ gelten. Dies gilt auch für die später gegebenen Tabellen.

Es zeigt sich zunächst, daß die sozialistischen Parteien auf dem Lande nicht nur schwächer waren als in den Städten, sondern die auf sie entfallenden Stimmquoten auch stetiger abnahmen als in den Städten, wo sie 1924 I am tiefsten lagen, dann aber wieder stiegen. Auch war, wie zu erwarten, der Anteil der auf die KPD entfallenden Stimmen in der städtischen Wählerschaft größer als in der ländlichen. Betrachtet man allerdings den Anteil der KPD-Stimmen an der Summe der sozialistischen Stimmen und das Ausmaß der Radikalisierung der sozialistischen Wähler, so sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land weniger groß. Eine starke Zunahme der KPD-Stimmanteile ist in beiden Fällen nicht zu bemerken.

Zwei ausgeprägt ländliche Parteien treten auf: 1919 und 1921 die mit dem Bauernverein in Personalunion stehende „Landespartei“ (1919: Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie), deren Wählerschaft ganz überwiegend ländlich war, dann 1928 und 1930 die „Landvolkpartei“, die aber nur vorübergehende und geringe Erfolge hatte. Hinsichtlich der Landespartei, von der noch häufiger die Rede sein wird, ist bemerkenswert, daß ihre absolute Stimmenzahl in den Städten noch zunahm, als sie auf dem Lande schon im Rückgang begriffen war.

Einer der wichtigsten Unterschiede im politischen Verhalten der ländlichen und städtischen Wählerschaft kommt in den höheren Stimmquoten der Deutschnationalen auf dem Lande zum Ausdruck; bereits 1919 wählten von je 100 ländlichen Wählern fast doppelt so viele deutschnational wie von 100 städtischen Wählern, und 1924 II erreichten die Deutschnationalen auf dem Lande den Höhepunkt mit mehr als 43% der gültigen Stimmen gegenüber 28% in den Städten.

Dagegen waren die Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei, solange sie überhaupt noch größere Wählermassen zu binden vermochten, in der Stadt stets etwas stärker vertreten als auf dem Lande.

Der völkisch-nationalsozialistischen Bewegung wandte sich bei ihrem ersten Auftreten (Deutsch-Völkische Freiheitspartei) in den Städten ein etwas größerer Teil der Wähler zu als auf dem Lande. 1928 verändert sich das Verhältnis, und bei den Wahlen 1930 und 1932 I erhielt die NSDAP auf dem Lande erheblich größere Stimmanteile. Dieser Wandel wird noch deutlicher, wenn man zu Vergleichszwecken die sozialistische Stimmquote ausscheidet und die nationalsozialistischen Stimmen mit der jeweiligen Summe der in Stadt und Land für die nicht-sozialistischen Parteien abgegebenen Stimmen in Beziehung setzt:

Im Zusammenhang mit der etwas stärkeren Abnahme der Mittelparteien in den ländlichen Gemeinden ergibt sich hieraus das Gesamtbild einer rechtsradikalen

*Tabelle 8: Stimmanteile der Parteien in Schleswig-Holstein
Stadt-(ST) und Land-(L)Gemeinden 1919 bis 1932 I*

Parteien	1919		1921		1924 I		1924 II		1928		1930		1932 I	
	ST	L	ST	L	ST	L	ST	L	ST	L	ST	L	ST	L
NSDAP	-	-	-	-	7,8	6,4	2,9	2,3	5,5	5,4	23,2	35,1	44,8	63,8
Landvolk	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,0	0,6	10,7	-	-
DNVP	5,4	10,7	16,2	28,6	25,6	42,1	27,8	43,4	19,1	32,3	5,3	7,9	5,2	9,2
DVP	8,6	6,7	19,6	16,1	12,0	12,2	14,5	14,9	15,6	13,9	8,4	4,8	-	-
Landespartei	0,4	16,4	1,2	8,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
DDP	28,3	25,8	10,5	7,3	8,6	7,1	9,2	7,8	6,2	4,4	5,7	2,5	-	-
Zentrum und andere Parteien	1,4	0,3	1,9	0,6	6,2	3,1	3,9	2,4	9,3	11,6	8,7	11,1	7,0	2,6
SPD	50,9	39,0	39,8	33,0	26,9	21,1	32,8	25,4	38,5	27,6	33,1	22,8	29,9	18,6
USPD	5,0	1,1	3,2	2,6	0,9	1,3	0,4	0,5	-	-	-	-	-	-
KPD	-	-	7,6	3,2	12,0	6,7	8,5	3,3	9,8	3,8	13,1	5,1	13,1	5,8

Tabelle 9: Stimmanteile der NSDAP an den für die nichtsozialistischen (bürgerlichen) Parteien abgegebenen Stimmen in Stadt und Land in Schleswig-Holstein, Mai 1924 bis 1932 I

	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
Stadt	12,7	5,7	6,8	43,1	78,6
Land	8,9	6,9	7,6	48,7	86,9

Entwicklung in der ländlichen Wählerschaft. Während 1919 die aus Liberalen und Sozialisten bestehende „Linke“ in Stadt und Land ungefähr gleich stark war (nur die Zusammensetzung der „Linken“ war in der Stadt radikaler: der sozialistische Anteil erheblich größer, wogegen auf dem Lande die sehr gemäßigte schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie eine starke Stellung besaß), war 1932 die Rechte auf dem Lande erheblich stärker als in den Städten, wo ihr noch 43% sozialdemokratische und kommunistische Wähler entgegenstanden (vgl. Tabelle 8).

Fragt man nach den sozialen Tatsachen, welche die größere Radikalität des Umschwungs auf dem Lande begünstigt haben mögen, so ist zunächst zu bedenken, daß in den kleineren, meist homogenen ländlichen Gemeinden leichter eine größere Geschlossenheit der politischen Haltung entstehen kann als in den Städten. Der Wähler hatte auch bei dem deutschen Proportionalwahlrecht tatsächlich immer nur die Wahl zwischen einer begrenzten Anzahl von politischen Entscheidungen, wenn er seine Stimme nicht verzetteln wollte; bei dieser Entscheidung spielen bekanntlich rationale Überlegungen des einzelnen keine so große Rolle wie traditionelle oder emotionale Umwelteinflüsse. Es ist einleuchtend, daß eine ohnehin starke Partei um so eher die gesamte Wählerschaft eines Ortes für sich gewinnen kann, je kleiner derselbe ist, da unter solchen Bedingungen die gegenseitige Einflußnahme und „Kontrolle“ viel wirksamer sind als in größeren Ortschaften. Kommt außerdem noch eine größere Einheitlichkeit der sozialen Lage und der Interessen hinzu – die ebenfalls in kleineren Orten häufiger gegeben ist als in größeren –, so ergeben sich die günstigsten Bedingungen für eine einheitliche politische Haltung. Namentlich aber wird eine radikale Partei, die mit größerer Entschlossenheit, mit besserer Organisation und wirksameren Parolen als die gemäßigten Parteien um die Wähler wirbt, unter solchen Bedingungen eher alle anderen verdrängen können.

Die NSDAP hat denn auch schon bei den Wahlen im Juli 1932 in zahlreichen ländlichen Orten 70% bis 100% der Stimmen erreicht. Und zwar zeigt sich, daß im allgemeinen ihr Stimmanteil um so mehr wuchs, je kleiner die Zahl der Stimmberechtigten war. Ausnahmen von dieser Regel bildeten manche sehr kleine Gemeinde-Gutsbezirke und Arbeitersiedlungen, also Gemeinden sehr spezifischer Sozialstruktur, wo die sozialistischen Parteien hohe Stimmanteile erhielten.

Viel weniger eindeutig ist die Beziehung zwischen Ortsgröße und Stimmanteil

für die Deutsch-Demokratische Partei bei der Wahl von 1919. Diese Partei, die sich hauptsächlich auf die kleinbürgerlichen Schichten und die freien Berufe stützte, von denen zwar einige Vertreter in jedem größeren Dorf oder Flecken wohnten, die aber erst in den Städten einen größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachten, hatte um so mehr Stimmen, je größer die Ortschaft war – aber die ganz hohen Erfolge (über 50%) wurden wiederum in den kleinsten Ortschaften erreicht.

II.

DIE POLITISCHE UND SOZIALE STRUKTUR DER EINZELNEN LÄNDLICHEN REGIONEN

1. Vergleich der Wahlergebnisse 1919—1932 nach Kreisen

Will man die sozialen Tatsachen, von denen Gestaltung und Wandlung der politischen Atmosphäre abhängen, durch Vergleiche innerhalb der Landschaft Schleswig-Holstein untersuchen, so ist es zweckmäßig, von den drei großen geographischen Regionen auszugehen, die sich in Schleswig-Holstein als Marsch, Geest (Mittellücken) und Hügelland (M., G., H.) voneinander abheben. Bodenverhältnisse, Wirtschaftsweise und soziale Struktur der Landbevölkerung sind hier so verschieden voneinander, daß ein Vergleich der Wahlergebnisse in diesen Regionen weitgehende Schlüsse auf die bestimmenden Faktoren der politischen Meinungsbildung zuläßt. Innerhalb dieser drei nord-südlich verlaufenden Streifen und teilweise aus einer Region in die andere übergreifend, heben sich nun wieder Teillandschaften heraus, die durch historische Sonderentwicklung und in sozialer Hinsicht sich unterscheiden: im Westen die Elbmarschen (von Wedel bis Glückstadt), Süder- und Norderdithmarschen, Eiderstedt und das übrige Nordfriesland; im Osten: Angeln, Schwansen, der dänische Wohld, die Probstei, der ostholsteinische Güterdistrikt und die Insel Fehmarn (die mit dem äußersten Zipfel des „Land Oldenburg“ genannten Gebietes auf dem Festlande des Kreises Oldenburg zusammengefaßt werden könnte), schließlich im Südosten das ehemalige Herzogtum Lauenburg, das seine eigene Geschichte und daher in mancher Hinsicht sein eigenes Landschaftsbewußtsein hat; auf der Geest das alte Holstenland (in den Kreisen Rendsburg und Steinburg), Stormarn und im Kreise Schleswig die kleine Landschaft Stapelholm.

Die „Enklaven“ der Länder Hamburg, Lübeck und Mecklenburg bieten wenig Besonderheiten, wohl aber die unmittelbar bei Hamburg gelegenen Vierlande mit ihrem intensiven Gemüse- und Obstbau und alter Bauernkultur.

Der zum Freistaat Oldenburg gehörende „Landesteil Lübeck“ – das frühere Fürstentum Lübeck – ist eine rein politische Einheit und kann nicht wie die vorigen als eine „Landschaft“ betrachtet werden.

Der folgenden Erörterung der politischen und sozialen Eigenarten dieser Teillandschaften und Regionen soll zunächst ein kurzer Überblick über die Wahlergebnisse in den „unteren Verwaltungsbezirken“, d. h. in den Kreisen dienen. Freilich sind diese Daten für unsere Zwecke wenig brauchbar, da die meisten Kreise so abgegrenzt sind, daß sie Gebiete verschiedenen Wohlstandes – also Marsch und Geest, Geest und Hügelland – umfassen, um eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten zu ermöglichen. Will man soziologisch bedeutsame Bezirke bilden, müßte man die Gemeindegewahlergebnisse zugrundelegen. Aus technischen Gründen ist es leider unvermeidbar, daß wir uns hier auf die Kreiswahlergebnisse stützen. Trotz ihrer

Mängel ergeben sich aus ihnen erhebliche und soziologisch aufschlußreiche Unterschiede in der Stärke der verschiedenen Parteien in den einzelnen Kreisen, die festzuhalten für den weiteren Gang der Untersuchung wichtig ist.

a) So läßt sich eine Gruppe von Kreisen unterscheiden, in denen die Deutschenationalen mehr oder weniger regelmäßig über dem Durchschnitt für Schleswig-Holstein lagen: Flensburg, Eckernförde, Plön, Kreis Oldenburg und Hzt. Lauenburg; es sind dies (außer Flensburg) die Kreise mit erheblichem Großgrundbesitz, in denen auch die sozialistischen Stimmanteile im allgemeinen hoch waren (Tab. 10). Es traten hier ganz offensichtlich die scharfen Unterschiede der sozialen Lage zwischen Grundbesitzern und Landarbeitern in der politischen Willensäußerung zutage.

b) Hohe sozialistische Stimmquoten weisen ferner diejenigen Kreise auf, welche beträchtliche Teile des Vorlandes von größeren Städten umfassen: Bordesholm (Nähe Kiels, außerdem einige große Güter), dann Pinneberg und Steinburg, welche einen Teil der Vororte von Hamburg-Altona und die Industriegemeinden von Elmshorn und Itzehoe nebst Umgebung umfassen, sowie die Landgebiete der Länder Hamburg und Lübeck (Tab. 11).

c) Die NSDAP war bei der ersten Wahl (1928) nach der Reorganisation der Partei am stärksten in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen (18,1% und 17,7%), im Kreis Steinburg (10,4%), der sowohl Marsch wie Geestland umfaßt (und zwar auf der Geest reine Bauerndörfer neben den erwähnten industriellen Gemeinden), und in dem Geestkreis Rendsburg (8,6%). Zu diesen starken NS-Kreisen kamen hinzu: 1. an der Westküste 1930 Pinneberg, Eiderstedt und Husum und 1932 I noch Süd-Tondern, 2. an der Ostküste 1930 der oldenburgische Landesteil Lübeck sowie der Kreis Schleswig, 1932 I Eckernförde und der Landkreis Flensburg, der Hügelland und Geest umfaßt (wobei im Landesteil Lübeck und in Eckernförde allerdings der NSDAP-Durchschnittsanteil nur wenig überschritten wurde), 3. von den mittleren Kreisen kamen 1930 Bordesholm, Segeberg und Stormarn als neue Domänen des Nationalsozialismus hinzu. Unter dem Durchschnitt blieben nur die Stadtkreise.

Man kann also feststellen, daß die frühen Domänen des Nationalsozialismus außer Rendsburg sämtlich zu den westlichen Kreisen gehören. Die Kreise, in denen die NSDAP schwach war oder erst spät überdurchschnittliche Stärke erlangte, sind im großen ganzen identisch mit denen starker deutschnationaler Stimmanteile (und dementsprechend hohen Anteilen der sozialistischen Parteien).

d) Bei den ersten Nachkriegswahlen waren in einigen Kreisen mit später hohen nationalsozialistischen Stimmanteilen, die ganz oder teilweise auf dem Mittellücken liegen (Flensburg, Schleswig, Husum und Südtondern), gerade die Mittelparteien, Demokraten und Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie (Landespartei) stark, so daß hier der Umschwung besonders kraß erscheint. Es bestätigt sich also die Vermutung, daß die Chancen der Nationalsozialisten in Gebieten mit Großgrundbesitz im allgemeinen schlechter gewesen sind als in bäuerlichen Gebieten (selbst wenn diese, wie Pinneberg und Steinburg, einen starken industriellen Einschlag haben). Infolge der heterogenen Zusammensetzung der

Tabelle 10: Landkreise mit hohen DNVP- und sozialistischen Stimmanteilen in Schleswig-Holstein 1930 und 1932 I

Kreise	1930		1932 I	
	DNVP	SPD u. KPD	DNVP	SPD u. KPD
Flensburg	6,3	16,1	9,6	13,2
Eckernförde	8,7	37,5	8,7	33,8
Plön	12,9	41,2	9,9	37,9
Oldenburg	16,0	41,7	11,2	35,0
Hzt. Lauenburg	8,6	37,1	8,6	36,7
Schleswig-Holstein	6,1	40,4	6,4	36,9

Tabelle 11: Stadtnahe Landkreise mit hohen sozialistischen Stimmanteilen in Schleswig-Holstein 1928 bis 1932 I

Kreis:	1928	1930	1932 I
Bordesholm	40,3	38,6	35,3
Pinneberg	42,1	38,2	37,4
Steinburg	42,2	40,9	37,9
Hamburg-Staat ohne Stadt	45,9	43,4	45,0
Lübeck Land	48,2	42,5	39,6

Tabelle 12: Landkreise mit anfänglich (1919) liberaler, später (1928/32) großer nationalsozialistischer Mehrheit

Kreise	DDP	Landespartei	Zus.	NSDAP		
	1919	1919	1919	1928	1930	1932 I
Flensburg	17,3	44,8	62,1	1,7	21,8	70,0
Schleswig	33,8	26,8	60,6	3,8	35,6	70,2
Husum	39,1	23,5	62,6	1,9	36,8	68,6
Südtondern	46,6	12,2	58,8	1,2	25,2	64,5
Durchschnitt in Schleswig-Holstein	27,2	7,2	34,4	4,0	27,0	51,0

Kreise aus Teilen verschiedener Regionen läßt sich aber nicht feststellen, ob die Erfolgsaussichten in Marsch und Geest einerseits, Marsch und Hügelland andererseits sich erheblich unterscheiden.

Eine kartographische Darstellung¹ der Wahlergebnisse in den einzelnen Ge-

¹ Das Material zu diesen Karten ist noch erhalten; es besteht aus ca. 25 Deckblätter zu den Karten der Preußischen Landesaufnahme 1 : 200 000, auf denen für jede der wichtigeren Parteien die Stimmanteile symbolisch dargestellt sind. Aus technischen Gründen mußte auf die Drucklegung verzichtet werden.

meinden am Ende der hier untersuchten Periode würde zeigen, daß den Regionen und Teillandschaften in der Tat politische Regionen und Landschaften entsprechen. Gliedert man, ausgehend von den Ergebnissen der Juli-Wahl 1932, die einzelnen Gemeinden je nach ihren Stimmquoten für die NSDAP, so zeigt sich, daß diejenigen ländlichen Ortschaften, in denen 80–100 Prozent der Wähler für die NSDAP stimmten, vorwiegend auf dem Mittelrücken (Geest) liegen; nach Osten und Westen werden die nationalsozialistischen Stimmanteile im ganzen niedriger, und zwar besonders in den Gebieten des Großgrundbesitzes; auch in der Marsch sind Orte mit mehr als 80 Prozent NSDAP-Stimmen seltener als auf der Geest. Nur in den Gemeinden der Eidermarsch konnten die Nationalsozialisten regelmäßig sehr hohe Prozentsätze erreichen. Im Südosten ist die Stimmverteilung unregelmäßig, es lassen sich keine klaren Regionen mehr abgrenzen.

Die geographische Verteilung der DNVP-, SPD- und KPD-Ergebnisse ergibt ein komplementäres Bild: niedrige Quoten auf dem Mittelrücken, hohe im östlichen Hügelland und den Marschen.

Die Städte und vor allem die Industriedörfer und Arbeitersiedlungen in der Nähe von Kiel, Neumünster, Itzehoe (Lägerdorf und Münsterdorf), Brunsbüttelkoog weisen durchweg schwächere nationalsozialistische Stimmanteile, höhere sozialistische auf.

Im Osten sind wiederum die Nationalsozialisten in den bäuerlichen Gebieten: Angeln, Probstei, Fehmarn (hier allerdings nur wenig) stärker als in den Güterdistrikten Schwansen, dänischer Wohld, Ostholstein, während andererseits in diesen Bezirken Gemeinden mit hohen sozialistischen Stimmanteilen häufiger vorkommen als in den bäuerlichen Gebieten. Allerdings wird in einigen Gegenden, vor allem im ostholsteinischen Güterdistrikt, die Klarheit des Bildes dadurch getrübt, daß Bauerndörfer und Gutsdörfer oft zu „Stimmbezirken“ zusammengefaßt sind. Immerhin ist das Ergebnis eindeutig genug. Die Wahlgeographie bestätigt auch die frühere Beobachtung, daß die kleinsten Orte die größte Geschlossenheit der politischen Atmosphäre aufweisen, sie zeigt ferner, daß in dieser Hinsicht offenbar die Verkehrslage (Bahn- oder Stadtnähe) eine Rolle spielt: entlegene Dörfer haben im allgemeinen sehr hohe, verkehrsnähe niedrigere NS-Stimmanteile. Abgelegenheit begünstigt offenbar die Homogenität, Verkehrsnähe den Pluralismus der politischen Meinung.

2. Die sozialen Bedingungen der politischen Atmosphäre

Ob in einem bestimmten Gebiet für eine bestimmte Partei mehr oder weniger Stimmen abgegeben werden, ist abhängig von Willensentscheidungen zahlreicher Individuen, die sehr verschieden motiviert sein können. Immerhin zeigt die Erfahrung des täglichen Lebens, daß es bestimmte typische Motivationen für diese parteipolitische Entscheidung überhaupt gibt: Glaube an die Idee, welche eine bestimmte Partei vertritt, persönliche Anhänglichkeit an ihre Führer, Hoffnungen

auf bestimmte praktische Erfolge im Interesse des Gemeinwesens, Erwartung mittelbarer oder unmittelbarer Vorteile für den Wählenden und seine Berufs- oder Standesgenossen. Man kann in Anlehnung an Max Webers Kategorien sozialen Verhaltens die wertrationale, die zweckrationale und die emotional-affektuelle politische Haltung unterscheiden. Dem entspricht ziemlich genau die Typologie der Parteien, die Unterscheidung von Weltanschauungsparteien, Patronageparteien und Gefolgschaftsparteien. Wir können ferner beobachten, daß bei der Entscheidung für eine bestimmte Partei die eine oder andere dieser typischen Motivationen vorherrschen, die ihrerseits im gesamten Habitus des betreffenden Einzelnen begründet sind; so kommt es, daß wir zwar verallgemeinernd aber doch nicht unbegründet von einem Menschen sagen können, er sei ein typischer Kommunist oder ein typischer Demokrat.

Der „Habitus“ seinerseits ergibt sich vor allem aus geistig-seelischen Erbanlagen und sozialen Bedingungen: ethnische Eigenart, historisch-politische Vergangenheit, soziale Lage einer Menschengruppe bedingen ihr politisches „Temperament“ und setzen somit die Voraussetzungen für Erfolg oder Nicht-Erfolg einer bestimmten politischen Partei in einer bestimmten Situation. Der Vergleich der politischen Atmosphäre in Gebieten mit verschiedener Zusammensetzung dieser Bedingungen in der gleichen allgemeinen politischen Lage bietet theoretisch die Möglichkeit, diese Zusammenhänge nachzuweisen, die Bedeutung der einzelnen Faktoren zu messen. Die Erfahrung zeigt aber, daß diese Zusammenhänge viel zu mittelbar sind und allzu sehr durch andere Momente gestört werden, als daß sie eindeutig nachweisbar wären.

Dies gilt insbesondere für die ethnischen und historisch-politischen Faktoren. Namentlich die Wirksamkeit der ethnischen Unterschiede ist in einer verhältnismäßig homogenen Bevölkerung wie der des Deutschen Reiches so gering, daß z. B. Gebiete von so verschiedener ethnischer Zusammensetzung wie Schleswig-Holstein und Ostpreußen oder Franken einen annähernd gleich günstigen Boden für dieselbe Partei abgegeben haben. – Was die politische Vergangenheit einer Landschaft betrifft, so dürfte sie starken Einfluß haben auf die Formung des politischen Temperaments; sie erzeugt gewohnheitsmäßige Zu- und Abneigungen, gewohnheitsmäßige seelische Reaktionen auf bestimmte Vorstellungen, die, in den Wahlparolen der Parteien gebraucht, günstige oder ungünstige Wirkung für die Werbung in einer bestimmten Landschaft haben können. So liegt z. B. die Vermutung nahe, daß ein Ansprechen der Freiheitsliebe in der politischen Werbung bei einer Bevölkerung, die bis in die jüngste Vergangenheit weitgehende Unabhängigkeit von der staatlichen Zentralgewalt genossen hat, stärkeren Eindruck machen wird als in einer Landschaft, wo der Kampf um die alten Institutionen bäuerlicher Selbstregierung, der Kampf mit dem Leviathan Staat um die Freiheit, keine solche Rolle im historischen Bewußtsein spielt. Ein zweites kommt hinzu: in bestimmten Situationen (z. B. in einer Wirtschaftskrise) werden zwei Bevölkerungen von gleichartiger sozialer Struktur, aber verschiedener politischer Tradition für eine bestimmte Partei unter Umständen gleich empfänglich sein. Aber ob diese Empfänglichkeit

nachhaltig ist, wieweit sie von Dauer ist, das wird u. a. davon abhängen, ob und wie weit Ideologie, Taktik und Organisationsform der betreffenden politischen Partei dem geschichtlich geformten Charakter und Temperament der Bevölkerung angemessen sind. Im Verlauf der politischen Prozesse werden sich also feinere Unterschiede des Verhaltens ergeben, in denen der durch die verschiedene politische Vergangenheit gebildete „Volks-Charakter“ zum Ausdruck kommt, ohne daß man freilich diesen Faktor von anderen (z. B. Unterschieden im Krisenverlauf) immer trennen kann.

Verhältnismäßig deutlich nachweisbar ist dagegen der Einfluß sozialer Strukturunterschiede auf die Wahlergebnisse. In jede politische Massenentscheidung wirken die von der sozialen Situation bedingten „Interessen“ der Individuen hinein. Hier ist der Zusammenhang mit der politischen Willensbildung viel unmittelbarer, außerdem exakter bestimmbar. Jede Partei ist bestrebt, sich möglichst an die Gesamtheit der Wähler zu wenden; auch die sozialistischen Parteien haben ihre Werbetätigkeit über den Rahmen des Proletariats hinaus auf die Mittelschichten in Stadt und Land erstreckt. Der Breiten-Erfolg der Werbung einer an sich mehr oder weniger interessengebundenen Partei wird wesentlich abhängen von der Stärke ökonomischer und sozialer Differenzierung – klassenmäßiger Gegensätze und quasi-ständischer Distanzen. Auch die Gesamtkonstellation der Parteien in einem bestimmten Gebiet ist in erheblichem Maße abhängig von der sozialen Schichtung der Bevölkerung. Andererseits wissen wir, daß es einer Partei gelingen kann, in Gebieten mit verschiedenartiger Sozialstruktur annähernd gleich hohe Stimmanteile zu erlangen, ferner: daß in ein und demselben Gebiet nacheinander Parteien mit sehr verschiedenen Zielen Höchsterfolge erreichen können, ohne daß die soziale Struktur sich geändert hat. Bei genauer Analyse wird man dennoch hierbei in den einzelnen sozialen und historisch-politischen Regionen feine, aber bezeichnende Unterschiede beobachten können, und auf diese kommt es an. Denn infolge der primären Bedeutung allgemein im Lande wirksamer Faktoren kann der *spezifische* Habitus der Bevölkerung in den einzelnen Landschaften sich nur als sekundärer Faktor bemerkbar machen – zumal bei Proportionalwahlrecht mit Listenwahl die Tendenz besteht, regionale Unterschiede zu nivellieren.

Auf dem flachen Lande sind dabei noch einige besondere Umstände als Elemente und Bedingungen der politischen Haltung zu berücksichtigen. Mangels einer brauchbaren politischen Psychologie des Bauerntums müssen wir uns auf einige allgemeine Beobachtungen beschränken.

Zunächst kann aller Erfahrung nach unterstellt werden, daß die ländlichen Wähler sich in noch geringerem Maße als die städtischen von den Parteidoktrinen hinsichtlich der Staatsform und Verfassung in ihrer Entscheidung für die eine oder andere Partei beeinflussen lassen. Namentlich Bauern und Landarbeiter denken viel zu sehr an das Konkrete und Praktische, sind auch viel zu wenig in der Lage, die politischen Theorien der Parteien zu verstehen und in ihren Konsequenzen durchzudenken, als daß dieses Moment große Bedeutung haben könnte. Anders verhält es sich mit den Pastoren, Lehrern und den sonstigen Gebildeten auf dem

flachen Lande und in den kleinen Orten, deren politische Stellungnahme sehr viel mehr von der Idee her – wenigstens in ihrem eigenen Bewußtsein – bestimmt wird. Daß andererseits diese Schichten – die freilich auf dem Lande nicht als Gruppen, sondern als Einzelpersonen in Erscheinung zu treten pflegen – auf die politische Haltung der ländlichen Bevölkerung Einfluß gewinnen können, liegt auf der Hand. Über die Stellung der eigentlichen Bauern zum Staat läßt sich auf Grund allgemeiner Erfahrung aussagen, daß das Bauerntum in den modernen zentralistischen und bürokratischen Staat seelisch noch wenig einbezogen ist, daß ihm der Staat im wesentlichen nur entgegentritt in Gestalt des Heeres, des Fiskus und der Polizei¹.

Die allgemeine Wehrpflicht, welche den jungen Bauern und seine ärmeren Dorfgenossen auf 2 bis 3 Jahre dem Hofe und der Familie entzog und in ein fremdes, in vielen Fällen gerade dem stark bäuerlichen Empfinden widerwärtiges Milieu stellte², hat sicher auf der anderen Seite in Deutschland stark dazu beigetragen, den bäuerlichen Horizont zu erweitern, das Gefühl der Verbundenheit mit Volk und Nation zu stärken, und wird somit auch zur Überwindung der Staatsfremdheit des Landvolks beigetragen haben. Namentlich in Schleswig-Holstein, wo viele Großbauern und in andere Berufe übergegangene Großbauernsöhne ins Reserveoffizierkorps einrückten, dürfte diese Funktion die Wehrpflicht ziemlich große Bedeutung gehabt haben. Daß für die Weimarer Republik dieser Integrationsfaktor wegfiel, ist sicher von weittragenden Folgen gewesen.

Wir werden sehen, daß demgegenüber die beiden anderen Lebensäußerungen des Staates: der Fiskus in Gestalt der Finanzämter und die Polizei, erhöhte Bedeutung im Bewußtsein der Bauern gewannen. Die Steuerbelastung wurde um so fühlbarer, je geringer die Rentabilität war – und diese sank namentlich für die Landwirtschaft nach dem ersten Weltkrieg sehr erheblich –, und sie wurde um so mehr als eine ungerechte Last empfunden, je geringer tatsächlich oder nach der Meinung der Steuerzahler der eigene Einfluß auf die Steuergesetzgebung oder die Finanzpolitik war. Dies ist zweifellos ein Punkt, in dem die Frage der Verfassung auch in den politischen Horizont des Bauern eingeht. Kommt er durch praktische Fragen zu der Überzeugung, daß unter einer bestimmten Staatsform sein Einfluß auf die Staatswillensbildung und seine Interessenvertretung durch die Staatsleitung beeinträchtigt werden, wird er in Opposition treten.

Solche konkreten Anlässe bietet in erster Linie die Gestaltung der Rentabilität der Landwirtschaft. Und zwar gewinnt dieses Moment um so größere Bedeutung, je „kapitalistischer“ die Landwirtschaft betrieben wird, d. h. je mehr die Erzielung einer Rente aus dem investierten Kapital zur Richtschnur der Betriebsführung wird, je genauer Kosten und Ertrag gegeneinander aufgewogen und die Produktionsrichtung im Hinblick auf die jeweils günstigsten Gewinnchancen gewählt wird. Je mehr nun die Agrarproduktion einer Landschaft in dieser Weise marktorientiert

¹ A. L'Houet: Zur Psychologie des Bauerntums. 2. Aufl. – Tübingen 1920.

² Vgl. dazu Gustav Frenssens Roman Jörn Uhl. – Berlin 1901.

ist, um so empfindlicher werden die einzelnen Wirtschaften gegenüber Konjunkturen und Strukturwandlungen. Namentlich hoch spezialisierte und kapitalintensive Betriebe werden größeren Schwankungen der Rentabilität unterworfen sein als arbeitsintensive und vielseitige Betriebe.

Ob und wie schnell aber die bäuerliche Bevölkerung auf solche Schwankungen auch mit einem Wechsel der Entscheidung zwischen den politischen Parteien reagiert, wird abhängen von der Festigkeit bestehender parteipolitischer Organisationen und letztlich von der Stärke politischer Traditionen.

Wo eine breite ländliche Oberschicht seit langer Zeit aktiv in bestimmten Parteien sich führend betätigt hat, wird es einer neuen Partei schwerer fallen, diese Schicht zu gewinnen und ihren etwa vorhandenen Einfluß in der übrigen Bevölkerung zu brechen als in einer Gegend, wo es an solcher politischen Tradition fehlt. Auch die Bodenständigkeit der Bevölkerung dürfte in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen: starke Zuwanderung landfremder und ortsfremder Elemente oder starke Mobilität werden die Traditionsfestigkeit der politischen Haltung schwächen. Neue politische Bewegungen werden daher in Orten mit sehr bodenständiger Bevölkerung schwerer Eingang finden als z. B. in stadtnahen Orten oder solchen, die eine starke Zuwanderung erfahren haben¹.

3. Dithmarschen, Eiderstedt und das übrige Nordfriesland

Unter allen schleswig-holsteinischen Teillandschaften zeichnen Dithmarschen und Eiderstedt sich durch besonders ausgeprägten Charakter aus. Ihre politische Haltung erweckt unser besonderes Interesse, denn diese ehemaligen Hochburgen des Liberalismus gelten als die Ausgangspunkte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Zu untersuchen, inwieweit dies richtig ist und worauf die Wandlung der politischen Atmosphäre beruhen mag, ist also Aufgabe der folgenden Erörterung, die sich vergleichsweise, soweit unser Material es erlaubt, auch auf das übrige Nordfriesland, also die Marschgebiete der Kreise Husum und Südtondern, erstrecken wird.

Die Landschaft Dithmarschen, ungefähr zu gleichen Teilen in Marsch und Geest gegliedert, bildet keine natürliche wirtschaftsgeographische und soziale Einheit, wohl aber ein historisch gewordenes politisches Gebilde, das noch bis in die Neuzeit hinein ein Sonderleben führte als eine Republik freier Bauern, die nie die Leibeigenschaft gekannt haben und ihre öffentlichen Angelegenheiten in großer Unabhängigkeit vom Territorialherrn verwalteten. Bis zur Annexion durch Preußen waren Gerichtsbarkeit und Verwaltung weitgehend in Händen von landbürtigen, dem Bauernstande entstammenden, meist ehrenamtlich tätigen Beamten.

¹ Die politische Bedeutung von Bodenständigkeit und Mobilität kann in dieser Untersuchung nur hin und wieder gestreift werden. Es wäre aber eine interessante Aufgabe, in einer vergleichenden Untersuchung deutscher Landschaften die Bedeutung dieser Faktoren für die Verbreitung radikaler Bewegungen im vernationalsozialistischen Deutschland zu erforschen.

Noch mehr hatte Eiderstedt, die nördliche Nachbarlandschaft, ihr politisches Eigenleben bis ins 19. Jahrhundert bewahrt. Während das übrige Nordfriesland im Kampfe mit dem Landesherrn unterlag und mit dem übrigen Herzogtum Schleswig zu einer neuen Verwaltungseinheit zusammengeschlossen wurde, konnte Eiderstedt seine Autonomie bis zur Eingliederung in den preußischen Staat weitgehend bewahren¹. Für die Oberaufsicht des Staates, die durch den landesherrlichen Amtmann zu Husum in seiner Eigenschaft als „Oberstaller“ ausgeübt wurde, blieb wenig Raum, da zwischen Staat und Gemeinden die Landschaft Eiderstedt als Gesamtkommune stand², welche die Aufgaben der Justiz und Verwaltung durch selbstgewählte oder zum mindesten von den Kirchspielen und der Landesversammlung präsentierte (landbürtige) Beamte wahrnahm. V. Pauls schreibt: „Während in den Volksgerichten . . . der Staller als Vertreter des Landesherrn neben den Ratmännern einen Sitz hatte, allerdings nur als Verhandlungsleiter ohne jedes Stimmrecht, ging die Unabhängigkeit und Selbständigkeit in der Verwaltung so weit, daß in keiner einzigen Körperschaft weder der Landschaft noch der einzelnen Kommunen, ein landesherrlicher Beamter Sitz und Stimme hatte . . . Es war ein bauerliches Patriziat, in dessen Händen die Verwaltung des Kirchspiels und der Landschaft lag³.“

Daß sich hier in den Nordseemarschen diese Reste freier germanischer bäuerlicher Gemeinwesen erhalten hatten, war begründet einmal durch die Schwierigkeit und Kostspieligkeit der Anlage und Erhaltung der Deiche, deren Wahrnehmung durch die unmittelbar interessierten Bauern ganz organisch zur Ausdehnung der kommunalen Selbstverwaltung führte. Die größere Selbständigkeit Eiderstedts aber war vor allem durch seinen Reichtum und die hierauf beruhende Machtstellung gegenüber dem Landesherrn bedingt, der als Entgelt für reiche Steuereinkünfte jene Autonomie gewährte.

Während so das politische Leben dieser Landschaften bis in die Kindheit der heute lebenden ältesten Generation noch vorstaatliche Elemente bewahrt hatte, haben sich im wirtschaftlichen Leben der Marschen frühzeitig kapitalistische Züge entwickelt. Landgewinnung und Deichbau sind seit dem Ausgang des Mittelalters in Form kapitalistischer Unternehmung vor sich gegangen. Auf dem neugewonnenen Marschboden bildete sich Streusiedlung aus, die dem einzelnen Bauern viel größeren Spielraum für individuelle und rationale Wirtschaftsführung gewährte als die geschlossene Siedlungsweise der Geest. Bodenbeschaffenheit und Klima ließen in den Marschen frühzeitig eine einseitigere Produktionsrichtung aufkommen als in den anderen Teilen Schleswig-Holsteins. Dadurch wurde wiederum der Marschbauer früher und straffer in den Marktzusammenhang eingegliedert als etwa der Geestbauer. In besonders ausgeprägter Weise vollzog sich diese Entwicklung in Eiderstedt; hier trat schon seit dem 16. Jahrhundert die Produktion für den eigenen

¹ V. Pauls: Landesherrschaft und Selbstverwaltung in Eiderstedt. – Garding 1932, S. 8f.

² P. W. Cornils: Die Kommunalverfassung in Eiderstedt. – Heide 1841, S. 315.

³ Pauls, a. a. O., S. 21 f.

Bedarf (die bei der Beschaffenheit des Landes unzureichend bleiben mußte) zurück hinter der Produktion für den Handel, und zwar überwog zunächst Milchwirtschaft und Käseexport – vermutlich eingeführt durch die zahlreichen holländischen Einwanderer¹ –, dann seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, angeregt durch die Exportmöglichkeit nach England, die Rinderweidemast, die zu weitgehender Abwendung vom Ackerbau und dadurch zu tiefgreifenden Wandlungen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes führte. Gerade die Weidemast, die wenig technische Arbeiten im Betriebe, überhaupt wenig körperliche Arbeit erfordert, aber hohe mittelfristige Kapitalinvestitionen voraussetzt und eine geschickte Ausnutzung der Preisdifferenzen zwischen Mager- und Fettvieh, ein Abpassen des günstigsten Zeitpunktes für den Verkauf, und schon beim „Beschlagen“ der „Fennen“ richtige Einschätzung des Verhältnisses von Kosten und Verkaufspreisen verlangte², läßt den Bauern mehr zum landwirtschaftlichen Unternehmer werden, dessen tägliche Arbeit nach einem landläufigen Scherzwort darin besteht, die Marktberichte zu lesen und „de Ossen to beföhlen“, und zwar um so mehr, je wohlhabender er ist und je mehr er seinen Betrieb auf Weidemast spezialisiert hat. In dieser Hinsicht lassen sich verschiedene Betriebstypen unterscheiden, die zugleich im wesentlichen mit der sozialen Schichtung zusammenfielen: am meisten spezialisiert waren die größeren Bauernwirtschaften von 50 bis 100 ha, die teils von den Eigentümern selbst bewirtschaftet wurden, teils durch Pächter oder „Aufsichtsleute“. Als nächste und stärkste Gruppe folgten die Höfe von mittlerer Größe (etwa 10 bis 50 ha), die neben gekauftem Jungvieh auch solches aus eigener Zucht hielten, also auch Einnahmen aus Milchwirtschaft hatten und, sofern der Boden geeignet war, auch etwas Weizen zum Verkauf produzierten. Als unterste Schicht und am wenigsten kapitalistische Betriebsgruppe sind davon die sogenannten Milchbauern zu unterscheiden, die kleine Höfe von 5 bis 6 ha besaßen und neben Weidemast auch Viehaufzucht und Milchwirtschaft trieben, außerdem als Aufsichtsmänner das Vieh auswärtiger „Gräser“ überwachten. Da sie nur vier bis fünf eigene Kühe hielten und einiges Mastvieh, war ihr Kapitalbedarf nicht groß und, sofern sie nur eigenes Land ohne fremde Arbeitskräfte bewirtschafteten, also weder Pacht noch Löhne zu zahlen hatten, war ihre Marktabhängigkeit geringer als die der großen Bauern.

Nach der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 entfielen in Eiderstedt 48 380 Stück Rindvieh auf 26 381,5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche, also im Durchschnitt 18,5 Stück auf 10 ha.

Die technische Eigenart der Weidemast hat nun nicht nur den Absentismus landbürtiger Grundbesitzer begünstigt, sondern auch viel Eiderstedter Boden in Eigentum oder Pacht von Geestbauern, ja, von Viehhändlern und völlig berufs-fremden Besitzern übergehen lassen, die z. T. nur eine Kapitalanlage suchten, z. T. auf eigenem oder gepachtetem Boden Vieh für eigene Rechnung grästen, ohne daß ein geschlossener landwirtschaftlicher Betrieb vorhanden gewesen wäre.

¹ Pauls, a. a. O., S. 9

² Vgl. K. Langenheim: Das Absatzproblem in der Fettweidewirtschaft der schleswig-holsteinischen Marschen. – 1931, insbes. S. 36 (über Betriebsgrößen).

Tabelle 13: Verteilung des Besitzes an Rindvieh in Eiderstedt 1925

Betriebe	landwirtschaftliche Nutzfläche in ha	Stück Rindvieh	Stück Rindvieh pro Betrieb
346	0,5– 2	1 120	3,2
842	2– 5	6 416	7,6
536	5–10	8 044	15,0
386	10–20	10 115	27,2
322	20–50	16 211	50,0
62	über 50	6 474	104,4

In Dithmarschen war die Spezialisierung nicht so weit gediehen, da die Bodenverhältnisse hier eine so einheitliche Bevorzugung eines Wirtschaftszweiges nicht zulassen. Neben Weidemast, die namentlich in Norderdithmarschen – z. T. übrigens auf Eiderstedter Boden! – betrieben wurde (in der Eidermarsch auch Viehaufzucht), spielten Kohl- und Weizenbau eine große Rolle, und zwar hatte eine gewisse Spezialisierung in jedem dieser Erzeugnisse in den einzelnen Betrieben insofern stattgefunden, als der Kohlbau in den Wesselburener Kögen und in der Gegend um Marne konzentriert war, während in den Marschen in der Mitte des Landes Weizenbau vorherrschte.

In Süderdithmarschen vor allem traten noch Zuckerrübenbau und Schweinemast hinzu, so daß hier die Risikoverteilung am günstigsten war¹. Die marktorientierte Spezialisierung in der Landwirtschaft war regelmäßig begleitet von der Auflösung patriarchalischer Arbeitsverhältnisse: starke Saisonschwankungen im Bedarf an Arbeitskräften veranlaßten möglichste Einschränkung des ständigen Gesindes und Heranziehung von Wanderarbeitern zur Deckung des Spitzenbedarfs in der Erntezeit. Daneben wurden in den Marschen freie Tagelöhner, z. T. mit kleiner eigener Landwirtschaft², beschäftigt, die zwar oft viele Jahre lang regelmäßig bei demselben Bauern arbeiteten, aber in keinem festen Arbeitsvertrag zu ihm standen. Schon Ende des 18. Jahrhunderts war in Eiderstedt das Verhältnis zwischen Bauer und Gesinde soweit „vergesellschaftet“, daß die Knechte und Mägde eine Art Ehrenpunkt darin sahen, nicht zu lange auf einer Stelle zu bleiben³. Abgesehen von der Verpflegung, welche Gesinde und Tagelöhner im Hause, aber auf größeren Höfen nicht mehr am Tisch des Bauern erhielten, war das Arbeitsverhältnis in den

¹ Vgl. im einzelnen: Hermann Traulsen: Wirtschaftserfolge und Intensitätsgrenzen bäuerlicher Veredelungswirtschaft in Schleswig-Holstein. – Kiel 1931; Heinrich Wode: Rentabilitätsfragen der Marschwirtschaften in Schleswig-Holstein. – Diss., Kiel 1932; Hans-Harald Lange: Die gewerbliche Schweinemast in den Kreisen York, Süder-Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg und Syke. – Diss., Halle 1928; Erwin Danker: Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in ihrer regionalen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Bezirke. – Kiel 1931.

² Grünenberg, a. a. O., S. 27 ff.

³ W. Volkmar: Versuch einer Beschreibung von Eiderstedt. In: Briefen an einen Freund im Holsteinischen. – Garding 1795.

Marschen schon seit Anfang des vorigen Jahrhunderts auf rein geldwirtschaftliche Formen gebracht¹. Da die Bauernhöfe geschlossen vererbt, einzelne Parzellen aber frei gehandelt wurden, so war bei der dadurch gegebenen Tendenz zur Besitzhäufung die Aufstiegsmöglichkeit gering und die Ausbildung eines starken Klassenunterschiedes zwischen Bauer und Landarbeiter unvermeidlich. Diese Differenzierung wurde in der Marsch noch betont durch die Siedlungsweise, insofern als die Bauernhöfe in Streusiedlung, die Arbeiterstellen am Deich oder in dorfartigen Komplexen lagen, soweit nicht die Arbeiter überhaupt in den Flecken und Landstädten wohnten. Diese Siedlungsweise mußte zwar nicht das gute Einvernehmen zwischen dem einzelnen Bauern und Arbeiter beeinträchtigen, ebensowenig wie sie der Geselligkeit unter den Bauern abträglich zu sein brauchte, aber sie hemmte ein intensives Zusammenleben der gesamten Dorfbevölkerung und begünstigte die Ausbildung eines Sonderbewußtseins auf beiden Seiten, das sehr leicht aus ständischem Bewußtsein in Klassenbewußtsein umschlagen konnte, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Zustände schweren Erschütterungen ausgesetzt waren. Es fehlte der tägliche zwanglose Kontakt, namentlich der Frauen, es fehlte das gemeinsame Spiel der Kinder auf der Dorfstraße, und selbst bei Familienfesten und anderen Anlässen, bei denen auf der Geest das ganze Dorf zusammenkam, blieben die Marschbauern exklusiv. Connubium zwischen Bauern und Arbeitern bestand so gut wie gar nicht, während in den vielfältiger geschichteten Geestdörfern die Möglichkeit des Einheiratens in die nächst höhere Schicht als ein Weg allmählichen sozialen Aufstiegs günstiger war².

Die Betonung der sozialen Unterschiede, der „Geldstolz“ der Bauern gegenüber den Arbeitern und kleinen Leuten, war in Eiderstedt am schärfsten, in Nordfriesland am wenigsten ausgebildet. In Nordfriesland ist nämlich die Trennung zwischen Marsch und Geest nicht so eindeutig wie in Dithmarschen, denn in den vielen Gemeinden, die am Geestrand liegen, haben die Bauern sowohl in der Marsch wie auf der Geest Land; außerdem haben Bauern in reinen Geestdörfern nicht selten Land in der Marsch zu eigen oder in Pacht, um dort auf eigene Rechnung Vieh zu gräsen. Auch dürfte der nordfriesische Bauer mehr im Betrieb mitarbeiten als der Dithmarscher und jedenfalls mehr als der Eiderstedter Großbauer; er ist aus allen diesen Gründen noch mehr ein Bauer im eigentlichen Sinne geblieben. Nun verbindet sich aber gerade beim Dithmarscher (und in ähnlicher Weise beim Eiderstedter) mit der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung ein „vorkapitalistisches“,

¹ Grünenberg, a. a. O., S. 27 ff.

² Dieser Zustand ist aus Eiderstedt schon für das Ende des 18. Jahrhunderts bezeugt. In dem „Versuch einer Beschreibung von Eiderstedt“ (Volkmar, a. a. O., S. 303) heißt es, die „Kluft zwischen dem Bauern und dem Volk“ sei in der Marsch „unendlich groß“. Im Gegensatz zur Geest, wo die Bauern „nach alter patriarchalischer Sitte ihr Land mitten unter ihrem Gesinde selbst bearbeiten“ und mit ihm gemeinschaftlich verbunden leben, achte man in der Marsch die Arbeiter, „nachdem man sie abgelohnt und gebraucht hat . . . nicht weiter als jedes andere Gefäß, das wir zur Hand nehmen, wenn wir seiner bedürfen und es wegwerfen, wenn es uns nicht tätige Dienste mehr leistet“.

stark emotionales Temperament: Jähzorn, Freude am Kampf – eine Analogie zur oberbayerischen Rauflust, aber hier in merkwürdiger Verbindung mit urbanen Umgangsformen und herrenmäßiger Lebenshaltung –, zugleich eine Freude an repräsentativem Aufwand, ja geradezu eine Neigung zum Protzen, verbunden wiederum mit einer gewissen Großzügigkeit im Umgehen mit Geld, Neigung zum Spekulieren im Handel und an der Börse und zu gewagten Operationen im eigenen Betrieb. Der Marschbauer ist zwar „Unternehmer“, aber nicht jenes durch „puritanische Ethik“ gebändigten, zu rationaler Lebensführung erzogenen Typs, sondern von starken Spannungen des Temperaments bestimmt.

Die wechselhafte wirtschaftliche Entwicklung der Jahrzehnte vor 1933 mag dies noch gefördert haben: starke Vermehrung des Wohlstandes vor dem Kriege, äußerst günstige Konjunkturen bis in die Jahre vor Beginn der Weltagrarkrise (in günstigen Jahren hat mancher Bauer den Kaufpreis seines Hofes an einer einzigen Kohlernte verdient¹), dann der Erste Weltkrieg, der namentlich bei der jungen Generation der Kriegsteilnehmer eine Regeneration kriegerischer Temperamentsschichten bewirkt haben dürfte und schließlich die Plötzlichkeit der Krise. Alle diese Momente sind zu berücksichtigen, will man die politische Haltung der Marschbauern in den Jahren vor 1933 verstehen.

Die besondere politische Psychologie des Marschbauern wurde schließlich wesentlich auch geprägt durch die jahrhundertelangen Kämpfe mit dem Landesherrn und einen bis in die Gegenwart fortwirkenden, durch Schulung in Rechtspflege und Verwaltung stark ausgeprägten Unabhängigkeitssinn und ein vielfach eifernes Rechtsbewußtsein. Man würde das Eigentümliche dieser Einstellung zu Recht und Staat nicht treffen, wenn man sie als „individualistisch“ schlechthin bezeichnen wollte. Denn sie ist nicht gegen die Gesamtheit als solche gerichtet, sondern gegen den modernen Staat und seine Bürokratie – gegen ihn war das Wort vom Königtum auf dem Hofe gemünzt –, nicht gegen die Genossenschaft des Kirchspiels oder des Deichverbandes. Ein freies Bauerntum, das Recht, Gericht und Verwaltung als seine eigene Schöpfung, als Institutionen, die seinen eigenen konkreten Interessen dienen, zu betrachten gewohnt ist, wird, zumal wenn Wohlstand und Wirtschaftsweise ihm ein Herrenleben ermöglichen, den modernen Staat als einen seine Herrenrechte und seine Unabhängigkeit bedrohenden, die bäuerliche politische Lebensform der sich selbst regierenden Gemeinde vernichtenden „Leviathan“ empfinden. Diese im Bauerntum überhaupt noch weit verbreitete Haltung fand sich beim Marschbauern in gesteigertem Grade. In Verbindung mit dem heftigen Temperament und dem leichtverletzlichen Stolz mußte sie den Marschbauern zu einem höchst schwierigen Gegenspieler für die Staatsgewalt machen, sobald der Bauer sich von einem Mitträger des Gemeinwesens zu einem bloßen Objekt der Verwaltung herabgesetzt glaubte.

Das soziale und politische Schwergewicht Dithmarschens hat bis zur Wende des 19. Jahrhunderts in den Marschen gelegen. Der erheblich ärmere Geestbauer wurde

¹ D. h. wenn in anderen Gegenden der Weißkohl erfroren war.

von dem Marschbauern nicht als gleichwertig angesehen: „man ’n lütten Geestbuer“ (bloß ein kleiner Geestbauer) war die übliche Bewertung. Seitdem hat auch dieser Teil des Landes an dem allgemeinen Aufschwung des Mittellückens teilgenommen. Aber die Voraussetzungen für die Ausbildung einer hochspezialisierten kapitalistischen Landwirtschaft waren auf der Geest nicht gegeben. Dies und die geschlossene Siedlung haben zur Erhaltung intensiveren Gemeinschaftslebens im Dorfe beigetragen. Auch war die politische Haltung nicht durch so feste Traditionen ausgerichtet wie in der Marsch. Wir werden die soziale und wirtschaftliche Struktur der Geest noch in anderem Zusammenhang behandeln und können uns daher vorläufig mit diesen kurzen Andeutungen begnügen.

In Dithmarschen und Eiderstedt hatten Bauern und Bürger an der schleswig-holsteinischen Freiheitsbewegung lebhaften Anteil genommen, und die Generation, welche die Ereignisse von 1848 bis zur Annexion miterlebt hatte, bewahrte in ihrer politischen Haltung noch lange gewisse Züge aus jener Zeit. Die Handelsinteressen der Marschbauern standen, solange England am Freihandel festhielt, in Einklang mit der Handelspolitik der Liberalen. Als die handelspolitische Lage sich infolge der englischen Einfuhrbeschränkungen und Schutzzölle änderte, fanden sie neue Märkte in den rasch wachsenden Industriezentren des Westens und Mitteldeutschlands. Die Furcht vor der Konkurrenz überseeischen Gefrierfleisches und Weizens veranlaßte zwar viele Großbauern zum Anschluß an den Bund der Landwirte, aber die wirtschaftspolitischen Interessen waren nicht stark genug, um die große Masse der Landbevölkerung zur Abwendung vom Liberalismus zu bringen, zumal die Nationalliberale Partei die Schwenkung in der Handelspolitik mitmachte¹.

Freisinn und Nationalliberalismus waren daher von 1871 bis 1912 die vorherrschenden Parteien, nur in Süderdithmarschen wurde bei den Landtagswahlen 1908 und 1913 (Dreiklassenwahlrecht) der freikonservative Kandidat gewählt. Überhaupt war bei den Reichstagswahlen der Einfluß des Linksliberalismus stärker als bei den Landtagswahlen, ein Zeichen dafür, daß dieser seinen Hauptanhang nicht im Großbauerntum, sondern bei den „kleinen Leuten“ hatte. Während nun im Reichstagswahlkreis Dithmarschen–Steinburg in den Jahren vor 1914 eine Verlagerung des Schwergewichts zu den Nationalliberalen eintrat, gewannen in Eiderstedt und Nordfriesland die Freisinnigen an Einfluß.

Dabei ist nun allerdings, wie überhaupt bei der Deutung ländlicher Wahlergebnisse aus der Vorkriegszeit, zu bedenken, daß die „bürgerlichen“ Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie, ausgesprochene „Honoratiorenparteien“ waren², die der festen Organisation und eines Verwaltungsstabes entbehrten, vielmehr für jeden Wahlkampf einen vergänglichen Apparat aufbauten, „mäzenatisch“ finanziert wurden und ihre Geschäfte durch „abkömmliche“ Großbauern und Bürger (Anwälte, Ärzte) ehrenamtlich und nebenberuflich besorgen ließen. Daher spielten Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen für die Gruppierung der Wähler

¹ Siehe oben, Kap. I/1, S. 28

² Über diesen Begriff Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*. – Tübingen 1922, S. 768f.

eine bedeutende Rolle; so gab es in Dithmarschen lange Zeit zwei Familiencliquen, die das politische Feld beherrschten, von denen die eine mehr großbürgerlich und nationalliberal, die andere kleinbürgerlich-intellektuell und dementsprechend freisinnig eingestellt war.

Unter den Landarbeitern in den Seemarschen waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch keine starken sozialistischen Strömungen bemerkbar, „obgleich hier ein fruchtbares Feld für sie wäre“, wie es in einem zeitgenössischen Bericht heißt¹. Es mag sein, daß die liberale Haltung der Bauern einer parteipolitischen Auswirkung der schroffen sozialen Unterschiede vorbeugte.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 ergaben sich in den ländlichen Marschgemeinden² der Kreise Norder- und Süderdithmarschen und Eiderstedt sehr starke Mehrheiten für die Parteien der Linken: USPD, SPD, DDP und die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie erhielten zusammen 83,4% der Stimmen, wovon mehr als die Hälfte auf die SPD und die USPD entfiel (9760 Stimmen von etwa 18 000 für die „Linke“). Es ist bekannt, daß damals auch größere Bauern sozialdemokratisch gewählt haben, wie das übrigens vor dem Kriege aus anti-preußischer Gesinnung im Hannoverschen vorgekommen ist³ – gewiß nicht, weil sie die Fernziele der sozialistischen Bewegung bejahten, sondern aus Protest gegen jene sozialen Schichten, welche ihrer Meinung nach die Verantwortung für den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang trugen. In der Dithmarscher Marsch erreichten die sozialistischen Parteien über die Hälfte der gültigen Stimmen, in Eiderstedt, wo die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie auf dem Lande stärker war als in Dithmarschen, erhielten sie immerhin 37,7%. Auch bei allen folgenden Wahlen blieb die sozialistische Stimmquote in der Dithmarscher Marsch im Vergleich mit dem Durchschnitt der Landgemeinden des Wahlkreises hoch, jedenfalls erheblich höher als auf der Dithmarscher Geest. Darin kam die Schroffheit der sozialen Unterschiede und Gegensätze in der Marsch deutlich zum Ausdruck.

¹ Grüenberg, a. a. O., S. 177.

² Da eine vollständige Auszählung aller Wahlergebnisse in sämtlichen Landgemeinden des Wahlkreises Schleswig-Holstein unverhältnismäßigen Aufwand verursacht haben würde, werden den folgenden Erörterungen die Reichstagswahlergebnisse in den Gemeinden bzw. Ortschaften repräsentativer Kreise zugrunde gelegt. Für die Marsch sind dies die beiden Dithmarschen, außerdem können die Ergebnisse für Eiderstedt als einem reinen Marschkreis summarisch verwertet werden. In Dithmarschen sind die Ortschaften am Rande von Marsch und Geest ausgeschieden, da sie wegen ihrer komplexen sozialen und wirtschaftlichen Struktur keine klare Analyse kausaler Faktoren zulassen; außerdem sind von den Marschorten die in der Eidermarsch gelegenen ausgesondert, da die politische Atmosphäre hier durch lokale Ursachen einen besonderen Charakter erhalten hat. Wenn also im folgenden statistische Angaben für Marsch (M) gegeben werden, so sind immer, falls nicht anders bemerkt, diese ausgewählten Gemeinden in beiden Dithmarschen und die Landgemeinden des Kreises Eiderstedt gemeint – die Marschgebiete der Kreise Husum und Südtondern sind dabei also nicht berücksichtigt. – Unter Geest (G) wird in diesem Abschnitt zunächst nur die Dithmarscher Geest verstanden. Gemeinden am Geestrand sind ausgenommen.

³ Grüenberg, a. a. O., S. 177.

Tabelle 14: Stimmanteile der sozialistischen Parteien (SPD, USPD und KPD) in Marsch- und Geest-Gemeinden unter 2000 Einwohnern¹, Norder- und Süder-Dithmarschen, 1919 bis 1932 I

Wahljahr	Marsch	Geest	Durchschnitt Schleswig-Holstein (Land)
1919	50,3	30,5	40,1
1920/21	33,9	26,6	38,8
1924 I	30,6	15,1	29,1
1924 II	31,1	14,2	29,2
1928	36,7	17,6	31,4
1930	36,4	18,0	27,9
1932 I	31,0	12,3	24,4

Bemerkenswert ist noch, daß bei den beiden letzten Wahlen 1930 und 1932 I die beiden sozialistischen Parteien in Süderdithmarschen stärker waren als in Norderdithmarschen, daß aber die KPD in Norderdithmarschen fast ebenso stark war wie die SPD, während sie in Süderdithmarschen nur etwa ein Drittel bis ein Viertel der sozialistischen Stimmen überhaupt ausmachte; dies mag darauf beruhen, daß in Norderdithmarschen infolge einseitigerer Produktionsrichtung, insbesondere stärkeren Anbaus von Kohl, die Zahl der nicht ständig beschäftigten Landarbeiter größer war, wie denn auch Wesselburen, das Zentrum des Kohldistrikts, ein Hauptsitz der KPD in Norderdithmarschen gewesen ist. In Eiderstedt war der Anteil der KPD auf dem Lande mit 2,6% erheblich niedriger als in der Dithmarscher Marsch (11%). Hier war Tönning, das infolge der Stilllegung seiner Schiffswerft und der Notlage seiner Fischerei einen hohen Anteil Arbeitslose hatte, ein Hauptzentrum der KPD an der Westküste. Die Partei war hier fast doppelt so stark wie in Brunsbüttelkoog an der westlichen Mündung des Kaiser-Wilhelm-Kanals mit seiner stark industriellen Bevölkerung. Nahezu ein Fünftel aller gültigen Stimmen erhielt die KPD im Kirchspiel Lunden in Norderdithmarschen, wo sie ihre Hauptanhängerschaft in Krempe hatte, einer Ansiedlung proletarischer Kleinbauern und Tagelöhner auf einem schmalen Dünenstreifen zwischen Moor und Marsch.

Gegenüber der Stetigkeit der sozialistischen Parteien fallen bei den liberalen Parteien die starken Schwankungen auf, die in der Marsch wie überall mit dem gänzlichen Niedergang dieser Parteien endeten². Innerhalb des Liberalismus, dem wir auch die „Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie“ (Landespartei) zurechnen, die übrigens in der Marsch keine große Bedeutung gehabt hat, zeigt sich 1921 eine deutliche Verschiebung vom Freisinn zum National-liberalismus, wenn man die DVP trotz aller Vorbehalte so charakterisieren und die

¹ Die Zahlen in diesen und folgenden Tabellen über Stimmen und Stimmanteile nach Gemeinden beruhen auf handschriftlichen Tabellen, die auf Bestellung im Statistischen Reichsamt angefertigt worden waren. Vgl. Anm. 2, S. 55.

² Vgl. Tabelle 17 und 18, S. 57 f.

Wirtschaftspartei hinzurechnen darf. Merkwürdigerweise ist aber gleichzeitig mit der Abnahme der liberalen Stimmen vorübergehend ein Ausgleich zwischen beiden Richtungen eingetreten, so daß diese bei der Dezemberwahl 1924 gleich stark waren.

*Tabelle 15: Marsch-Gemeinden mit starken Stimmanteilen der USPD und KPD
1919 und 1932 I¹*

	1919			1932 I		
	abgegebene gültige Stimmen	SPD %	USPD %	abgegebene gültige Stimmen	SPD %	KPD %
<i>Süder-Dithmarschen</i>						
Brunsbüttelkoog	2626	53,1	–	3155	37,4	13,7
Kronprinzenkoog	491	48,7	–	619	23,6	22,0
<i>Norder-Dithmarschen</i>						
Kirchspiel Lunden	811	48,0	0,5	2425	13,7	18,0
Wesselburen	1530	47,1	0,1	1633	11,4	15,6
<i>Eiderstedt</i>						
Tönning	1712	29,8	28,0	1895	24,7	23,9

*Tabelle 16: Liberalismus in der Marsch (Dithmarschen und Eiderstedt) und in
Schleswig-Holstein (Gemeinden unter 2000 Einwohner) 1919 bis 1930²*

	Wirt- schafts- partei	DVP	DDP	Landes- partei	Deutsche Bauern- partei	Zu- sammen
1919						
Marsch	–	9,0	29,3	8,2	–	46,5
Schleswig-Holstein	–	6,7	25,8	16,4	–	48,9
1920/21						
Marsch	–	20,1	6,4	5,0	–	31,5
Schleswig-Holstein	–	16,1	7,3	8,6	–	32,0
1924 I						
Marsch	–	10,4	9,3	–	–	19,7
Schleswig-Holstein	–	12,2	7,1	–	–	19,3
1924 II						
Marsch	–	11,5	11,5	–	–	23,0
Schleswig-Holstein	–	14,9	7,8	–	–	22,7
1928						
Marsch	5,6	9,3	4,6	–	1,9	21,4
Schleswig-Holstein	5,1	13,9	4,4	–	1,9	25,3
1930						
Marsch	2,7	3,1	2,8	–	0,6	9,2
Schleswig-Holstein	3,5	4,8	2,5	–	0,6	11,4

¹ Vgl. Anm. 2, S. 55 und Anm. 1, S. 56

² Ebenda

Tablle 17: *Marsch (M) und Geest (G) in Dithmarschen: Stimmanteile der Parteien in Gemeinden unter 2000 Einwohner, 1919 bis 1932 I*

	1919		1921		1924 I		1924 II		1928		1930		1932 I	
	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G	M	G
<i>Norderdithmarschen</i>														
NSDAP	—	—	—	—	9,0	3,9	4,0	1,6	12,9	28,9	53,0	65,8	67,2	87,3
Landvolk	—	—	—	—	—	—	—	—	0,4	0,3	4,8	8,6	—	—
DNVP	4,9	1,6	33,3	35,6	44,2	57,6	44,1	66,4	29,4	32,4	3,1	3,2	6,1	3,3
Wirtschaftspartei	—	—	—	—	—	—	—	—	8,3	8,3	2,5	4,0	—	—
DVP	14,7	7,6	14,4	6,1	6,5	8,9	10,4	10,9	9,0	8,7	2,4	1,8	—	—
Landespartei	3,8	32,2	3,6	23,5	—	—	—	—	1,4 ¹	2,8 ¹	0,2 ¹	0,3 ¹	—	—
DDP	27,7	27,9	6,7	7,2	11,2	9,1	14,0	7,9	4,4	3,8	2,2	1,5	—	—
SPD	48,9	30,7	21,7	17,5	10,1	9,7	17,5	10,5	18,0	8,7	15,3	10,4	12,6	5,6
USPD	—	—	14,4	7,4	1,4	0,8	—	—	—	—	—	—	—	—
KPD	—	—	5,9	2,7	12,1	2,1	8,6	1,0	11,2	3,1	13,8	2,4	9,9	2,0
Andere Parteien	—	—	—	—	5,5	7,9	1,4	1,7	5,0	3,0	2,7	2,0	4,2	1,8
<i>Süderdithmarschen</i>														
NSDAP	—	—	—	—	5,8	7,2	3,7	4,1	8,3	36,8	35,0	48,3	54,8	76,2
Landvolk	—	—	—	—	—	—	—	—	0,6	0,7	7,5	9,2	—	—
DNVP	9,2	5,0	29,1	30,6	36,6	47,6	37,6	44,9	24,1	14,2	4,7	2,5	4,9	4,2
Wirtschaftspartei	—	—	—	—	—	—	—	—	4,8	6,7	2,8	4,5	—	—
DVP	8,8	5,8	17,4	13,1	9,3	11,8	10,2	16,8	7,7	7,4	2,2	3,0	—	—
Landespartei	3,2	22,1	2,5	16,5	—	—	—	—	2,5	4,7	1,4	2,1	—	—
DDP	27,5	36,5	5,9	13,7	7,3	10,4	10,7	15,0	5,1	5,8	2,7	2,6	—	—
SPD	51,3	30,5	34,8	19,7	26,9	12,9	30,8	14,8	37,5	19,0	32,2	18,3	25,5	12,1
USPD	—	—	3,8	5,1	1,2	0,6	—	—	—	—	—	—	—	—
KPD	—	—	6,5	1,2	6,8	3,1	3,6	1,4	4,1	2,1	9,0	3,3	11,9	3,7
Andere Parteien	—	0,1	—	0,1	6,1	6,4	3,4	3,0	5,3	2,6	2,7	6,2	2,9	3,8

¹ Deutsche Bauernpartei.

Der Rückgang des eigentlichen Liberalismus in den drei Marschgebieten von etwa 46% im Jahre 1919 auf etwa 6% (ohne Wirtschaftspartei) im Jahre 1930 ist jedenfalls Symptom eines ganz tiefgreifenden Wandels der politischen Willensrichtung in diesem ehemals streng liberalen Gebiet.

Dadurch, daß in den Marschen Dithmarschens der Stimmanteil der sozialistischen Parteien bei den meisten Wahlen fast doppelt so hoch war wie auf der Geest, blieb für jede der „bürgerlichen“ Parteien ein geringerer Spielraum übrig. Das zeigt sich bei den Deutschnationalen, deren Stimmquote in den Landgemeinden der Marsch nur bis 44% stieg (1924), während sie auf der Geest z. T. weit darüber hinausging. Die Geest in Norderdithmarschen, wo die DNVP 1924 II zwei Drittel aller Stimmen erhielt, erwies sich dabei am radikalsten, während auf der Geest von Süderdithmarschen das Maximum bei 48% lag¹. Daß aber der sozialistische Wählerblock nicht allein Ursache dieses geringen Extremismus in der Marsch war, zeigt die Tatsache, daß in der Zeit des Niedergangs der Konservativen die Stimmanteile der DNVP in den Marschen von Dithmarschen nicht ganz so schnell und so tief sanken wie auf der Geest. Besonders stetig blieben sie in Eiderstedt, wo die Partei 1928 noch ebenso wie bei den vorhergehenden Wahlen 35% der Stimmen erhielt.

Die Bewegung der Stimmanteile der NSDAP zeigt in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen den für bäuerliche Gebiete typischen Verlauf steilen Anstiegs von 1924 II auf 1928; trennt man aber die Ergebnisse für Marsch und Geest, so stellt sich heraus, daß der Anstieg der NSDAP-Stimmen auf der Geest weitaus steiler ist (auf der Geest in Süderdithmarschen schon 1928 36,8% Stimmen für die NSDAP) als in der Marsch. Vergleichsweise nur gering war demgegenüber die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen 1928 in der Marsch in Süderdithmarschen, das dem Typus der Großgrundbesitzregion am nächsten kommt. Noch geringfügiger in Eiderstedt, wo die NSDAP zwischen 1924 und 1928 auf dem Lande nur von 1,1 auf 2% der Stimmen anstieg. Auch bei den Wahlen von 1930 und 1932 I blieben die NSDAP-Stimmquoten in der Marsch stets erheblich niedriger als auf der Dithmarscher Geest, und in Eiderstedt wiederum niedriger als in der Dithmarscher Marsch. Lediglich in Norderdithmarschen war 1924 die damals ja insgesamt noch sehr schwache nationalsozialistische Bewegung in der Marsch stärker als auf der Geest.

Dies Ergebnis scheint der landläufigen Meinung zu widersprechen, daß in Dithmarschen vor allem die Marschbauern den Nationalsozialismus getragen hätten. Nimmt man an, daß die sozialistischen Stimmen vor allem aus dem ländlichen Proletariat stammten, so läßt sich die Haltung der Bauern zum Nationalsozialismus noch schärfer herausarbeiten, wenn man errechnet, wie hoch jeweils der Anteil der NSDAP-Stimmen an der Summe der auf die „bürgerlichen“ Parteien entfallenden Stimmen gewesen ist:

Es zeigt sich dann, daß in der Tat die nationalsozialistische Bewegung zunächst 1924 stärker in der Marsch eingesetzt hatte, daß sie aber 1928 auf der Geest mit

¹ Tab. 17, S. 58.

Tabelle 18: Radikalisierung der „bürgerlichen“ Wähler in Dithmarschen in Gemeinden unter 2000 Einwohner¹

	Von 100 abgegebenen Stimmen entfielen auf die „bürgerlichen“ Parteien		Von 100 für die „bürgerlichen“ Parteien abgegebenen Stimmen entfielen auf die NSDAP	
	in der Marsch	auf der Geest	in der Marsch	auf der Geest
1924 I				
Norderdithmarschen	76,4	87,4	11,8	4,5
Süderdithmarschen	65,1	83,4	8,9	8,7
Dithmarschen insges.	69,4	84,9	10,2	7,0
1924 II				
Norderdithmarschen	73,9	88,5	5,4	1,8
Süderdithmarschen	65,6	83,8	5,6	4,9
Dithmarschen insges.	68,7	85,8	5,5	3,6
1928				
Norderdithmarschen	70,8	88,2	18,2	32,8
Süderdithmarschen	58,4	78,9	14,3	46,6
Dithmarschen insges.	63,3	82,4	16,1	41,1
1930				
Norderdithmarschen	70,9	87,2	74,9	75,5
Süderdithmarschen	58,8	78,4	59,5	61,6
Dithmarschen insges.	63,6	82,0	66,5	67,4
1932 I				
Norderdithmarschen	77,5	92,4	86,7	94,5
Süderdithmarschen	62,6	84,2	87,5	90,5
Dithmarschen insges.	69,0	87,7	87,1	92,2

41,1% (gegenüber 16,1%) ganz wesentlich stärker geworden war als in der Marsch. Im Jahre 1930 stieg die Quote der NSDAP-Stimmen in Marsch und Geest ungefähr auf die gleiche Höhe an, im Juli 1932 schließlich hatte sie auf der Geest fast die Grenze des praktisch Möglichen erreicht, während in der Marsch infolge der festen konservativen Tradition noch ein erheblicher Spielraum geblieben war. Bezeichnend ist, daß in Norderdithmarschen die Radikalisierung des Bauerntums und der ländlichen „bürgerlichen“ Wähler früher eingetreten und stärker geblieben ist als in Süderdithmarschen mit seinen günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen. Wie schon früher bemerkt, lagen 1932 I die Ortschaften mit mehr als 80% NSDAP-Stimmen vorwiegend, die mit mehr als 90% fast ausschließlich auf der Geest.

Die Marsch zeigt also in Eiderstedt und Dithmarschen erstens eine größere Differenziertheit der politischen Haltung als die Geest in Dithmarschen (die sich wesentlich aus der Stärke des Gegensatzes zwischen den verschiedenen sozialen Schichten erklärt) und zweitens allgemein eine größere Stetigkeit der politischen

¹ Vgl. Anm. 2, S. 55 und Anm. 1, S. 56

Entscheidung, sowohl bei den Arbeitern wie bei den Bauern und bürgerlichen Schichten, die nicht aus wirtschaftlichen Faktoren erklärt werden kann, sondern vor allem wohl auf der größeren Festigkeit der politischen Tradition bei den Marschbauern beruhte: sie waren die Wohlhabenderen, Geschäftsgewandteren, Gebildeteren, sie stellten die politisch führenden Familien, bei ihnen hatten daher bestimmte politische Haltungen sich eingelebt, die schwerer durch eine neue und gerade von den größeren Besitzern als nicht „standesgemäß“ betrachtete Bewegung zu erschüttern waren.

Was den Unterschied in Tempo und Ausmaß der Radikalisierung in den norder- und süderdithmarscher Marschen betrifft, so liegt hier sicherlich ein kausaler Zusammenhang zwischen Krisenempfindlichkeit und politischem Radikalismus vor: im Hinblick auf die Risikoverteilung war die Agrarwirtschaft in Norderdithmarschen erheblich ungünstiger gestellt als in Süderdithmarschen.

Gegen diese Regel scheint die Entwicklung in Eiderstedt zu sprechen. Denn hier schnitt die nationalsozialistische Bewegung ungünstiger ab als in Dithmarschen, obwohl Eiderstedt von allen schleswig-holsteinischen Kreisen derjenige mit der schlechtesten Risikoverteilung in den bäuerlichen Betrieben war, wenn man das Verhältnis des Hauptproduktionszweiges zu den übrigen Produktionszweigen als Maßstab nimmt¹. Ungefähr zwei Drittel der Betriebseinnahmen entstammten hier in der Regel der Rinderhaltung, der Rest überwiegend aus Pachtgeldern für verpachtete Fennen². Die monokulturelle Entwicklung der Rinderweidemast bedeutet eine äußerst spekulative Art der Wirtschaftsführung, nicht nur deshalb, weil der Bauer alles auf eine Karte setzte, sondern auch deshalb, weil wegen des Mangels an Stallungen und Futter eine Zurückhaltung des Angebots im Herbst bei schlechten Preisen nur in ganz beschränktem Maße möglich war. Dieser Umstand der Zusammendrängung des Angebots im Herbst und die dadurch bedingte Preissenkung gerade im Moment der höchsten Schlachtreife der Rinder hat nach Ansicht von Langenheim besonders in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die Rentabilität der Gräserbetriebe in Eiderstedt und im Kreise Husum beeinträchtigt. Einschränkung des Viehstandes und Verpachtung der nicht „beschlagenen“ Fennen ermöglichen ein zeitweises Ausweichen, auf die Dauer aber mußte ein solches Schrumpfen des Betriebsvolumens zur Minderung der Einkommen und, in Anbetracht der sehr kapitalintensiven³ Wirtschaftsweise, zu Verschuldung führen.

Dennoch ist der Nationalsozialismus in Eiderstedt erst verhältnismäßig spät zum Durchbruch gekommen. Erst 1932 I trat Eiderstedt in die Gruppe der überdurchschnittlichen nationalsozialistischen Kreise ein, erst in diesem Jahre lag auch der NSDAP-Stimmanteil für die Gemeinden unter 2000 Einwohner etwas über dem

¹ Vgl. Erwin Danker: Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in ihrer regionalen Bedingtheit. Diss. – Kiel 1933, S. 32ff. bes. das Diagramm S. 34.

² Nach Konrad Langenheim, a. a. O. waren 49,5% der Gesamtfläche in Eiderstedt Pachtland (gegen 17,4% im Durchschnitt Schleswig-Holsteins).

³ Der Gräser kauft Magervieh mit geliehenem Gelde, muß also aus dem Rohertrag außer Pacht und Arbeitslohn (der gering ist) den Kredit abdecken und verzinsen.

Anteil in Dithmarschen (65,6% gegenüber 60,2%). Ein Grund hierfür mag darin gelegen haben, daß zwar die Bewegung der „bürgerlichen“ Parteien ähnlich wie in Dithmarschen verlief, daß aber in Eiderstedt die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie stärker war, ebenso die Landvolkpartei (im Verhältnis zu den anderen bürgerlichen Parteien). Der Anteil der NSDAP an der Summe der „bürgerlichen“ Parteien blieb auf dem Lande noch bei der Wahl von 1930 erheblich schwächer als in der Dithmarscher Marsch; erst 1932 I erreichte die NSDAP annähernd den gleichen Anteil wie in Dithmarschen. Auch die – verglichen mit Norderdithmarschen – stärkere Stellung der sozialistischen Parteien in Eiderstedt (seit 1924) mag als eine gewisse Barriere gegenüber der NSDAP gewirkt haben¹.

Außer den landwirtschaftlichen Arbeitern dürften die Eiderstedter Fischer bis 1930 vorwiegend sozialistisch gewählt haben. Sie rekrutierten sich zum größten Teil aus ehemaligen Arbeitern der stillgelegten Hansawerft in Tönning, die vor dem ersten Weltkriege etwa 1000 Arbeiter beschäftigte. Als kapitalarme Leute, vorwiegend Krabbenfischer, befanden sie sich in ähnlicher Schuldenabhängigkeit von den Konservenfabriken, die ihnen die Betriebskredite gaben, wie die Heimarbeiter vom Verleger. Das Auftreten des Nationalsozialismus fiel hier zusammen mit einer Radikalisierung der kleinstädtischen Arbeiterschaft: in Tönning war die KPD 1932 I mit 23,9% Stimmen fast so stark wie die SPD (24,7%), und mit dieser zusammen stärker als die NSDAP (40,3%).

Für die politische Entwicklung in Eiderstedt dürfte im übrigen mitbestimmend gewesen sein, daß der katastrophale Sturz der Rindviehpreise erst ziemlich spät, nämlich 1930/31 einsetzte, während Kohl- und Schweinepreise, die für Eiderstedt keine große Bedeutung hatten, wohl aber für Dithmarschen, schon früher gesunken waren.

Außerdem war bis 1930 die Krise im wesentlichen eine Kreditkrise, und es ist zu vermuten – genau läßt sich dies nicht feststellen –, daß die Eiderstedter Bauern mit der Aufnahme teurer Auslandskredite vorsichtiger gewesen sind als die Dithmarscher. Auch waren gewisse Differenzierungen in der Marktabhängigkeit und Spezialisierung der Betriebe in Eiderstedt geeignet, die politischen Auswirkungen der Krisenlage abzuschwächen. Schließlich aber ist vor allem auch zu berücksichtigen, daß der Land- und Bauernbund, der erhebliche Bedeutung für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein gehabt hat, in Eiderstedt als dem Ausgangspunkt der radikalen Welle der Landvolkbewegung (einer ihrer Führer war in Eiderstedt ansässig) schwerer Fuß fassen konnte. Noch im Herbst 1932 bestand in Eiderstedt als Sonderorganisation die Landvolkvereinigung, die dem Land- und Bauernbund nicht angeschlossen war, weil ihr Führer von den im Land- und Bauernbund maßgebenden Nationalsozialisten abgelehnt wurde und auch persönlich zum Nationalsozialismus in einer gewissen Distanz stand.

Wir erkennen also, wie einerseits die jeweilige Besonderheit der sozialen Struktur und politischen Tradition in Dithmarschen und Eiderstedt die Abwendung vom

¹ Allerdings war hier die KPD schwächer als in Norderdithmarschen, was darauf zurückzuführen sein mag, daß die ländlichen Arbeiter in Eiderstedt bodenständiger waren. Nach Grüenberg, a. a. O., waren die Eiderstedter Arbeiter zu zwei Dritteln Landbesitzer.

Liberalismus unter den Bedingungen der Krise teils stark begünstigte (wie auf der Geest), teils bremste, daß andererseits aber auch trotz gleicher oder ähnlicher wirtschaftlicher Voraussetzungen Unterschiede in der politischen Haltung zu beobachten sind, die der Annahme einer einfachen unmittelbaren Kausalität zwischen sozialer Krisenanfälligkeit und politischer Entscheidung widersprechen, vielmehr die Berücksichtigung lokaler Vorkommnisse und Umstände verlangen. Dennoch bestätigt gerade auch die Entwicklung in Eiderstedt, wie sehr doch auf die Dauer ähnliche soziale und wirtschaftliche Bedingungen auf eine ähnliche Gestaltung der politischen Atmosphäre drängen.

Interessant sind unter diesen Gesichtspunkten die auffallend starken Erfolge der NSDAP in den Dörfern der Eidermarsch. Hier erhielten die Nationalsozialisten bereits 1928 mehr als ein Drittel der Stimmen (36,2%), während sie in den Seemarschgebieten von Dithmarschen und Eiderstedt nur auf knapp 8% kamen. Im Juli 1932 lagen die Stimmanteile für die NSDAP in diesen Dörfern wie auf der Geest zwischen 80 und 100%. Und wie in der Geest wurde hier ebenfalls in der Hauptsache Viehzucht betrieben, und auch die sozialen Schichtungsverhältnisse waren denen der Geest ähnlicher als in den Seemarschen. Außerdem aber dürfte gerade in dieser Gegend ein lokaler Faktor eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben, nämlich die langjährige Verstimmung der Bauern über die Verzögerung der Eiderregulierung. Denn ihre fruchtbaren Wiesen in der Flußmarsch waren gerade in den hier betrachteten Jahren wiederholt durch Überschwemmungen schwer geschädigt worden. Die große Bedeutung dieser lokalen Angelegenheit für die NSDAP in Schleswig-Holstein wurde denn auch nach der Machtergreifung durch die Feierlichkeiten bei Inangriffnahme der Eiderregulierung betont.

4. *Ostholstein*

Wir haben bereits dargelegt, daß die Ergebnisse der Wahl vom Juli 1932 in Schleswig-Holstein eine Abnahme der NSDAP-Stimmquoten nach dem Osten des Landes hin erkennen lassen. Innerhalb der östlichen Zone sind in erster Linie die Kreise Plön und Oldenburg als Gebiete besonders vielgestaltiger ökonomischer und sozialer Zustände von Interesse.

In beiden Kreisen bestand ein historisch bedingter Unterschied zwischen den ehemals gutsuntertänigen Dörfern und Gutssiedlungen einerseits und den sog. „freien“ Dörfern der Probstei, des Westwalddistriktes und den Lübschen Dörfern andererseits. Während letztere nur die milde klösterliche Grundherrschaft kennengelernt hatten und seit deren Aufhebung im Jahre 1804 freie Bauerndörfer geworden waren, standen die Bauern in den ersteren noch bis in die Nachkriegszeit in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zu den adligen Gütern und den Domänen des Großherzogs von Oldenburg. Die in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ausgebildete Leibeigenschaft¹ war zwar um die Wende des 18. Jahrhunderts in

¹ Vgl. Jens Jessen: Die Entstehung und Entwicklung der Gutswirtschaft in Schleswig-Holstein. Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 51. – Kiel 1922.

Zeitpachtverhältnisse umgewandelt, aber unter den neuen Rechtsformen blieben die Pachtbauern zu mannigfaltigen unmittelbaren Dienstleistungen und zu Spanndiensten für die Land-Insten (landbesitzende Gutsarbeiter) verpflichtet¹. Neben den ehemals leibeigenen bäuerlichen Zeitpächtern standen einerseits die Pächter von Meierhöfen (Vorwerken) und auch von adligen Gütern, dann die Mühlenpächter usw. und schließlich die kleinen Leute, die einige Hektar Gutsland pachteten, zugleich aber als Arbeiter auf dem Gute selbst arbeiteten. Es gab also „eine ganze Hierarchie von Pachtstellen verschiedenster Größe“, von Häuslerstellen mit wenigen Ruten Gartenland bis zur Bauernstelle von 100 bis 150 Morgen. Durch diese Pachtverhältnisse übten die Gutsherren im Kreise Oldenburg „eine faktische Herrschaft über 53% der sämtlichen Bewohner der Landgemeinden und Gutsbezirke“, im Kreise Plön über 37,5% aus. Das sie außerdem das Amt des Guts-, oft auch das des Amts- und Gemeindevorstehers ausübten, waren ihnen die Bauern auch in öffentlich-rechtlicher Beziehung untergeordnet². Es war ein System halbfeudaler Art, bei dem Gutsherr, Bauer und Kätner in ihren wirtschaftlichen Funktionen zu einem organischen Ganzen verbunden waren. Es gewährte den Bauern eine gewisse Sicherheit des Besitzes, denn die sogenannten Zeitpächter saßen in der Regel durch viele Generationen wie Erbpächter auf ihren Höfen; aber es hemmte doch ihre eigene Initiative in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht³.

Als die Zeitpachtverhältnisse in den Nachkriegsjahren im Siedlungsverfahren abgelöst, die Bauern Eigentümer wurden und nun auf eigene Verantwortung wirtschaften mußten, zeigte sich, daß viele von ihnen hierzu nicht fähig waren. Persönliche Unfähigkeit dürfte aber nicht allein das ausschlaggebende Moment gewesen sein; von den „Siedlern“ selbst wurde in erster Linie geltend gemacht, daß die Höfe unter dem Eindruck der guten Agrarkonjunktur der ersten Nachkriegsjahre zu hoch bewertet worden seien und daher die Belastung mit Zinsen untragbar sei. Die KPD, die nicht ohne Erfolg unter den Siedlern agitierte, griff deswegen die Siedlungsgesellschaften, in erster Linie die Höfebau, wegen ihres rigorosen Vorgehens gegen in Verzug geratene Siedler aufs schärfste an⁴.

In der Probstei dagegen, wo die Bauern sich schon im 18. Jahrhundert als freie Eigentümer ihrer Höfe betrachteten (obwohl bei Verkauf des Hofes der Konsens des Klosters erforderlich war), und auch in den übrigen „freien“ Dörfern hatte sich selbständige kommunale Regsamkeit erhalten. Die Probsteier Bauern hatten schon seit Generationen für manche technische Verbesserungen in der Landwirtschaft gesorgt. Die kleine Landschaft wurde in landwirtschaftlicher Technik geradezu ein Vorbild für das übrige Ostholstein: das Mergeln, die verbesserten

¹ Vgl. A. Staehly: Untersuchung über die Entwicklung des landwirtschaftlichen Bodenbesitzes und der Betriebsverhältnisse Ostholsteins unter besonderer Berücksichtigung der Zeitpachtdörfer. – Berliner Dissertation 1929, besonders S. 36 ff.

² Grüenberg, a. a. O., S. 92.

³ Staehly, a. a. O., S. 115.

⁴ Vgl. unten Kap. VI/3, S. 167 ff.

Fruchtfolgen, die Saatgutzucht wurden hier zuerst erprobt¹. Im ganzen 19. Jahrhundert haben sich die Probsteier durch größeren Wohlstand vor den Gutsdörfern und Zeitpachtdörfern ausgezeichnet.

Die politische Haltung der Landbevölkerung in diesen beiden Gruppen läßt sich für die Vorkriegszeit nicht statistisch darstellen, denn die Reichstagswahlkreise Kiel–Rendsburg–Plön und Oldenburg–Segeberg–Stadt sind so heterogen zusammengesetzt, daß das vorliegende Material keine ins einzelne gehende Analyse ermöglicht. Aber es ist bekannt, daß die „Grafenecke“ Ostholsteins zwischen Konservativen und Freisinnigen, zeitweise auch Sozialdemokraten, heiß umstritten war. Das kleinstädtische Bürgertum, auch ein Teil der Pächter und Landarbeiter, neigte zum Freisinn oder zur Sozialdemokratie. Aber die wirtschaftliche und soziale Machtstellung der Gutsherren war ein schweres Hemmnis für eine freie Meinungsbildung.

Tabelle 19: Stimmanteile der „Links“-Parteien in Ostholstein 1919

	Probstei	Kreis Plön	
		Bauerndörfer	„Güter“-Distrikte
Landespartei	2,9	8,2	0,1
DDP	7,3	21,0	10,2
SPD	52,0	41,8	48,6
USPD	1,7	1,7	1,0
„Linke“ insgesamt	63,9	72,7	59,9

Bei den Wahlen nach dem Kriege ergaben sich, z. T. wohl als ein Ausdruck lang aufgestauter Mißstimmung, starke Mehrheiten für die Linke (Tab. 19):

Normalerweise waren bei den Wahlen zwischen 1919 und 1932 die Sozialisten in den Gemeinden mit Großgrundbesitz am stärksten, in der Probstei am schwächsten. Nur bei den Wahlen zur Nationalversammlung stand die Probstei mit 53,7 sozialistischen Stimmen an der Spitze. Später sank die Zahl der in der Probstei für die sozialistischen Parteien abgegebenen Stimmen ziemlich kontinuierlich. Es zeigt sich folgende Bewegung der Stimmenzahlen für SPD, USPD und KPD in der Probstei:

im Jahre	Stimmen
1919	882
1920/21	849
1924 I	673
1924 II	586
1928	590
1930	594
1932 I	600

¹ A. Staehly; a. a. O., S. 151 f. Richard Doose: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Probstei. Arbeiten der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Nr. 14. – Kiel 1910.

Bemerkenswert ist dabei, daß sich das Stärkeverhältnis von SPD und KPD bei den Juli-Wahlen 1932 zugunsten der letzteren verschob.

Charakteristisch ist die Schwäche der Mittelparteien in der Probstei und den Gemeinden mit Großgrundbesitz (diese enthalten sowohl Gutsbezirke wie Dörfer, bilden also keine ganz homogene Gruppe), während sie in den übrigen „freien“ Bauerndörfern schon 1919 durchschnittliche Stärke erreichten.

Die liberalen Stimmanteile¹ betrugen in Ostholstein im Jahre 1919:

Gemeinden mit Großgrundbesitz	14,6%
Probstei	19,1%
Übrige freie Bauerndörfer	41,8%
Durchschnitt der schlesw.-holst. Landgemeinden	48,9%

Das Schwergewicht der „bürgerlichen“ Parteien lag in allen drei Gemeindegruppen von vornherein bei den Deutschnationalen, die 1919 in den Großgrundbesitzdistrikten am stärksten, in den „freien“ Bauerndörfern außerhalb der Probstei am schwächsten waren. Auffallend ist der Umschwung in der Probstei, wo das Verhältnis der DNVP und SPD sich von 1919 bis 1924 II und 1928 völlig umkehrte:

	1919	1924 II	1928
DNVP	27,2%	50,6%	52,0%
SPD	52,0%	28,5%	30,2%

Keine Partei hat in der Probstei jemals mehr Stimmen erhalten als die DNVP 1928 – ausgenommen die NSDAP 1932 I. Bei den Wahlen 1924 II und 1930 waren die Deutschnationalen überhaupt in den Bauerngebieten stärker als in den Großgrundbesitzdistrikten – wahrscheinlich, weil in letzteren die sozialistischen Parteien einen so viel größeren Teil der Stimmen erhielten. Wir werden noch häufiger feststellen können, daß vor dem Aufstieg der NSDAP die Deutschnationalen gerade in Bauerngebieten mit geringen sozialen Unterschieden den größten Teil der ländlichen Wähler gewonnen hatten. Aber eine solche Geschlossenheit der politischen Haltung, wie die NSDAP sie hervorbrachte, konnten sie nicht erzielen. Sie galten eben doch als die Partei des Großgrundbesitzes und, namentlich unter Hugenburgs Leitung, der Schwerindustrie. Als dann die NSDAP mit ihrer dynamischen Ideologie auftrat, erwies sich die DNVP gerade in bäuerlichen Gegenden als wenig eingewurzelt.

Am deutlichsten kommen die sozialen Strukturunterschiede zwischen Bauerngebieten und Bezirken mit Großgrundbesitz in den Stimmquoten der NSDAP 1930 und vor allem 1932 I zum Ausdruck: 1932 I gewann die NSDAP in den „Bauerndörfern“ (ausschließlich Probstei) 52,1%, in Bezirken mit Guts- und Bauerndörfern nur 43,6% und in der rein bäuerlichen Probstei 59,9%.

Wir finden also in Ostholstein bestätigt, was schon die Analyse der Wahlergebnisse

¹ Zusammengefaßt: Die Deutsche Demokratische Partei, die Landes-Partei und die Deutsche Volkspartei.

in Dithmarschen zeigte: dort, wo die sozialen Gegensätze infolge der Besitzstruktur und Betriebsgrößenverteilung stark waren, hatte der Nationalsozialismus geringere Erfolgsaussichten als dort, wo die soziale Struktur homogener war, während für die sozialistischen Parteien das Umgekehrte galt.

Als dritte Teillandschaft Ostholsteins muß die Insel Fehmarn gelten, ein groß-bäuerliches Gebiet mit schroffen Besitzunterschieden¹: seit etwa 150 Jahren hatte infolge freier Veräußerlichkeit des Bodens und vorwiegend ungeteilten Erbgangs der Höfe eine relativ dünne Schicht großer Bauern sich über eine breite Masse von landarmen und landlosen Tagelöhnern erhoben. Letztere führten eigenen Haushalt und standen zu den Bauern in einem loseren Verhältnis als die Kätner auf den Gütern zu ihren Gutsherren. Gemeinsamer Tisch und sonstige Überbleibsel patriarchalisch-genossenschaftlicher Lebensverhältnisse fanden sich nur noch in den entlegeneren Dörfern im Nordwesten der Insel. Da fast nur Getreide² gebaut wurde, war der Bedarf an Arbeitskräften sehr starken Schwankungen unterworfen, was nicht nur ein loses Verhältnis zu den einheimischen Arbeitern mit sich brachte, sondern in früheren Jahren auch einen starken Bedarf an kurzfristigen Saisonarbeitern bedingte, der durch Wanderarbeiter vom Festlande gedeckt wurde. Die einseitige Getreidewirtschaft hat also zur Ausbildung einer stark kapitalistischen ländlichen Gesellschaft geführt: Fehmarn bildete in dieser Hinsicht den Gegentypus zu den Zeitpachtdörfern, die ökonomisch zurückgeblieben waren. Es versteht sich, daß der Fehmarn Großbauer infolge der Marktorientiertheit seines Betriebes viele Züge des Unternehmertypus angenommen hat. In ökonomischer und sozialer, auch sozial-psychologischer Hinsicht bestanden also starke Ähnlichkeiten mit der Dithmarscher Marsch. Dazu traten noch analoge Züge in der Entwicklung des politischen Lebens. Zwar war die kommunale Unabhängigkeit Fehmarns im 19. Jahrhundert nicht so weitgehend wie die Dithmarschens, aber für ostholsteinische Verhältnisse hatte die Insel, auf der es keinen adligen Grundbesitz gab, ein sehr erhebliches Maß von bäuerlicher Selbstverwaltung unter der dänischen Krone bewahrt. Da außerdem die durch verschiedene Kriege in früheren Jahrhunderten zusammengeschmolzene Bevölkerung von Fehmarn durch Einwanderung aus Dithmarschen verstärkt wurde, liegt ein Vergleich beider Landschaften sehr nahe.

Auffallend ist im Unterschied zu den andern ostholsteinischen Gebieten die Stärke der sozialistischen Parteien in Fehmarn, die im Juli 1932 zusammen noch 41,8% der Stimmen erhielten, für eine ländliche Region ein außerordentlich hohes Ergebnis, das z. T. vielleicht bedingt war durch die zur Zeit der Wahl (kurz vor Erntebeginn) gegebene Ansammlung von Wanderarbeitern auf der Insel. Symptomatisch für die Schärfe der sozialen Unterschiede und des Klassengegensatzes ist, daß die KPD seit 1924 der SPD sehr ernsthafte Konkurrenz gemacht, ja, sie zweimal (1924 I und 1932 I) um ein Geringes an Stärke übertroffen hat. Bezieht man die

¹ Georg Hanssen: Historisch-statistische Darstellung der Insel Fehmarn. — Altona 1832.

² Fehmarn ist, gemessen an dem mit Weizen bestellten Flächenanteil der Betriebe, eines der Hauptweizengebiete Deutschlands.

Stadt Burg a. F. mit ein, so ändert sich das Verhältnis zugunsten der SPD; die KPD hatte also ihren Hauptanhang auf dem Lande, vornehmlich im Süden der Insel. Diese Abweichung von der allgemeinen Regel erklärt sich vielleicht daraus, daß ländliche Schichten, die eine schnelle Proletarisierung durchgemacht haben, wenn sie von der marxistischen Klassenkampfidée erst einmal erfaßt waren, zur radikaleren Richtung neigten als die gewerkschaftlich geschulten älteren Teile der Industriearbeiterschaft mit ihren z. T. handwerklichen Überlieferungen.

Die liberalen Parteien, bei den ersten Wahlen (30,4%) stärker als in der Probstei, büßten später mehr ein als dort. Die Wahlergebnisse vom Juli 1932 zeigen, daß sich Nationalsozialisten und Sozialisten schroff und fast unvermittelt gegenüberstanden: die Deutschnationalen waren schwächer als in irgendeinem anderen ostholsteinischen Gebiet.

Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1932 I zwischen Fehmarn und der Dithmarscher Marsch ergibt: relativ stärkerer Linksradikalismus auf Fehmarn, stärkerer Rechtsradikalismus in Dithmarschen. Vergleicht man aber die Wahlergebnisse auf Fehmarn von 1932 I mit denen in Dithmarschen 1930, so zeigt sich sehr viel stärkere Übereinstimmung: in Fehmarn bildete sich sozusagen erst 1932 die politische Konstellation heraus, die in Dithmarschen schon 1930 vorlag. Es liegt die Vermutung nahe, daß dieses „Nachhinken“ dadurch bedingt war, daß die Fehmarnner Getreidebetriebe, durch die Zölle von 1929 geschützt, von der Agrarkrise erst später betroffen wurden als die Marschbetriebe.

Das Ergebnis ist deshalb besonders interessant, weil es zeigt, wie zwei nicht benachbarte Großbauern-Gebiete mit ähnlichen sozialen Schichtungsverhältnissen, ähnlicher wirtschaftlicher Struktur (alte marktorientierte, kapitalistisch-monokulturelle Landwirtschaft) und ähnlichem Menschenschlag – im ethnischen wie im sozialpsychologischen Sinne – auch eine ähnliche politische Atmosphäre hervorbringen.

Tabelle 20: Stimmanteile der Parteien auf Fehmarn, in Dithmarschen (Marsch) und Schleswig-Holstein, Gemeinden unter 2000 Einwohner¹, 1930 und 1932 I

	NSDAP	„Land-volk“	DNVP	SPD	KPD	Andere Parteien
Fehmarn						
1930	23,9	3,1	16,7	24,4	19,9	12,0
1932 I	47,0		8,6	20,5	21,3	2,6
Dithmarschen (M)						
1930	42,3	6,3	4,0	25,4	11,0	11,0
1932 I	60,1		5,4	20,0	11,0	3,5
Schleswig-Holstein						
1930	35,1	10,7	7,9	22,8	5,1	18,4
1932 I	63,8		9,2	18,6	5,8	2,6

¹ Vgl. Anm. 2, S. 55 und Anm. 1, S. 56.

Innerhalb Fehmarns ist ferner zu beobachten, daß 1932 I die Bevölkerung der abgelegenen Ortschaften im Nordwesten der Insel, in denen noch am ehesten ein „patriarchalisches“ Verhältnis zwischen Bauern und Arbeitern bestand, am geschlossensten nationalsozialistisch gewählt hat, während in den Fischer- und Arbeiterorten im Süden die höchsten KPD-Stimmanteile zu finden waren. So bestätigen sich selbst auf kleinem Raum allgemeine Regeln der sozialen Bedingtheit des politischen Verhaltens.

Drei Typen ländlicher Gesellschaft haben wir hier miteinander vergleichen können: a) die unter lange erhaltenem Pseudo-Feudalismus ökonomisch und politisch zurückgebliebenen Zeitpachtdörfer und Gutsdistrikte: hier haben die sozialistischen Parteien – vor allem die gemäßigte SPD den relativ stärksten Anhang gefunden (1932 I: 45,6%); b) die hochgradig kapitalistisch ausgebildete Landschaft Fehmarns: im Vergleich mit anderen Landschaften Schleswig-Holsteins fällt hier der starke Linksradikalismus (KPD) der Arbeiterschaft auf; und c) die alten freien Bauerndörfer, insbesondere der Probstei, die in ökonomischer Hinsicht Fehmarn näherstehen als den Zeitpachtdörfern, ohne jedoch den gleichen Grad der Auflösung alter Dorfgemeinschaft erreicht zu haben. Die Probstei erwies sich am vergleichsweise stärksten empfänglich für den Nationalsozialismus.

5. Angeln

Die Enklaven bäuerlicher Bevölkerung in den Güterdistrikten des östlichen Holsteins sind kaum groß genug und auch nicht hinreichend isolierbar, um das Typische der politischen Haltung der Bauern unter den wirtschaftlichen Bedingungen der östlichen Region der Halbinsel eindeutig erkennen zu lassen.

Dagegen bietet die schleswigsche Landschaft Angeln ein geeignetes Objekt für eine regionale vergleichende Analyse. Es ist das Gebiet zwischen der Schlei und der Flensburger Förde, das nach Westen durch die Landstraße Schleswig-Flensburg ziemlich klar gegen die schleswigsche Geest abgegrenzt wird, also die östlichen Teile der Kreise Flensburg und Schleswig umfaßt. Diese Landschaft stellt in siedlungsgeschichtlicher, ethnischer und kultureller Hinsicht eine geschlossene Einheit dar. Im Gegensatz zum kolonialen Ostholstein ist sie altes germanisches Siedlungsgebiet, bekannt als Ausgangspunkt germanischer Wanderungen nach England, und, wenn auch die genaue Herkunft des nordgermanischen Grundstocks der heutigen Bevölkerung noch umstritten ist, so steht doch fest, daß die deutsche Kolonisation im Mittelalter in Angeln nur den südöstlichen Zipfel erreicht hat. Der alte Angler Dialekt unterschied sich wesentlich von dem sonst im Osten vorherrschenden Plattdeutsch, er steht dem Dänischen näher als dieses. Auch der Phänotypus der alteingesessenen Landleute, soweit sie noch reine Angeliter sind, verkörpert diese Eigenart. Alle diese Momente, zu denen noch manche kulturelle Besonderheiten (der Angeler Haustyp, die sorgfältige Gartenpflege) hinzugefügt werden könnten, bilden die Grundlage, auf der ein ausgesprochenes landschaftliches Sonderbewußt-

sein, eine Art Stammesbewußtsein, erwachsen ist. Eine rege Tätigkeit auf den Gebieten der Heimatgeschichte, Volkskunde und Familienforschung, an der neben Pastoren und Lehrern auch einige Bauern lebhaften Anteil nahmen, ist Ausdruck dieses Bewußtseins und trug zu seiner Vertiefung bei. Es ist verständlich, daß manche Kreise der Bevölkerung mit der verwaltungsmäßigen Zweiteilung Angelns nicht einverstanden waren und daß bei der preußischen Kreisreform im Jahre 1932 der Plan auftauchte, die beiden Hälften zu einem Kreise zu vereinigen.

Die soziale und ökonomische Struktur dieser Landschaft unterschied sich erheblich sowohl von derjenigen der weiter südlich gelegenen Landschaften des östlichen Hügellandes und der schleswigschen Geest, als auch von den Bauerngebieten des Westens.

Die wenigen, meist adligen Gutsbesitzerfamilien im östlichen Angeln hatten keine Bedeutung im Sinne einer im öffentlichen Leben gewichtigen sozialen Schicht, obwohl einzelne Gutsherren in der Kommunalpolitik und Verwaltung eine Rolle spielten. Ihr Verhältnis zu den Bauern war schon dadurch ein ganz anderes als in Ostholstein, daß die Leibeigenschaft in Angeln nur auf wenigen Gütern bestanden hatte und dort in einigen Fällen schon um die Mitte, ziemlich allgemein am Ende des 18. Jahrhunderts aufgehoben worden war, so daß sie im Habitus der Bauern keine tiefen Spuren hinterlassen hat. Ihre Aufhebung war auch radikaler als in Ostholstein, insbesondere haben die Zeit- und Erbpacht, jene Ersatzformen der Leibeigenschaft, sich in Angeln nicht ausgebildet. Andererseits hat in Angeln keine bäuerliche Selbstregierung bestanden wie in Eiderstedt oder Dithmarschen, sondern die politische Herrschaft im Lande war geteilt zwischen den Gutsherren und der dänischen Krone; die freien Bauerndörfer hießen „königliche“ Dörfer im Unterschied zu den ehemaligen „ritterschaftlichen“ Dörfern.

Die eigentliche Herrschicht waren also die Großbauern, die Nachkommen der alten Vollhufner (d. h. die Besitzer von etwa 100 Heitscheffel = $33\frac{1}{3}$ ha oder von vier oder mehr Pferden); eine genaue Grenze nach unten läßt sich nicht angeben, weil nicht der Besitz allein, sondern auch die Familie für die Zugehörigkeit zur bäuerlichen Oberschicht maßgebend war, und bei den sehr ungleichwertigen Bodenverhältnissen die Besitzgröße nicht unbedingt maßgeblich ist. Die maximalen Betriebsgrößen stiegen bis über 90, selten bis über 100 ha. Regelmäßig arbeiteten auch die Eigentümer von Betrieben mit 70 ha und mehr körperlich im Betriebe mit, soweit die Betriebsverfassung dies erforderlich machte. Darin lag ein sozialpsychologisch und soziologisch wichtiger Unterschied gegenüber den Großbauern der Eiderstedter und Dithmarscher Marschen. Andererseits war der Wohlstand namentlich vor dem Ersten Weltkrieg groß genug gewesen, um die „Verstädterung“ auf den Großbauernhöfen erheblich voranzutreiben. Von alter bäuerlicher Wohnkultur war z. B. gerade auf den wohlhabendsten Höfen im östlichen Angeln wenig mehr zu sehen: Gebäude und Wohnungseinrichtung stammten meist aus den geschmacklosen 1890er Jahren.

Als nächste und zahlreichste Schicht lassen sich die mittleren Bauern von etwa 20 bis 35 ha unterscheiden. Was unter 20 ha liegt, muß als kleinbäuerlicher Betrieb

betrachtet werden, ohne daß sich eine soziale Trennungslinie innerhalb dieser breiten bäuerlichen Schicht ziehen läßt.

Sehr deutlich heben sich dagegen von den Bauern die Kätner ab, die z. T. auch siedlungsmäßig von jenen getrennt leben – in den Ortschaften mit der Endung „holz“¹. Unter ihnen lassen sich wiederum unterscheiden: erstens, die Inhaber einer vollständigen Ackernahrung von 7 bis 9 ha oder mehr, bzw. mit einem Pferd und 6 bis 7 Kühen und zweitens, die kleinen Kätner mit 1 oder 2 ha und 1 oder 2 Kühen, keinem Pferd, die darauf angewiesen waren, durch ein Handwerk (Stellmacherei, als Maurer u. dgl.) oder gelegentliche Lohnarbeit bei benachbarten Bauern oder in gewerblichen Unternehmungen (Ziegelei, Kiesgrube) einen Nebenverdienst zu finden.

Unter den Landarbeitern sind zu unterscheiden: erstens, die im Hause des Bauern lebenden Knechte und Mägde (als solche arbeiteten aber auch häufig Bauernkinder, die dann natürlich am Tisch des Bauern verpflegt wurden und am Familienleben teilnahmen, auch in solchen Häusern, wo zum eigentlichen Gesinde kein patriarchalisches Verhältnis mehr bestand); zweitens, die „Tagelöhner“, deren Familien einen eigenen Haushalt führten, die selbst aber wochentags die Mahlzeiten im Hause des Bauern erhielten. Wie die Bauern und Kätner waren auch sie überwiegend altingesessene Angler Familien. Sie arbeiteten oft 10 Jahre und länger für ein und denselben Bauern, waren also ihrem Arbeitgeber viel enger verbunden als die Melker und „Schweizer“, die sehr häufig ihre Arbeitsstelle wechselten und unter denen sich auch ein höherer Anteil von Fremden befand.

Das zahlenmäßige Verhältnis der Schichten zueinander läßt sich aus den amtlichen Veröffentlichungen nicht genau ermitteln. Aber daß die Besitzverteilung recht günstig ist, zeigt sich darin, daß vor dem Kriege gute Möglichkeiten sozialen Aufstiegs bestanden: mancher Knecht konnte sich eine kleine Katenstelle pachten oder kaufen und allmählich zu einer selbständigen Ackernahrung ausbauen oder gegen eine solche vertauschen. Bei der Beschaffung des Anfangskapitals war dem Arbeiter nicht selten der Bauer behilflich, indem er etwa als Bürge gegenüber der Bank oder Sparkasse auftrat.

Der Aufstieg vom Kätner zum Bauern dürfte wegen des sozialen Unterschiedes schwieriger gewesen sein, zumal Einheirat kaum in Frage gekommen sein dürfte und infolge der Anerbensitte gerade die besten Höfe lange in den Familien blieben.

Im Vergleich mit Dithmarschen und Ostholstein ergibt sich also ein sozialpolitisch günstiges Bild der sozialen Schichtung. Die ständischen Unterschiede zwischen den Schichten aber wurden viel schärfer betont als auf der Geest. Während man in den ärmeren Gemeinden der Schleswiger und Flensburger Geest keine Standestrennung im geselligen Leben kannte, pflegten in Angeln bei geselligen Zusammenkünften die Bauern, Kätner, Arbeiter und Handwerker sich voneinander getrennt zu halten, auch z. B. bei Kriegervereinsfesten in gesonderten Stuben zu

¹ Über die Entstehung dieser Siedlungen vgl. Gottfried Pfeifer: Das Siedlungsbild der Landschaft Angeln. Schriften der Baltischen Kommission zu Kiel, 14. – Breslau 1928.

sitzen. Solche krassen Formen ständischer Rangordnung wie jene, die im 18. Jahrhundert dem Grundhofer Pastor die Veranlassung zu seiner berühmten Totenkopfpredigt gaben¹, waren in der Zeit nach dem Weltkrieg längst verschwunden; auch wurden die Standesunterschiede in manchen Kirchspielen mehr, in anderen weniger hervorgekehrt, im allgemeinen im Westen weniger betont als im Osten, wo auch die größten Bauernhöfe lagen.

Diese quasi-ständische Schichtung wurde bei besonderen Anlässen durchkreuzt durch die Institution der „Nachbarschaft“, die sich übrigens auch in anderen Teilen Schleswig-Holsteins erhalten hat. Ursprünglich ist die Nachbarschaft wohl ein Verband der Hufner zur gegenseitigen Hilfe in Notfällen gewesen – im Laufe der Jahrhunderte sind ihre Funktionen geschrumpft zum nachbarlichen Beistand bei freudigen und traurigen Anlässen, d. h. beim Ausrichten von Begräbnissen und Hochzeiten; zu Beginn der 1930er Jahre trat sie in den meisten Dörfern nur noch bei Begräbnissen in Funktion, wobei außerdem die Leistungen der Nachbarn stark eingeschränkt waren (das Läuten der Glocken, das Kleiden der Leiche wurde nicht mehr von den Nachbarn persönlich besorgt). Diese gemeinschaftsmäßige Verbindung der Nachbarn, die auf die alte Hufeneinteilung zurückgeht, umfaßte in der Regel auch Kätner und Häusler – freilich wohl mehr *de facto* als *de jure*, d. h. jene Schichten nahmen an Leistungen und Pflichten der Nachbarschaft teil, obgleich sie schon aus technischen Gründen keine vollen Mitglieder sein konnten, weil sie z. B. nicht imstande waren, die Fahrleistungen zu übernehmen, zu denen der Hufner verpflichtet war. Für unseren Zusammenhang ist jedoch nur die Tatsache wesentlich, daß die institutionelle Nachbarschaft die sozialen Rangunterschiede übergriff ohne sie aufzuheben.

Von der Nachbarschaft als Institution ist die räumliche Nachbarschaft zu unterscheiden: je zwei Nachbarn rechts und links wurden z. B. fast überall zu Familienfesten eingeladen; auch sonst spielten gegenseitige Hilfeleistungen zwischen räumlichen Nachbarn schon aus technischen Gründen eine Rolle. Die „nächsten Nachbarn“ im Sinne der Nachbarschaftssitte oder Statuten sind dagegen in manchen Fällen Besitzer entfernt gelegener Höfe, deren Vorfahren vor der Verkoppelung wirklich räumliche Nachbarn im Dorfe waren.

Das Verhältnis zwischen Bauern und Gesinde war in den 1920er Jahren schon längst nicht mehr patriarchalisch; aber auf kleineren und mittleren Höfen nahmen die Knechte und Mägde doch wenigstens die Hauptmahlzeit am Tisch des Bauern ein; das Gesinde selbst legte offenbar weniger Wert auf den gemeinsamen Tisch als auf das gleiche Essen.

Im großen ganzen ergab sich das Bild einer bäuerlichen Gesellschaft von geringeren sozialen Spannungen als in Dithmarschen oder auf Fehmarn, in der bei deutlich ausgebildeter „ständischer“ Schichtung die Unterschiede der Klassenlage noch

¹ Angeln. Geschichtlich und topographisch beschrieben von H. N. A. Jensen (1844). Neu bearbeitet und bis auf die Gegenwart fortgeführt von W. Martensen und J. Henningsen. – Schleswig 1922, S. 224 u. 439.

nicht zur Ausbildung scharfer sozialer Klassengegensätze und Konflikte geführt hatten. Dieser stufenweise Aufbau der Angler ländlichen Gesellschaft ist begünstigt durch die Güte des Bodens, der einerseits auf verhältnismäßig kleiner Fläche eine Familie zu ernähren gestattete, andererseits leicht genug ist, um ohne viele fremde Hilfe bearbeitet zu werden, sowie durch die Mannigfaltigkeit und das organische Ineinandergreifen der Produktionsrichtungen, welche dem Arbeitsbedarf während des ganzen Jahres ziemliche Stetigkeit verliehen.

Da die bäuerliche Wirtschaft in Angeln vielseitig war, nämlich Milchwirtschaft, Getreidebau und Viehzucht miteinander verband, wobei das Schwergewicht auf der Schweinemast und Milchwirtschaft lag, war sie weniger krisenempfindlich als die einseitigeren Wirtschaften Eiderstedts, Dithmarschens oder Fehmarns. Infolge der ständigen Bareinnahmen aus Milchwirtschaft und Schweinemast blieb der Bedarf an Betriebskrediten gering; die Abhängigkeit von einem bestimmten Markt war nicht so stark wie bei den Gräserwirtschaften oder den Kohlbauern der Marsch; die Verbindung von Getreidebau und Milchwirtschaft gestattete in gewissen Grenzen eine elastische Anpassung an die verschiedenen landwirtschaftlichen Märkte. Dies zeigte sich z. B. in den Schwankungen des Verhältnisses von „Futterfläche“ und „Getreidefläche“ in den Jahren 1927/28–1930/31, sowie bei den einzelnen Betrieben in dem verschiedenen Anteil verfütterten und verkauften Getreides: neben Betrieben, die gar kein Getreide verkauften, standen solche, bei denen der überwiegende Teil der Ernte für den Verkauf bestimmt war¹.

Tabelle 21: Landwirtschaftliche Erzeugnisse in Angeln in RM je ha Nutzfläche

	Gesamtleistungen aus Ackerwirtschaft	Schweinezucht	Milch und Meiereierzeugnisse
1927/28	49,42	193,07	202,32
1928/29	89,61	226,05	208,75
1929/30	91,45	272,87	200,13
1930/31	102,33	185,93	185,83

Aus all diesen Gründen ist in Angeln die Agrarkrise erst ziemlich spät empfindlich geworden; zumal die Getreideernten der letzten Jahre gut, die Ernte 1932 sogar ungewöhnlich gut war.

Als die Gräser in der Marsch, die Viehzüchter auf dem Mittelrücken, die Kohlbauern in Dithmarschen sich schon erheblich in Schwierigkeiten befanden, ging es den Angler Bauern immer noch recht erträglich. Die durchschnittliche Verschuldung war gering. Wo hohe Verschuldung vorkam, war sie in den meisten Fällen eine Folge leichtsinniger Wirtschaftsführung – jedenfalls war dies die herrschende Meinung unter den führenden Landwirten der Landschaft; und diese Meinung ist ein wichtiger Faktor auch für die politische Entwicklung gewesen. Die Tatsache

¹ Vgl. H. Traulsen, a. a. O.

verhältnismäßig günstiger Verschuldungsverhältnisse in Angeln ist von Landeskennern u. a. damit erklärt worden, daß hier der bäuerliche Kreditbedarf vorwiegend durch Sparkassen und Kreditgenossenschaften vermittelt wurde, daß also der Einfluß der Großbanken gering gewesen sei und der ortsansässige und mit den persönlichen Verhältnissen der Kreditnehmer vertraute Bankier bzw. Genossenschafter über die Kreditgewährung entschieden habe. Die Kreditwürdigkeit der Bauern sei also besser kontrolliert worden als in manchen anderen Landesteilen.

Erst mit dem Sturz der Milch- und Getreidepreise, also etwa im Jahre 1932, begann die Krise in Angeln schwerer fühlbar zu werden.

Soziale Struktur und wirtschaftliche Zustände und Entwicklung in Angeln haben daher extreme politische Bewegungen nicht begünstigt. Auch ist der Volkscharakter fast in jedem Zuge dem des Dithmarschers entgegengesetzt: vorsichtig, zurückhaltend mit der eigenen Meinung, stets für Maßhalten, brutaler Gewalt abgeneigt – kurz, ein weniger widerspruchsvoller, weniger polar gespannter Typus, auch vielleicht weniger phantastisch, weniger wagemutig, mehr traditionsgebunden. Hinzu kam als ein politisch wirksames Charakterelement eine außerordentlich starke Abhängigkeit von dem, was „die anderen“ denken, und diese „Dorfmeinung“ wurde bei einem Volksschlag mit so ausgeprägtem Sinn für sozialen Rang ganz ausschlaggebend bestimmt von jenen Großbauern, welche die eigentliche Herrenschaft bildeten. Sie waren die Nachkommen oder Nachfolger der alten Vollhufner, die langeingesessenen Geschlechter, gleichsam Dorfpatrizier; und ihrer Meinung, ihrer Parole folgten alle übrigen.

Es scheint aber neben dieser Abhängigkeit des einzelnen von der öffentlichen Meinung des Dorfes auch das stark entwickelte Solidaritätsstreben in der gleichen Richtung gewirkt zu haben: man liebt es nicht, im Dorf Konflikte aufkommen zu lassen, war stets bereit, um der Eintracht willen Selbstzucht zu üben.

Angeln galt ferner als eine Landschaft mit hohem Stand der allgemeinen Bildung und regem geistigen Leben. Das mag seine Ursache haben in dem seit alters guten Schulwesen und darin, daß Angeln zwar eine wohlhabende Landschaft war, aber keine so plötzliche Steigerung seines Wohlstandes, keine so zur Spekulation reizende Konjunkturen erlebt hatte wie Dithmarschen oder die holsteinische Geest, so daß nicht alle Kräfte wie dort vom Wirtschaftlichen absorbiert worden waren. Auch gilt, daß der Angeliter Bauer zwar nicht besonders kirchlich, aber doch religiös gesinnt war. Nachwirkungen pietistischer Bewegungen waren in einigen Gemeinden in manchen angesehenen Familien deutlich spürbar und mögen mit beigetragen haben zu den verhältnismäßig starken Erfolgen der „Landespartei“ in Angeln (deren Verbindung mit dem Pietismus später dargelegt wird). Diese Kreise dürften gegenüber dem Nationalsozialismus ein retardierendes Moment gebildet haben, denn wenn auch ihre Gedankenwelt in manchen Punkten dem Nationalsozialismus näher stand als sie es sich selbst eingestehen mochten, so wies ihr Ethos sie doch einen anderen Weg und hinderte sie an aktiver Betätigung in der nationalsozialistischen Bewegung. Denn der extreme politische Aktivismus, der für den Nationalsozialismus kennzeichnend ist, lag diesen Menschen gerade nicht. Sie waren zu besinnlich,

zu kritisch, zu protestantisch-tolerant kann man vielleicht sagen, als daß sie den fanatischen Glauben des echten Nationalsozialisten aufbringen konnten.

Vor dem ersten Weltkrieg gehörte Angeln zu den Wahlkreisen Apenrade-Flensburg und Schleswig-Eckernförde. Die politische Wahlentscheidung seiner Bewohner läßt sich deshalb auf Grund der Kreiswahlergebnisse nicht präzise bestimmen. In Apenrade-Flensburg erzielte die freikonservative Reichspartei bei der Reichstagswahl 1878 im I. Wahlgang 59,7% der Stimmen, die Antisemiten 1898 im II. Wahlgang 59,9%¹, die Fortschrittliche Partei 1912 im II. Wahlgang 57,1%, die Sozialdemokraten 1903 im II. Wahlgang 52,6%, die Dänen 1881 auch im II. Wahlgang 53,5%, die Nationalliberalen

1871 im I. Wahlgang 56,0%

1874 im II. Wahlgang 98,7%

1884 im I. Wahlgang 53,5%

1887 im I. Wahlgang 56,5%

1890 im II. Wahlgang 62,8%

1893 im II. Wahlgang 65,7%

1907 im II. Wahlgang 59,9%

Im Wahlkreis Schleswig-Eckernförde erlangten weder Konservative noch Freikonservative jemals eine Mehrheit. Diese fiel zweimal an die Nationalliberalen (1874 I: 65,7%, 1903 II: 54,6%), viermal an die Fortschrittspartei (1881 I: 63,3%, 1887 I: 53,3%, 1890 I: 52,5%, 1893 II: 72,7%) und dreimal an die Freisinnige Vereinigung (1887 II: 53,3%, 1890 II: 52,5%, 1893 II: 72,7%). Der Liberalismus in allen seinen Schattierungen überwog also eindeutig: im nördlichen Wahlkreis mehr nationalliberal, im südlichen mehr freisinnig.

Welcher Art dabei die politische Haltung im eigentlichen Angeln war, ließe sich nur auf Grund der Wahlergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken bzw. Gemeinden feststellen, wobei der Einfluß der Städte Flensburg und Schleswig, von denen die erstere eine starke sozialdemokratische Wählerschaft gehabt haben dürfte, ausgeschaltet werden müßte. Darauf muß hier verzichtet werden. Die führende Bauernschicht dürfte aber vorwiegend rechts-nationalliberal bzw. freikonservativ gesinnt gewesen sein. Beachtenswert ist, daß in beiden Wahlkreisen nach dem Niedergang der Nationalliberalen die oppositionellen Parteien an Stärke gewannen, so daß 1912 die Fortschrittliche Volkspartei auch hier den Sieg davontrug, und zwar in Apenrade-Flensburg gegen eine sozialdemokratische Minderheit von 42,9%, im Wahlkreis Schleswig-Eckernförde gegen eine nationalliberale Minderheit von 40,3%. Die liberalen Mehrheiten müssen sich demnach in dem bauerlichen Wahlkreis Apenrade-Flensburg aus den bürgerlichen und bauerlichen Wählern gegen Arbeiter und dänisch Gesinnte, in dem mehr agrarischen Wahlkreis Schleswig-Eckernförde aus Arbeitern, insbesondere Landarbeitern und Kleinbürgern und Bauern gegen Großgrundbesitz und Bourgeoisie zusammengesetzt haben.

¹ Dies deutet an, daß der Antisemitismus in Schleswig-Holstein doch nicht eine so neue Erscheinung war, wie ich zur Zeit der Untersuchung angenommen habe.

Dies Überwiegen der liberalen Strömung bei den Reichstagswahlen erklärt sich wohl z. T. aus den wirtschaftspolitischen Interessen der Angler Bauern, die als Viehzüchter, Butterproduzenten und Schweinemäster an zollfreiem Futtermittelimport mehr interessiert waren als an Getreidezöllen – denn von der Getreideernte wurde nur ein kleiner Teil verkauft, das meiste, wie noch heute, im Betrieb verfüttert. Dazu kam bei den älteren Leuten die 48er Tradition als ein mehr stimmungsmäßiges Moment, das wohl familienweise sich ausgewirkt haben dürfte.

Man darf aber aus diesen Wahlergebnissen nicht ohne weiteres auf die im täglichen Leben und in der Gemeindepolitik sich äußernde politische Grundstimmung schließen. Diese war, wie auch in anderen Landschaften, bei den Bauern sehr viel mehr „konservativ“, als die Reichstagswahlen erkennen lassen. Was das politische Leben im Lande selbst betraf, so geben wohl – trotz des Dreiklassenwahlrechts – eher die Landtagswahlen die herrschende politische Meinung wieder. Pfl egten doch gerade in Angeln die kleinbäuerlichen und proletaroiden Schichten der Landbevölkerung der politischen Meinung der großbäuerlichen Schicht zu folgen. Die Mandate für den Landtag fielen aber in den Kreisen Flensburg und Schleswig zwischen 1876 und 1913 überwiegend den Freikonservativen und Nationalliberalen zu. Lediglich in Flensburg konnte sich in den beiden letzten Vorkriegswahlen der Kandidat der Fortschrittspartei durchsetzen.

Tabelle 22: Stimmanteile der Parteien: Angeln (Gemeinden unter 2000 Einwohner)¹, 1919 bis 1932 I

	1919	1920/21	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
NSDAP	—	—	8,5	2,4	3,5	24,6	70,8
Landvolk	—	—	—	—	0,8	20,8	—
DNVP	5,9	23,1	39,6	43,2	32,5	7,0	10,5
DVP	8,0	28,6	25,7	27,7	27,4	8,2	—
DDP	27,9	10,0	8,2	9,0	5,2	7,5	—
Landespartei	35,5	16,2	—	—	—	—	—
SPD	22,7	21,2	12,3	13,7	15,5	13,4	10,2
KPD	—	0,3	1,9	1,0	0,7	1,6	2,3
Andere Parteien	—	0,6	3,8	3,0	14,4	16,9	6,2

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 erwachte dann auch unter den ländlichen Wählern in Angeln eine starke Mehrheit für die Parteien der Linken: auf die DDP, die Landespartei und die SPD entfielen zusammen 86,1% – auf die DNVP und DVP zusammen nur 13,9%. (Der Durchschnitt der schleswig-holsteinischen Landgemeinden insgesamt lag bei 82,3% für die Linke und 17,4% für die Rechte.)

¹ Als „Angeln“ gilt das Gebiet der Kreise Flensburg und Schleswig östlich der Landstraße Flensburg-Schleswig.

Besonders bemerkenswert ist, daß die Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie (Landespartei in Angeln) mit mehr als einem Drittel aller Stimmen als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging. Ihre besondere Domäne war das nördliche Angeln, z. T. wohl infolge des persönlichen Einflusses eines ihrer Führer, der dort ansässig war, z. T. auch, weil hier die Grenzprobleme eine größere Rolle spielten als im Kreise Schleswig, vor allem aber, weil sie hier in einem Hauptgebiet des Bauernvereins eine breitere Basis im Bauerntum besaß als irgendwo anders. Die DDP dagegen war im südlichen Angeln stärker als im nördlichen, so daß man wohl annehmen darf, daß beide Parteien miteinander in Konkurrenz gestanden haben.

1920/21 begann aber bereits der Umschwung nach rechts: DVP und DNVP erhielten zusammen mit 51,7% die Mehrheit, wobei übrigens die DVP zunächst die stärkere war. Sie blieb auch bei den folgenden Wahlen in Angeln ungefähr doppelt so stark wie im Durchschnitt der ländlichen Gemeinden in Schleswig-Holstein.

Tabelle 23: Stimmanteile der Deutschen Volkspartei, 1919 bis 1930

	1919	1920/21	1924 I	1924 II	1928	1930
Angeln, Land	8,0	28,6	25,7	27,7	27,4	8,2
Schleswig-Holstein, Land (Durchschnitt)	6,7	16,1	12,2	14,9	13,9	4,8
Hügelland, aus- gewählte Kreise	6,3	15,6	13,7	15,7	15,0	6,1
Marsch, ausge- wählte Gemeinden	9,0	20,1	10,4	11,5	9,3	3,1

Die demokratische Partei nahm, wie überall, sehr schnell ab, hielt sich aber doch im ganzen etwas stärker als im schleswig-holsteinischen Durchschnitt auf dem Lande. Auch der Christlich-soziale Volksdienst war 1930 mit 4,8% in Angeln verhältnismäßig stark vertreten (1,8% im ländlichen Wahlkreisdurchschnitt, 2% im Durchschnitt des Hügellands), ebenso die Wirtschaftspartei und die Konservative Volkspartei. Vor allen Dingen aber war bei den Wahlen 1930 die Stärke der Landvolkpartei (20,8% gegen 10,7% im Wahlkreisdurchschnitt auf dem Lande, und 10,4% im Durchschnitt des Hügellandes) ein Grund für den relativ geringen Wahlerfolg der NSDAP (24,6% gegen 35,1% im schleswig-holsteinischen Durchschnitt auf dem Lande). Die nationalsozialistische Bewegung erzielte trotz des rein bäuerlichen Charakters der Landschaft bei der Wahl am 14. September 1930 also einen Stimmanteil, der kaum über dem Durchschnitt des östlichen Hügellandes (24,3%) lag; besonders im nördlichen Angeln, wo die Landvolkpartei 1930 doppelt so stark war wie im südlichen, verzögerte sich der Durchbruch des Nationalsozialismus. Daß dies nicht an den eigentlichen Konservativen gelegen hat, zeigt der „normale“ Ablauf der Wahlergebnisse für die Deutschnationale Volkspartei.

Tabelle 24: Stimmanteile der Deutschnationalen Volkspartei, 1919 bis 1932 I

	1919	1920/21	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
Angeln, Land	5,9	23,1	39,6	43,2	32,5	7,0	10,5
Schleswig-Holstein, Land	10,7	28,6	42,1	43,4	32,3	7,9	9,2

Bei den Wahlen 1932 I erhielt die NSDAP einen höheren Stimmanteil (70,8%) als durchschnittlich auf dem Lande (63,8%) und erheblich höher als im Durchschnitt des Hügellandes (57,1%) – die politische Haltung näherte sich hierbei am meisten derjenigen der Geest (78,7%).

Die sozialistischen Parteien waren von Anfang an schwach, aber ihre absolute Stimmenzahl blieb seit 1924 sehr stetig, was auf eine feste Organisation deutet.

Tabelle 25: Sozialistische Stimmen in Angeln: Gemeinden unter 2000 Einwohner

1919	1920/21	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
5 926	4 972	3 380	3 767	3 642	3 867	3 596

Der Prozentsatz sozialistischer Stimmen war in Angeln seit 1924 ständig nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt des Hügellandes. Das vergrößerte hier den „Spielraum“ für die Zunahme der NSDAP. Im ganzen zeigt die Entwicklung der politischen Atmosphäre in Angeln die typischen Züge einer bäuerlichen Landschaft: bei geringem Anteil sozialistischer Stimmen relative Stärke der Mittelparteien in den Jahren der Konsolidierung der Demokratie, dann Stärke der radikalen Rechten in den Jahren vor der nationalsozialistischen Revolution. Dabei hat es allerdings in Angeln länger gedauert als in der Marsch und auf der Geest, bis der Nationalsozialismus zur Vorherrschaft gelangte; von allen Bauernlandschaften in Schleswig-Holstein ist wohl Angeln diejenige gewesen, die sich – nach anfänglichen relativ starken Wahlerfolgen der „Völkischen“ – am spätesten für den Nationalsozialismus als zugänglich erwiesen hat.

Außer den schon genannten Ursachen hierfür mag das auch daran gelegen haben, daß die erste Werbung für den Nationalsozialismus in sehr vielen Dörfern nicht von Landwirten, sondern von Handwerkern und anderen „kleinen Leuten“ ausging. Charakteristisch ist z. B., daß die erste ländliche Ortsgruppe im nördlichen Angeln durch einen Werkführer in der Ziegelei in Westerholz (bei Langballigholz) unter den dortigen Arbeitern und Kättern gegründet wurde. Erst im Frühjahr 1933 hat die bäuerliche Oberschicht in größerem Umfang den Anschluß an die Partei gesucht. So kam es zu einem weitgehenden Personalwechsel in den Kommunalämtern; die alten, meist konservativen Amts- und Gemeindevorsteher, die z. T. alle Regierungswechsel seit dem Kriege überdauert hatten, mußten den alten Parteigenossen weichen. Wo dagegen die dörfliche Oberschicht frühzeitig in die NSDAP hineingegangen war, wie z. B. in Schwackendorf, ist schon 1932 I die

gesamte ländliche Bevölkerung ziemlich geschlossen für die nationalsozialistische Bewegung eingetreten, wie sich aus den Wahlergebnissen erkennen läßt. Im benachbarten Gelting dagegen wirkte der Einfluß der katholischen Besitzer des zur Gemeinde gehörigen Gutes etwas hemmend, obwohl auch hier die NSDAP eine Mehrheit erzielte.

Tabelle 26: Wahlergebnisse 1932 I in zwei Dörfern in Angeln

	Schwackendorf		Gelting	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
SPD u. KPD	7	3,9	61	18,8
DNVP	1	0,6	44	13,5
NSDAP	170	94,4	181	55,7
Andere Parteien	2	1,1	39	12,0
	180	100,0	325	100,0

Ungünstiger als in den Bauerndörfern war die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege in den zahlreichen Fischerdörfern an der Angler Küste. Hier machte sich der eingangs erwähnte Verlust der nordschleswigschen Fischgründe besonders schwer bemerkbar. Leider ist für die meisten Fischerdörfer das wahlstatistische Bild gestört, weil es auch die Stimmen von anwesenden Sommergästen oder sonstigen Fremden (Gastwirten usw.) enthält bzw. auch eine wahlstatistische Trennung von den benachbarten Bauerndörfern nicht möglich ist. Die Wahlergebnisse einzelner Beispiele reiner Fischerdörfer, wie des Ortes Maasholm mit seiner altansässigen, eng versippten und ausschließlich von Fischerei lebenden Bevölkerung zeigen als auffallendste Erscheinung scharfes Umschlagen der politischen Meinung von links nach rechts. Es drückt sich hier eine große Geschlossenheit der öffentlichen Meinung infolge homogener sozialer Lage und starker gegenseitiger Beeinflussung aus.

Das Schwanken der Ostseefischer zwischen den politischen Extremen wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß einerseits die Fischerei meistens in kleinen Genossenschaften betrieben wird, so daß unter den Fischern eine Art urtümlicher Gemeinschaft sich erhalten hat, und daß andererseits die Rentabilität des „Betriebes“ ganz und gar von schwer überblickbaren und wechselnden Marktlagen abhängig ist, auf deren Gestaltung der Fischer viel weniger Einfluß hat als der Fischgroßhandel; so wird er antikapitalistischen Ideologien verhältnismäßig leicht zugänglich.

Diese Momente haben die Kommunisten (hierin weniger doktrinär als die revisionistische SPD) offenbar in ähnlicher Weise agitatorisch ausgenutzt, wie sie ständig bemüht waren, die Kleinbauern und Siedler zu gewinnen, indem sie ihnen ihre „Klassenlage“ bewußt zu machen suchten. Andererseits ist aber der Fischer kein Proletarier: er ist in der Regel nicht nur Eigentümer oder Miteigentümer eines Bootes, sondern besitzt auch sein eigenes Haus mit Gartenland.

Darin lagen die Erfolgsmöglichkeiten der nationalsozialistischen Werbung: die Bejahung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die produzentenfreundliche Einstellung und die antitrustkapitalistische Haltung waren der Stimmung und sozialen Lage der Fischer vollkommen angemessen.

6. Elbmarschen und die Kreise Pinneberg und Steinburg

In den Marschen am rechten unteren Elbufer ist die bäuerliche landschaftliche Selbstregierung viel weniger entfaltet gewesen und früher durch die staatliche Gewalt beschränkt worden als in Dithmarschen. Sie bilden heute mit angrenzenden Geestbezirken das Gebiet der Kreise Pinneberg und Steinburg. Dieses Gebiet, in das sich gegen Ende der dänischen Herrschaft die Herrschaft Pinneberg, das Amt Steinburg, die Grafschaft Rantzau, die Klöster Ütersen und Itzehoe und der Itzehoer adlige Güterdistrikt teilten, entbehrt also einer einheitlichen und autonomen politischen Vergangenheit. Immerhin erforderten aber in den Marschen die Aufgaben des Deich- und Entwässerungswesens aktive genossenschaftliche Mitarbeit der Bauern; dies und die Privilegierung der zum großen Teil aus Holland eingewanderten Kolonisten, sowie die Kleinheit und zerstreute Lage der adligen Besitzungen hatte die Entstehung der Leibeigenschaft in den Marschen verhindert¹, so daß die politischen Bedingungen der Ausbildung eines ähnlichen Typus von selbstbewußtem Bauerntum wie in Dithmarschen günstig waren. Für die starke Ausbildung genossenschaftlicher Haltung in älterer Zeit darf vielleicht als symptomatisch angeführt werden, daß die Elbmarschen als das Ursprungsgebiet der „Brandgilden“, lokaler genossenschaftlicher Feuerversicherungen, in Deutschland gelten². Es wird auch von manchen Landeskennern behauptet, daß der Elbmarschbauer trotz starker händlerischer Veranlagung noch ungebrochener seine bäuerliche Tradition bewahrt habe als der Eiderstedter oder Dithmarscher³. Mangels exakter sozialpsychologischer Forschungen auf diesem Gebiet müssen derartige Unterscheidungen allerdings mehr oder weniger im Bereiche des bloßen Eindrucks bleiben.

Als symptomatisch mag vielleicht die bessere Erhaltung alter Bauernhöfe, welche dem Landschaftsbilde einen so großen Reiz verleihen, angeführt werden. Selbst dort, wo in den 90er Jahren die Bauernhäuser modernisiert worden sind, hat man sich in der Regel mit einem Anbau begnügt und den alten Teil des Hauses äußerlich einigermaßen unverändert gelassen. Im Gegensatz zu Dithmarschen findet man fast in jedem Dorfe mehrere behäbige Höfe mit gut erhaltenen bäuerlichen Wohngebäuden im Schatten mächtiger Bäume und mit gepflegten Gärten, in denen Wohlstand und Besitzstolz zum Ausdruck kommen.

¹ Dethlefsen: Geschichte der holsteinischen Elbmarschen, II. – Glückstadt 1892, S. 143 f.

² Ludwig Maass: Die Brandgilden insbesondere in Schleswig-Holstein. Tübinger Staatsw. Abh. VI. – Stuttgart 1910, S. 51 ff.

³ Für diesen Abschnitt verdanke ich wichtige Gesichtspunkte mündlichen Mitteilungen des verstorbenen Herrn Dr. hc. Th. Engelbrecht.

Im übrigen war aber dieses Gebiet und namentlich die Randzone der Geest stärker verstädtert als Dithmarschen. Einmal machte sich bis weit in den Kreis Steinburg hinein der Einfluß der Großstadt Hamburg-Altona geltend, und zum anderen gab es in beiden Kreisen eigenständige Industrieorte. Namentlich der östliche und südöstliche Teil des Kreises Pinneberg hatte seit den 20er Jahren starke Zuwanderung aus Hamburg und Altona erhalten, so daß viele ehemals ländliche Ortschaften zu Wohnvororten der Großstadt geworden waren¹.

Dieses Wohngebiet großstädtischer Bevölkerung erstreckte sich 1932 etwa bis zu der Linie Ochsenzoll, Garstedt, Rellingen, Halstenbeck und umfaßt auch die Orte Wenningstedt, Friedrichsgabe, Ellerbeck und Hetlingen. Die soziale Schichtung dieser Vorortbevölkerung war sehr mannigfaltig. Es fanden sich die unterschiedlichsten Siedlungstypen vom bürgerlichen Einfamilienhaus-Vorort bis zur „Kistenstadt“ bei Halstenbeck an der Bahnlinie Altona-Elmshorn, die als Begleiterscheinung der Krisenarbeitslosigkeit entstanden war. An den Bahnstrecken aber reichte das Einzugsgebiet des Großhamburger Arbeitsmarktes über jene Zone noch hinaus: selbst z. B. aus Pinneberg, Elmshorn und anderen weiter entfernten Orten fand eine lebhafte tägliche Pendelwanderung nach Hamburg-Altona statt.

Außerdem lagen in beiden Kreisen, an der Elbe und ihren Nebenflüssen sowie an den Bahnlinien kleinere Industrieorte wie Wedel, Pinneberg, Uetersen, Elmshorn, Glückstadt, Krempe, Münsterdorf, Lägerdorf, Itzehoe, Wilster, Horst, Barmstedt, Schnelsen, Quickborn. Ihre Industrien waren teils materialorientiert, wie die aus altem Handwerk hervorgewachsene Leder- und Schuhindustrie in Bramstedt und Wilster oder die Zementindustrie in Münsterdorf-Lägerdorf, z. T. absatzorientiert wie die Netzfabrikation in Itzehoe². Die Industriearbeiterschaft dieser kleineren Industrieorte wohnte zum Teil in den umliegenden Dörfern, hauptsächlich am Geeststrande; dadurch lassen sich die bei den Wahlen in den einzelnen Gemeinden abgegebenen Stimmen nur schwer einzelnen sozialen Schichten zu rechnen. Jedenfalls ist zu berücksichtigen, daß sehr viele der in beiden Kreisen wohnenden Industriearbeiter in ländlicher Umgebung leben, oft Haus und Garten besitzen und daher nicht als rein proletarische Elemente angesehen werden dürfen, sondern als „Proletaroiden“ zu bezeichnen sind. Proletaroiden Einschlag hat auch die Bevölkerung der nach dem Kriege neu entstandenen Siedlungen in den dünn

¹ 1927 wurden 10 Gemeinden des Kreises Pinneberg, darunter Blankenese, von Altona eingemeindet.

² W. C. Bröcker wies im Kreisbuch des Kreises Steinburg darauf hin, daß die Industrie des Kreises, wie überhaupt in Schleswig-Holstein, sehr stark auf zugewanderten Menschen beruhe, da der Schleswig-Holsteiner bei starker händlerischer Veranlagung doch keine eigentlich industrielle Mentalität habe (wie diese z. B. im Wuppertal so ausgeprägt sei). Interessant ist in diesem Zusammenhange, daß nach dem Ersten Weltkrieg mehrere industrielle Unternehmungen aus abgetretenen Gebieten in schleswig-holsteinische Kleinstädte verpflanzt wurden: die Lederwerke Adler und Oppenheimer aus dem Elsaß nach Neumünster; die Thorner Leb- und Honigkuchenwerke nach Itzehoe. Andererseits sind manche alte Unternehmungen der verarbeitenden Industrie in Kleinstädten der Provinz in den Jahren nach dem Kriege stillgelegt worden: Lederfabriken in Wilster und Krempe.

besiedelten Moor- und Heidedistrikten der südholsteinischen Geest: Lockstedter Lager, Offensether Moor, Lentförden Moor u. a.

Als ein Symptom bäuerlich-konservativer Haltung sei erwähnt, daß innerhalb der oben umgrenzten Wohnzone einige Dörfer rein bäuerlichen Charakter bewahrt hatten, indem unter dem Einfluß angesehenen Bauern und Gemeindevorsteher die Dorfleute den Versuchungen der Grundstücksspekulation widerstanden und dadurch den städtischen Zustrom abwehrten. Dabei hat sicher auch die durch Erfahrungen anderer Gemeinden begründete Befürchtung mitgesprochen, daß ein Teil dieser Zuzügler mit fortschreitender Krise der Wohngemeinde zur Last fallen werde.

Alles in allem ergibt sich also ein buntes Gemisch verschiedenartiger Siedlungstypen. Alles, was früher über die Unterschiede zwischen Marsch- und Geestdörfern gesagt wurde, trifft auch für diese Region zu. Die soziale Integration des dörflichen Gemeinwesens war auf der Geest vollkommener als in der Marsch¹; daher war die landwirtschaftliche Bevölkerung der Geest nach Ansicht von Landeskennern auch seßhafter: „Wo zwischen Bauer einerseits und Gesinde und Tagelöhner andererseits ein patriarchalisches Verhältnis herrscht, wo das Dorf in gewissem Grade eine große Gemeinschaft, eine Familie bildet, in der es keine scharfen Standesgegensätze gibt, fühlen sich die Menschen mehr heimisch, werden sie bodenständiger als in der Marsch, wo vielfach scharfe, allerdings nicht begründete Standesgegensätze herrschen, wo vielfach die Menschen nach dem Wert ihres Besitzes, weniger nach rein persönlichen Werten eingeschätzt und dementsprechend auch behandelt werden. Die verschiedene Art der Siedlung mag dazu beitragen. Die geschlossene Siedlungsform der Geest führt die Menschen näher zusammen, die lockere der Marsch trennt sie.“²

Nun ist allerdings auch auf der Geest mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung im 20. Jahrhundert eine stärkere soziale Schichtung eingetreten, aber im großen ganzen war, namentlich in den ärmeren Dörfern des Holstenlandes, die Ausbildung sozialer Distanzen zwischen den einzelnen Schichten nicht so weit fortgeschritten wie in den Großbauerngebieten älteren Wohlstandes. Die Elbmarschen stellen ein den Nordseemarschen soziologisch im wesentlichen gleichartiges Milieu

¹ Diese Unterschiede sind schon im 18. Jahrhundert beobachtet worden. Bei Volkmar, a. a. O., heißt es S. 303 (Fortsetzung der S. 52, Anm. 2 zitierten Stelle über die Standesunterschiede in den Marschen): „Anders ist es bey dem Geestbewohner, wo alle Landleute aller Stände und Ordnungen allzumahl lastbare Geschöpfe sind . . . Hier, wo denn (im bäuerlichen Hause) alle im eigentlichen Verstande von einem Brode essen und gemeinschaftlich aus einem Becher ihren Durst stillen, ist doch auch die Gemeinschaft der Güter dieser Erde nicht so ganz außer Gewohnheit gekommen. Man leiht sich dort mehr untereinander; achtet ein Bischen Milch oder Mehl, oder Speise nicht zu hoch, um dem notleidenden Arbeiter, dessen Schweiß es uns einsammeln half, nicht auch nach Notdurft (!) davon Mitzuteilen.“

² I. Nagel: Beitrag zur Siedlungskunde und Bevölkerungsverteilung des Kreises Steinburg. Heimatbuch des Kreises Steinburg, ca. 1928 I, S. 423. Vgl. ferner F. Schacht: Über landwirtschaftliche und soziale Zustände in den Holsteiner Marschen. Schleswig-Holsteinische Jahrbücher I. – Kiel 1884.

dar. Allerdings besteht in der Krempermarsch, der Haseldorfer und Seestermüher Marsch eine andere Siedlungsweise: typisch ist nicht der Einzelhof in Verbindung mit dem Haufendorf, sondern die mehr oder weniger geschlossene Reihensiedlung, in der Wilstermarsch dagegen die Streusiedlung. Die soziale Struktur, insbesondere die Besitzschichtung und die siedlungsmäßige Trennung der ärmeren Schichten von den eigentlichen Bauern – die großen Höfe liegen in der Regel mitten in der Marsch an den Hauptstraßen, die Arbeiterstellen in geschlossenen Komplexen unmittelbar am Elbdeich – ist jedoch grundsätzlich dieselbe wie in den Nordseemarschen, insbesondere in Dithmarschen.

Die Landwirtschaft in den Elbmarschen war durch die stärkere Bedeutung der Schweinemast, der Milchwirtschaft und Pferdezucht, die neben Rindermast, Rindviehzucht (das Breitenburger Rind), Getreidebau und Gemüsebau (in der Blomeschen und Engelbrechtschen „Wildnis“ bei Glückstadt) betrieben wurden, vielseitiger, auch in den einzelnen Betrieben weniger spezialisiert als in Dithmarschen und Eiderstedt. Daher hatte, bei aller Schärfe der Besitzunterschiede, das Arbeitsverhältnis in den Elbmarschen noch etwas mehr persönlichen Charakter bewahrt. Der Bedarf an Arbeitsleistung wurde seit langem fast ausschließlich aus der ansässigen Bevölkerung des flachen Landes und der kleinen Städte und Flecken gedeckt¹. Zumal in der Haseldorfer und Seestermüher Marsch lagen die Arbeitsmarktverhältnisse besonders günstig dadurch, daß der Spitzenbedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften z. T. durch die während des übrigen Jahres in der Korbweidenkultur und Bandreißerei beschäftigten ländlichen Handwerker befriedigt werden konnte. Dieses alteingesessene Gewerbe, das einem großen Teil der ärmeren Bevölkerung in den Marschen des Kreises Pinneberg Nahrung gab, war seit Jahren in eine schwere konjunkturelle und strukturelle Krise geraten². Dadurch wurden wiederum die wenigen Großgrundbesitzer und einige Großbauern, die aus der Verpachtung von Korbweidenpflanzungen einen erheblichen Teil ihrer Ein-

¹ Vgl. Schacht, a. a. O., S. 173 f., 206.

² Die Krise der Bandreißerei, welche die Dörfer am Deich in der Haseldorfer und Seestermüher Marsch empfindlich getroffen hat, wird erklärt aus mehreren Tatsachen (in der Haseldorfer Marsch allein sind in diesem Gewerbe über 1000 Personen beschäftigt): 1. dem allgemeinen Schrumpfen des Bedarfs an hölzernen Faßreifen und Korbweiden infolge Ersatzes von Holz durch Eisen; 2. der Konkurrenz billiger polnischer Weiden auf gewissen mitteldeutschen Märkten; 3. dem Rückgang der Nachfrage in Skandinavien, die teils auf verminderten Butterexport zurückgeführt, teils als eine Art Repressalie gegen die deutsche Handelspolitik angesehen wurde, welche die Butter- und Schmalzeinfuhr und den Import von Walfischtran (Norwegen) erschwerte; 4. der Überfüllung des Gewerbes durch arbeitslose Industriearbeiter, die als Bandreißer einen Ersatzerwerb suchten. Da die Bandreißer das Rohmaterial im Herbst kaufen mußten (die Zahlung wurde meist bis Juni gestundet), erlitten sie bei ständig sinkenden Preisen erhebliche Verluste; die Einkaufspreise blieben relativ hoch, da eine Verabredung unter den vielen kleinen Handwerkern gegenüber den wenigen Besitzern von Weidenkulturen schwierig war, außerdem stieg die Nachfrage, weil jeder bestrebt war, durch vermehrte Produktion die Verluste abzudecken. Die Besitzer andererseits gingen dazu über, die Produktion zu vermindern. Es zeigt sich hier das Bild eines durch säkulare und konjunkturelle Faktoren niedergehenden Hausgewerbes.

nahmen erzielten, in Mitleidenschaft gezogen, da die Pachten nicht gezahlt und auch mit Zwangsmaßnahmen nicht eingetrieben werden konnten.

Sehr schwer haben auch die an den Bahnlinien von Altona nach Elmshorn und bei Horst auf der Geest des Kreises Steinburg konzentrierten Baumschulen und Gärtnereien gelitten, deren Absatzgebiet vor dem Kriege sich über ganz Mittel- und Nordeuropa erstreckte¹.

Da diese Betriebe während des ganzen Jahres einen starken Bedarf an männlichen und weiblichen z. T. qualifizierten Arbeitskräften hatten, stellte die Depression in diesem eigentümlichen lokalen Wirtschaftszweig ein sehr belastendes Moment für die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den Orten an der Bahnlinie dar. Die Landwirtschaft in den Marschen war in den 20er Jahren zunächst durch den Niedergang der Pferdezucht infolge Schrumpfung des Heeresbedarfs und durch die Motorisierung betroffen, dann auch, wie in den Seemarschen, durch die Krise der Weidemast; die Konkurrenz ausländischer Fette und die seit dem Beginn der Industriekrise sinkende Kaufkraft der großstädtischen Bevölkerung², haben die Milchwirtschaft, aus der in Pinneberg und Kreis Steinburg etwa 25% der Einnahmen bäuerlicher Betriebe flossen, in Mitleidenschaft gezogen.

Die Geestbauern und die kleinen Leute in der Marsch – Arbeiter und Kleinbauern – hatten aber vor allem unter dem zweimaligen Sturz der Schweinepreise zu leiden. Denn die Kreise Pinneberg und Steinburg – und zwar in erster Linie die Geest – gehörten neben einigen linkselbischen Geestkreisen zu den wichtigsten Standorten der Schweinemast in Deutschland, ja (gemessen an der Schweinebestandsdichte) in ganz Europa. Mehr als 40% der Gesamtroheinkommen bäuerlicher Betriebe in diesen Kreisen flossen aus der Schweinemast bzw. -zucht³.

Der Hauptgrund für diese Konzentration der Schweinemast in der Nähe der Elb- und Wesermündung war die günstige Frachtlage für den Bezug importierter, durch Zölle nicht verteuerteter Futtermittel einerseits, die günstige Transportlage für den Absatz der Produkte auf dem Hamburger, Bremer und rheinisch-westfälischen Märkte andererseits. Während nun der Grundstock dieses Produktionszweiges, aus dem namentlich Kleinbauern und Landarbeiter (die kleinen Häusler an den Deichen betrieben Schweinemast in z. T. erheblich über den eigenen Futterbaubetrieb hinausgehendem Umfang) seit vielen Generationen einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte bezogen hatten, in der Struktur der Landwirtschaft selbst begründet war, hatte sich schon vor dem Ersten Weltkriege dank der erwähnten Frachtlage-

¹ Heimatbuch des Kreises Pinneberg, 1928, S. 57 ff.

² Über 50% der 1928 in den Meiereigenossenschaften des Kreises Pinneberg verarbeiteten 36 Millionen Liter Milch wurden nach Hamburg-Altona abgesetzt (Heimatbuch des Kreises Pinneberg, a. a. O., S. 51 ff.).

³ Traulsen, a. a. O., Tafel 10, dabei sind die „gewerblichen“ Großmästereien und die ganz kleinen Betriebe nicht berücksichtigt. Hans Harald Lange: Die gewerbliche Schweinemast in den Kreisen Jork, Süder-Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg und Syke. – Dissertation Halle 1928. – Heinrich Niehaus: Nordwesten und Osten in der deutschen Futtermittelpolitik. Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 68. Bd., 5. – Tübingen 1933.

vorzüge neben dieser bäuerlichen Mast die sogenannte „gewerbliche“ Mast ausgebildet, die im wesentlichen auf importierten Futtermitteln aufgebaut war und nicht nur von Landwirten, sondern auch von Mühlenbesitzern und anderen Außen-seitern betrieben wurde, z. T. ohne jede landwirtschaftliche Grundlage. Diese z. T. großbetrieblichen Mästereien („Schweinekasernen“) traten nun auf dem Markt mit einem großen sehr elastischen Angebot auf als eine für den weniger kapitalkräftigen und weniger geschäftsgewandten kleinen Mäster lästige Konkurrenz. Denn dieses, von den Futtererträgen und der Düngerverwendungsmöglichkeit der Landwirtschaftsbetriebe unabhängige und daher in Anpassung an die jeweilige Marktlage beliebig vermehrbare Angebot dürfte erheblich zur Verschärfung der zyklischen Schwankungen der Schweinepreise beigetragen haben.

Nun sind zwar auch zahlreiche Kleinbetriebe „gewerbliche“ Mästereien im technischen Sinne, beruhte doch der hohe Lebensstandard einer dichten landarmen Kleinbauernbevölkerung in diesen Geestgebieten zum wesentlichen Teil auf der mit betriebsfremden Futtermitteln durchgeführten Schweinemästung – aber maßgebend für die Preisgestaltung dürften die kapitalistisch betriebenen Großmästereien gewesen sein. Das plötzliche Sinken der Schweinepreise im Jahre 1927 bedeutete daher nicht nur für die Landwirte der Gegend einen ganz schweren Schlag, sondern – auf dem Wege über Verluste bzw. das Einfrieren von Futtermittel- und Betriebskrediten – auch für Händler, Müller und Banken. Die dann einsetzende Verteuerung der importierten Futtermittel infolge von handelspolitischen Maßnahmen, die eine Verlagerung der Schweinemast in die ostdeutschen Kartoffel- und Roggenüberschußgebiete bezweckten, hat die großbetriebliche gewerbliche Schweinemast zum Erliegen gebracht und auch die bäuerlichen Mäster zu Produktionseinschränkungen und zu Produktionsverschiebungen (von der Mast zur Zucht) genötigt – Prozesse, die natürlich nicht ohne Reibungen und Verluste vor sich gehen konnten und daher für die politische Stimmung der letzten Jahre der Weimarer Republik von großer Wirkung gewesen sind.

Es war für die politische Entwicklung in dieser Gegend bedeutungsvoll, daß vor dem Ausbruch der eigentlichen allgemeinen Agrarkrise eine jener zyklischen Krisen in der Schweinemast schon 1926/27 eintrat; ihre wirtschaftlichen Folgen waren um so empfindlicher, als wenige Monate später die Agrarkreditverknappung begann, so daß viele Betriebe nicht imstande waren, bis zum Beginn des neuen Preisaufstiegs durchzuhalten. Diese Notlage dürfte mit dazu beigetragen haben,

Tabelle 27: Stimmanteil der NSDAP: Kreis Pinneberg, Kreis Steinburg, Schleswig-Holstein, 1928

	Alle Gemeinden	Gemeinden unter 2000 Einwohner
Kreis Pinneberg	5,1 %	10,0 %
Kreis Steinburg	10,4 %	17,1 %
Schleswig-Holstein	4,0 %	5,4 %

daß bei den Wahlen im Mai 1928 die alten „bürgerlichen“ Parteien gerade in diesen Kreisen besonders auf dem Lande erheblich mehr Stimmen verloren als im Durchschnitt des Wahlkreises, während die NSDAP einen für die damalige Zeit glänzenden Erfolg davontrug (s. Tab. 27):

Auch die Krise der Weidenkultur und Bandreißerei wird ganz unmittelbar die Ausbreitung der NSDAP begünstigt haben, wurden durch sie doch gerade ländliche Mittelschichten und in handwerklich-bäuerlicher Gesinnung lebende kleine Leute ergriffen, die überall die ersten Kontingente nationalsozialistischer Wähler gestellt haben. Freilich ist zu vermuten, daß ein Teil der in diesem Gewerbe tätigen eigentlichen Arbeiter, namentlich soweit sie etwa zeitweise in den industriellen Werken benachbarter Städte (Wedel usw.) gearbeitet hatten, eher dem Kommunismus als dem Nationalsozialismus zugeneigt waren.

Bei den Wahlen vom Juli 1932 hat jedoch auch in diesen Kreisen die NSDAP auf der Geest erheblich höhere Stimmanteile erzielt als in den Marschen. Da die Trennung in Marsch und Geest im Kreise Pinneberg schwierig ist und überdies die ländliche Bevölkerung hier so stark mit städtischen Elementen durchsetzt ist, begnügen wir uns im folgenden mit der Wiedergabe der Ergebnisse für Steinburg:

Tabelle 28: Stimmanteile der Parteien in den Landgemeinden des Kreises Steinburg, 1932 I

Kreis Steinburg	NSDAP	DNVP	SPD	KPD	Andere Parteien	Ins-gesamt
Marsch	58,5	4,8	24,5	8,8	3,4	100,0
Geest	68,1	4,7	19,3	5,2	2,7	100,0
moorige Vorgeest	70,2	2,9	18,0	6,0	2,9	100,0

Der Anhang der NSDAP war am größten in den Ortschaften am Rande von Marsch und Geest, wo auf ärmeren Böden eine dem Geesttypus verwandte Bevölkerung wohnt; da hier außerdem eine Reihe von Ortschaften mit starker Arbeiterbevölkerung liegen, so war auch der Anteil der KPD hier stärker als auf der Geest, aber schwächer als in der Marsch. Die kleinbäuerliche Bevölkerung in diesen Gemeinden war vor dem Kriege noch stark freisinnig, als die eigentlichen Marschbauern

Tabelle 29: Stimmanteile der politischen Richtungen: Landgemeinden Kreis Steinburg, 1919

	Rechte (DNVP u. DVP)	Liberales (Landesp. u. DDP)	Sozialisten (SPD u. USPD)
Marsch	18,0	41,0	41,0
Geest	16,5	33,7	49,8
Vorgeest	17,3	48,0	34,7

schon zum Nationalliberalismus oder den Freikonservativen übergegangen waren. So ist denn auch 1919 der Liberalismus (Landespartei und DDP) in diesen Gemeinden am stärksten gewesen, am schwächsten dagegen die DNVP, die übrigens auch in der Marsch 1919 nur 9% der Stimmen erhielt.

Die unterschiedliche Stärke der NSDAP in Marsch und Geest bei den Wahlen von 1932 I zeigt sich noch anschaulicher, wenn man einzelne Marschgemeinden und Geestdörfer des Kreises Steinburg einander gegenüberstellt.

*Tabelle 30: Stimmanteile der NSDAP in Marsch- und Geest-Dörfern:
Kreis Steinburg, 1932 I*

<i>Marsch</i>	Wevelsfleth	61,3
	Blomesche Wildnis	56,1
	Engelbrechtsche Wildnis	56,1
	Krempe	53,4
	Beidenfleth	57,7
	Neuenbrook	73,2
<i>Geest</i>	Dägeling	78,7
	Lockstedter Lager	79,4
	Lockstedt	68,4
	Hennstedt	79,7
	Homfeld (Kr. Rendsburg)	75,7

Eine Ausnahme von der Regel bildet anscheinend nur das Dorf Neuenbrook in der Kremper Marsch mit 73,2% nationalsozialistischer Stimmen. Neuenbrook ist ein etwa 7 km langes Reihendorf, dessen Gemarkung z. T. in der moorigen Flußmarsch mit weniger wertvollen Böden liegt, es gehört damit zu der Randzone zwischen Marsch und Geest, in welcher bei der Wahl 1932 I ganz allgemein die nationalsozialistischen Stimmanteile besonders hoch gewesen sind.

Auf der Geest des Kreises Steinburg ist die auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Lockstedter Lager entstandene Gemeinde einer der ersten Stützpunkte des Nationalsozialismus gewesen: einer der ersten SA-Stürme der Provinz entstand hier. Auffallend ist auch, daß der Umschwung von links nach rechts im Lockstedter Lager besonders kraß gewesen ist. 1919 erhielten die sozialistischen Parteien 70,7%, 1932 I die Nationalsozialisten 79,4%. Höchstwahrscheinlich hängt dies damit zusammen, daß in dem eigentlichen Lager gleich nach dem Kriege eine Kolonie von pensionierten Soldaten und Beamten entstanden ist und auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes landwirtschaftliche Siedlungen von ehemaligen Baltikumkämpfern und Optanten aus den abgetretenen Gebieten im Osten angelegt worden sind. In der Gemeinde waren also sozial gesunkene und aus ihrem regulären Beruf geworfene Bevölkerungselemente stark vertreten. Mag auch die wirtschaftliche Lage der Siedler objektiv gesehen nicht ungünstig gewesen sein, mag auch mancher der aus dem Proletariat stammenden Siedler noch im Jahre 1932 sich besser gestanden haben, als wenn er nicht gesiedelt hätte und dem Schicksal

industrieller Arbeiter in Krisenzeiten verfallen wäre, so ist doch dies psychologisch nicht so wirksam wie das Mißverhältnis zwischen den Erwartungen, mit denen diese Siedler 1919 oder 1920 ans Werk gegangen waren und den wirklichen Ergebnissen, die sie in jahrelanger Arbeit erzielt hatten. Charakteristisch ist, daß in dem benachbarten alten Bauerndorf Lockstedt die politische Radikalisierung merklich schwächer war. Das Lockstedter Lager stellte mithin einen Sonderfall labiler politischer Atmosphäre infolge unbestimmter sozialer Schichtlage der Bevölkerung dar.

Demgegenüber zeigt sich der Zusammenhang zwischen eindeutiger sozialer Lage und stetiger politischer Atmosphäre in klassischer Deutlichkeit an den beiden Industriedörfern Münsterdorf und Lägerdorf, zwei ehemaligen Bauerndörfern auf der Geestinsel südöstlich von Itzehoe¹, die zu Anfang der 30er Jahre überwiegend von den etwa 2000 Arbeitern der Lägerdörfer Steinbrüche und Zementwerke bewohnt wurden. Zum Vergleich mag das dritte Dorf auf der Geestinsel, Dägeling, herangezogen werden, das noch vorwiegend Bauerndorf geblieben war, obwohl auch hier schon einige Industriearbeiterfamilien wohnten.

Tabelle 31: Stimmanteile der Parteien in zwei Arbeiterdörfern und einem Bauerndorf auf der Geest, 1919 und 1932 I

	Sozialist. Parteien	Liberalen	Landes- partei	Bürgerl. Rechte	NSDAP	Andere Parteien	Abgegeb. gültige Stimmen
<i>Münsterdorf</i>							
1919	71,0	17,3	0,8	10,7	—	0,2	493
1932 I	67,3	1,3	—	3,0	26,9	1,5	536
<i>Lägerdorf</i>							
1919	77,5	17,4	—	4,6	—	0,5	1434
1932 I	70,5	0,8	—	2,6	24,0	2,1	1847
<i>Dägeling</i>							
1919	49,5	15,9	18,7	15,9	—	—	208
1932 I	20,1	0,9	—	—	78,7	0,3	259

Im vorwiegend bäuerlichen Dägeling verhielt sich 1919 das Verhältnis der sozialistischen zu den „bürgerlichen“ Stimmen fast 50 : 50, in den beiden Industriedörfern dagegen überwogen die sozialistischen Stimmen ganz erheblich. Besonders interessant ist dabei, daß sich in Münsterdorf und Lägerdorf an diesem Verhältnis auch 1932 I nichts wesentliches geändert hat, daß aber innerhalb der „bürgerlichen“ Wählerschaft eine völlige Radikalisierung zugunsten der NSDAP eingetreten war: die Krise, welche in diesen Ortschaften eine außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, änderte an der grundsätzlich sozialistischen Haltung der Arbeiterbevölkerung nichts, bewirkte hier vielmehr eine mehr oder minder starke Links-

¹ Ihre Umbildung zu Industriedörfern schildert Paul Hermberg: Die Bevölkerung des Kirchspiels Münsterdorf. — Dissertation Kiel 1913.

radikalisierung. Diese war besonders auffällig in Lägerdorf, wo 1932 I die KPD nicht weniger als 43,7% der Stimmen (gegen 13,8% in Münsterdorf) erreichen konnte. Das lag wohl vor allem daran, daß in dem dreifach größeren Lägerdorf der industrielle Charakter ausgeprägter war als in Münsterdorf. Beide Dörfer hatten schon vor dem Ersten Weltkrieg erhebliche Zuwanderung von Zementarbeitern aus Mitteldeutschland erfahren, die aber meist nicht lange seßhaft blieben. Besonders in Lägerdorf war das Wanderungsvolumen sehr hoch¹. Auch nach dem Kriege machte die Lägerdorfer Arbeiterschaft einen weniger seßhaften und bodenständigen Eindruck als die Münsterdorfer; sie war daher wohl weniger leicht gewerkschaftlich zu organisieren und deswegen weniger fest an die SPD gebunden, und der kommunistischen Agitation zugänglicher als die Münsterdorfer.

In Dägeling hat sich dagegen der für die ländlichen Mittelschichten typische Umschwung von links nach rechts mit großer Radikalität vollzogen, wobei die Wandlungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft seit 1919 als ein Faktor in Rechnung gestellt werden muß, der für die Konservativen ungünstig, für die Nationalsozialisten günstig gewirkt haben dürfte.

Wenn im Vorstehenden allgemein gezeigt wurde, daß die politische Atmosphäre in den Elbmarschen sich von der in den benachbarten Geestdörfern ähnlich unterscheidet, wie dies für die Nordseemarschen gilt, so ist doch andererseits festzuhalten, daß jene radikalen Stimmungen und Bewegungen, welche dem Nationalsozialismus den Weg geebnet haben, unter den Bauern in den Elbmarschen schon frühzeitig Anhang gefunden hatten. Das Dorf Beidenfleth in der Wilstermarsch war der Schauplatz eines der ersten Fälle aktiven Widerstandes der Landvolkbewegung gegen Zwangsvollstreckungen in die „Substanz“ bäuerlicher Betriebe, und die Kreisstadt Itzehoe ist sowohl für die Landvolkbewegung wie für die nationalsozialistische Bewegung ein Hauptstützpunkt und Aktionszentrum gewesen. Die Beidenflether Ochsenpfändung gab den Anstoß zu einer Reihe von „Selbsthilfe“-Aktionen gegen Zugriffe des Fiskus. In Itzehoe erschien die „Schwarze Fahne“ – das Organ der Landvolkbewegung, und auch das Provinzialblatt der NSDAP, die „Schleswig-Holsteinische Tageszeitung“, wurde dort herausgegeben. Hinrich Lohse, Gauleiter der nationalsozialistischen Bewegung und später nationalsozialistischer Oberpräsident der Provinz, stammte aus einem Dorfe am Geeststrande zwischen Itzehoe und Kellinghusen. Als ein weiteres Symptom politischer Unruhe sei erwähnt der Versuch des an der Landvolkbewegung in ihrem späteren terroristischen Stadium beteiligten Journalisten Bruno von Salomon, unter den Bauern eine nationalbolschewistische Organisation zu schaffen, wobei das Kleinbauerndorf Kremperheide (am

¹ P. Hermberg, a. a. O.: Auf durchschnittlich 1000 Einwohner entfielen jährlich in Lägerdorf

im Durchschnitt der Jahre	Zugewanderte	Abgewanderte
1896/1900	502,8	480,8
1901/1905	388,4	413,3
1906/1910	477,5	486,9

In den beiden anderen Gemeinden waren die Wanderungsbilanzen nicht so hoch.

Westrande der Geestinsel) zum Ansatzpunkt gewählt wurde. Hier erreichte die KPD 1932 I 33,8% der Stimmen (nächst Lägerdorf der höchste Anteil im Kreise Steinburg). Während diese Bestrebung ohne Erfolg blieb, haben die Tannenberg-Bündler, die in Elmshorn eine Ortsgruppe unter Führung eines Rechtsanwalts besaßen, zeitweise in den Elb- und Störmarschen und auf der Geest lebhaft und keineswegs erfolglose Propaganda getrieben.

Nächst Dithmarschen sind die Kreise Steinburg-Pinneberg mithin als die ältesten ländlichen Zentren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein zu betrachten.

Es sei hier schließlich noch die Wandlung der politischen Atmosphäre in der kleinen Stadt Wilster dargestellt, nicht, weil sie irgendwelche Besonderheiten aufwies, sondern gerade, weil sie uns so außerordentlich charakteristisch für eine große Gruppe von schleswig-holsteinischen Landstädten erscheint, deren wirtschaftliches und soziales Leben seit langem stagnierte und dann durch die Wirtschaftskrise in eine katastrophale Lage geriet. Die ortsansässigen Arbeiter Wilsters waren zum großen Teil arbeitslos, Handel und Gewerbe außerdem noch durch die Krise der Landwirtschaft mittelbar betroffen, schließlich durch Inflation und Krise die erhebliche Zahl der Bauern-Rentner (Marschbauern, die sich zur Ruhe gesetzt hatten), verarmt, so daß sie größtenteils den Gemeinden zur Last fielen. Im Jahre 1933 machte Wilster den Eindruck einer verschlafenen kleinen Landstadt; man fühlte sich in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückversetzt. Vor dem ersten Weltkrieg aber war die Stadt das Marktzentrum für die Wilstermarsch gewesen und hatte noch ein blühendes Gerbereigewerbe besessen. Schöne Bürgerbauten aus dem 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts zeugen von dem einstmaligen Wohlstand. Seit den achtziger Jahren waren in der Gerberei Industrialisierung und Konzentration rasch fortgeschritten, so daß vor dem Kriege nur noch zwei Fabriken mit insgesamt etwa 700 Arbeitern und Angestellten existierten. Die Produktionskapazität dieses Gewerbes war somit weit über den Rahmen des regionalen Marktes gewachsen; standortmäßig aber war Wilster nicht besonders günstig gelegen. So kam es schon bald nach der Stabilisierung der Mark 1924 zur Stilllegung beider Betriebe. Auch als Marktort dürfte Wilster wie viele Kleinstädte dieses Typs in den letzten Jahren infolge der Entwicklung des Autoverkehrs, der den Landbewohner näher an die Mittelstädte – in diesem Falle Itzehoe – heranbrachte, gelitten haben. Die Bevölkerung war seit dem Kriege nicht mehr gewachsen.

In den Wandlungen der politischen Atmosphäre spiegeln sich diese Phasen der Entwicklung deutlich wieder. In dieser Viehmarktstadt mit einem auf ausländische Rohstoffe wenigstens teilweise angewiesenen Gewerbe war das Bürgertum vor dem Kriege überwiegend freihändlerisch orientiert. Außerdem mögen politische Traditionen aus dänischer Zeit nachgewirkt haben, jedenfalls ergaben sich bei den drei letzten Reichstagswahlen vor dem Weltkrieg in den Stichwahlen auffallend stetige Linksmehrheiten¹. Andererseits war eine leise Tendenz nach rechts in den steigen-

¹ 1903: 560 für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen 450 Freisinnige,
1907: 517 für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen 404 Nationalliberale,
1912: 547 für den Kandidaten d. Fortschrittlichen Volkspartei gegen 32 Sozialdemokra-

den Stimmenzahlen der Nationalliberalen nicht zu verkennen, vermutlich die Folge der Entstehung einer politisch saturierten Schicht im Bürgertum. – Unmittelbar nach dem Kriege wurde diese Tendenz weitgehend verdeckt durch die entscheidende Schwenkung zu den Parteien der Weimarer Koalition, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung rund zwei Drittel der Stimmen erhielten; 1921 aber begann sich das Verhältnis schon zugunsten der Rechten zu verschieben, während sich innerhalb der bürgerlichen und proletarischen Linken größere Zersplitterung bemerkbar machte. 1924 I erreichten, wie überall, die Deutschnationalen ihr Maximum, auch die Deutschvölkische Freiheitspartei erhielt 111 Stimmen. Nach einer schwachen Konsolidierung der bürgerlichen Mitte, die sich bereits 1924 II abzeichnet (Zunahme der DVP), brachten die Ergebnisse der Wahlen von 1928 ein erstes Krisensymptom zum Ausdruck: die Wirtschaftspartei war an die zweite Stelle gerückt (nächst der SPD). 1930 erreichte die Splitterung – wir dürfen vermuten, vor allem der bürgerlichen Wähler – ihren Höhepunkt: 212 Stimmen entfielen auf „Splitterparteien“ oder waren ungültig, und gleichzeitig trat die NSDAP mit 704 Stimmen an die zweite Stelle (mit 27,6% der gültigen Stimmen). Der Umgruppierungsprozeß endete 1932 I mit einer Verdoppelung der Stimmenzahl der NSDAP, die zu folgender Konstellation führte: die Linke erhielt 36,3%, die Rechte 61,8% der abgegebenen Stimmen.

Das kleinstädtische Bürgertum hatte sich also 1919 in Fortsetzung der Vorkriegstendenz in eine größere liberale Linke und eine kleine konservative Gruppe gespalten; diese konservative Gruppe verstärkte sich nach der Inflation, um dann in der Zeit scheinbarer Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie wieder zu verlieren, während die linksliberale Gruppe etwas stärker blieb als die rechtsliberale. Im Vorstadium der Krise zerfielen beide Gruppen zugunsten einer reinen Interessenpartei (Wirtschaftspartei), und auf dem Umweg über diese fand dann nach 1930 die Konzentration in der NSDAP statt. Bemerkenswert ist das starke Beharrungsvermögen der DDP, die 1924 I und II noch etwa 18% der Stimmen erhielt, als sie im Provinzdurchschnitt nur noch 8 bis 9% zählte; ferner: daß die Kommunisten 1932 I noch nicht ein Zehntel der von den Nationalsozialisten erreichten Stimmenzahl erhielten, obwohl die NSDAP 1932 I noch keinen nennenswerten Anhang unter der Arbeiterschaft gewonnen hatte¹. Der Erfolg der NSDAP war also wesentlich bedingt durch das Abschwanken des Bürgertums von den „systembelasteten“ liberalen Parteien und den Umstand, daß es den Deutschnationalen infolge ihrer agrarisch-konservativen Haltung nicht gelungen war, diese in demokratischen Traditionen eingelebten Schichten dauernd zu binden.

ten. Die Linksorientierung im Bürgertum kommt aber noch klarer zum Ausdruck in den Ergebnissen der ersten Wahlgänge:

	Nationalliberale	Freisinnige
1903	51	327
1907	133	341
1912	145	341

¹ Dies geht daraus hervor, daß die beiden sozialistischen Parteien zusammen 1932 sogar etwas mehr Stimmen erhielten als 1930: 995 gegenüber 961.

Die Wahlstatistik der holsteinischen Landstadt Wilster spiegelt in geradezu erstaunlicher Prägnanz das Typische eines Umgruppierungsprozesses wieder, der sich in Tausenden von derartigen Kleinstädten ähnlich vollzogen hat. Die „trockenen“ Zahlen zeugen vom verzweifelten Tasten und Suchen des orientierungslos gewordenen Bürgertums nach einer Partei, die seiner politischen Lage adäquat zu sein schien. Es ist nicht schwer zu begreifen, welche werbende Kraft namentlich für die Jugend von einer Bewegung ausgehen mußte, die plötzlich in die bedrückte eintönige Stimmung einer ökonomisch schwer leidenden Kleinstadt eindrang, wie sehr hier, wo alle Aufstiegschancen versperrt waren und es auch infolge Überfüllung des großstädtischen Arbeitsmarktes kaum einen Ausweg gab, eine Partei begrüßt wurde, die einen neuen zuversichtlichen Glauben und einen dynamischen Stil des politischen Lebens entwickelte und damit für alle aufgestauten emotionalen Kräfte ein reiches Betätigungsfeld bot.

7. Die Geest im Vergleich mit anderen Regionen

Bei unserer bisherigen Betrachtung der einzelnen Landschaften Schleswig-Holsteins war schon wiederholt von Besonderheiten auf dem Mittellücken der Geest die Rede. Im folgenden sollen diese Eigenart der Geest und vor allem diejenigen Faktoren, die den Prozeß der politischen Willensbildung hier anders gestalteten als in den beiden übrigen Regionen, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Dabei ist freilich eine exakte Abgrenzung der Geestbevölkerung von der westlichen Marsch einerseits und der des östlichen Hügellandes andererseits nicht möglich, weil erstens die Grenzen zwischen Geest und Hügelland namentlich im Südosten nicht scharf gezogen werden können und weil zweitens im Westen gerade der Geestrand, dessen Landbevölkerung sowohl Marsch- als auch Geestland bewirtschaftet, sehr dicht bevölkert ist. Die Städte, die ebenfalls meist am Rande der Geest liegen, können sinnvollerweise überhaupt nicht der einen oder der anderen Region zugeordnet werden.

Im Unterschied von Ostholstein, wo der wendische Einschlag in der Landbevölkerung noch heute auffällt, ist die Bevölkerung der Geest überwiegend niedersächsischen Stammes – außer im Norden, wo das jütische Element hinzukommt –, ja sogar reiner niedersächsisch als die Marschbevölkerung, da die holländischen und friesischen Einschläge fehlen: die Geest bot in alter Zeit keinerlei Anziehung für fremde Einwanderer. Vielmehr war die holsteinische Geest Ausgangspunkt kolonialisatorischer Wanderungen nach Westen, Norden und Osten.

Wie die Marschbauern war die große Masse der Geestbauern stets frei, nie leibeigen. Andererseits hatten sie keine landschaftliche Selbstverwaltung wie die Eiderstedter und Dithmarscher, sondern waren dem Landesherrn unmittelbar untertan, der durch seine Amtsleute (Amtsbauern) Dienste und Abgaben einzog¹.

¹ Kurt Kröger: Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse auf der Geest in Schleswig-Holstein. – Kiel 1931, S. 26.

Wenn von manchem Verwaltungsbeamten der Geestbauer für lenksamer als der Marschbauer gehalten wird, so mag dies vielleicht eine Nachwirkung der anderen politischen Vergangenheit sein. Jedenfalls hat der Geestbauer im allgemeinen nicht ein so ausgeprägtes Herrenbewußtsein wie der Marschbauer. Dünne Besiedlung, namentlich im ärmeren, östlichen Teil der Geest, Stadtferne vor allem im Schleswigschen, das verkehrstechnisch relativ isoliert war, geringer Fremdenverkehr im Vergleich mit dem seenreichen Hügelland und der Nordseeküste – haben wohl dazu beigetragen, die Geestbevölkerung urwüchsiger zu erhalten, vor Urbanisierung zu bewahren.

Dieselben Tatsachen haben bewirkt, daß die Geest bis weit ins 19. Jahrhundert an Wohlstand hinter der Marsch und den Freibauerngebieten des Ostens (Angeln, Probstei, Fehmarn, Lübsche Dörfer) zurückstand. Aber die Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, besonders die Erfindung des Mergels und die Verwendung künstlichen Düngers¹ haben gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen starken Aufschwung ermöglicht, so daß seitdem auf der Geest ebenso reiche Großbauern zu finden sind wie in der Marsch.

Trotzdem wurde der Geestbauer in der Marsch gesellschaftlich vielfach noch immer nicht für voll genommen – vielleicht weil gerade der wohlhabende Geestbauer als ein Parvenü erschien, vielleicht auch, weil der Geestbauer immer noch mehr „Bauer“ im spezifischen Sinne geblieben, nicht landwirtschaftlicher Unternehmer geworden war, und daher in den Augen der Marschbauern als rückständig erschien.

Die Risikoverteilung war auf der Geest günstiger als in der Marsch, aber nicht so günstig wie im Osten². Das Schwergewicht der bäuerlichen Betriebe lag in der Viehwirtschaft³, Ackerbau wurde in der Hauptsache zur Futtermittelerzeugung betrieben. Milchwirtschaft, Schweinemast und Rinderverkauf (Magervieh!) waren die Haupteinkommensquellen, und zwar stieg der Anteil der Einnahmen aus Milchwirtschaft nach Süden hin, mit zunehmender Nähe des großstädtischen Absatzgebietes von Hamburg-Altona usw.; umgekehrt stieg die Bedeutung der Einnahmen aus Rindviehverkauf, je weiter man nach Norden kam⁴. Die Geestbauern waren demnach stark abhängig vom Schweinemarkt mit seinen häufigen Konjunkturschwankungen und von den Absatzmöglichkeiten für Magervieh in den Fettweidegebieten der Marschen, also mittelbar vom Mastviehmarkt. Außerdem waren viele Bauern auf der Geest selbst Pächter von Marschland, auf dem sie ihr eigenes Vieh hielten, so daß sie insofern in direkter Abhängigkeit von den Absatzverhältnissen für Mastvieh standen. Gegenüber den reinen Weidemastbetrieben der Marsch und gegenüber den reinen Ackerbaubetrieben des Westens und Ostens hatten sie aber den Vorteil, mit schnellerem Umsatz rechnen zu können (sowohl bei den Schweinen wie bei der Milch); Einnahmen und Ausgaben verteilten sich gleichmäßiger über das ganze Jahr. Infolgedessen hatten die Geestbetriebe einen geringe-

¹ Kröger, a. a. O., S. 27.

² Danker, a. a. O., S. 30ff.

³ Kröger, a. a. O.

⁴ Traulsen, a. a. O., Tafel 9 und S. 56ff.

ren Bedarf an Betriebskrediten als die Marschbetriebe und die Getreidebetriebe des Ostens¹. Dieser geringere Kreditbedarf war offenbar eine Ursache dafür, daß der Geestbauer bis zum ersten Weltkrieg nicht in ebensolchem Maße wie der Marschbauer gewohnt war, in Geld zu denken, daß die Wirtschaftsweise und bäuerliche Gesellschaft in der Geest nicht einen so ausgebildet kapitalistischen Charakter aufwies. Auch in der Zeit nach der Inflation widerstand der Geestbauer der Versuchung, „Intensivierungskredite“ aufzunehmen und Spekulationsgeschäfte zu betreiben, besser als der Marschbauer. Obwohl die Risikoverteilung der Geestbetriebe günstiger lag als in der Marsch, stand sie doch den gemischten Betrieben des Ostens nach, in denen Milchwirtschaft und Ackerbau sich mehr die Waage hielten, während in der Geest viel einseitigere Viehwirtschaft herrschte. Dabei waren die Betriebe der Schleswiger Geest noch ungünstiger gestellt als die der holsteinischen Geest, weil bei jenen die Milchgelder eine geringere Bedeutung hatten; dagegen stand es mit der Risikoverteilung besser in den südöstlichen Grenzgebieten der Geest, also in den Teilen der Kreise Stormarn und Lauenburg, die zum Hamburger Milcheinzugsgebiet gehören. Hier war die Milchwirtschaft der wichtigste Betriebszweig, die Landwirtschaften konnten mit einem schnellen Kapitalumschlag rechnen und hatten nur geringen Bedarf an Betriebskrediten. Andererseits waren im östlichen Lauenburg die Böden äußerst geringwertig.

Die Wirtschaftsgesinnung des Geestbauern war ganz allgemein traditionalistischer als die des Marschbauern oder des Angeliter und Probsteier Großbauern.

Die soziale Struktur der Geest-Landgemeinden unterschied sich, wie schon früher dargelegt, durch die weniger scharfe Differenzierung der Schichten. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß die Dorfgemeinschaft auf der Geest in den 20er und 30er Jahren längst nicht mehr früheren Zuständen entsprach, daß auch hier die Beseitigung des Flurzwanges und die Teilung der Allmende den nachbarlich-genossenschaftlichen Zusammenhalt schon seit Generationen gelockert hatten, so war doch das Dorf auf der Geest noch immer ein soziales Gebilde von stärker gemeinschaftsartigem Charakter als die Dörfer der Marsch.

Landproletariat im eigentlichen Sinne gab es nur auf den wenigen großen Gütern, denn infolge vorherrschender Anerbensitte und daraus folgender Beschränkung der Freiheit der Bauern im Kauf und Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken war – im Gegensatz zur Dithmarscher Marsch und zu Fehmarn – keine starke Konzentration des bäuerlichen Besitzes erfolgt, sondern das Schwergewicht lag bei den mittleren und erst in zweiter Linie bei den großbäuerlichen Betrieben.

Das Arbeitsverhältnis war zwar auch auf der Geest lange nicht mehr patriarchalisch, aber die soziale Distanz zwischen Bauer und Gesinde, Bauer und Tagelöhner war geringer als in der Marsch. Das zeigt sich schon darin, daß auf der Geest die in der Marsch unbekannte Gewohnheit herrschte, daß Bauernkinder auf fremden Höfen als Gesinde arbeiteten und dann natürlich zur Familie gerechnet wurden. Die Tagelöhner – oft Insten genannt, aber soziologisch von den Insten Ostholsteins

¹ Kröger, a. a. O. und Claudius Bielfeldt: Der zeitliche Geldumlauf in Betriebsformen Schleswig-Holsteins. – Dissertation Kiel 1932.

völlig verschieden – befanden sich zwar in einem ähnlich lockeren Arbeitsverhältnis wie in der Marsch, standen aber sozial dem Bauern näher¹; das war z. T. eine Folge der sehr unterschiedlichen Betriebsgröße und Wirtschaftsweise: im allgemeinen war dort, wo der Bauer selber täglich im Betriebe mitarbeitete, das Verhältnis zwischen ihm und den familienfremden Arbeitskräften mehr gemeinschaftlich als dort, wo er gar nicht oder nur gelegentlich selbst „mit anfaßte“. Dies aber war auf der Geest mit ihren vielseitigeren Betrieben viel häufiger der Fall als in der Marsch, wo der Bauer wenig oder gar keinen Anlaß hatte, mitzuarbeiten.

Leute, die von der schleswigschen Geest nach Angeln kamen, empfanden die dort herrschende strenge „ständische“ Distanzierung als einen befremdlichen Kontrast und rühmten die mehr gemeinschaftliche Struktur ihrer Heimatdörfer. Das Zusammenwohnen von Bauer und Arbeiter in geschlossenen Dörfern verhinderte auch die Ausbildung so scharfer Trennung im gesellschaftlichen Umgang wie in den Marschen oder auf Fehmarn, wo ein großer Teil der Arbeiter in gesonderten Siedlungen lebte oder, wie in Angeln, wo neben den Bauerndörfern die alten Katensiedlungen ihr eigenes Leben führten. Auch in Sitte und Brauch erhielt sich auf der Geest noch mancherlei, was von einem kräftigeren Gemeinschaftsleben zeugte; z. B. die „Nachbarschaft“, auch die gemeinsamen Mahlzeiten von Bauer und Knechten in den mittleren Betrieben.

Inwieweit dergleichen noch wirksam war, das hing natürlich auch ab von der Gesamtstruktur des jeweiligen Ortes und diese u. a. wieder von der jeweiligen Verkehrslage: die großen Geestdörfer an der Bahnlinie Neumünster–Heide z. B. hatten schon fleckenartigen Charakter, ihre Bevölkerung war mit städtischen Elementen stark durchsetzt, städtische Einflüsse auf das geistig-sittliche Leben waren hier stärker als in den abgelegenen Ortschaften, so daß hier die Knechte und Mägde eine gemeinschaftsmäßige Form des Arbeitsverhältnisses gar nicht mehr wünschten und keinen Wert auf eine engere Bindung an die Familie des Bauern legten, sondern nach Feierabend frei und unkontrolliert sein wollten.

Offenbar stellte die auf der Geest noch stärker als in der Marsch und in Ostholstein erhaltene Dorfgemeinschaft auch nur ein Übergangsstadium dar. Namentlich in Holstein klagten eingesessene Landeskenner schon in den 20er Jahren über die Auflösung der Dorfgemeinschaft. Sie führten dabei u. a. an, daß die Generation, welche in den Jahren des Aufschwungs vor dem Ersten Weltkrieg ihre entscheidenden Eindrücke empfangen habe, am meisten „kapitalistisch angeknackst“ sei. Das ist wohl so zu verstehen, daß die Interessen und Kräfte dieser Generation allzusehr durch die Ausnutzung der reichen Chancen wirtschaftlichen Aufschwungs in Anspruch genommen wurden – eine Erscheinung, die auch in Kolonialländern und in schnell aufblühenden Industriegebieten beobachtet werden kann. Wenn z. B. von einem Geistlichen darauf hingewiesen wurde, daß im Holsteinischen die im Winter sehr lebhaft bauerliche Geselligkeit völlig ungeistig – bei Essen, Trinken und Kartenspiel – verlaufe, anders als etwa in Angeln, wo z. B. in vielen Dörfern Lese-

¹ Vgl. Wübena, a. a. O., S. 5.

kreise bestünden, so ist das wohl symptomatisch für wirtschaftlich sehr rasch emporgewachsene Gegenden. Bedenkt man ferner die Spärlichkeit der Dorfschulen – z. B. im Vergleich mit der als kulturell hochstehend geltenden Landschaft Angeln –, so erscheint die Geest, insbesondere in Holstein, im Vergleich mit den Gebieten älteren bäuerlichen Wohlstandes – Angeln, Nordfriesland und Dithmarschen – als ein Gebiet weniger lebendigen geistigen Lebens.

Dem widerspricht nicht, daß die Geestleute, bei ihrem geringeren Wohlstande, weniger selbstzufrieden, Neuem zugänglicher und strebsamer waren, ja für geistig beweglicher galten als die mehr „gesättigten“ Marschbauern. Ähnlich schildert ja auch Gustav Frenssen in „Jörn Uhl“ den Unterschied zwischen Marsch- und Geestbauern, der sich freilich seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts weitgehend verwischt haben dürfte.

Wenden wir uns nun der Analyse der politischen Atmosphäre auf der Geest zu und versuchen wir, diese in Vergleich zu setzen mit den beiden anderen Regionen Schleswig-Holsteins. Wir legen dabei nicht die gesamte Geest zugrunde, sondern einen Ausschnitt, welcher die westlichen Teile der Kreise Flensburg und Schleswig, die östlichen der Kreise Norder- und Süderdithmarschen und den ganzen Kreis Rendsburg umfaßt. Ausgeschieden bleiben: die Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern und ferner in Dithmarschen wiederum die Ortschaften an der Grenze von Marsch und Geest und die Orte in der Eidermarsch, vom Kreise Schleswig die benachbarte Landschaft Stapelholm, die ebenfalls keinen reinen Geestcharakter hat. Dagegen muß der nordöstliche Zipfel des Kreises Rendsburg, in dem mehrere große Güter liegen, aus technischen Gründen mit eingeschlossen werden, obgleich streng genommen die Gegend am Westensee mit zum östlichen Hügelland gerechnet werden müßte.

Dieser Ausschnitt des Mittellückens erstreckt sich also vom Herzen Holsteins dem alten Holstenlande südlich von Hademarschen und Hohenwestedt, und dem östlichen Dithmarschen mit seinen wohlhabenden Bauerndörfern bis auf die ärmere schleswigsche Geest. Er reicht im Holsteinischen vom Rande der Marsch bis an die Grenze der östlichen Hügellandschaft, umfaßt in westöstlicher und nordsüdlicher Richtung so ziemlich alle Typen von Teillandschaften und Bodenverhältnissen, die auf der Geest vorkommen: hügeliges Waldland mit fruchtbaren Äckern, Heide, Moor und Weidelandschaften in den Flußtalern. Eine Erweiterung nach Süden, etwa durch Einbeziehung der Kreise Segeberg und Stormarn, würde die Brauchbarkeit der Ergebnisse nicht erhöhen, da (wie vorher gezeigt) in diesen Kreisen der soziale und ökonomische Typus der Geest infolge der von Hamburg ausgehenden Einflüsse und in Anbetracht der Angleichung an die sozialökonomische Struktur Ostholsteins nicht mehr so rein gegeben ist.

Für die politische Entwicklung der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Landgemeinden des umrissenen Gebietes ist vor allem die Stärke der liberalen und die Schwäche der sozialistischen Parteien bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zum ersten Reichstag auffallend, wenn man die Ergebnisse mit denen in Marsch und Hügelland vergleicht (vgl. Tabelle 32).

Tabelle 32: Stimmanteile der Parteien in Gemeinden unter 2000 Einwohnern
der drei Regionen Marsch, Geest, Hügelland¹, 1919 bis 1932 I

	NSDAP	Landvolk	DNVP	DVP	Landes- partei	DDP	Andere Parteien	SPD	USPD	KPD
<i>Marsch</i>										
1919	—	—	7,6	9,0	8,2	29,3	—	45,9	—	—
1921	—	—	29,0	20,1	5,0	6,4	0,1	27,6	6,4	5,4
1924 I	6,4	—	40,6	10,4	—	9,3	5,8	19,0	1,3	7,2
1924 II	3,1	—	41,4	11,5	—	11,5	3,4	24,7	—	4,4
1928	7,9	0,5	29,6	9,3	—	4,6	15,4	27,6	—	5,1
1930	41,2	7,0	5,3	3,1	—	2,8	6,8	25,5	—	8,3
1932 I	61,6	—	6,2	—	—	—	4,0	19,4	—	8,8
<i>Geest</i>										
1919	—	—	3,9	4,7	38,4	21,8	0,1	31,1	—	—
1921	—	—	25,3	13,0	27,5	5,7	0,9	22,1	3,5	2,0
1924 I	9,4	—	47,3	11,7	—	6,7	6,9	14,1	0,5	3,4
1924 II	2,4	—	49,9	18,1	—	8,6	5,3	16,1	—	1,6
1928	15,9	1,1	24,3	14,0	—	3,6	21,7	17,5	—	1,9
1930	45,9	14,2	3,7	3,7	—	3,0	11,6	14,7	—	3,2
1932 I	78,7	—	3,8	—	—	—	4,5	9,7	—	3,3
<i>Hügelland</i>										
1919	—	—	15,8	6,3	14,3	21,7	0,3	39,6	2,0	—
1921	—	—	28,2	15,6	6,2	7,8	0,4	34,6	4,9	2,3
1924 I	5,5	—	38,7	13,7	—	6,7	2,8	24,0	1,0	7,6
1924 II	1,9	—	40,9	15,7	—	6,9	2,0	29,2	—	3,4
1928	2,0	0,4	32,7	15,0	—	4,3	10,0	32,6	—	3,0
1930	24,3	10,4	10,9	6,1	—	5,2	10,4	27,8	—	4,9
1932 I	57,1	—	10,0	—	—	—	4,9	21,4	—	6,6

¹ Zugrundegelegt sind a) die Marsch-Gemeinden aus Eiderstadt, Norder- und Süderdithmarschen, vgl. Ann. 1, S. 56, b) die Geest-Gemeinden aus den Landkreisen Rendsburg, Flensburg, Schleswig und aus Norder- und Süderdithmarschen, c) die Gemeinden des Hügellandes aus den Kreisen Flensburg, Schleswig, Eckernförde, Ploen, Kreis Oldenburg, Landesteil Lübeck (Freistaat Oldenburg).

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die soziale Struktur der Geest keinen günstigen Boden für die sozialistischen Parteien bildete. Sie haben denn auch ihren Anhang hauptsächlich in den stadtnahen Arbeiterdörfern – z. B. in Tungendorf bei Neumünster und in Schacht-Audorf bei Rendsburg – gefunden, sowie unter den Landarbeitern auf den Gütern am Rande von Geest und Hügelland. Es ist sehr bezeichnend für den Einfluß der sozialen Struktur auf die politische Haltung, daß die KPD 1932 I auf der Geest fast nur in der Umgegend von Rendsburg und Neumünster mehr als 4% Stimmen erhielt, außerdem in dem Güterbezirk unmittelbar westlich des Westensees, im übrigen meist weniger als 1%. Dabei ist zu beachten, daß die SPD- und KPD-Wähler vorwiegend unter den eigentlichen Gutsarbeitern zu suchen waren, weniger unter den Kättern mit eigener Landwirtschaft, deren Familien oft schon seit 200 Jahren auf derselben Stelle saßen¹ und in traditionalistischer Grundhaltung bis zum Sommer 1932 überwiegend noch deutsch-national gewählt haben dürften.

In dem ganzen hier betrachteten Ausschnitt der Geest sind die sozialistischen Stimmen von 17 118 im Jahre 1919 auf 8 117 im Jahre 1932 I, d. h. um mehr als die Hälfte gesunken; in der Marsch nur von 9 762 auf 7 474 und im Hügelland von 37 390 auf 28 747; die sozialistische Wählerschaft war mithin in diesen beiden Regionen viel stetiger als auf der Geest. Auch die Radikalisierung innerhalb des sozialistischen Teiles der Wählerschaft war, gemessen am Anteil der USPD und KPD an der Summe der sozialistischen Stimmen, auf der Geest geringer als in der Marsch, aber bei den letzten Wahlen etwas stärker als im Hügelland.

Die liberalen Parteien erhielten auf der Geest 1919 mehr als zwei Drittel der Stimmen, wobei die „Landespartei“ bei den Wahlen 1919 und 1921, d. h. solange sie überhaupt existierte, am meisten gewann, während in der Marsch und im Hügelland die Deutsch-Demokratische Partei stärker war. Die Landespartei kann überhaupt als eine spezifische Geestpartei bezeichnet werden; sie war im wesentlichen eine Gründung des Bauernvereins, der wiederum seinen Hauptanhang unter den Viehzüchtern der schleswigschen Geest besaß; diese fühlten sich durch die Kriegswirtschaft und ihre Fortsetzung nach dem Kriege besonders benachteiligt und waren einer anti-kommerziellen und anti-etatistischen Ideologie² zugänglicher als die Marschbauern. Übrigens waren die Wahlerfolge der Landespartei auf der Dithmarscher Geest geringer als im schleswigschen und Rendsburger Geestgebiet:

Tabelle 33: Stimmanteile der Landespartei auf der Geest, 1919 und 1921

	Dithmarscher Geest	Übrige Geest
1919	26,3	43,3
1921	19,1	31,1

¹ Vgl. P. v. Hedemann-Heespen: Geschichte der adligen Güter Deutsch-Nienhof und Pohlsee in Holstein.

² Über die Ideologie der Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiter-Demokratie (Landespartei) und den Zusammenhang mit dem Bauernverein siehe unten, Kapitel VI/1/A/B.

Die schleswigsche und Rendsburger Geest, wo die Landespartei ihre besten Chancen hatte, stellte eine alte Domäne des Freisinns dar, wie die Landespartei ja in der Tat nichts anderes war als eine durch die Verneinung der Revolution von 1918 modifizierte und von der DDP unterschiedene Nachfolgerin des Freisinns¹. Darin drückte sich zugleich eine größere Labilität des Liberalismus auf der Geest aus, der sich auch bei der weiteren Entwicklung bestätigte. Kennzeichnend war, daß hier auch 1928 die Bauernpartei und die Wirtschaftspartei stärkeren Anhang fanden. Die bauerliche Bevölkerung der Geest stellte für diese reinen Interessentenparteien des Mittelstandes einen günstigeren Boden dar als Großgrundbesitz und Großbauerntum, die im Hügelland und in der Marsch die politische Haltung maßgebend beeinflussten.

Dem Niedergang des Liberalismus entsprach in allen drei Regionen der Aufstieg der Deutschnationalen; und es ist wiederum bezeichnend für die Labilität der politischen Atmosphäre der Geestbevölkerung, daß die Differenzen zwischen den höchsten und den niedrigsten Wahlerfolgen dieser Partei auf der Geest erheblich größer waren als in den beiden anderen Regionen: 1919 und 1921 war der Stimmanteil der Deutschnationalen Volkspartei auf der Geest niedriger als in Marsch und Hügelland, 1924 I und II bedeutend höher als dort. Die anfängliche Schwäche der Deutschnationalen auf der Geest ist wahrscheinlich z. T. bedingt gewesen durch die Konkurrenz der Landespartei, die in manchen Dörfern fast die gesamte Wählerschaft für sich gewann. Jedenfalls zeigt die Geest auch hinsichtlich der bürgerlichen Rechten größere Schwankungen als Marsch und Hügelland. Schneller als in den anderen Regionen fiel schließlich die Wählerschaft auf der Geest von den Deutschnationalen, die hier als milieufremde Partei wirkten, wieder ab und dem Nationalsozialismus zu.

Tabelle 34: Stimmanteil der NSDAP in den Landgemeinden von Marsch, Geest und Hügelland, 1924 I bis 1932 I

	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
Marsch	6,4	3,1	7,9	41,2	61,6
Geest	9,4	2,4	15,9	45,9	78,7
Hügelland	5,5	1,9	2,0	24,3	57,1

Der Aufstieg der Nationalsozialisten auf der Geest wäre außerdem wohl noch schneller erfolgt, hätte nicht 1930 die Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei einen Teil der von den Deutschnationalen abgefallenen Wähler abgefangen (NSDAP und Landvolk zusammen erhielten auf der Geest 1930 schon 60,1% der Stimmen); und es ist wiederum charakteristisch für die politische Mentalität der Geestbevölkerung, daß auch diese neue und vergängliche Partei wie die früher genannten auf der Geest ihre größten Erfolge erzielen konnte.

¹ Vgl. unten, Kap. VI/1/B.

Im Jahre 1930 war allerdings der NSDAP-Stimmanteil auf der Geest nur wenig höher als in der Marsch, außerdem der Anteil der NSDAP an der Summe der „bürgerlichen“ Stimmen in der Marsch sogar höher¹. Im ganzen war der Unterschied in der Radikalisierung der nicht-sozialistischen Wähler in Marsch und Geest nicht sehr bedeutend im Gegensatz zum Hügelland, wo sich ein größerer Prozentsatz „bürgerlicher“ Wähler gegen die NSDAP hielt. Wenn die NSDAP auf der Geest 1930 und 1932 insgesamt höhere Stimmanteile erreichte als in der Marsch, so lag das vor allem an der Schwäche der sozialistischen Parteien auf der Geest.

Der wesentliche Unterschied zwischen Marsch und Geest lag offenbar darin, daß in der Marsch die ländliche Arbeiterschaft, wie im Hügelland, überwiegend und stetig sozialdemokratisch oder kommunistisch gewählt hat, während auf der Geest das ohnehin weniger zahlreiche ländliche Proletariat zu einem erheblichen Teil erst deutschnational und dann nationalsozialistisch gewählt haben dürfte.

Betrachten wir aber die Dithmarscher Geest und die übrigen ausgewählten Geestbezirke gesondert, so zeigt sich, daß in Dithmarschen die Entwicklung sowohl der DNVP- als auch der NSDAP-Stimmanteile größeren Schwankungen unterworfen war und die Nationalsozialisten seit 1928 in der Dithmarscher Geest erheblich stärker waren als in der übrigen Geest.

Tabelle 35: Stimmanteile der DNVP und NSDAP in der Dithmarscher und übrigen Geest, 1919 bis 1932 I

	DNVP		NSDAP	
	Dithmarscher Geest	Geest ohne Dithmarschen	Dithmarscher Geest	Geest ohne Dithmarschen
1919	3,6	4,0	—	—
1920/1	32,5	22,3	—	—
1924 I	51,5	45,6	5,9	10,9
1924 II	53,7	48,2	3,1	2,2
1928	21,1	25,8	33,8	9,5
1930	2,8	4,1	55,2	41,6
1932 I	3,8	3,9	80,9	77,6

Bei den gemäßigten Parteien dagegen lagen die Stimmanteile für die Dithmarscher Geest erheblich unter dem Durchschnitt der Geest: Landvolkpartei 1930: 9,0 (gegen 16,6); Landespartei 1919: 26,3 (gegen 43,3); DVP 1924 II: 14,4 (gegen 18,1); DVP 1928: 7,9 (gegen 14,0). So erweist sich die Dithmarscher Geest als eine Landschaft mit besonders labiler und radikaler politischer Haltung.

Die besondere Stärke der NSDAP auf der Geest dürfte sich in der Hauptsache aus dem Fehlen scharfer Klassengegensätze und aus dem bäuerlichen Charakter der Landbevölkerung erklären. Die sozialen Tatsachen entsprachen hier besser als

¹ Vgl. oben Tabelle 18, S. 60.

in Marsch und Hügelland der solidaristischen Gesellschaftsauffassung des Nationalsozialismus, und der Mangel einer eingelebten politischen Tradition in der bäuerlichen Oberschicht, die weniger herrenmäßige Lebensführung und Haltung als in der Marsch machten sie für diese Partei empfänglicher. Dazu kam der schon erwähnte Umstand geschlossener Siedlungsweise, die ein schnelles Eindringen und Durchdringen neuer politischer Willensrichtungen begünstigte.

Das Ergebnis genauer Wahlanalyse bestätigt somit nicht die landläufige Auffassung, daß die Marsch das eigentliche Ursprungsgebiet des Nationalsozialismus gewesen sei.

Es ist möglich, daß jene Meinung dadurch entstanden ist, daß die nationalsozialistische Bewegung in der Marsch fanatischer und kämpferischer aufgetreten ist als auf der Geest, eben weil sie in der Marsch stärkeren Widerstand bei den sozialistischen Arbeitern und den deutschnationalen Großbauern fand, während auf der Geest ein starker Gegner fehlte.

Ferner muß unterschieden werden zwischen Wahlerfolgen und Organisationsstärke¹, obgleich auch hier die NSDAP anscheinend in der Geest schneller Fuß faßte: daß die ersten Ortsgruppen der NSDAP in Geestdörfern entstanden sind, wird von vielen Landeskennern bezeugt; Hauptstützpunkt der NSDAP war in Dithmarschen der Geest-Flecken Albersdorf, ferner das Geestdorf Bargaenstedt. Im Jahre 1929 entfielen, einem amtlichen Bericht zufolge², von 24 Ortsgruppen der NSDAP in Süderdithmarschen nur 5 auf die Marsch, dagegen 19 auf die Geest. Im Kreise Husum waren die Geestdörfer Ostenfeld und Viöl Hauptstützpunkte der NSDAP.

Innerhalb der Geestregion liegt die kleine Landschaft Stapelholm, eine der alten „Landschaften“, die noch im 19. Jahrhundert weitgehende bäuerliche Selbstverwaltung genossen hat, die wirtschaftlich weder der Marsch noch der Geest eindeutig zugerechnet werden kann, da fast alle Ortschaften sowohl Geestland als auch Flußmarsch enthalten. Die Wirtschaftsweise war daher, wenn auch vorwiegend auf Viehwirtschaft eingestellt (Aufzucht, Gräsung und Schweinemast), vielseitiger als in den meisten Teilen der Marsch, und erforderte starke Mitarbeit des Bauern im Betriebe, bei geringen Saisonschwankungen des Arbeitsbedarfs. Aber Abhängigkeit vom Viehmarkt und häufige Überschwemmungen stellten Unsicherheitsfaktoren dar, die gerade in der betrachteten Zeitspanne sehr fühlbar gewesen sind. Die Wahlergebnisse bieten hier ein Bild auffällig extremer Entwicklung:

Die Landespartei war erheblich stärker als auf der übrigen Geest, ebenso die Deutschnationalen bei den Wahlen 1924 I/II und 1928, während 1930 und 1932 I die NSDAP erheblich stärker war als in Geest und Marsch. Von einer liberalen

¹ Das zeigt sich z. B. in Angeln, wo trotz früher verhältnismäßig starker Wahlerfolge die NSDAP 1932 und 1933 organisatorisch noch weit hinter anderen Gebieten zurückgeblieben war.

² Zusatz 1962: Der „amtliche Bericht“ war ein Landes-Polizeibericht aus der Zeit der Weimarer Republik, den mir mein Freund Wilhelm Schow zugänglich gemacht hatte. Um diesen nicht zu kompromittieren, war der allgemeinere Ausdruck gewählt worden.

Tabelle 36: Stimmanteile der Parteien in der Landschaft Stapelholm, 1919 bis 1932 I

	1919	1921	1924 I	1924 II	1928	1930	1932 I
NSDAP	—	—	6,6	2,3	11,9	56,2	85,0
Landvolk	—	—	—	—	1,3	13,2	—
DNVP	2,9	15,0	54,7	55,7	35,3	6,0	7,8
Wirtschaftspartei	—	—	—	—	17,2	3,7	—
Konservative Volkspartei	—	—	—	—	0,2	0,2	—
Christl.-soz. Volkspartei	—	—	—	—	—	4,6	0,6
Bauernpartei	—	—	—	—	2,5	—	—
Aufwertungspartei	—	—	—	—	2,5	—	—
DVP	4,1	15,8	9,5	16,9	12,2	2,0	0,2
DDP	12,5	7,6	9,1	6,7	2,6	5,2	—
Landespartei	46,4	36,8	—	—	—	—	—
SPD	30,6	23,6	15,7	13,2	11,9	7,7	4,5
USPD	—	0,8	0,3	—	—	—	—
KPD	—	0,4	0,6	0,1	0,8	0,7	0,8
Andere Parteien	3,5	—	3,5	5,1	1,6	0,5	1,1
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	3081	2458	2394	2624	2144	2721	3642

Mehrheit von 58,9% (DDP und Landespartei) im Jahre 1919 führte die Entwicklung bei stetiger Verringerung der SPD-Stimmen hier 1924 zur absoluten Mehrheit der Deutschnationalen und – nach starker Zersplitterung der Parteien im Jahre 1928 – zum steilen Aufstieg der NSDAP, die schon 1930 zusammen mit dem „Landvolk“ 69,4%, dann 1932 allein 85% der Stimmen erhielt. Lokale Ursachen mochten die wirtschaftliche Krise und damit die politische Radikalisierung verstärkt haben. Die Landschaft Stapelholm scheint uns jedoch darüber hinaus ein Schulbeispiel dafür zu sein, daß ein gegebener Trend des Rechtsradikalismus sich verstärkte, wo er auf ein sozial weitgehend homogenes bäuerliches Gemeinwesen traf.

Als Gegentypus gegenüber dieser rein bäuerlichen, stadtfernen Landschaft kann der im Hamburger Einflußgebiet liegende, teils zur Geest, teils zum Hügelland gehörige Kreis Stormarn gelten. Charakteristisch waren hier die hohen sozialistischen Stimmanteile, die stets über dem Durchschnitt der übrigen Hügellandregion lagen, wie denn der Kreis Stormarn auch vor dem Ersten Weltkrieg schon Teil eines ziemlich sicheren sozialdemokratischen Wahlkreises war. Das war z. T. eine Folge des hohen Anteils von Industriearbeitern, die vielfach in Hamburg–Altona–Wandsbek ihren Erwerb fanden, z. T. auch bedingt durch den im östlichen Teil des Kreises häufigen Großgrundbesitz.

8. Zusammenfassung

Die wahlstatistische Analyse ergibt, daß die große Mehrheit des Landvolks binnen 14 Jahren zweimal die politische Richtung gewechselt hat: vom Liberalismus (und Sozialismus) zum Konservatismus, und vom Konservatismus zum Nationalsozialismus. Dies kann zu der Annahme verleiten, daß entweder eine so schnelle Wandlung der politischen Überzeugung möglich sei, oder daß die Landbevölkerung die Parteien willkürlich als bloße Mittel für ihre Zwecke betrachtete und je nach der konkreten Sachlage zwischen ihnen wählte, ohne sich um ihre Ideologie zu kümmern. Beide Hypothesen sind aber nicht sehr einleuchtend. Denn rein zweckrational entscheiden sich immer nur wenige Menschen und am wenigsten gerade die Mittelschichten, um die es sich hier hauptsächlich handelt.

Es bleibt eine andere Möglichkeit, nämlich die, daß die jeweils „neue“ Partei in wesentlichen Punkten an die beständigen Elemente der politischen Gesinnung anknüpfte, im übrigen aber den jeweiligen zeitbedingten Wünschen besser entsprach als die bisher vorherrschende Partei.

Auf den ersten Blick scheint es keinen größeren Gegensatz als den von Liberalismus und Nationalsozialismus zu geben. Wir werden aber im Schlußkapitel dieser Untersuchung zeigen, inwiefern der Nationalsozialismus an gewisse Traditionen des schleswig-holsteinischen Liberalismus anknüpfte, inwiefern andererseits die Interessenlage des Landvolks sich gewandelt hatte, derart, daß liberale Politik ihr nicht mehr angemessen erschien.

Aus den bisherigen Ergebnissen über den Zusammenhang zwischen wirtschaftlich-sozialer Struktur und historisch-politischer Vergangenheit der Landbevölkerung Schleswig-Holsteins einerseits und ihrer politischen Haltung andererseits lassen sich für die Weimarer Zeit folgende vorläufige Regeln ableiten:

1. Abhängigkeit der Parteien von der sozialen Struktur

a) Wo die Klassenschichtung wenig ausgeprägt, die Dorfgemeinschaft gut erhalten war, waren die Sozialisten schwach, die Deutschnationalen nur vorübergehend stark, die liberalen Parteien in den ersten Jahren stark und später verhältnismäßig stetig, Landvolkpartei und NSDAP stark.

b) In Gegenden mit schroffen Besitz- und Klassenunterschieden waren die Sozialisten stark, die Deutschnationalen ebenfalls, auch verhältnismäßig stetig. Dagegen waren die Liberalen schwach, und der Nationalsozialismus kam erst spät zum Durchbruch. In Großbauerngebieten waren die Chancen der Nationalsozialisten besser als in Großgrundbesitzgebieten.

Die Bauerngebiete, welche dem Typus (a) entsprachen, boten die besten Chancen für den Nationalsozialismus, die schlechtesten für Sozialdemokraten und Kommunisten.

2. Abhängigkeit von der Wirtschaftsweise

Unter sonst gleichen Bedingungen hatten extreme Parteien um so größere Chancen, je einseitiger und daher krisenempfindlicher die landwirtschaftlichen Betriebe

waren. Diese Regel wird aber modifiziert dadurch, daß krisenempfindliche, monokulturelle Gebiete meistens den sozialen Strukturtypus (b) aufwiesen, wodurch die Chancen für den Nationalsozialismus etwas verschlechtert, die für die KPD verbessert wurden. Das „Tempo“ des Umschwungs vom Liberalismus zum Nationalsozialismus war langsamer in Gegenden mit vielseitiger Wirtschaftsweise und wohlhabendem Bauerntum als in den einseitigen und weniger wohlhabenden Gebieten.

3. Abhängigkeit von politischer Tradition

In Gegenden, wo die ländliche Oberschicht, seien es Großgrundbesitzer oder Großbauern, seit langer Zeit politisch aktiviert war, fanden neue politische Parteien schwerer Eingang als in Gebieten, in denen keine breite politisch geschulte Schicht vorhanden war. Prinzipiell dasselbe gilt für die ländliche Arbeiterschaft: wo das Klassenbewußtsein jung war, hatten sich noch keine politischen Gewohnheiten eingelebt; daher bestanden an und für sich gute Chancen für den Linksradikalismus, der sich aber nicht auf die Dauer halten konnte.

III.

ERWERBSTÄTIGKEIT UND SOZIALE SCHICHTUNG ALS FAKTOREN DER POLITISCHEN MEINUNGSBILDUNG

Die Einwirkung bestimmter sozialer Tatsachen auf die politische Atmosphäre, die uns im vorstehenden beschäftigt hat, läßt sich im einzelnen noch genauer sichtbar machen. Um die Korrelation zwischen Sozialstruktur und politischer Willensbildung näher zu untersuchen, bedienen wir uns der Methode der statistischen Zusammenhangsanalyse.

An Stelle der aus allgemeiner Kenntnis des Landes gewonnenen Vermutungen über die Bedeutung der sozialen Schichtung für die politische Atmosphäre sollen dabei möglichst gesicherte Erkenntnisse gewonnen werden, die womöglich auch ein Urteil über die relative Bedeutung des sozialen Faktors gegenüber den wirtschaftlichen Wechsellagen gestatten. Wir verfahren dabei so, daß wir die Zusammenhänge zwischen politischer Atmosphäre und wirtschaftlich-sozialer Struktur der Bevölkerung zunächst im allgemeinen – ohne Trennung von Stadt und Land – und danach im besonderen den Einfluß der sozialen Schichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die Wahlergebnisse untersuchen.

1. Exkurs über das Verfahren statistischer Zusammenhangsforschung

Unser Problem ist also, festzustellen, zu welchen Parteien die verschiedenen sozialen Schichten hingeneigt haben oder auf welche Schichten die Parteien sich in erster Linie gestützt haben. Da wir diese Frage nicht mit unmittelbaren statistischen Erhebungen beantworten können, müssen wir ein indirektes Verfahren anwenden. Wir gehen dabei aus von der Erwägung, daß z. B. eine Partei, die sich in erster Linie auf Arbeiter stützt, in einem Gebiet (Kreis, Gemeinde, Stadtteil) um so höhere Stimmanteile erlangen wird, je größer der Anteil der Arbeiterwähler an der Gesamtwählerschaft oder an der Bevölkerung ist. In diesem Falle erwarten wir also eine positive Entsprechung zwischen Arbeiteranteil und Stimmanteil der sozialistischen Parteien. Diese Entsprechung gilt es nun in Meßzahlen auszudrücken. Wir haben zu diesem Zweck für die im Kapitel III 2, 3, 4 und 5 dargestellten Untersuchungen die Landschaft Schleswig-Holstein einschließlich der Landgebiete von Hamburg und Lübeck und des oldenburgischen Landesteils Lübeck – unter Benutzung der Kreiseinteilung in 30 territoriale Einheiten gegliedert; einige Großstädte (Kiel, Altona, Wandsbek) sind ausgeschlossen, die anderen Städte mit über 10 000 Einwohnern sind als selbständige Einheiten aufgeführt. Es sind also alle Typen sozialer Struktur, von rein städtischen zu überwiegend ländlichen Gebieten in dieser Reihe vertreten. Darin, daß Städte und Landkreise mit mehr oder minder ländlicher Bevölkerung in der Reihe nebeneinander stehen, liegt allerdings eine

Schwäche insofern, als auf diese Weise zu dem Unterscheidungsmerkmal „soziale Schichtung“ noch ein anderes: städtischer bzw. ländlicher Charakter – das mit jenem zwar verwandt aber nicht identisch ist – hinzutritt. Vor allem aber kommen bei Benutzung der Daten für die ganzen Kreise die feineren regionalen Unterschiede, die wir im vorigen Kapitel herausgearbeitet haben, nicht zum Ausdruck. Die Kreis-Wahlergebnisse müssen aber verwendet werden, weil die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung nur nach Kreisen (und Städten) aufgegliedert verfügbar sind. Aus beiden Gründen können keine sehr hochgradigen Entsprechungen erwartet werden.

Eine weitere Unvollkommenheit unserer Vergleiche liegt darin, daß wir genötigt sind, den Prozentsatz der Selbständigen, Angestellten und Arbeiter im Sinne der Statistik des Deutschen Reichsamts (gemessen an der Gesamtzahl der Berufszugehörigen) als Kriterien der sozialen Schichtung zu verwenden, obwohl jede dieser Gruppen Menschen in sehr verschiedener sozialer Lage enthält. So umfaßt z. B. die Kategorie der Selbständigen (a-Personen) den Gutsherrn und den Kleinbauern, den Flickschuster und den Generaldirektor einer Schuhfabrik¹.

Für unsere Untersuchung legen wir nicht die Gliederung nach „Erwerbstätigen“ sondern nach „Berufszugehörigen“ (= Erwerbstätige + ihre Angehörigen) zugrunde. Denn es handelt sich hier um die Analyse der politischen Haltung aller, nicht nur der „erwerbstätigen“ Wähler.

Dabei würden die Ergebnisse allerdings genauer werden, wenn die nicht wahlberechtigten Berufszugehörigen unter 20 Jahren ausgeschaltet werden könnten. Das ist aber aus technischen Gründen nur für eine ganze Provinz, nicht für die einzelnen Kreise möglich. Auch dies muß die Genauigkeit unserer Ergebnisse beeinträchtigen.

Das statistische Verfahren der Zusammenhangsforschung, welches wir anwenden, ist nicht die übliche Pearsonsche Methode des Korrelationskoeffizienten, sondern die einfachere, nicht so feine Methode der Rangkorrelation von Tönnies, in der von Heinrich Striefler erprobten verbesserten Form².

¹ Man müßte also eigentlich die Berufszählungsergebnisse für unsere Zwecke umgliedern, etwa in der Art der von Th. Geiger (Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziologische Gegenwartsfragen. Heft 1. – Stuttgart 1932.) ausgearbeiteten „Tiefengliederung“. Dann würde man erheblich höhere Entsprechungszahlen erhalten als mit unserem roheren Verfahren. Der durch die Umgruppierung bedingte große Aufwand würde aber in keinem Verhältnis zum wissenschaftlichen Mehrertrag stehen.

² Eingehende kritische Erläuterungen des Verfahrens bei Heinrich Striefler: Zur Methode der Rangkorrelation nach Tönnies. Deutsches Statistisches Zentralblatt, 23. – Leipzig 1931. Zusatz 1962: Die Umrechnung der Tönnies-Striefler-Korrelationen nach der Rangkorrelationsmethode von Spearman ergibt im wesentlichen dieselben Resultate, d. h. die Korrelationen zeigen dieselbe positive oder negative Tendenz, und die Differenzen zwischen den Korrelationsziffern ergeben ebenfalls dieselben Tendenzen. Siehe R. Heberle: From Democracy to Nazism. – Baton Rouge 1945. S. 114, 118. (Tabellen); auch R. Heberle: Social Movements. – New York 1951, S. 226ff. Die Korrelationskoeffizienten sind in diesen Tabellen oft höher als die Tönnies-Strieflerschen. Das liegt z. T. daran, daß bei der Umrechnung die Städte über 10 000 Einwohner nicht berücksichtigt worden sind, z. T. an der anderen Berechnungsmethode.

Sie beruht auf dem Gedanken, daß bei sehr starkem kausalen oder funktionalen Zusammenhang zwischen den Eigenschaften A und B einer Beobachtungsmasse eine Gliederung der Teile dieser Masse, also in unserem Falle der regionalen Einheiten, nach den beiden Kriterien A und B (wenn A positiv auf B einwirkt) dieselbe Anordnung, oder (bei negativer Wirkung von A auf B) die entgegengesetzte Rangordnung ergeben müsse.

Der Fall einer vollkommen positiven oder negativen Entsprechung (Korrelation) wird mit ± 100 bezeichnet; je näher die bei den Vergleichen von Reihenpaaren errechneten Werte an ± 100 liegen, um so eindeutiger und enger ist der Zusammenhang. Aus dem Vergleich der Korrelationen untereinander läßt sich dann ersehen, welche Zusammenhänge stärker, welche schwächer sind, welche positiv und welche negativ. Jede Korrelation hat nur in bezug auf eine bestimmte und in einer bestimmten Weise gegliederte Beobachtungsmasse Geltung und erhält ihren Erkenntniswert erst durch Vergleich mit anderen Korrelationen, die an derselben Masse auf dieselbe Weise gewonnen sind.

2. Verhältnis von agrarischer und nichtagrarischer Bevölkerung zu den politischen Gruppierungen

Ersten Aufschluß über den Zusammenhang von sozialer Schichtung und politischer Willensbildung ergeben die Korrelationen zwischen den Stimmanteilen der wichtigsten Parteien in den Kreisen und Städten und den auf Wirtschafts- bzw. Berufsgruppen Land- und Forstwirtschaft (A) einerseits, Industrie und Handwerk (B), Handel und Verkehr (C) andererseits entfallenden Anteilen der Berufszugehörigen (im Sinne der Volks- und Berufszählungen von 1925).

Die Tabelle bestätigt zunächst nur einige allgemeine Tatsachen: die Stimmanteile der sozialistischen Parteien waren um so schwächer, je höher der Prozentsatz der auf Land- und Forstwirtschaft entfallenden „Berufszugehörigen“ lag, und um so stärker, je größer der gewerbliche und kommerzielle Teil der Bevölkerung war. Bemerkenswert ist aber, daß beide Entsprechungen am Ende der Beobachtungsperiode (1932) deutlicher ausfallen als am Anfang (1921). Man darf daraus schließen, daß die Wählerschaft dieser Parteien 1921 weniger eindeutig industriell-proletarisch zusammengesetzt war als 1932. Die umgekehrte Relation gilt für die Deutschnationale Volkspartei und die NSDAP, auf welche um so höhere Stimmquoten entfielen, je stärker die landwirtschaftliche Bevölkerung war, und entsprechend niedriger, je mehr es sich um eine industriell-kommerzielle Bevölkerung handelte. Bei beiden Parteien zeigt sich aber dieser „agrarische Charakter“ um so eindeutiger, je stärker sie waren – während bei den sozialistischen Parteien das Gegenteil zu beobachten ist. Dies läßt sich dahingehend deuten, daß die soziale Gebundenheit klassenmäßig nicht festgelegter Parteien sich erst bei einer gewissen Stärke herausstellen kann, während Interessentenparteien und Klassenparteien auch bei geringer Stärke eine deutliche soziale Gebundenheit aufweisen. Das trifft

Tabelle 37: Korrelationen¹ zwischen Anteil der Berufszugehörigen² in den Wirtschaftsabteilungen und Stimmanteilen der Parteien in 30 Gebieten, 1921 bis 1932 I

	NSDAP	DNVP	Landvolk	Bürgerl. Mitte	SPD u. KPD
A Land- u. Forstwirtschaft					
1921	—	+44,0	—	—13,1	—31,0
1924 II	—	+59,6	—	—	—
1930	+26,2	+27,4	+52,4	—	—
1932 I	+48,8	+14,3	—	—	—41,7
B + C Industrie u. Handwerk Handel u. Verkehr					
1921	—	—36,9	—	+ 2,4	+23,8
1924 II	—	—48,8	—	—	—
1930	—17,9	—29,8	—53,6	—	—
1932 I	—50,0	—25,0	—	—	+41,7

auch auf die Landvolkpartei zu, die sich als ausgesprochen landwirtschaftliche Partei erweist, während die liberalen Mittelparteien sich neutral verhalten, da ihre Wählerschaft am meisten ideologisch und weniger interessenmäßig bestimmt ist.

3. Politische Tendenzen des Mittelstandes

Zur Verfeinerung des bisherigen Überblicks unterscheiden wir als weiteres Kriterium der sozialen Schichtung den Anteil der Selbständigen (a-Personen)³ an der Gesamtheit der Berufszugehörigen in den verschiedenen Wirtschaftsgruppen. Je größer in einem bestimmten Gebiet der Anteil der a-Personen ist, um so ausgesprochener ist im allgemeinen der „Mittelstandscharakter“ oder – in der Landwirtschaft (A) – der „bäuerliche“ Charakter des betreffenden Gebietes. Je höher die beim Vergleich dieser Anteile mit den Stimmanteilen einer Partei sich ergebenden

¹ Die Reihe für die Korrelationen in Tabelle 37, 38, 39 und 40 besteht aus 30 schleswig-holsteinischen Bezirken, für die Daten sowohl für die Berufszugehörigen wie für die verglichenen Stimmanteile errechnet werden konnten. Es sind die 17 auf der Karte von Schleswig-Holstein (Anhang) angeführten schleswig-holsteinischen Kreise (ausschließlich der Orte über 10 000 Einwohner) die 6 Stadtgemeinden (Bergedorf, Elmshorn, Heide, Itzehoe, Rendsburg und Schleswig), der damals zu Oldenburg gehörige, aber in den Wahlkreis Schleswig-Holstein einbezogene „Landesteil Lübeck“, und die zu Hamburg gehörigen Landherrschaften Marschlande, Geestlande und Bergedorf (ohne die Stadtgemeinde Bergedorf) und das zu Lübeck gehörige „Landgebiet Lübeck“.

² Berufsstatistische Daten beruhen auf der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Statistik des Deutschen Reiches. Band 404. Heft 13. Berufszugehörige sind Erwerbspersonen einschließlich Angehörige ohne Hauptberuf.

³ Im Einklang mit der Berufsstatistik werden die Selbständigen als a-Personen, die Angestellten als b-Personen, die Arbeiter als c-Personen bezeichnet.

positiven Entsprechungszahlen sind, um so mehr ist anzunehmen, daß diese Partei sich auf jene Mittelschichten gestützt hat.

Aus den in Tabelle 38 wiedergegebenen Korrelationen für die wichtigsten Parteien bei den Wahlen 1921 und 1932 I ergibt sich ohne weiteres, daß die sozialistischen Parteien in beiden Jahren um so schwächer waren, je größer der Anteil der Selbständigen in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen war, während es sich bei den „bürgerlichen“ Parteien und der NSDAP umgekehrt verhielt. Die höchsten positiven Entsprechungszahlen ergaben sich 1932 I zwischen NSDAP-Stimmanteilen und dem Prozentsatz der Selbständigen innerhalb der Gesamtheit der Bevölkerung (Abt. A–F). Die Entsprechung zwischen nationalsozialistischem Stimmanteil und dem Anteil der Selbständigen in der Landwirtschaft (A) war ebenfalls, wenn auch nur schwach, positiv (+28,6), – vermutlich deshalb, weil ein Teil der besitzarmen Landwirte, die als Selbständige gezählt werden, und ein großer Teil der als selbständig gezählten aber faktisch als Lohnarbeiter bei Bauern tätigen Häusler nicht nationalsozialistisch, sondern SPD oder KPD oder DNVP (aus traditioneller Bindung an die Partei ihrer Arbeitgeber) gewählt haben. Dennoch erbringen sämtliche Entsprechungszahlen zusammen genommen einen Beweis dafür, daß die Erfolgchancen der NSDAP um so günstiger gewesen sind, je stärker die Mittelschichten der Selbständigen (Gewerbetreibende, Händler und Bauern) in der Wählerschaft vertreten waren. Das Entgegengesetzte gilt von den sozialistischen Parteien; hierbei ist die negative Entsprechung zwischen sozialistischen Stimm-

Tabelle 38: Korrelationen¹ zwischen dem Anteil der Selbständigen an den Berufszugehörigen (Bza: Bz) und den Stimmanteilen der politischen Parteien in 30 Gebieten, 1921 und 1932 I

Wirtschaftsabteilung	1921			1932 I		
	DNVP	Bürgerl. Mitte	SPD USPD KPD	NSDAP	DNVP	SPD u. KPD
A Land- u. Forstwirtschaft ²	+15,5	+46,4	—44,0	+28,6	± 0	—42,9
Industrie u. Handwerk	+28,6	+ 4,8	—42,9	+52,4	+32,2	—65,5
B+C Industrie u. Handwerk plus Handel u. Verkehr	+16,7	+10,7	—42,9	+45,2	+38,1	—56,0
A–F Berufszugehörige insgesamt ³	+23,8	+32,1	—71,4	+52,4	+ 4,8	—60,7

¹ Vgl. Anm. 1 und 2, S. 108.

² Legt man für die Landwirtschaft nicht nur den Prozentsatz der Selbständigen, sondern den der Selbständigen plus mithelfenden Familienangehörigen zugrunde, so ergeben sich als Entsprechungszahlen für 1921 DNVP: —10,7, Bürgerl. Mitte: +41,7, Sozialist. Parteien: —42,9; für 1932 I NSDAP: +32,1, DNVP: —15,5, Sozialist. Parteien: —40,5.

³ mit Ausnahme der Rentner (G)

anteilen und dem Anteil der Selbständigen in Industrie und Handwerk am stärksten, in der Landwirtschaft am schwächsten gewesen.

Die Ergebnisse für die Deutschnationalen liegen in der Mitte. Das hat z. T. wohl seinen Grund in der Schwäche dieser Partei bei den Wahlen 1932 I, so daß hier die Gesetzmäßigkeit der großen Zahl nicht zur vollen Auswirkung kommen konnte. Die neutrale Korrelation zwischen DNVP-Stimmquoten und dem Anteil der Selbständigen in der Landwirtschaft ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß die große Masse der Bauern damals nicht mehr deutschnational gewählt hat, der Anhang der Deutschnationalen unter den Landwirten vielmehr weitgehend „zufällig“, d. h. von individueller Haltung, persönlichen Beziehungen usw. mehr als von der sozialen Lage abhängig geworden war.

In der fast vollkommenen Symmetrie der Korrelationen für NSDAP und sozialistische Parteien kommt die Abhängigkeit der Erfolgchancen von der wirtschaftlichen Struktur und sozialen Schichtung der Wählerschaft mit größter Eindeutigkeit zum Ausdruck. Da 1921 unter den „bürgerlichen“ Parteien die „Landespartei“ gerade unter den mittleren Bauern und Kleinbauern viele Anhänger fand, ist die Korrelation zwischen den Stimmanteilen der bürgerlichen Mittelparteien und dem Anteil der Selbständigen an der landwirtschaftlichen Bevölkerung am stärksten positiv. Für Industrie und Handwerk (B) sind die Korrelationen für die Deutschnationalen höher als die Korrelationen für die bürgerliche Mitte, ein Symptom dafür, daß die „Rechte“ in der industriellen Wählerschaft damals (1921) schon stärker Fuß gefaßt hatte als in der landwirtschaftlichen Wählerschaft. Nimmt man aber Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr zusammen (B plus C), so erhält man für die DNVP eine schwächere, für die bürgerliche Mitte eine höhere Korrelation; dies deutet darauf hin, daß die in Handel und Verkehr tätigen Selbständigen 1921 noch stärker am Liberalismus festhielten. Jedenfalls bestätigt der Vergleich der beiden Reihen von Korrelationen für 1921 und 1932 I die früher aufgestellte These, daß während die proletarische Wählerschaft ziemlich stetig sozialistisch geblieben war, die Mittelschichten, die 1921 noch Hauptträger der Mittelparteien waren, 1932 I ganz überwiegend für die NSDAP stimmten. Denn in dem System der Korrelationen nimmt die NSDAP prinzipiell dieselbe Stelle ein wie die bürgerliche Mitte 1921.

Eine stärkere Differenzierung der Selbständigen in der Landwirtschaft (und der diesbezüglichen Korrelationen) ergibt sich aus der Hinzurechnung der „mithelfenden Familienangehörigen“ zu den Selbständigen. Man erhält dann ein genaueres Bild von den klein- und mittelbäuerlichen Schichten, bei denen der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen größer war als bei Gutsbesitzern, Gutspächtern und Großbauern. Es zeigen sich hierbei¹ für 1932 I höhere positive Korrelationen für die NSDAP als bei den Selbständigen allein, niedrigere negative Korrelationen für die sozialistischen Parteien und entschieden negative Korrelationen für die Deutschnationalen. Daraus folgt: je mehr Mittel- und Kleinbauerntum, desto besser

¹ Vgl. Anm. 3 zu Tabelle 38, S. 109.

die Chancen für die Nationalsozialisten, desto schlechter für die Deutschnationalen, während sich die an sich negativen Chancen für die Sozialisten infolge des erhöhten Anteils der Kätner usw. etwas bessern.

4. Politische Tendenzen der Arbeiterschaft

Betrachten wir im folgenden den Zusammenhang zwischen „proletarischer“ Sozialstruktur und politischer Willensbildung. Statt von den Selbständigen (charakteristisch für die Mittelschicht) gehen wir dabei vom Anteil der Lohnarbeiter (c-Personen) aus:

Für die sozialistischen Parteien ergeben sich hier ähnliche Korrelationen wie beim ersten Vergleich, aber wie zu erwarten, mit positiven Vorzeichen. SPD und KPD waren also um so erfolgreicher, je zahlreicher in der Bevölkerung und in jeder Wirtschaftsabteilung die Lohnarbeiter vertreten waren. Weitaus am eindeutigsten sind die Korrelationen für die gewerbliche Bevölkerung, wie nach dem Ergebnis für die Selbständigen zu erwarten war – z. T. wohl als eine Folge des ausgeprägten Klassenbewußtseins der Industriearbeiter. Am stärksten negativ verhielten sich 1932 I zu den nationalsozialistischen Stimmanteilen die Anteile der Arbeiter in Industrie und Handwerk, was der starken positiven Korrelation zwischen Selbständigen und Nationalsozialisten in dieser Wirtschaftsabteilung entspricht.

Einer Erläuterung bedürfen die positiven Werte bei der Korrelation zwischen dem Anteil landwirtschaftlicher Arbeiter und den DNVP-Stimmquoten; sie erklären sich einerseits daraus, daß dort, wo ein hoher Prozentsatz von Landarbeitern

Tabelle 39: Korrelationen zwischen dem Anteil der Lohnarbeiter an den Berufszugehörigen (Bzc: Bz) und den Stimmanteilen der Parteien in 30 Gebieten, 1921 und 1932 I¹

Wirtschaftsabteilung	1921			1932 I		
	DNVP	Bürgerl. Mitte	SPD USPD KPD	NSDAP	DNVP	SPD u. KPD
A Land- u. Forstwirtschaft	+23,8	—50,0	+47,6	—29,8	+17,9	+40,5
B Industrie u. Handwerk	—27,4	—19,5	+40,5	—51,2	—32,1	+64,3
B+C Industrie u. Handwerk, Handel u. Verkehr	—11,9	—11,9	+40,5	—29,8	—19,5	+46,4
A–F Berufszugehörige insgesamt ²	+10,7	—48,8	+70,2	—34,5	— 4,8	+46,4

¹ Vgl. Anm. 1 und 2 zu Tabelle 37, S. 108.

² Ausgenommen Rentner (G).

existiert, deutschnationale Gutsherren das komplementäre Bevölkerungselement abgeben (was sich in den Korrelationen ausdrückt), andererseits aber auch daraus, daß ein Teil der Landarbeiter tatsächlich, wie ihre Gutsherren, deutschnational zu wählen pflegte, wobei diese Zusammenhänge allerdings 1932 I weniger eindeutig waren als 1921: (+ 17,9 gegenüber + 23,8). Die Korrelation zwischen dem Anteil der landwirtschaftlichen Arbeiter und dem Stimmanteil der bürgerlichen Mitte ist 1921 weitaus negativer (— 50,0) als 1932 I zum Stimmanteil der NSDAP (— 29,8). Es zeigt sich hier das Eindringen des Nationalsozialismus in die Landarbeiterschaft, bei der deshalb auch die Korrelation für die sozialistischen Parteien 1932 I niedriger ist als im Jahre 1921 (+ 40,5 gegenüber 47,6).

5. Einfluß der Belegschaftsgröße der Betriebe auf die politische Willensbildung

Schon die bisherige Analyse erbrachte einen klaren zahlenmäßigen Beweis für die Abhängigkeit der relativen Stimmstärke der Parteien von der sozialen Schichtung. Dies wurde besonders deutlich in den Korrelationen für 1932 I bei Industrie und Handwerk, wo sich die Werte bei der Korrelation für Selbständige (NSDAP: + 52,4, Sozialisten: — 65,5) und bei der Korrelation für Arbeiter (NSDAP: — 51,2, Sozialisten: + 64,3) fast spiegelbildlich verhalten.

Um dieses Ergebnis zu differenzieren und zu prüfen, führen wir noch einen Vergleich durch zwischen den Stimmanteilen der Parteien und dem Verhältnis der Arbeiter und Angestellten zu den Selbständigen in den einzelnen Wirtschafts-

Tabelle 40: Korrelationen zwischen Belegschaftsgröße der Betriebe¹ und den Stimmanteilen der Parteien in Schleswig-Holstein 1921 und 1932 I²

Wirtschaftsabteilung	1921			1932 I		
	DNVP	Bürgerl. Mitte	SPD USPD KPD	NSDAP	DNVP	SPD u. KPD
A Land- u. Forstwirtschaft	+27,4	—53,6	+51,2	—26,2	+15,5	+44,0
B Handwerk u. Industrie	—28,6	— 4,8	+42,9	—50,0	—31,0	+65,5
B+C Handwerk und Industrie, Handel und Verkehr	—17,9	—13,1	+50,0	—52,4	—34,5	+65,5
A–F Berufszugehörige insgesamt ³	—19,1	—26,2	+67,9	—50,0	— 7,1	+64,3

¹ Zugrundegelegt ist jeweils die Zahl der auf 100 selbständige Berufszugehörige entfallenden berufszugehörigen Arbeiter und Angestellten (Bz b+c: Bza).

² Siehe Anm. 1 u. 2 zu Tabelle 37, S. 108.

³ Ohne Rentner (G).

abteilungen. Je größer die Zahl der auf einen Selbständigen entfallenden b- und c-Personen ist, um so erheblicher wird in dem betreffenden Gebiet (Kreis oder Stadt) die Bedeutung von Großbetrieben sein; je kleiner sie ist, um so mehr wird der handwerkliche Charakter des Gewerbes vorherrschen. In dem Verhältnis $\frac{b+c}{a}$ gewinnen wir eine einfache Meßziffer für die durchschnittliche Belegschaftsgröße der Betriebe.

Das Bild der Korrelationen stimmt grundsätzlich mit denen der Tabelle 39 überein, nur kommt die allgemeine Tendenz noch etwas deutlicher zum Ausdruck. Die Korrelationen für 1932 I zeigen, daß kapitalistisches Gewerbe mit breiten Arbeitnehmermassen den besten Boden für die sozialistischen Parteien, handwerkliches Kleinbürgertum und kleinere Industriebetriebe den günstigsten Boden für die NSDAP darstellten. Die Korrelationen für alle Wirtschaftsgruppen zusammen zeigen, wie sehr die Gegensätze sich zugespitzt hatten.

6. Politische Tendenzen in der Landarbeiterschaft

Am wenigsten ausgeprägt war der Einfluß der Betriebsstruktur in der Landwirtschaft. Die politische Haltung der Landarbeiter ist offenbar weniger stark sozialistisch gewesen als die der gewerblichen und kommerziellen Arbeitnehmer. Um dies genauer zu prüfen, legen wir 20 vorwiegend ländliche Gebietseinheiten (ohne Ortschaften mit über 10 000 Einwohnern) zugrunde und setzen den Anteil der Landarbeiter an der Gesamtzahl der Arbeiter in Beziehung zu der auf 1000 Arbeiter entfallenden Zahl sozialistischer Stimmen¹. Wir gehen dabei von der Erwägung aus, daß, wenn die Landarbeiter weniger sozialistisch gestimmt haben als die übrigen Arbeiter, ein hoher Landarbeiteranteil mit geringer sozialistischer Stimmenzahl pro 1000 Arbeiter korrespondieren muß und umgekehrt.

Tabelle 41: Korrelationen zwischen dem Anteil der Landarbeiter an der Arbeiterschaft (Bz c in Wirtschaftsabt. A zu Bz c in Wirtschaftsabteilungen A–F) und der auf je 1000 Arbeiter entfallenden sozialistischen Stimmen in 20 ländlichen Gebieten² Schleswig-Holsteins, 1919 bis 1932 I

1919: —26,8	1928: —26,8
1921: + 1,8	1930: —21,4
1924 I: —26,8	1932 I: —21,4
1924 II: —26,8	

¹ Die einfachen sozialistischen Stimmanteile (an der Gesamtzahl der gültigen Stimmen) lassen sich hier nicht verwenden, weil dort, wo die Landarbeiter einen hohen Anteil an der Arbeiterschaft ausmachen, der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung gering zu sein pflegt. Dieser Umstand wird bei unserem Verfahren ausgeschaltet.

² Die Reihe besteht aus den 17 schleswig-holsteinischen Landkreisen (ausschließlich Stadtgemeinden über 10 000 Einwohner), dem Landesteil Lübeck und den zu Hamburg und Lübeck gehörigen Landgebieten.

Die, wie vermutet, negative Entsprechung zwischen dem Landarbeiteranteil (an der Gesamtzahl der Arbeiter) und der sozialistischen Stimmquote zeigt sich zwar schwach, aber außerordentlich stetig. Nur im Jahre 1921 haben die sozialistischen Parteien unter den Landarbeitern etwas stärkeren Anhang gefunden.

Damit ist erwiesen, daß der relative Anteil der Landarbeiter an der sozialistischen Wählerschaft kleiner war als der Anteil an der industriellen und kommerziellen Arbeiterschaft.

Korreliert man zur Gegenprobe den Anteil der Landarbeiter an der Arbeiterschaft mit den auf 1000 Arbeiter entfallenen NSDAP-Stimmen, so ergibt sich im Jahre 1932 I eine freilich sehr schwache aber positive Entsprechung von + 10,7, während dieselbe Korrelation für den Industriearbeiteranteil — 10,7 ergibt.

Zusammenfassend können wir auf Grund der statistischen Analyse feststellen, daß die Mittelschichten in Stadt und Land die für den Nationalsozialismus empfänglichsten Bevölkerungselemente gewesen sind, nach ihnen die landwirtschaftlichen Arbeiter, während Großgrundbesitz und industriell-kommerzielle Arbeiterschaft, den Deutschnationalen und Sozialisten anhängend, der nationalsozialistischen Werbung am meisten Widerstand geboten haben. Der Umschwung vom Liberalismus zum Nationalsozialismus hat sich also am kräftigsten gerade in den Schichten vollzogen, in denen früher der Freisinn seinen Hauptanhang hatte.

7. Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassen und politische Gruppierungen

Die Abhängigkeit der politischen Haltung von der sozialen Schichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung läßt sich nach einer Richtung hin noch genauer untersuchen. Uns interessiert dabei besonders die Frage, wie weit sich die schon mehrfach mit ziemlicher Sicherheit konstatierte Neigung der Großgrundbesitzgebiete zum Konservatismus, der Mittelbauern- und Kleinbauern zum Nationalsozialismus und der landarmen Landarbeiter zur KPD und SPD durch Analyse der Wahlergebnisse nachweisen läßt.

Als Index der sozialen Schichtung benutzen wir die Verteilung der landwirtschaftlich tätigen Personen auf verschiedene Betriebsgrößenklassen. Wir berechnen für 20 Gebietseinheiten (schleswig-holsteinische Kreise, Landesteil Lübeck, Landgebiet Lübeck und Durchschnitt Schleswig-Holsteins) die Korrelationen für die wichtigsten Parteien, indem wir die Anteile der landwirtschaftlich Tätigen in Betrieben über 100 ha, 50–100 ha usw. an der Gesamtzahl der landwirtschaftlich Tätigen als Kriterium für die Rangordnung der Gebietseinheiten benutzen. Das Verfahren ist also grundsätzlich dasselbe wie bei den bisherigen Vergleichen.

Bei der Größeneinteilung der landwirtschaftlichen Betriebe kommt es für unsere Zwecke darauf an, ausgehend von den sozial bedeutsamen Betriebsgrößenklassen, herauszufinden, wo die politisch bedeutsamen Unterschiede liegen. Im Hinblick auf die soziale Bedeutsamkeit wäre zu unterscheiden einmal zwischen Großbetrieben (Gütern), Bauernbetrieben und solchen, die keine selbständige Ackernahrung dar-

stellen; die bäuerlichen Betriebe wieder müßten gegliedert werden in solche, die im wesentlichen ohne fremde Arbeitskräfte bewirtschaftet werden, und solche, die ständig fremde Arbeitskräfte (Gesinde, Tagelöhner) beschäftigen. Die selbständige Ackernahrung beginnt in Schleswig-Holstein etwa bei 7–8 ha (nicht bei 5 ha); abgerundet hieße das, da die Betriebsgrößenzählung nur dezimale Größenklassen kennt: 10 ha hätten als die untere Grenze der Bauernbetriebe zu gelten. Bei 20 ha beginnt der Betrieb für die familieneigenen Arbeitskräfte zu groß zu werden, aber der Bauer leistet noch in Betrieben bis etwa 50 ha ziemlich kontinuierlich körperliche Arbeit, das Gesinde und die Tagelöhner werden im allgemeinen noch als mit zur Familie gehörig betrachtet; erst von 50 ha ab wird der Bauer erheblich durch Dispositionsarbeiten in Anspruch genommen oder durch die Höhe seiner Einkünfte von der regelmäßigen körperlichen Arbeit frei – in der Erntezeit freilich kann man in Schleswig-Holstein auch Bauern mit 80 ha und mehr Landbesitz mitarbeiten sehen. Das Arbeitsverhältnis wird hier schon mehr „kapitalistisch“, die standesmäßige Lebensführung „urban“ und herrenmäßig (in den Marschen liegt die Grenze übrigens niedriger).

Die unselbständigen Betriebe unter 10 ha könnte man weiter unterscheiden in solche, in denen der Betriebsleiter nur gelegentlich für einen Großbauern oder Gutsherren Lohnarbeit leistet, das sind Betriebe von etwa 5 bis etwa 8 ha, und die kleineren von 2 bis 5 ha, deren Inhaber auf Ergänzung ihres Einkommens durch ständige, regelmäßige Lohnarbeit angewiesen sind. Es zeigt sich jedoch, daß kein wesentlicher Unterschied in ihrer politischen Haltung besteht, außerdem sind beide Gruppen in ihrer sozialen und ökonomischen Lage nicht so wesentlich unterschieden. Beide sind auf ergänzendes Lohneinkommen angewiesen, ohne völlig vom Arbeitsmarkt abhängig zu sein.

Die Betriebe zwischen 0,5 und 2 ha sind auf dem flachen Lande in der Hauptsache Landstellen von Tagelöhnern, Gutsarbeitern usw., deren Einkommen im wesentlichen Arbeitslohn ist, bei denen gerade die Nutzung eines kleinen Landstücks als ein Teil des Arbeitslohnes anzusehen ist. Auf Betriebe dieser Größenklasse wird also in Bezirken mit viel Großgrundbesitz und Großbauern ein ziemlich hoher Anteil der landwirtschaftlich tätigen Personen entfallen, die Betriebsgrößenklassen von 0,5 bis 2 ha und über 100 ha sind also komplementär: wo die letztere stark ist, da wird auch die erstere stark sein.

Die vorgenommenen Korrelationen zeigen mit großer Eindeutigkeit, daß die Wahlerfolge der SPD und KPD (und USPD) um so größer gewesen sind, je stärker der Anteil von landarmen Landarbeitern (in Betrieben unter 2 ha tätige Personen) war. Die stärkste positive Korrelation ergibt sich, wenn man die Kreise nach dem kombinierten Anteil der in Großbetrieben (über 100 ha) und Betrieben von 0,5 bis 2 ha tätigen Personen ordnet; denn auf diese Weise erfaßt man am vollständigsten den Einfluß des ländlichen Proletariats auf die politische Atmosphäre jener Jahre vor dem Durchbruch der nationalsozialistischen Bewegung. Für die Sozialisten ergeben sich die höchsten negativen Korrelationen sowohl in der Klasse 2–10 ha wie in der Klasse über 10–20 ha, die deshalb zur kombinierten Klasse (2–20 ha) vereinigt

Tabelle 42: Korrelationen zwischen dem Anteil der in den folgenden landwirtschaftlichen Betriebsgrößenklassen Tätigen mit dem Stimmanteil der politischen Parteien in Schleswig-Holstein (20 ausgewählte, vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete), 1919 bis 1932 I

	Kleine und mittel- bäuerl. Betriebe 2–20 ha	Großbäuerliche Betriebe über 20–100 ha	Großbetriebe und kleinste Betriebe über 100 und unter 2 ha
1919			
USPD, SPD	—60,7	—35,7	+60,7
DDP, Landespartei	+85,8	+25,0	—82,2
DNVP	—50,0	—41,1	+55,3
1921			
KPD, SPD	—76,8	—12,5	+71,4
DDP, Landespartei	+73,2	+10,7	—53,6
DVP und DNVP	+50,0	+ 7,2	—37,5
DNVP allein	—16,0	— 5,4	— 1,8
1930			
KPD, SPD	—83,9	—19,7	+66,1
DNVP	—32,1	—19,7	+26,8
Landvolk und NSDAP	+66,1	+ 9,0	—51,8
NSDAP allein	+42,9	+12,5	—44,6
1932 I			
KPD, SPD	—69,6	—10,7	+69,6
DNVP	—14,3	—44,6	+21,5
NSDAP	+67,9	+14,3	—80,4

werden können (Tabelle 42). Es zeigt sich hier das klare Bild des Widerstandes der bäuerlichen Gegenden gegen den Sozialismus. In allerdings viel schwächerem Maße gilt dies auch für die kombinierten Betriebsgrößenklassen 20–100 ha. Die nähere Berechnung ergibt, daß irgendwo um 50 ha herum die Grenze liegen dürfte zwischen den für die sozialistischen Parteien ungünstigen und den für sie günstigen Betriebsgrößen. Da die landwirtschaftliche Betriebszählung nur die Größenklassen 20 bis 50 ha und 50 bis 100 ha kennt, so läßt sich diese Grenze nicht genau feststellen. Jedenfalls ist sehr deutlich, daß die Chancen der sozialistischen Parteien um so günstiger waren, je mehr der landwirtschaftliche Betrieb auf die Beschäftigung von fremden Lohnarbeitern angewiesen war, während Familienbetriebe ein starkes Hemmnis für diese Parteien darstellten.

Die Ergebnisse für die NSDAP sind 1932 I eindeutiger als 1930. Ganz klar zeigt sich, daß die Erfolge der NSDAP um so größer gewesen sind, je stärker der Anteil der in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben beschäftigten Personen war, und um so geringer, je mehr es sich um Großbetriebe, d. h. sowohl großbäuerliche, als vor allem Gutsbetriebe und Arbeiterstellen handelte. Genauere Berechnung zeigt dabei, daß die Grenze zwischen den für die NSDAP günstigen und den für sie ungünstigen Bedingungen zwischen 20 und 50 ha gelegen haben wird.

Aufschlußreich ist die Berechnung für die Landvolkpartei, die im Wahljahr 1930 in Schleswig-Holstein auf dem Lande 10,7% der Stimmen erhielt. Die Korrelationen für diese Partei verhalten sich bei den einzelnen Betriebsgrößenklassen in entgegengesetztem Sinne wie die für die Deutschnationalen und analog zu denen der NSDAP. Sie sind deshalb in Tabelle 42 mit der NSDAP kombiniert. Die Landvolkpartei hat sich offenbar auf andere Schichten gestützt als die Deutschnationalen. Sie stellte 1930 einen Vorläufer und, wie bereits oben angedeutet, einen Konkurrenten der NSDAP dar.

Es bestätigt sich hier, daß unsere früheren, aus dem Vergleich der Regionen gewonnenen Vermutungen hinsichtlich der Empfänglichkeit des Mittel- und Kleinbauerntums für neue politische Strömungen richtig waren.

Es ergibt sich allgemein, daß die Korrelation in den Gruppen 2–10 und 10–20 ha im allgemeinen so wenig voneinander abweichen, daß man beide Größenklassen miteinander kombinieren kann; ebenso ist es gerechtfertigt, die Klassen 20–50 ha und 50–100 ha in unserer Tabelle zu vereinigen, da die Klasse 50–100 ha so schwach und in einzelnen Kreisen so gleichmäßig verteilt ist, daß sie keinen erheblichen Einfluß auf die Rangordnung der Kreise ausüben kann. Diese kombinierte Klasse umfaßt dann das gesamte größere Mittel- und das Großbauerntum.

In Tabelle 42 sind für 1919 und 1921 auch die Korrelationen für die DDP und die Landespartei kombiniert. Dabei ergeben sich sehr hohe positive Werte bei den kleinen Betrieben von 2 bis 20 ha; auch die größeren Bauern müssen noch als Wähler dieser Parteien in Betracht gekommen sein, wie die positiven Korrelationen für 20–100 ha zeigen, während die Gutsbezirke einen ausgesprochen ungünstigen Boden für sie abgegeben haben. Interessant ist auch die Korrelation für die Kombination Deutschnationale plus Deutsche Volkspartei im Jahre 1921. Durch das Gewicht der Deutschen Volkspartei, die in den Kreisen der ehemaligen national-liberalen Wähler auf dem Lande noch wieder Anhang gewonnen hatte – sie erhielt 1921 auf dem Lande in Schleswig-Holstein 16,0% der Stimmen –, wurde der Hauptrückhalt der beiden großbürgerlichen („Rechts“-) Parteien in das mittlere Bauerntum verlegt.

Liberalismus und Nationalsozialismus waren also am Anfang und am Ende unserer Beobachtungsperiode die in den Gebieten des kleineren und mittleren Bauerntums begünstigten Parteien.

Die im vorigen Kapitel gemachte Beobachtung, daß diese Parteien auf der Geest ihren Hauptrückhalt gehabt haben, findet eindeutig ihre Erklärung darin, daß auf der Geest diese für den Liberalismus und später für den Nationalsozialismus besonders empfänglichen klein- und mittelbäuerlichen Schichten einen erheblich stärkeren Anteil an der landwirtschaftlichen Bevölkerung hatten als in den anderen Regionen. Insofern haben sich unsere Hypothesen über den Einfluß der sozialen Schichtung auf die politische „Atmosphäre“ als richtig erwiesen.

IV.

BEDEUTUNG DER AGRARKRISE FÜR DEN POLITISCHEN UMSCHWUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Weshalb sind gerade die ländlichen Mittelschichten in den Nachkriegsjahren von ihrer alten liberalen Haltung zu einer ausgesprochen anti-liberalen Partei übergeschwenkt? Wie erklärt sich jene Labilität der politischen Stimmung, die wir in den bisherigen Abschnitten unserer Untersuchung haben feststellen können? Daß sie ein allgemeines Kennzeichen der städtischen Mittelschichten in der Zeit zwischen 1918 und 1933 gewesen ist, genügt nicht zum Verständnis der sozialen Unruhe, die in einem bisher unbekannten und auch in anderen Landschaften kaum in derselben Stärke beobachteten Ausmaße gerade das schleswig-holsteinische Bauerntum ergriffen hatte. War doch Schleswig-Holstein der eigentliche Ausgangspunkt jener Landvolkunruhen, die die Blicke ganz Deutschlands auf die Nordmark lenkten.

Es liegt nahe, diese Bewegung als politische Auswirkungen der Agrarkrise zu erklären, die das schleswig-holsteinische Bauerntum wegen seiner starken Marktabhängigkeit besonders schwer getroffen hatte. Man bedenke nur, welche Rolle das Verlangen nach einem Moratorium und nach Entschuldungsmaßnahmen in den Kundgebungen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft spielte. Ebenso sehr haben aber zweifellos politische Motive wie die Antipathie gegen das „rote Preußen“ und die Empörung über den „schmachvollen Frieden“ von Versailles, der zum ersten Male eine Teilung der Landschaft herbeigeführt hatte, die Abwendung vom Liberalismus bedingt. Es ist daher schwierig, die relative Bedeutung der verschiedenen Faktoren zu messen, zumal die Masse der Anhängerschaft politischer Parteien in der Regel weniger durch „idealistische“ und „politische“ Motive bewegt wird als der aktive Kern. Uns kommt es zunächst nur darauf an, die Bedeutung der konjunkturellen und strukturellen Wandlungen in der wirtschaftlichen Lage der schleswig-holsteinischen Landbevölkerung gegenüber den bisher behandelten konstanten Bedingungen der politischen Atmosphäre abzuwägen. Der Verlauf der Krise im allgemeinen kann dabei als bekannt vorausgesetzt werden. Eine vergleichende Betrachtung ihrer Auswirkungen in den verschiedenen Teilen Schleswig-Holsteins ist aber für die Lösung unseres Problems erforderlich.

1. Kriegsfolgen

Nach dem Kriege gelang es der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft ziemlich schnell, die alte Produktionskapazität wiederzuerlangen, nachdem die kriegswirtschaftlichen Regulierungen gefallen waren, unter deren Schematismus besonders die Viehzuchtbetriebe der Geest zu leiden gehabt hatten. Gegen die ausländische Konkurrenz war die bäuerliche Veredelungswirtschaft zunächst durch die Entwer-

tung der deutschen Valuta geschützt. Auch die Störungen, welche der Verlust Nordschleswigs namentlich für die Fettweidewirtschaft Nordfrieslands mit sich brachte, wurden durch vermehrte Magerviehaufzucht in den Bezirken der schleswigschen Geest behoben¹. Doch hatten im Kreise Südtondern viele Landleute jahrelang durch Wasserschäden zu leiden, die eine mittelbare Folge der willkürlichen und unorganischen Grenzziehung waren.

Die Fischer an der Ostseeküste nördlich der Schlei wurden durch den Verlust der guten nordschleswigschen Fischgründe schwer geschädigt, um so mehr als die dänischen Fischer ihnen mit den Fängen aus jenen Gewässern auf dem Kieler Fischmarkt Konkurrenz machen durften. Besonders schlimm waren diejenigen Fischer daran, die, wie die Maasholmer, keine nennenswerten landwirtschaftlichen Nebeneinkünfte bezogen². Vor allem aber war die Stadt Flensburg durch den Verlust des wichtigeren Ausschnittes ihres wirtschaftlichen Hinterlandes schwer geschädigt. Gewerbe und Handel hatten ihre besten Absatzgebiete in Nordschleswig gehabt, und auch die Arbeiterschaft verlor durch die Abtretung einen Reserve-Arbeitsmarkt: in Landwirtschaft und Handwerk, in Ziegeleien und Kiesgruben und häuslichen Diensten Nordschleswigs hatten Flensburger Arbeitskräfte in früheren Jahren Beschäftigung gefunden. Rückwirkungen auf die Landwirtschaft der näheren Umgebung konnten nicht ausbleiben.

Im ganzen aber hatte die Landwirtschaft, rein wirtschaftlich betrachtet, die Nachwirkungen des ersten Weltkrieges schnell überwunden; dazu trug nicht unwesentlich bei, daß Kriegskonjunktur und Inflation eine fast völlige Entschuldung bewirkten – der allerdings auch sehr erhebliche Verluste an Sparkapital gegenüberstanden. Dafür aber flossen nach der Stabilisierung der Mark die Kredite leicht und reichlich und ermöglichten Ausdehnung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion, so daß Rinder- und Schweinebestände bald wieder den Vorkriegsstand erreichten.

Abgesehen von dem durch Abrüstung und Motorisierung bedingten Rückgang der Pferdezucht und von der Krise der Schweinemast im Wirtschaftsjahr 1926/27, erfreute sich die schleswig-holsteinische Landwirtschaft guter Absatzbedingungen solange der industrielle Aufschwung dauerte. Die Verschiebungen in den Verbrauchsgewohnheiten der städtischen Bevölkerung: der Übergang von massigen zu konzentrierteren Nahrungsmitteln, kam der Veredelungswirtschaft auch in Schleswig-Holstein zugute.

¹ Hierüber Näheres bei A. Skalweit: Die Einwirkung der Gebietsabtretungen auf die Wirtschaft des deutschen Nordens. Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der deutschen Wirtschaft. Band 1. 1930.

² Vgl. oben das Kapitel II/5 über Angeln.

2. Kreditbedarf und Verschuldung

Andererseits aber war die Wiederherstellung der Produktionskapazität weitgehend mit Hilfe des vorwiegend aus öffentlichen Mitteln gegebenen Kredits und mit Auslandskrediten erfolgt. Die Aufnahme dieser Kredite wurde teilweise erforderlich infolge der durch die Inflation bedingten Entblößung von Betriebskapital. Zum Teil aber wurde der Kreditbedarf in den ersten Jahren nach der Inflation vermehrt durch die scheinbar günstigen Zukunftsaussichten intensivierter Wirtschaftsweise. Die unter autarkistischen Zwecksetzungen erfolgende, von den Kreditinstituten unterstützte Intensivierungspropaganda seitens der landwirtschaftlichen Interessentenverbände und der Landwirtschaftskammern dürfte wesentlich zur Neuverschuldung der Landwirtschaft beigetragen haben. Dagegen brachte die Aufwertung hypothekarisch gesicherter Kredite keine sehr erhebliche Belastung mit sich: noch am 1. Januar 1928 betrugen in Schleswig-Holstein die Aufwertungshypotheken kaum ein Fünftel der Gesamtschuldensumme in den landwirtschaftlichen Betrieben bis 100 ha, die uns hier in erster Linie interessieren¹.

Die schleswig-holsteinischen Landwirte, gewohnt mit erheblichen Betriebskrediten zu arbeiten, beteiligten sich sehr stark an den in erster Linie von den beiden landwirtschaftlichen Kreditinstituten und den Sparkassen vermittelten Anleihen². Dieser sogenannte „organisierte“ Realkredit, der Ende 1914 502,4 Mill. RM betragen hatte, erreichte – ohne die Aufwertungsschulden – am 31. März 1928 167,0 Mill. RM, am 31. März 1929 204,0 Mill. RM, am 31. März 1930 222,7 Mill. RM. Daneben trat der nichtorganisierte Realkredit, dessen Höhe nicht genau feststellbar ist, der jedoch sehr wesentlich hinter dem Stande von 1914 zurückgeblieben sein dürfte, weil Restkaufgelder und Erbschaftsbefriedigungen, die einen großen Teil dieses unorganisierten Kredits ausmachen, in den sieben Jahren noch nicht zu irgendwie bedeutsamer Höhe angeschwollen sein konnten³.

Die Feststellung der Gesamtverschuldung wird ferner erschwert durch die Ungenauigkeit der Angaben über die Personalkredite. Soweit sie durch Banken und Sparkassen vermittelt wurden, sind sie erfaßbar, aber die privaten Kredite von Landwirt zu Landwirt oder die von Händlern und Handwerkern den Landwirten eingeräumten Kredite und die Außenstände sind mit Genauigkeit kaum rekonstruierbar. Peters⁴ schätzt die Gesamtverschuldung ohne unorganisierte sog. Schwimmkredite am 31. März 1928 auf 570,1 Mill. RM, am 31. März 1930 auf

¹ Vgl. Tabelle 43, S. 121.

² Der Anteil Schleswig-Holsteins an den vier Amerika-Anleihen überstieg seinen Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Reiches (nur 4%), 1926: 5,8%, 1927: 7,2%, 1928: 6,0%, 1929: 6,0%; vgl. Christian Peters, Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kreditorganisation in der Provinz Schleswig-Holstein in der Nachkriegszeit. – Dissertation Kiel, 1931, S. 86.

³ Peters, a. a. O., S. 113 gibt an: 31. März 1930: 158 Mill. RM, meint aber, daß diese Schätzung der Landwirtschaftskammer zu hoch gegriffen sei.

⁴ Peters, a. a. O., S. 116.

Tabelle 43: Gesamtverschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im Gebiet des Landesfinanzamts Schleswig-Holstein nach einer Erhebung des L.F.A. am 1. Januar 1928

	In Betrieben bis 100 ha		In Betrieben von 100–200 ha		In Betrieben über 200 ha	
	RM	%	RM	%	RM	%
1. Aufwertungshypotheken	55 429 975	17,3	2 459 526	11,9	6 455 797	11,8
2. Altenteile usw.	27 548 176	8,5	745 544	3,6	2 682 585	4,9
1 + 2 = „Alte“ Schulden	82 778 153	25,8	3 204 670	15,5	9 118 382	16,7
3. „Sonstige Hypotheken“	166 660 775	51,9	11 697 525	56,4	26 987 649	49,6
4. „Sonstige Schulden“	71 739 345	22,3	5 822 849	28,1	18 508 572	33,7
3 + 4 = „Neue“ Schulden	238 400 120	74,2	17 520 172	84,5	45 296 221	83,3
1 + 3 = Realkredite	222 090 752	69,2	14 156 649	68,5	33 423 446	61,4
4. Personalkredite	71 739 345	22,3	5 822 849	28,1	18 508 572	33,7
1 + 2 + 3 = langfristige Schulden	249 438 908	77,7	14 901 993	71,9	36 006 031	66,5
4. kurzfristige Schulden	71 739 345	22,3	5 822 849	28,1	18 508 572	33,7
Summe	321 178 255	100,0	20 724 842	100,0	54 414 605	100,0

633,3 Mill. RM. Diese Schätzung, die sich ja noch um die Schwimmkredite erhöhen würde, scheint reichlich hoch zu greifen, wenn man sie vergleicht mit den Angaben des Landesfinanzamtes, welche wohl die zuverlässigsten sind¹. Danach betrug am 1. Januar 1928 die Gesamtschuldenlast einschließlich der sogenannten Schwimmkredite in den

30 901 Betrieben bis 100 ha	321 178 253 RM
359 Betrieben von 100–200 ha	20 724 842 RM
172 Betrieben von über 200 ha	54 414 603 RM
insgesamt	396 317 698 RM

also 174 Millionen oder ein Drittel weniger als die Schätzung der Landwirtschaftskammer für den 31. März 1928, in der die Schwimmkredite nicht eingeschlossen waren.

Diese Erhebungen beziehen sich auf den Zeitpunkt, in dem die radikalen Bewegungen unter den Landleuten in Schleswig-Holstein begannen. Sie können daher sehr wohl für die Erörterung der Motive verwertet werden. In den folgenden Jahren ist aber die Verschuldung noch gestiegen, namentlich in den Marschen seit dem Sturz der Mastviehpreise im Jahre 1931; doch stehen gerade für die schlimmsten Jahre keine zuverlässigen Angaben zur Verfügung.

Ein ungefährer Maßstab für die relative Höhe der Verschuldung in Schleswig-Holstein, verglichen mit der durchschnittlichen Lage im Reich, läßt sich daraus entnehmen, daß nach Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirte 1928 etwa 9 884 000 000 RM betrug; demnach wären auf das Gebiet des Landesfinanzamtes Schleswig-Holstein etwa 4% der Gesamtschulden entfallen, während die Fläche der dortigen landwirtschaftlichen Betriebe nur etwa 2,5 bis 3% der Gesamtfläche im Reich betrug.

Ein Vergleich mit anderen Landschaften zeigt, daß 1928 die Lage in Schleswig-Holstein bei den landwirtschaftlichen Großbetrieben erheblich günstiger war als in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien, aber ungünstiger als in Westdeutschland. Bei den bäuerlichen Betrieben war die Lage ebenfalls besser als in Ostpreußen, Pommern und Schlesien, aber ungünstiger als in Brandenburg, Hannover, Westfalen und Süddeutschland. Schleswig-Holstein nahm also im Vergleich mit den anderen deutschen Landschaften eine mittlere Stellung ein, im Vergleich mit anderen Bauernlandschaften aber stand es ungünstiger da.

Die belastende Wirkung der Verschuldung rührte wesentlich daher, daß die landwirtschaftlichen Kredite ihren Empfängern sehr viel teurer zu stehen kamen als vor dem Ersten Weltkrieg².

Die Gefährlichkeit dieser Nachkriegsschulden, die ja an sich niedriger waren als der Schuldenstand vor dem Kriege, lag bekanntlich darin, daß die Zinsen einen

¹ Vgl. Tabelle 43, S. 121.

² Die Zinssätze der ersten Amerika-Anleihe betrugen 7%, die der dritten und vierten 6%; die Goldpfandbriefe der Schleswig-Holsteinischen Landschaft wurden mit 10% verzinst. Die gesamten Kosten der ersten Amerika-Anleihe für den Kreditnehmer beliefen sich z. B. zeitweise auf ca. 14% (vgl. Jahresbericht der Generallandschaftsdirektion).

größeren Anteil des Ertrages beanspruchten und daher für den Fall von Mißernten, Seuchen oder Sturz der Agrarpreise weniger Spielraum ließen, daß sie also ein größeres Risiko mit sich brachten als vor dem Kriege in der deutschen Landwirtschaft üblich gewesen war. Viele Landwirte, an die „Kreditgewinne“ der Inflationszeit gewöhnt, haben in Verkennung der völlig veränderten Sachlage nicht die wünschenswerte Vorsicht in der Aufnahme von Krediten bewiesen. In welchem Umfange dieselben nicht für Kapitalersatz, Intensivierung oder Erweiterung des Betriebes, sondern für konsumtive Zwecke verwendet wurden, läßt sich nicht feststellen; es besteht aber kein Zweifel, daß es in erheblichem Maßstab geschehen ist¹, und daß vor allem scheinbar produktive Anschaffungen wie Telefon, Auto, Radio und Maschinen vorgenommen wurden, die sich bei genauer Kalkulierung als unrentabel herausgestellt haben würden. Die Grenze zwischen konsumtiver und produktiver Verwendung, zwischen Fehlinvestierung und rationeller Anlage ist gerade im landwirtschaftlichen Betrieb nicht so leicht zu ziehen, ein Urteil oft erst nachträglich möglich. Jedenfalls sind aber in Schleswig-Holstein wie in der deutschen Landwirtschaft überhaupt, in großem Umfange langfristige Realkredite für Zwecke in Anspruch genommen, die eigentlich durch kurzfristige Kredite hätten befriedigt werden sollen. Mit fortschreitender Krise in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, besonders in den Gebieten einseitiger Produktion, wurden dann Kredite zur Deckung von Unterschüssen in den Betrieben verwendet. Einen Betrieb schuldenfrei zu halten, war andererseits oft nur möglich durch Vernachlässigung der Gebäude usw. also durch Aufzehrung des stehenden Kapitals; für die politische Haltung kann aber ein solcher Zustand dieselbe Wirkung haben wie hohe Verschuldung. Das muß bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Schuldenhöhe und politischem Radikalismus bedacht werden.

Für die politische Auswirkung war es wichtig, daß nicht nur Bauern und Banken, sondern in großem Umfang Händler und Handwerker in den kleinen und mittleren Städten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das zeigt sich u. a. in der Beteiligung kleinstädtischer Mittelständler an jenen Schuldnerbewegungen der Jahre 1928/1929, die wir im VI. Kapitel besprechen werden. Obwohl die dem Mittelstande angehöri-

¹ Es waren darüber in der Provinz recht bezeichnende Anekdoten im Umlauf: Ein Bauer fährt stark angeheitert mit seinem Nachbarn in dem von Gräserkrediten angeschafften Auto nach Hause, er verliert das Steuer, das Auto läuft auf die Wiese. Der Nachbar sagt trocken: „Ja, Hein, dat Auto wullt to Gras!“ – Es ist auch bekannt, daß Hypotheken aufgenommen wurden, um die Aussteuer für noch längst nicht heiratsfähige Töchter anzuschaffen – in der Erwartung, daß die Inflation sich wiederholen werde –, daß ferner hypothekarische Kredite aufgenommen und als Personalkredite weitergegeben wurden. Sehr häufig wurde die konsumtive Verwendung von Krediten veranlaßt durch bloßes Repräsentationsbedürfnis; namentlich die Frauen, die in der Inflationszeit, als Arbeitskräfte billig waren, von Mitarbeit im Betriebe sich hatten entlasten können und dadurch stärker als die Männer städtischen Einflüssen hinsichtlich der Lebensführung – insbesondere in der Kleidung und Wohnungseinrichtung – zugänglich geworden waren, dürften in dieser Hinsicht anregend gewirkt haben. Bauerntöchter, die städtische Schulbildung erworben hatten, brachten städtische Ansprüche ins Haus.

gen Gläubiger der Landwirtschaft kein Interesse an einem landwirtschaftlichen Moratorium gehabt hätten, ist doch zu bedenken, daß sie selbst wiederum vielfach verschuldet und daher sehr wohl an einer allgemeinen Niederschlagung von Schulden und Steuerrückständen interessiert waren.

Zu der Zinsenlast kamen, namentlich bei den Großbetrieben, die im Verhältnis zum Ertrage sehr gestiegenen Löhne und Soziallasten hinzu. Ferner mußte die in ganz Deutschland eingetretene Erhöhung der Steuerbelastung der Landwirtschaft sich in Schleswig-Holstein besonders ungünstig auswirken. Die Erhöhung der Gemeindesteuern, die im Gefolge der Reichsfinanzreform eingetreten war, machte sich in Schleswig-Holstein als einem Bauernlande wahrscheinlich stärker geltend als in Ostdeutschland. Die durch die Steuergesetzgebung der Nachinflationszeit herbeigeführte Starrheit der Steuerbelastung, die Lockerung des strikten Zusammenhangs zwischen wirklichem und veranlagtem Ertrag¹, mußten in Verbindung mit den ebenfalls festen Zinslasten namentlich auf die bäuerlichen Betriebe sehr drückend wirken², sobald die Betriebsüberschüsse zurückgingen³.

3. Agrarkrise

Dies trat nun ein, indem seit 1926 die Preisschere – das Verhältnis von Agrar- und Industriepreisen – sich zu Ungunsten der Landwirtschaft gestaltete⁴. Die vereinigte Last von Zinsen und Steuern mußte für viele stark marktorientierte einseitige Betriebe äußerst empfindlich werden, als seit der zweiten Hälfte des Jahres 1927, also kurz nach dem ersten Sturz der Schweinepreise, der Kreditzufluß zu stocken begann und gleichzeitig auch, infolge der Stockung des industriellen Aufschwungs, die inländische Kaufkraft für landwirtschaftliche Qualitätserzeugnisse zu sinken anfang. Die Zunahme der durchgeführten Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke (31 im Durchschnitt der Jahre 1925/27, 64 im Jahre 1928), von der namentlich die Elb- und Nordseekreise und Ostholstein betroffen wurden (vgl. Tabelle 44), war das erste Anzeichen der Katastrophe. In den Jahren 1926 und 1928 stand Schleswig-Holstein hinsichtlich der Zahl der zwangsversteigerten Grundstücke an der Spitze der westlichen Provinzen Preußens⁵. Da die inländischen Weizenpreise durch den Zollschutz hochgehalten wurden, während die Roggenpreise ab 1928 sanken, und die Rindviehpreise sich noch durch das Wirtschaftsjahr 1929/30 hielten, wurden Zinsen und öffentliche Lasten in Schles-

¹ Vgl. W. Gerloff: Die Besteuerung der Landwirtschaft vor und nach dem Kriege in: M. Sering: Die deutsche Landwirtschaft. – Berlin 1932, S. 181.

² Nach Gerloff, a. a. O., S. 190 lag 1930 in Nordwestdeutschland das Maximum der Gesamtsteuerbelastung bei den Betrieben von durchschnittlich 100 ha, in zweiter Linie standen die Betriebe mit durchschnittlich 25 ha.

³ Gerloff, a. a. O., S. 183.

⁴ Geschäftsbericht der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein 1928/29, S. 27/28.

⁵ Max Sering, a. a. O., S. 56f.

*Tabelle 44: Zwangsversteigerungen land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke nach Zahl (Z) und Fläche (Fl) in ha
(Angaben des Preußischen Statistischen Landesamts)*

Landkreise ¹	1923		1924		1925		1926		1927		1928		1929		1930		1931		1932	
	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl	Z	Fl
Dithmarschen	—	—	—	—	3	12	8	110	2	7	23	196	14	214	13	160	19	432	28	521
Eckernförde	—	—	—	—	—	—	1	17	—	—	2	62	9	271	2	42	4	205	16	339
Flensburg, Land	—	—	—	—	—	—	8	167	3	71	—	—	11	236	6	107	26	365	7	99
Herzogtum Lauenbg.	—	—	—	—	—	—	3	45	3	89	6	87	6	322	3	41	3	137	6	137
Husum-Eiderstedt	—	—	—	—	—	—	5	92	3	31	4	36	1	42	2	32	14	359	22	532
Oldenburg i. H.	—	—	—	—	1	72	—	—	—	—	2	59	4	476	3	388	1	47	2	307
Pinneberg	—	—	—	—	—	—	1	39	—	—	1	15	2	29	5	187	6	131	13	195
Plön i. H.	—	—	—	—	—	—	1	16	1	16	3	59	4	134	3	156	3	43	9	154
Rendsburg	—	—	—	—	3	23	4	46	3	138	3	42	13	598	9	1200	9	192	19	586
Schleswig	—	—	—	—	5	53	7	161	4	55	6	89	8	80	10	153	14	196	21	543
Segeberg	—	—	—	—	—	—	—	—	5	221	3	21	8	279	9	132	12	418	16	452
Steinburg	—	—	1	8	1	4	1	22	1	3	3	81	5	125	9	116	5	142	10	170
Stormarn	—	—	—	—	1	17	3	8	4	343	3	48	—	—	10	432	8	136	11	166
Süd-Tondern	—	—	—	—	2	29	3	196	3	112	5	55	4	107	10	218	11	228	10	164
Summe d. Landkreise	—	—	1	8	16	210	45	919	32	1086	64	850	89	2913	94	3364	135	2931	190	4145
Provinz Schleswig-Holstein (einschl. der Stadtkreise)	—	—	1	8	16	210	45	919	33	1232	76	1390	89	1913	95	3458	145	3144	202	4267

¹ Kreiseinteilung nach der v. Papenschen Reform

wig-Holstein zunächst als die Hauptübel empfunden, zumals die Steuern gerade in den Jahren 1927/28, als die Industriekonjunktur ihren Höhepunkt erreichte, gestiegen und die Beamtengehälter 1927 erhöht worden waren. Der zweite langdauernde Sturz der deutschen Schweinepreise 1929/30 bezeichnet für Schleswig-Holstein den eigentlichen Beginn der Agrarkrise; jetzt wurden die gesamten Geestbezirke, die sich kaum von der Depression 1928 erholt hatten, in Mitleidenchaft gezogen.

Die Agrarkrise setzte aber in Schleswig-Holstein erst in voller Schärfe ein, als im Jahre 1930/31, infolge der Industriekrise, der Sturz der Rindviehpreise eintrat. Die schleswig-holsteinische Viehwirtschaft wurde durch die Industriekrise frühzeitig und schwer getroffen, da ihre Hauptabsatzgebiete: das Ruhrgebiet, Sachsen, Berlin, der Großstadtkomplex Hamburg-Altona/Harburg-Wilhelmsburg, sowie die Städte Kiel und Lübeck besonders zu leiden hatten. Kiel mit seiner vorwiegend vom Schiffbau abhängigen Industrie zählte 1928 36% Arbeitslose unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, Lübeck, dessen Industrie ähnlichen, wenn auch durch die Holzindustrie und das Hochofenwerk vielseitigeren Charakter hat, hatte 40%. Hamburg und Altona nahmen nach der Arbeitslosenstatistik anfangs eine verhältnismäßig günstige Stellung ein (28% und 29%)¹, aber es ist bekannt, wie katastrophal sich die Weltkrise in den Jahren seit 1928 gerade auf die Hamburger Schifffahrt und die von ihr abhängigen Industrien auswirkte. Auch die klein- und mittelstädtischen Industrien wurden z. T. von der Krise schwer betroffen. Dadurch schrumpfte die Kaufkraft der örtlichen Käufermassen für die Produkte der Milchwirtschaft und sonstiger auf Nahabsatz angewiesener Veredelungsbetriebe. Gerade die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mußte besonders unter der Industriekrise leiden, weil ihre Produkte: Milch, Butter, Fleisch, Gemüse zu den Nahrungsmitteln elastischeren Bedarfs gehören, deren Verbrauch bei der Einkommensverminderung zuerst eingeschränkt zu werden pflegt, bzw. deren Preise bei sinkender Kaufkraft zuerst sinken müssen. Der weitere Rückgang der Kaufkraft der Industriebevölkerung mußte die Preisbildung für Rindfleisch usw. um so schneller und stärker beeinflussen, als 1930/31 über 95% des deutschen Fleischbedarfs aus Inlandproduktion gedeckt wurde. Bei vollständiger Selbstversorgung ist aber das Einkommen der städtischen Verbraucher der wichtigste Bestimmungsgrund für die Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte, da die Konsumminderung nicht durch Einfuhrbeschränkung ausgeglichen werden kann. Die Wirkung war besonders gravierend bei Schlachtvieh, das sich nicht „magazinieren“ ließ: was schlachtreif war, mußte verkauft werden; eine Kaufkraftsenkung der Verbraucher führte daher zunächst statt zu Verbrauchseinschränkung zu Preisrückgängen². Für Milch, Butter, auch Weißkohl (Dithmarschen und Hamburger Landgebiet) galt grundsätzlich dasselbe. In allen drei Fällen handelte es sich um

¹ K. Werner: Die deutschen Wirtschaftsgebiete in der Krise. – Jena 1932, S. 36 ff. und S. 70.

² W. Brauer: Einkommen und Fleischverbrauch. Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung, Sonderheft 28. – Berlin 1932.

stark marktorientierte Produktionszweige und bei Mastvieh, Schweinen und Kohl um solche, die mit einem hohen Risiko, aber auch mit hohen Gewinnchancen verbunden waren.

Freilich wurden die Nachteile für die Milchwirtschaft zunächst noch teilweise aufgehoben durch Verbilligung ausländischer Futtermittel¹. Andererseits bedurfte es sehr einschneidender handelspolitischer Maßnahmen, um eine Verschlimmerung der Krise durch weiteres Abschnen der Konsumenten zu überseeischem Gefrierfleisch, zu Margarine und billiger dänischer und finnländischer Butter zu verhindern. Denn die Agrarzölle boten zwar der Getreideerzeugung, nicht aber der Veredelungswirtschaft einen genügenden Schutz, kamen also in Schleswig-Holstein vor allem dem Osten zugute². Die „Gräser“ versuchten zunächst, mit Krediten ihre Betriebe leistungsfähig zu erhalten, sahen sich aber bald zu Produktionseinschränkungen genötigt, die bei den sinkenden Preisen mit großen Verlusten verbunden waren und auch die Viehzüchter auf der Geest in Mitleidenschaft zogen, indem sie die Absatzmöglichkeiten für Jungvieh stark beschnitten. Die Folge war ein erheblicher Rückgang der Zuchtviehbestände – nach Angabe der Zuchtviehverbände verminderte sich die Zahl der eingetragenen Rinder von 92 000 am 31. 3. 1931 auf 82 000 am 31. 3. 1932³.

Die im Herbst 1930 infolge der agrarpolitischen Maßnahmen eingetretene Preisverschiebung zwischen Roggen und Weizen zugunsten des letzteren hatte im ganzen östlichen Hügellande von Angeln bis Lauenburg eine Vermehrung der Weizenanbaufläche zur Folge⁴. Auch in den Marschen begann man, Weideland umzulegen und den Weizenanbau zu vermehren, ein Verfahren, dem durch Mangel an Arbeitskräften und Wirtschaftsgebäuden enge Grenzen gesetzt waren. Die vielseitigeren Betriebe des schleswig-holsteinischen Ostens dagegen hielten sich bis 1931/32 verhältnismäßig gut, während die einseitigen Getreidewirtschaften namentlich auf Fehmarn und im ostholsteinischen Güterdistrikt unter dem mehrfachen Druck hoher Löhne, sinkender Getreidepreise und Kreditverknappung (bzw. hoher Wechselschulden) standen.

Schließlich haben auch außerwirtschaftliche Ereignisse: Ernteaufälle, Viehseuchen und Überschwemmungen, Einfluß auf den Konjunkturverlauf gehabt: während z. B. in Angeln die gute Ernte von 1932 den Krisenverlauf milderte, haben die Überschwemmungen im Gebiet der Eidermündung wesentlich zur Erschwerung der Notlage in den anliegenden Dithmarscher und Stapelholmer Gemeinden beigetragen. Vor allem in monokulturellen Gebieten wirkten sich Witterungsschäden empfindlich aus. So war der im Gefolge der Industriekrise im Jahre 1931/32 eingetretene Preissturz für die meisten Gemüsearten in den Kohlbaugebieten der Marschen deshalb besonders verhängnisvoll, weil man auch hier infolge ungünstiger Witterung eine der schlimmsten Mißernten seit dem ersten Weltkrieg erlebt

¹ Niehaus, a. a. O., S. 322.

² Die Wirtschaftslage im Herbst 1933. Vierteljahrsh. f. Konjunkturforschung 8, 2. Aufl.

³ Geschäftsbericht der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer. – 1931/32. Ms.

⁴ Niehaus, a. a. O., S. 319f.

hatte¹, die Wirkung der Preissenkung also nicht durch vermehrte Produktmenge ausgeglichen werden konnte.

Machen wir uns zusammenfassend noch einmal den Verlauf der Agrarkrise in Schleswig-Holstein zunächst unter geographischen Gesichtspunkten klar: die Krise begann nach einer längeren Depressionszeit in den Marschen, als infolge der Industriekrise die Kaufkraft für die Erzeugnisse der spezialisierten, mit hohen Betriebsmittelkrediten und konsumtiv verwendeten Krediten belasteten Gräser- und Kohlbaubetriebe sich verminderte. Sie griff sofort über auf die mit den Gräserbetrieben eng verbundenen Viehzuchtbetriebe der Geest. Namentlich die ärmere schleswigsche Geest wurde schwer betroffen. Später erfaßt wurden die vielseitigeren Betriebe im Hügelland und im Südosten der Provinz, doch hatten auch diese unter den Konjunkturschwankungen des Schweinemarktes und dem Rückgang der Milch- und Butterpreise zu leiden. Die Gebiete überwiegenden Getreidebaus in Ostholstein und Fehmarn standen im ganzen schlechter da als die stark auf Milchviehzucht und Milchwirtschaft eingestellten Angeler Betriebe. Denn am meisten widerstandsfähig zeigten sich im allgemeinen die Betriebe mit raschem Kapitalumschlag, Geldumlauf und niedrigen Kosten für familienfremde Arbeit.

Berechnet man auf Grund der von der Landwirtschaftskammer gesammelten Betriebsergebnisse bäuerlicher Wirtschaften den Jahresdurchschnitt der Reinerträge zwischen 1927/28 und 1930/31, so ergibt sich, daß die östlichen Kreise erheblich besser abschnitten als die auf dem Mittellücken und auch besser als die an der Westküste.

Tabelle 45: Durchschnitt der Reinerträge pro 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in den Wirtschaftsjahren 1927/28 bis 1930/31 in den einzelnen Regionen Schleswig-Holsteins

Östliche Kreise	42,57 RM
Westliche Kreise	26,28 RM
Südholstein	5,48 RM
Mittellücken	0,42 RM
Schleswig-Holstein insgesamt	22,20 RM

Eine ähnliche Bilanz ergibt sich, wenn man das durchschnittliche steuerbare Einkommen (ohne Anrechnung des Lohnanspruchs des Bauern, berechnet auf 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) vergleicht. In Tabelle 46 sind die Wirtschaftsergebnisse für 564 bäuerliche Betriebe nach Regionen zusammengefaßt:

Es zeigt sich, daß die Betriebe an der Ostküste seit Beginn der Krise zunehmend ungünstiger abschnitten, während die an der Westküste und auf dem Mittellücken ständig schlecht gestellt waren. Nur 1930/31 hatte die Westküste überraschender-

¹ Geschäftsbericht der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer 1931/32.

weise Ergebnisse aufzuweisen, die besser lagen als der Durchschnitt in Schleswig-Holstein. Hier kommt wahrscheinlich zur Auswirkung, daß Marsch- und Geestbezirke nicht getrennt sind und daß die Elbmarschen nicht zur Westküste, sondern zu Südholstein gerechnet sind. Südholstein nimmt im ganzen einen mittleren Rang ein; das Defizit im Wirtschaftsjahr 1927/28 ist hier offenbar mit dem Sturz der Schweinepreise 1927/28 zu erklären, was auch daraus ersichtlich ist, daß

Tabelle 46: Steuerbares Einkommen in RM (bäuerliche Betriebe) pro 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche ohne Berücksichtigung des Lohnanspruchs der mitarbeitenden Unternehmerfamilie (Reinertrag minus Steuer- und Zinsbelastung)

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Östliche Kreise	+11,83	+53,37	+52,02	+21,35
davon:				
Angeln	+13,39	+86,24	+87,03	+34,17
Probstei	+14,15	+40,39	+53,64	+17,21
Kreis Plön	+ 1,68	+39,57	+31,49	+32,61
Insel Fehmarn	+20,35	+48,89	+56,19	+39,41
Westliche Kreise	—12,62	+31,80	+27,35	+15,54
davon:				
Eiderstedt	—30,00	+20,92	+39,68	+31,35
Norder-Dithmarschen	—71,28	+21,82	—53,47	+17,49
Süder-Dithmarschen	— 2,45	+29,67	+61,28	+25,41
Mittelrücken	—8,32	+30,13	+32,12	+ 7,00
Süd-Holstein	—11,66	+43,88	+44,50	+12,03
davon:				
Lauenburg	+16,56	+ 0,19	+25,21	+ 7,85
Stormarn	— 4,40	+31,36	+47,68	+18,76
Pinneberg	—48,91	+87,84	+47,65	+ 8,38
Steinburg	—12,04	+76,71	+57,24	+ 6,96
Schleswig-Holstein insgesamt	— 2,88	+41,46	+41,15	+15,37

1928/29 oder 1929/30 Pinneberg und Steinburg wieder zu den besseren Gebieten gehören. Bei Fehmarn, das nach Beginn der Krise zunächst schlechter stand als Angeln, zeigt sich 1930/31 offenbar der Erfolg der Getreidestützungs politik. Auffallend sind ferner die großen Schwankungen in Norderdithmarschen und das späte, aber um so schärfere Einbrechen der Krise in der Probstei im Vergleich zum übrigen Kreis Plön.

4. Wirtschaftliche Notlage und Wahlerfolge der NSDAP

Ein Vergleich mit den Wahlergebnissen der NSDAP in den schleswig-holsteinischen Landschaften¹ zeigt die weitgehende Entsprechung zwischen wirtschaftlicher Notlage und Stärke der NSDAP in den Hauptregionen. Lediglich in den südholsteinischen Kreisen mit ihrem starken Anteil halbstädtischer Bevölkerung ist der Zusammenhang nicht so deutlich erkennbar.

Es ist bereits angedeutet worden, daß, geldwirtschaftlich gesehen, die kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Schichten günstiger standen als Großbauerntum und Großgrundbesitz. Aber die günstigere Bilanz dieser Betriebe wurde erkaufte mit vermehrter Arbeitslast der Bauernfamilie, häufig mit Verzicht von Söhnen und Töchtern auf soziale Aufstiegschancen und mit unmittelbarer Senkung der materiellen Lebenshaltung. Daß letztlich diejenigen Bauern am besten fuhren, die am wenigsten fremde Gelder aufgenommen hatten, ist einleuchtend; sie waren nicht immer die technisch besten Landwirte, und da niemand gerne sieht, wie die Dummheit oder Bequemlichkeit belohnt wird, und der Wagemutige nicht ohne Neid den besseren Erfolg des Vorsichtigen sieht, so wirkte gerade diese Erfahrung erbitternd auf diejenigen, welche, der Intensivierungspareole folgend, große Kredite in ihren Betrieben investiert hatten, die nun eingefroren waren. Großbauern und Großgrundbesitzer hatten aber selbst in der Krise immer noch gewisse Reserven (Einschränkung des Repräsentationsaufwandes, Verkauf von Land an Siedlungsunternehmungen u. a.), durch die sie eine Senkung der Lebenshaltung umgehen konnten. Am wenigsten gesichert waren in dieser Hinsicht die Siedler, vor allem die auf abgeteiltem Gutsland oder Ödland angesetzten Neusiedler. Ihre Höfe waren in der Regel von vornherein viel zu hoch belastet, so daß gerade die Siedler zu den ersten gehörten, die unter dem Druck der Zinsen bei sinkenden Preisen zusammenbrachen.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter dagegen waren dank der verbesserten gewerkschaftlichen Organisation und des staatlichen Tarifschutzes sowie der Arbeitslosenversicherung in der Lage, bis in die Krise hinein die in den Zeiten des Aufschwungs erreichten Löhne einigermaßen zu halten. Andererseits gab die Steigerung der Löhne und vor allem der Soziallasten in Großbetrieben mit vorwiegendem Getreidebau Veranlassung zur Freisetzung von Arbeitern durch Maschinenverwendung – was dann wieder die Belastung des Gemeindeverbandes durch Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung vermehrte. Das galt besonders für Fehmarn und Norderdithmarschen. Eine Rangordnung der sozialen Schichten innerhalb des Landvolks nach dem Grade ihrer sozialen Notlage zu konstruieren, ist nach alledem nicht ganz einfach. Vor allem muß unterschieden werden zwischen dem buchführungsmäßigen Stand eines Betriebes und dem konkreten, in Arbeitslast und Einschränkung der Lebenshaltung sich auswirkenden wirtschaftlichen Druck. Gemessen an dem ersten Kriterium standen die kleineren und mittleren Betriebe im

¹ S. oben, S. 97, Tabelle 32.

allgemeinen günstiger als die großen (Großbauern und Güter); unterscheidet man dagegen nach dem zweiten Kriterium, so waren ohne Zweifel die mit familien-eigenen Kräften arbeitenden Bauern am schwersten betroffen. Diese bildeten aber in Schleswig-Holstein etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung (etwa 40% Klein- und Mittelbauern, 10% Proletaroiden), und gerade auf der Geest war ihr Anteil am höchsten, am nächststärksten an der Westküste. So erklärt sich auch aus der regionalen und schichtmäßigen Verteilung der Krisenlasten die Stärke der radikalen Bewegungen auf dem Mittellücken und in der Marsch und ihre verhältnismäßige Schwäche, bzw. ihr spätes Auftreten im Osten der Provinz.

Unsere bisherige Betrachtung hat ergeben, daß die Krise sich regional und sozial verschieden stark auswirkte. Dabei ist aber noch nicht erwiesen, welches Gewicht der Krise überhaupt bei der Wandlung der politischen Haltung der Landbevölkerung beizumessen und wie die Bedeutung dieses Faktors verglichen mit dem unabhängig von der Krise wirkenden Faktor der Sozialstruktur einzuschätzen ist. Eine exakte Untersuchung mittels statistischer Vergleiche ist hier leider nicht möglich, da es an hinreichend eindeutigen, meß- und zählbaren Krisensymptomen für die einzelnen Landesteile fehlt. Nur in der Höhe der Verschuldung landwirtschaftlicher Betriebe in den Finanzamtsbezirken am 1. Januar 1928 haben wir einen Maßstab, der sich einigermaßen mit den Wahlergebnissen vergleichen läßt.

Da die Entschuldung der Landwirtschaft von allen Trägern der nationalsozialistischen Revolution als ein vordringliches Problem behandelt worden ist, könnte eine Analyse der Entsprechung von Verschuldungsgrad und politischer Willensbildung aufschlußreich sein. Zunächst ist ziemlich überzeugend nachgewiesen, daß ein Zusammenhang zwischen Verschuldung und Produktionsspezialisierung bestand¹. Da der Kapitalumschlag in den „einseitigen“ Getreide- und Viehwirtschaftsbetrieben langsamer vor sich ging als in den gemischten Betrieben, in denen Einnahmen aus Milch, Eiern und Schweinezucht ziemlich gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt waren, hatten die reinen Gräserbetriebe und die überwiegenden Getreidewirtschaften – etwa auf Fehmarn – den stärksten, die Betriebe, in denen Viehaufzucht mit Getreidebau und Milchwirtschaft verbunden war, dagegen den geringsten Betriebskreditbedarf. Eine Sonderstellung nahmen unter den einseitigen Betrieben die marktnahen Frischmilchverkaufsbetriebe in der Umgegend von Hamburg-Altona, namentlich im Kreis Stormarn und Lauenburg, ein, bei denen der Kapitalumschlag sehr schnell erfolgte. Sie standen in dieser Hinsicht ebenso günstig da wie die vielseitigen Betriebe in Angeln, bei denen die monatliche Verteilung von Einnahmen und Ausgaben günstiger war als bei allen anderen Betriebstypen des Landes². So waren denn auch die größten absoluten Beträge des „organisierten Realkredits“ einerseits in die stark Getreide erzeugenden Güterdistrikte des Ostens, andererseits in die Kreise an der Westküste geflossen und zwar in die Marschbetriebe und in solche Geestbetriebe, in denen neben Viehaufzucht Fettweidewirtschaft

¹ E. Danker, a. a. O.

² Vgl. Bielfeldt, a. a. O.

auf eigenes Risiko betrieben wurde. Aber in Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Bodenverhältnisse, Betriebsgrößen und Wirtschaftsweise sowie der Größenunterschiede der Kreise besagt die Verteilung der absoluten Summen nicht viel für den wirtschaftlichen Druck der Schulden. Außerdem ist zu bedenken, daß hohe Schulden bei kapitalintensiver Wirtschaft auch ein Zeichen günstiger Betriebslage sein können, zumal wenn ihnen entsprechende Ersparnisse gegenüberstehen. Es ist deshalb schwierig, brauchbare Maßstäbe für die relative Schuldenhöhe zu gewinnen. Die Verschuldung im Verhältnis zur Fläche gibt nur bei annähernd gleichen Bodenqualitäten einen Vergleichsmaßstab, kaum aber bei den großen Unterschieden wie sie in Schleswig-Holstein bestehen. Eher schon läßt sich von der Schuldenhöhe im Verhältnis zum Einheitswert ausgehen, obwohl auch dies für Krisenzeiten kein ganz sicherer Maßstab ist, weil die Einheitswerte auf Grund normaler Reinerträge berechnet sind. Dabei müssen aber gerade in unserem Zusammenhang, wo es in erster Linie auf die psychologische Wirkung der Schuldenlast ankommt, die verschiedenen Schuldenarten berücksichtigt werden; denn die kurzfristigen und meist hochverzinslichen Personalschulden waren drückender als die Realkredite, und unter diesen wiederum die „neuen“ Schulden wegen der höheren Zinsen drückender als die alten Schulden, die im wesentlichen durch Aufwertung von Hypotheken und Altenteilslasten entstanden waren. Zusätzlich könnte man noch den Anteil sehr hoch verschuldeter, nicht mehr als sanierungsfähig anzusehender Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe eines Finanzamtsbezirks als Maßstab verwenden.

Es zeigt sich, daß die höchste *Gesamtverschuldung* (im Verhältnis zum Einheitswert) in den Finanzamtsbezirken bestand, welche die Kreise Pinneberg und Steinburg, Dithmarschen und Schleswig umfassen, die niedrigste – und zwar erheblich niedriger – in den drei ostholsteinischen Bezirken: Oldenburg, Plön und Ratzeburg (Kreis Lauenburg) und in dem sehr heterogenen Bezirk Husum-Eiderstedt mit z. T. sehr hohen Einheitswerten. Auch hinsichtlich der Neuverschuldung und der kurzfristigen Schulden standen Pinneberg an erster, Ratzeburg an letzter Stelle, wie überhaupt die östlichen Bezirke Holsteins mit Ausnahme von Oldenburg (mit Fehmarn) verhältnismäßig wenig verschuldet waren.

Der Anteil der im Hinblick auf die Sanierungsfähigkeit „gefährdeten“ Betriebe war im östlichen und südöstlichen Holstein und an der Westküste am niedrigsten, am höchsten aber in den Sandrückenbezirken Holsteins mit den ärmsten Böden der Geest¹ und in den Hauptbezirken der Schweinemästerei.

Es fragt sich dabei, welche sozialen Schichten innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung am meisten unter der Verschuldung zu leiden gehabt haben. Hierfür gewährt die Berechnung der durchschnittlichen Fläche der Betriebe in den verschiedenen Verschuldungsklassen einen Anhalt: sie betrug 20 ha bei den „gefährdeten“ Betrieben, dagegen 25,5 ha bei den zu weniger als 60% des Einheitswertes

¹ H. Fürchtenicht-Böning: Die Bodenverhältnisse des schleswig-holsteinischen Landrücken(Geest-)Gebiets und ihre Beziehungen zur Volksdichte. Dissertation. – Kiel, Stuttgart 1913, S. 34f.

verschuldeten Betrieben. Auch Danker¹ gibt an, daß die Verschuldung bei den verschuldeten Betrieben von 5–20 ha höher war als bei den Betrieben von 20 bis 100 ha – und zwar sowohl im Verhältnis zur Fläche wie zum Einheitswert. Das heißt also, daß die Mittel- und Kleinbauern am meisten unter der Verschuldung gelitten haben dürften.

Vergleicht man die Rangordnung der Verschuldung in den einzelnen Finanzamtsbezirken mit der Rangordnung der entsprechenden Kreise nach den Wahlergebnissen der NSDAP in den ländlichen Gemeinden, so ergeben sich bei allen Wahlen schwache, aber positive Entsprechungen². Die Korrelation mit den sozialistischen Parteien ergibt dagegen negative Entsprechungen. Um den Zusammenhang zwischen Schuldenstand und NSDAP-Stimmanteilen noch anschaulicher zu machen, kann man die Finanzamtsbezirke je nach ihrem Schuldenstand zu regionalen Gruppen zusammenfassen und diese (um den Einfluß der sozialen Schichtung möglichst weit auszuschalten) mit dem Anteil der NSDAP an der Summe der „bürgerlichen“ Stimmen auf dem Lande in den entsprechenden regionalen Gruppen in Beziehung setzen. Dabei ergibt sich hinsichtlich der Gesamtverschuldung für 1930 eine vollkommene positive Entsprechung, die noch deutlicher wird, wenn man die NSDAP-Stimmen zusammenzieht mit den Stimmen der ihr wesensverwandten Landvolkpartei. Es zeigt sich wiederum deutlich ein verhältnismäßig günstiger Schuldenstand in den östlichen gegenüber dem ungünstigen Stand in den westlichen Kreisen, und eine entsprechend größere Stärke der NSDAP in den letzteren. Wir können hieraus schließen, daß offensichtlich in den Gebieten, in denen Viehzucht und Weidewirtschaft die wichtigsten Betriebszweige waren, Verschuldung und Stärke der NSDAP größer waren als in den Gebieten, in denen eine vielseitigere Betriebsweise vorherrschte. Diese Relation läßt sich selbst bei den nur groben Vergleichsmaßstäben feststellen. Ebenso wichtig ist für unsere Untersuchung aber die Tatsache, daß sich zwischen Verschuldung und Wahlergebnissen in aller Regel nur *schwache* Korrelationen ergeben. Gewiß würden sie stärker zum Ausdruck kommen, wenn sich die Finanzamtsbezirke und Kreise weiter in homogene Teile zerlegen ließen. Aber ein Vergleich mit den im vorhergehenden Kapitel dargestellten Korrelationen zwischen den Symptomen sozialer Schichtung und den Wahlergebnissen – die ebenfalls durch den Mangel an Differenzierungsmöglichkeit beeinträchtigt waren – zeigt doch, daß dem Faktor „Verschuldung“ eine geringere Bedeutung zukam als dem Faktor „soziale Schichtung“.

¹ Danker, a. a. O., S. 13.

² Eine hierzu ursprünglich vorliegende Tabelle im Manuskript des Verfassers ist nicht mehr vorhanden und konnte nicht rekonstruiert werden. Im folgenden sind deshalb die zusammengefaßten Resultate (ohne Zahlenbelege) genannt, die sich aus der Analyse ergeben haben.

SOZIALE UMSCHICHTUNGEN IM LANDVOLK SCHLESWIG-HOLSTEINS

Wenn sich bisher ergeben hat, daß die radikale Wandlung der ländlichen politischen Atmosphäre während der Weimarer Zeit nicht allein auf die unmittelbaren Krisenerscheinungen zurückzuführen ist, so liegt es nahe, eine wesentliche Ursache in bestimmten sozialen Umschichtungen zu sehen, die sich in dieser Zeit vollzogen. Während die Umschichtungen in der städtischen Bevölkerung oft erörtert worden sind, haben die Strukturwandlungen im Landvolk noch wenig Beachtung gefunden¹.

Die Agrarreform, welche in Osteuropa nach dem Ersten Weltkrieg zur völligen Umgestaltung der Gesellschaft geführt hat, hielt sich bekanntlich in Deutschland in bescheidenen Grenzen. Immerhin ist das Wenige, was auf diesem Gebiet geschehen ist, in Schleswig-Holstein in bestimmten Gegenden von einschneidender Bedeutung gewesen. Durch die Ablösung der Zeitpachtverhältnisse in Ostholstein² entstand eine neue Schicht, die sich von vornherein ökonomisch in unsicherer Lage befand. Ehe sich die neuen Bauern richtig einarbeiten konnten, ehe sie sich an die neue Selbstverantwortung für ihre Höfe gewöhnt hatten, begann bereits das Mißverhältnis zwischen Zinslast und Reinerträgen fühlbar zu werden.

Politisch bedeutsam war, daß an die Stelle der Gutsherrschaft nun die Siedlungsunternehmungen als Gläubiger getreten waren. Trotz der gemeinnützigen und öffentlichen Natur dieser Unternehmungen empfanden die neuen Bauern die Sachlage so, als ob sie unter einer wirklichen Herrschaft des Finanzkapitals stünden, unter einer handgreiflichen „Zinsknechtschaft“, die um so schwerer fühlbar wurde, als nun im Verhältnis von Gläubiger und Schuldner kein Raum war für „patriarchalische“, die Schärfe der Situation mildernde Beziehungen. Es läßt sich zwar nicht statistisch nachweisen, liegt aber nahe, daß die ehemaligen Zeitpächter unter den ersten gewesen sind, die in Ostholstein zum Nationalsozialismus übergingen.

Ebenso verhielt es sich mit den Neusiedlern³, nur mit dem Unterschied, daß diese überwiegend Söhne altfreier Bauern waren, bei denen die Empörung über die mannigfachen Fehler der Siedlung viel schneller in eine entschiedene Oppo-

¹ Wertvolles Material enthalten die Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik über Vererbung bäuerlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit, allerdings nicht für Schleswig-Holstein.

² Im Kreise Plön waren bis zum 1. Sept. 1930 690 Bauern und 662 Landinsten „gesiedelt“, d. h. in Eigentümer umgewandelt.

³ Von 1919 bis 1932 waren in Schleswig-Holstein gegründet: 4889 Neusiedlerstellen mit 65 890 ha Fläche und 946 Anliegersiedlungen mit 3154 ha Fläche. Nach Wirtschaft und Statistik 1933. 1. Märzheft, XIII, 5.

sition gegen den Staat sich verdichtet haben dürfte als bei den weniger an selbständige politische Stellungnahme gewöhnten Zeitpächtern. Von dem Sonderfall der Siedlungen auf der Lockstedter Heide war schon die Rede. Die hier nach dem Kriege angesiedelten ehemaligen Freikorpskämpfer, Rückwanderer aus den abgetretenen Gebieten des Ostens u. a. bildeten einen der frühesten Stützpunkte der NSDAP¹.

Im alten Bauerntum selbst hatte die Aufzehrung der „Substanz“ während des Krieges (Abschlachtung von Viehbeständen, ungenügende Düngung, Verwahrlosung von Gebäuden) zu einer verschleierten Verminderung der Vermögen geführt, die weder durch die Kriegsgewinne noch durch die hohen Nominaleinkünfte der ersten Nachkriegsjahre und die Entschuldungswirkung der Inflation ganz ausgeglichen worden war. Auch der Kapitalschwund bei den landwirtschaftlichen Kreditinstituten bedeutete einen mittelbaren Verlust landwirtschaftlichen Vermögens, der durch die Nötigung zur Aufnahme von hochverzinslichen Auslandsanleihen zur Auswirkung kam. Dazu kam nun als Inflationswirkung die Entwertung der Ersparnisse, die früher bei den wohlhabenden Bauern Schleswig-Holsteins zur Ausstattung der weichenden Erben und zur Versorgung der Alten gedient hatten. Zahlreiche, ehemals wohlversorgte Altenteiler und bauerliche Rentiers in den kleinen Städten und Flecken des Landes sahen sich plötzlich auf den wirtschaftlichen Stand des „Kleinrentners“ versetzt und auf öffentliche Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Die alternden Bauern, die noch auf ihren Höfen saßen, verzögerten die Hofübergabe aus Furcht vor dem gleichen Los, weil sie nicht in der Lage waren, ihrem Nachfolger auf dem Hofe und den weichenden Erben die von der Landessitte geforderten günstigen Bedingungen zu gewähren.

Da andererseits infolge der Überfüllung fast aller Arbeitsmärkte die überschüssige ländliche Jugend nicht mehr in gleichem Umfang wie früher in die städtischen Berufe übergehen konnte, insbesondere den Bauernsöhnen nicht mehr die gleichen günstigen Chancen sich boten, so bildete sich in den Dörfern eine Schicht von Jugendlichen, die zwar bessere Arbeitsmöglichkeiten hatten als die städtische bürgerliche und proletarische Jugend, aber ebenso schlechte Zukunftsaussichten. Diejenigen, welche dennoch in städtische Berufe übergingen, standen in einem verschärften Konkurrenzkampf, der nicht geeignet war, sie mit den bestehenden Zuständen auszusöhnen.

So entstand auf dem Lande ein seelischer Zustand, in dem Idee und Form einer aktivistischen Bewegung größere Werbekraft entfalten konnten als die bürgerlichen Parteien. Jungbauernbewegung und Jungdeutscher Orden hatten ihrer geistigen Anlage nach keine Massenwirkungen erzielen können. Sie waren gegen „außen“ abgeschlossene Bewegungen, denen es auf den „inneren Menschen“, nicht auf Aktivität und Massenanhang ankam. Dagegen boten die NSDAP und besonders die SA nicht nur ein ganz neues Betätigungsfeld für jugendliche Begeisterungsfähig-

¹ Vgl. die Kieler Neuesten Nachrichten vom 14. 7. 1933: „Das Lockstedter Lager war die Wiege der schleswig-holsteinischen SA.“

keit, Tatkraft und Kameradschaftsbedürfnis, sondern auch neue Möglichkeiten des Ausgleichs sozialer Spannungen: der Knecht oder der Bauernsohn, der Knechtsarbeit verrichtete, konnte in der völlig andersartigen Rangordnung und sozialen Sphäre der SA diejenige soziale Geltung erlangen, die ihm das Berufsleben versagte.

Zu diesen inneren Umschichtungen im Bauerntum kam der Verlust der politischen Machtstellung, welche die ländlichen Oberschichten, insbesondere der Großgrundbesitz vor dem Kriege in Preußen, und durch Preußen im Reich, innegehabt hatten. Die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Übertragung des neuen Reichstagswahlrechts auf die kommunalen Vertretungskörperschaften, insbesondere den Provinziallandtag, verminderten den Anteil der Landwirtschaftsvertreter in den repräsentativen Körperschaften sehr erheblich. Es ist klar, daß, solange die parlamentarische Demokratie bestand, das Bauerntum und der Großgrundbesitz den industriellen und kommerziellen Unternehmern und Lohnarbeitern unterlegen bleiben mußten. Besonders stark erschüttert wurde die Machtstellung des schleswig-holsteinischen Großgrundbesitzes, die ja nicht auf seiner zahlenmäßigen Stärke, sondern u. a. auf dem Preußenwahlrecht und der Einrichtung der Gutsbezirke beruht hatte.

So erklärt es sich, daß in der ehemals „liberalen“ und „demokratischen“ Provinz schon frühzeitig Bestrebungen Anklang fanden, die auf Wiederherstellung der alten Machtverteilung gerichtet waren. Wir werden im folgenden Kapitel darstellen, daß diese Bestrebungen gerade auf dem Lande gleich nach dem Zusammenbruch von 1918 einsetzten, und es wird sich dabei zeigen, daß der Kampf zwischen den alten Parteien und dem Nationalsozialismus auf dem Lande zugleich ein vergeblicher Kampf um die Wiederherstellung der politischen Vorherrschaft des Großgrundbesitzes gewesen ist.

Die ländliche Bevölkerung, die sich gegen den Weimarer Staat erhob, hatte weder in wirtschaftlicher noch in politischer Hinsicht dieselbe Struktur wie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

Es änderte sich u. a. auch die Zusammensetzung der politisch aktiven Schicht allmählich. Unter den Parlamentariern und auch in der Selbstverwaltung traten die Adligen zurück gegenüber den großbäuerlichen und großbürgerlichen Politikern. Selbst unter den Abgeordneten der Deutschnationalen überwogen nach dem Weltkrieg Politiker aus denjenigen Schichten, die früher bei den Nationalliberalen und Freikonservativen die Führung hatten: hohe Beamte, Fabrikanten. Das war zunächst eine Folge der allgemeinen Erscheinung des Konservativwerdens der großbäuerlichen Schichten, zugleich aber ein Anzeichen für die Schwäche des eigentlichen Konservatismus preußischer Prägung in Schleswig-Holstein. Bürger und Bauern hatten hier stärkeres Selbstbewußtsein und eine selbständigere politische Tradition als in Ostelbien. In der Republik konnte dies nicht mehr durch den auf Hofbeziehungen und Heeresdienst beruhenden Vorsprung des Adels im politischen Konkurrenzkampf verdeckt werden.

Zugleich verstärkte sich der Anteil des Bauerntums an der politischen Schicht. Schon gegen Ende des Weltkrieges bahnte sich eine verhältnismäßig stärkere Be-

teilung der Geestbauern an, aus deren Reihen in den folgenden Jahren mehrere Bauernführer hervorgegangen sind. Gleichzeitig erfolgte, namentlich mit dem Aufkommen der NSDAP, eine stärkere politische Aktivierung der ländlichen Mittelschichten: der Kleinbauern, Handwerker, Gastwirte und der aus diesen Schichten oder auch aus mittelbäuerlichen Familien hervorgegangenen jüngeren landwirtschaftlichen Verbandsangestellten, Landwirtschaftslehrer und Tierärzte – kurz der technisch oder kaufmännisch geschulten Zwischenschichten zwischen städtischer und landwirtschaftlicher Bevölkerung, welche vielfach die örtlichen politischen Führer und Funktionäre stellten.

Endlich macht sich gegen Ende der Periode eine Verjüngung der politischen Schicht bemerkbar; und zwar hauptsächlich auf beiden Polen des Parteisystems: bei der NSDAP und der KPD. Bei den alten Parteien war – wie allgemein im Reich – die Überalterung der Parlamentarier auffallend. Das bedeutete aber die Fernhaltung der Kriegs- und Nachkriegsgeneration von der politischen Führung. Namentlich auf dem Lande ist denn auch der Gegensatz zwischen Nationalsozialisten und Konservativen lange Zeit weitgehend ein Gegensatz der Generationen gewesen.

POLITISCHE IDEEN UND BEWEGUNGEN 1918–1932

Politische „Atmosphäre“ bildet sich nicht nur durch Agitation und individuelle Meinungsbildung, sondern in sozialen Verbänden und Bewegungen. Unsere Untersuchung würde daher der Abrundung entbehren, wenn nicht in aller Kürze die wichtigsten Phasen des Machtkampfes dargestellt würden, die dem Durchbruch des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein vorangingen und ihn vorbereiteten. Nicht, als ob damit eine restlose „Erklärung“ beabsichtigt sei; wohl aber kann eine Betrachtung der politischen Strömungen, welche in den Jahren 1918 bis 1932 das schleswig-holsteinische Landvolk bewegt haben, zu einem besseren Verständnis der geschehenen Veränderungen beitragen. Unsere Erörterung beschränkt sich auch hierbei im wesentlichen auf das mit den Methoden der Soziologie Faßbare und will der historischen Forschung nicht vorgreifen.

1. Vom Freisinn auf dem Lande zur völkischen Bauernbewegung

Als Träger politischer Ideen haben wir in Schleswig-Holstein vornehmlich drei soziale Gruppen kennengelernt:

1. den Großgrundbesitz mit seinem großbäuerlichen und großbürgerlichen Anhang als den Hauptträger des Konservatismus;
2. die städtischen und ländlichen Mittelschichten (d. h. auf dem Lande insbesondere die Kleinbauern, sowie die proletaroiden Kätner) nebst gewissen Teilen der Landarbeiterschaft als die Wählerschichten, die schließlich im Nationalsozialismus die ihnen angemessene politische Richtung fanden;
3. die industrielle Arbeiterschaft, Teile der Angestellten und dazu auf dem Lande das besitzlose und z. T. wurzellose Proletariat, vor allem in den Gebieten des Großgrundbesitzes und stark entfalteten Großbauerntums als die Kerntruppe des Sozialismus und Kommunismus.

Bei Ausgang des Ersten Weltkrieges lag die politische Macht vorübergehend auch in Schleswig-Holstein bei der zweiten und dritten Gruppe. Auf dem Lande schien insofern sogar eine gewisse Annäherung zwischen beiden stattgefunden zu haben, als die SPD über den Kreis des Landproletariats hinaus Stimmen zu gewinnen vermochte. Viele Bauern, und zwar vor allem diejenigen, die Veredelungswirtschaft trieben, waren infolge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die sie in ihrer Betriebsführung beengt und ihnen günstige Gewinnchancen abgeschnitten hatten, seit 1917 oppositionell gestimmt gewesen und sympathisierten daher zeitweise mit den Parteien der Weimarer Koalition als den Gegnern des gestürzten Regimes. Auch mag die Furcht vor dem radikalen Marxismus zu einem taktischen

Bündnis mit dem gemäßigten Flügel der „Linken“ Veranlassung gegeben haben. Diese Oppositionsstimmung begann sich bei einem großen Teil des Bauerntums aber bereits wieder gegen die Träger des neuen Regimes zu wenden, als diese sich gezwungen sahen, die Kriegswirtschaftspolitik zwecks billiger Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung zunächst fortzusetzen. Auch vermochte das neue „rote“ Preußen, der „Hort der Revolution“, nicht die Sympathie des schleswig-holsteinischen Bauerntums zu gewinnen. Die traditionellen antipreußischen, partikularistischen Strömungen in Schleswig-Holstein, die früher in der Sozialdemokratie und im Freisinn Bundesgenossen gesucht hatten, verbanden sich jetzt mit deren Gegnern.

A. Bauernverein und Landespartei

Da unmittelbar nach dem Kriege der Konservatismus in Schleswig-Holstein auch auf dem Lande fast den letzten Rest seines Einflusses eingebüßt hatte (die Deutschnationalen erzielten 1919 auf dem Lande nur 11% der abgegebenen Stimmen), so gewann als Sammelbecken bäuerlicher Opposition die während des Krieges entstandene Bauernvereinsbewegung zeitweise große Bedeutung.

Die ersten Bauernvereine wurden im Frühjahr 1918 in Nordschleswig gegründet¹, um die wirtschaftlichen Interessen der Bauern, in erster Linie der viehzüchtenden Geestbauern, gegenüber den Kriegswirtschaftsstellen zu wahren. Sie wehrten sich nicht nur gegen die Benachteiligung der Viehzüchter gegenüber den Gräsern, die durch Konstruktionsfehler in der Fleischbewirtschaftung bedingt war, sondern gegen die Regulierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Berufsfremde, Verwaltungsbeamte und Händler überhaupt². Dem Prinzip der bürokratischen Verwaltung stellten sie die Idee genossenschaftlicher Mitarbeit gegenüber. Trotz der Belastung durch die Mitgliedschaft dänisch gesinnter Bauern – die von den Konservativen als ein Zeichen mangelnden Patriotismus³ ausgelegt wurde – breiteten sich die seit Juni 1918 unter dem Namen „Bauernverein des Nordens“ zusammengeschlossenen Bauernvereine im Laufe der Jahre 1918 und 1919 über die gesamte Geest aus. Sie faßten auch in Dithmarschen und Nordfriesland Fuß, sowie in den bäuerlichen Bezirken des Hügellandes, obwohl hier der Widerstand der Konservativen und des „Landbundes“, der sofort einsetzte, als der Bauernverein zu einer Gesamtorganisation des schleswig-holsteinischen Bauerntums zu werden drohte³, wirksamer war als in den rein bäuerlichen Regionen.

¹ Zur Geschichte des schleswig-holsteinischen Bauernvereins: K. Alnor: Der Bauernverein des Nordens. Handbuch zur schleswigschen Frage. II. Bd. – Kiel 1929; ferner Beiträge zur Geschichte des schleswig-holsteinischen Bauernvereins. – Rendsburg 1919; die Zeitschrift „Der schleswig-holsteinische Bauer“.

² Alnor, a. a. O., S. 3, 4.

³ Die Mitgliedschaft stieg von 7000 am 1. 8. 1919 auf 15 000 Ende 1919. In manchen Gemeinden des Kreises Rendsburg soll schon 1919 „der vierte Teil der gesamten Einwohnerschaft“ erfaßt gewesen sein (Beiträge, . . . a. a. O., S. 27), was in kleineren Dörfern leicht

Politischen Anschluß suchte der Bauernverein zunächst bei den Freisinnigen, d. h. bei der Deutschen Demokratischen Partei (Freisinnige bzw. demokratische Abgeordnete vermittelten die ersten Kontakte mit dem Kriegsernährungsamt und anderen Regierungsstellen), später bei der Deutschen Volkspartei. Das „Rendsburger Tageblatt“ lieh der neuen Bewegung seine Unterstützung. Diese Beziehung, wie auch die Fühlungnahme mit den katholischen westfälischen und ermländischen Bauernvereinen wurden vom Landbund und von den Konservativen agitatorisch zur Diskreditierung des Bauernvereins ausgewertet. Die Leiter des Bauernvereins selbst scheinen die Anlehnung an die Freisinnigen nur als ein Mittel zur Erreichung wirtschaftspolitischer Nahziele – Beseitigung der Zwangswirtschaft – betrachtet zu haben. Als es galt, dem schleswig-holsteinischen Bauerntum in den verfassungsgebenden Parlamenten eine angemessene Vertretung zu verschaffen, wurde die „Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie“, später „Schleswig-Holsteinische Landespartei“, gegründet.

Es war ein politisch richtiger Gedanke, neben dem reinen Interessentenverband für den politischen Kampf eine Organisation zu schaffen, die auch außerhalb des Bauerntums, insbesondere im kleinstädtischen „Mittelstande“ Stimmen erlangen konnte. Die Mitarbeit von Lehrern, Pastoren, Kleinbürgern und anderen nicht-bäuerlichen Elementen, die Aufstellung eines vollständigen, alle Grundfragen des politischen Lebens berührenden Programms hätte die Partei durchaus befähigen können, eine ähnliche Bedeutung zu erlangen wie ihre Patin, die „Landespartei“ von 1864, der es im Jahre 1867 gelungen war, im Norddeutschen Reichstag fast sämtliche schleswig-holsteinischen Mandate zu erlangen. Die Erfolge der schleswig-holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokratie blieben aber regional beschränkt und zwar im wesentlichen auf die Verbreitungsgebiete des Bauernvereins: Während sie 1919 im Wahlkreis Schleswig-Holstein insgesamt nur 7,2% der abgegebenen Stimmen, auf dem Lande etwa 15% erhielt (in den Städten fast gar keine), war sie im Landkreis Flensburg 1919 die stärkste Partei (mit etwa 45%), im Kreise Rendsburg mit etwa 27,5% die zweitstärkste (nach der SPD) und bedeutend in den Kreisen Schleswig, Bordesholm, Segeberg, ferner auch in den Kreisen an der Westküste: Husum, Dithmarschen, Eiderstedt, am schwächsten in Südtondern. Ein Reichtagsmandat erlangte die Partei nur 1919.

Im Jahre 1921 erhielt die Landespartei bei der Reichstagswahl nur noch 25 000 Stimmen, bei der Landtagswahl 27 600. Die Ursachen des Mißerfolges lagen teilweise im Mangel politischer Erfahrung und Schulung jener mittelständischen Schichten, aus denen sich die Partei rekrutierte. Auch machte sich, zumal eine starke Führerpersönlichkeit fehlte, die Verschiedenartigkeit der Interessen unter den Anhängern der Partei störend bemerkbar. Dazu kam schließlich, daß gegen

möglich gewesen ist. Ende 1919 war die ganze Provinz durchorganisiert bis auf den Kreis Lauenburg; hier war eine selbständige Organisation gegründet, die sich erst 1920 an den schleswig-holsteinischen Bauernverein anschloß – ein Symptom für die Stärke des Sonderbewußtseins der Lauenburger, das in der historischen Tradition begründet sein dürfte. 1923 zählte der Bauernverein 35 000 Mitglieder.

gewisse Kreise des Hochadels und der kleinstädtischen Bourgeoisie, die der Landespartei nahestanden, der Vorwurf erhoben wurde, sie verfolgten separatistische Pläne, was nicht unwesentlich zur Diffamierung der Partei beitrug. Von den Deutschnationalen und Sozialdemokraten als Gegner, von den Demokraten als lästiger Konkurrent um die bäuerlichen Stimmen bekämpft, wurde so die Landespartei bereits im Wahlkampf 1921 aufgerieben. 1924 trat sie nicht mehr in Erscheinung. Der Bauernverein änderte nunmehr seine politische Taktik und suchte sich parlamentarische Querverbindungen zu schaffen; es gelang ihm, 1924 je einen Kandidaten auf die Listen der DNVP, DVP und DDP zu setzen und durchzubringen.

Obgleich also die Landespartei niemals nennenswerte politische Macht erlangt hat, ist sie doch soziologisch für die rückblickende Betrachtung außerordentlich interessant. Lassen sich doch bei ihr bereits manche Ansätze der materiellen und ideologischen Voraussetzungen aufweisen, denen später der Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein seine großen Erfolge verdankte. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Landespartei durchaus Entsprechungen außerhalb Schleswig-Holsteins hatte. Sie unterhielt Fühlung mit ähnlichen stammesstaatlichen Autonomiebewegungen in anderen neupreußischen Gebieten, wie mit dem Hessischen Volksbund, den Welfen, auch mit den bayerischen Partikularisten¹ und kann daher als eine für die unmittelbare Nachkriegszeit typische Erscheinung gelten. Deshalb soll ihre Ideologie und ihr soziologischer Charakter hier etwas näher analysiert werden.

B. Ideologie der Landespartei

Durch ihre Verbindung mit dem Bauernverein, der in wirtschaftspolitischer Hinsicht das „Laissez-faire“-Prinzip vertrat, erschien die Landespartei auf den ersten Blick als eine liberale Partei. Dieser Anschein wurde dadurch verstärkt, daß einzelne ihrer Führer bei den liberalen Fraktionen und Parteien Anschluß suchten. Eine genauere Prüfung der Gedankenwelt der Landespartei aber zeigt, daß sie keineswegs eine rein liberale, sondern eher eine konservativ-romantische Staats- und Gesellschaftsauffassung zum Ausdruck brachte. Schon der ausgesprochene Föderalismus, die Forderung der administrativen und kulturpolitischen Autonomie Schleswig-Holsteins im Rahmen des Deutschen Reiches², ferner die Forderung einer zweiten berufsständischen Kammer³ und der sehr bald laut werdende Anti-

¹ Aus einem Bericht über den Parteitag vom 27. Mai 1920 zu Neumünster in der Kieler Zeitung vom 29. Mai 1920: „Gleiche Bewegungen wie in Schleswig-Holstein haben sich in Mecklenburg, Schlesien, den Rheinlanden, Bayern, der Lausitz, Braunschweig und Hannover entwickelt. Die Grundlage all dieser Bewegungen ist der Beschluß der Kasseler Konferenz, der da fordert: erstens eine starke deutsche Reichsleitung, zweitens Bekämpfung jeder Loslösung und Abspaltung und drittens Zusammenfassung aller deutschen Stämme unter Würdigung ihrer Stammeseigenart und Landesrechte.“

² Ob Schleswig-Holstein im preußischen Staatsverband bleiben oder ob Preußen „zer schlagen“ werden sollte, darüber bestand keine einheitliche Auffassung.

³ Vgl. auch den Bericht über eine Rede von H. Lohse am 16. Okt. 1920 im „Schleswig-Holsteiner“.

semitismus¹, vor allem aber die staats- und wirtschaftspolitischen Grundgedanken unterschieden diese Partei sehr erheblich vom Liberalismus. Wenn die Landespartei sich als Liberale bezeichneten, so wollten sie damit zum Ausdruck bringen, daß sie sich als Testamentsvollstrecker des alten schleswig-holsteinischen Liberalismus betrachteten. Sie distanzierten sich dadurch von der Demokratischen Partei: „Wir von der Landespartei nehmen in Anspruch, die Vertreter des alten schleswig-holsteinischen Liberalismus zu sein. Demokratie in Verbindung mit dem Begriff des Schleswig-Holsteinertums ist etwas anderes als die Demokratie, wie sie etwa vertreten wird von dem Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung. Die schleswig-holsteinische Demokratie . . . ist eine grüne Demokratie gegenüber der goldenen Demokratie².“ Der Unterschied lag nach Ansicht der Landespartei in der stärkeren Betonung der Nationalidee und im Antisemitismus.

Die „liberale“ Freiheit im Wirtschaftsleben und die Kritik an der Zwangswirtschaft, die ganz im Einklang stand mit dem Programm des Bauernvereins, verband sich bei der Landespartei mit wirtschaftspolitischen Gedanken eher mittelständisch-antiliberalen Charakters: „Der Handwerker“, so heißt es im Parteiprogramm³, müsse „geschützt werden einerseits vor dem Großkapital, das ihn durch Fabriken zugrunde richtet, andererseits vor dem Sozialismus, der ihn zum Lohnarbeiter in den Großbetrieben machen will“; ebenso müsse der Kaufmann gegen das Großkapital in Form des Warenhauses, der Kleinhandel gegen die Gefahr der Sozialisierung geschützt werden. „Durch eine vorsichtige Bindung des Großkapitals soll nicht der Unternehmungsgeist und der Wettbewerb unterbunden werden, sondern es sollen damit die Gefahren des großkapitalistischen Unternehmens für die selbständigen Existenzen des Mittelstandes abgeschwächt werden.“ Und weiter: „Wir fordern, daß Kapital und Geschäft sich in den Dienst nationaler Interessen stellen.“ Hier zeigt sich bereits eine bemerkenswerte ideologische Stilisierung des wirtschaftspolitischen Programms, welche insbesondere auch die – im Schrifttum der Partei – formulierten Gedanken über Wesen und soziale Aufgaben des Bauerntums kennzeichnen. Beim Bauern, heißt es im Programm⁴, fallen Leben und Beruf zusammen; zu bekämpfen seien alle Umstände, welche „den alten vorbildlichen Geist des Bauerntums verwirren, nach welchem er mehr an der Arbeit als am Gewinn seines Berufes gegangen hat“. Abgelehnt wird hier also für den Bauern die „liberalistische“ Wirtschaftsgesinnung des „fortschrittlichen Landwirts“, des Farmers, für den kein Wesensunterschied zwischen der industriellen und kommerziellen Unternehmungsfunktion und der Tätigkeit des Landwirts besteht. Hier taucht schon das spätere nationalsozialistische Ideal des aus dem Marktzusammenhange der

¹ Im Programm der Landespartei hieß es: „Jedwede Vorherrschaft des Judentums in Wirtschaft und Regierung werden wir mit Nachdruck bekämpfen.“

² Rede von Iversen-Munkbrarup zu Rendsburg am 1. 1. 1921, nach: „Der Schleswig-Holsteiner“ v. 8. 1. 1921.

³ Programm der Schleswig-Holsteinischen Landespartei. Druckherstellung durch das Rendsburger Tageblatt. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung. – Rendsburg (ohne Jahr) S. 9.

⁴ Ebenda, S. 10.

kapitalistischen Wirtschaft herausgelösten Bauern¹ in undeutlichen Umrissen auf. Das entsprach nun freilich weniger der Wirtschaftsgesinnung des Bauernvereins als der Ideologie eines Kreises von Intellektuellen in der Landespartei.

Auch der Föderalismus, dem diese Partei in erster Linie ihr Dasein verdankte, kam nicht aus liberalem Geiste. Denn liberales Staatsdenken, auch wenn es aus taktischen Erwägungen föderalistische Wege geht, setzt die grundsätzliche Bejahung des modernen bürokratisch verwalteten, zentralistisch geleiteten, von uniformierenden Tendenzen erfüllten Staates voraus: gerade diesen Staatstypus aber lehnten die politischen Führer der Landespartei ab. Sie sahen in ihm ein dem schleswig-holsteinischen Wesen fremdes und schädliches Gebilde. Der preußische Staat, gegen den sich ihr Föderalismus richtete, wurde von den geistigen Leitern der Landespartei als die Verkörperung des Industrialismus, die preußische Zeit als eine Periode der Verstädterung, Industrialisierung und Kommerzialisierung und des kulturellen Verfalls in Schleswig-Holstein aufgefaßt². Mit dem bauerlichen Widerwillen gegen die Kriegswirtschaftspolitik des Staates verbanden sich also tiefergelagerte Stimmungen, die aus der politischen Gesinnung der älteren Generation überkommen waren, Ideen, die aus der tatsächlichen politischen Verfassung des Landes in vorpreußischer Zeit abgeleitet waren. Der „schwache Staat“, der als Ideal erstrebt wurde, war nicht identisch mit dem Staat des Liberalismus, der auf einer atomisierten Gesellschaft ruhend zu denken ist, sondern wurde gedacht als ein aus gewachsenen Gemeinschaften in Dorf, Stadt und Stand organisch sich aufbauender politischer Großverband. Die Ablehnung des Preußentums wurde vor allem damit begründet, daß die Fehler des preußischen politischen Systems die Niederlage im Kriege und insbesondere den (damals noch nicht vollzogenen aber bevorstehenden) Verlust Nordschleswigs verursacht hätten. Preußen habe niemals die Aufgabe Schleswig-Holsteins: Brücke zu sein zwischen dem germanischen Süden und dem germanischen Norden, erkannt³. Deshalb sahen die Landesparteilerner auch ihren „schärfsten Gegner unter den bürgerlichen Parteien“ in den Deutsch-nationalen als den Vertretern des preußischen Konservatismus und den verantwortlichen Trägern der preußisch-deutschen Politik bis in die Zeit des Zusammenbruchs hinein⁴. In der Kritik der preußischen Politik in Nordschleswig, in der Forderung eines landesbürtigen politischen Beamtentums, in der Ablehnung Berlins als des allgemeinen deutschen Kulturzentrums kamen Stimmungen zum Ausdruck, die sich in weiten Kreisen Schleswig-Holsteins schon lange vor dem Kriege

¹ Vgl. das Agrarprogramm der NSDAP von 1930 und R. W. Darré: „Zur Wiedergeburt des Bauerntums“ (Deutsche Agrarpolitik, August 1933, S. 74) und „Industrie und Reichsnährstand“ (Deutsche Agrarpolitik, Januar 1934).

² P. v. Heedemann-Heespen: Schleswig-Holstein und die Neuzeit. - Kiel 1926.

³ Programm, S. 2.

⁴ v. Heedemann-Heespen, a. a. O., beruft sich im Vorwort (S. 8) auf Langbehns These: „Es gibt keinen reineren und schärferen Gegensatz des echt germanischen Wesens als das Preußentum, selbst in seiner gegenwärtigen Veredelung“, um die „preußenkritische“ Haltung seines Buches zu rechtfertigen.

gebildet oder noch aus der vorpreußischen Zeit erhalten hatten. Diese antipreußische Haltung hatte z. T. dieselben geistigen Wurzeln wie die spätere radikal-nationalistische Ablehnung des Wilhelminismus. Die von Julius Langbehn, einem geborenen Schleswig-Holsteiner, aufgestellte These vom Gegensatz zwischen Niedersachsentum und Preußentum hat zweifellos auf einflußreiche, der Jugendbewegung nahestehende Kreise in der Landespartei wie auf führende Schichten im Nationalsozialismus Einfluß gehabt.

Im Grunde genommen war diese Preußenkritik nur ein Ausdruck einer allgemeinen Kulturkritik am Hochkapitalismus aus ländlich-konservativem Empfinden heraus. Die „preußische Zeit“, die für Schleswig-Holstein den großen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hatte, wurde identifiziert mit dem Zeitalter der Kommerzialisierung und Industrialisierung, des Geschmacksverfalls und der Erötötung schöpferischer, kultureller und administrativer Leistungen in den Provinzen. Durch ihre Preußenfeindlichkeit unterschied sich die Landespartei vom konservativen „Jungnationalismus“, dem sie durch die Richtung ihrer Staatskritik und die Betonung der Volksidee nahestand.

Von demselben weltanschaulichen Standpunkt aus wurde auch die Existenz der Landespartei gegenüber den anderen Parteien gerechtfertigt. Als maßgeblicher Sprecher der Partei führte Iversen in einem Leitartikel „Was wir wollen“ in der ersten Nummer des „Schleswig-Holsteiner“¹ aus, der Schleswig-Holsteiner könne „in keine Partei ganz hinein mit seiner Seele“, da alle bisherigen Parteien sich letztlich nur an den rechnenden Verstand wendeten. „Der Schleswig-Holsteiner aber will einer Partei angehören, die ihm auch etwas für sein Gemüt gibt“. Iversen forderte von den Politikern wie auch von den Beamten ein verständnisvolles Eingehen auf die Stammeseigenart². Aus dem gleichen Grunde wurde auch in der Wahlagitation der Partei nach Möglichkeit das Plattdeutsche bevorzugt. All dies war symptomatisch für die Stimmung in führenden Kreisen der Landespartei. Sie berechtigt uns, die Landespartei jenem breiten Strom des „Gemeinschaftssehns“ zuzurechnen, der nach dem Ersten Weltkrieg die geistig regeren Kreise der Mittelschichten ergriffen hatte. Auch die staatspolitische Einstellung der Landespartei wird von daher verständlich. Im Grunde genommen entsprang der antipreußische Föderalismus der Abneigung gegen den modernen Staat überhaupt. Dieser galt als der „Leviathan“, der alle gewachsenen Verbände verschlingt, alle organische Ordnung zersetzt, alle landschaftlichen Sondergestaltungen des politischen Lebens auflöst, um sie durch einheitliche Einrichtungen zu ersetzen. Diese Haltung war sicher ein Anachronismus und vielleicht der tiefste Grund des Versagens der Landespartei. Sie wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß in Schleswig-Holstein noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts lebensvolle Reste mittelalterlicher politischer Ordnung sich erhalten hatten³: eine für die moderne kapitalistische

¹ „Der Schleswig-Holsteiner“ vom 2. Juli 1920.

² Iversen in: „Der Schleswig-Holsteiner“ v. 28. August 1920.

³ Vgl. v. Heedemann-Heespen, a. a. O., S. 728.

Gesellschaft allerdings hinderliche Mannigfaltigkeit des Rechts und der Verwaltungsorganisation, vor allem aber eine dem bauerlichen Willen angemessene, sehr weitgehende Selbstregierung der Landgemeinden¹ – Zustände, die der Vereinheitlichung und Bürokratisierung der preußischen Provinzen hatten weichen müssen. Die anti-etatistische Stimmung war nicht nur eine Ideologie des Unbehagens, hinter ihr stand eine, freilich vergangene Wirklichkeit. Die älteste lebende Generation vermochte sich noch der Zeiten zu erinnern, in denen etwa die Eiderstedter Bauern die Verwaltung und Gerichtsbarkeit in ihrer Landschaft selbst ausgeübt hatten.

Der Rückgriff auf solche Erinnerungsbestände führte bei der Landespartei zu einer staatspolitischen Ideologie, welche auch bereits jene Vorstellungen enthielt, die in den folgenden Jahren durch die völkische Bewegung verbreitet und durch die NSDAP zum Grundsatz deutscher Staatstheorie erklärt werden sollten: die Überwindung des gesellschaftsmäßigen, anstalthaften Charakters des modernen Staates durch grundsätzliche Verwurzelung im Volkstum. In der schon der Landespartei geläufigen Gegenüberstellung von Volk als dem gemeinschaftlichen und Staat als dem gesellschaftlichen Prinzip und dem Leitsatz, durch den Gemeinschaftsgedanken zur wahren Volks- und Kulturgemeinschaft und zum klassenlosen Staat fortzuschreiten², zeigt sich am deutlichsten die ideologische Verwandtschaft mit dem Nationalsozialismus. Daß auch der Ruf nach dem „Führer“ in der landesparteilichen Presse gelegentlich erschallt ist, deutet ebenfalls auf dem Nationalsozialismus verwandte Elemente der Ideologie hin. Einer der jungen Landesparteilicher, welche diese Richtung einschlugen, ist später nachweislich einer der ersten organisierten Nationalsozialisten gewesen.³

Der wichtigste Gegensatz aber zum späteren Nationalsozialismus liegt in der „quietistischen“ Grundstimmung, die auch für die Taktik der Landespartei bestimmend gewesen ist; wir verstehen darunter eine ins Politische übertragene Haltung, wie sie pietistischen Kreisen und Sekten eigen zu sein pflegt. Verbindungen der Führer zu pietistischen Kreisen lassen sich in einigen Fällen deutlich nachweisen und in der Phraseologie des landesparteilichen Schrifttums kommen pietistische Einflüsse klar zum Ausdruck⁴. Selbstbesinnung auf die ethischen Grundwerte des Volkstums, Verinnerlichung der Lebensführung – das sind die Wege, von denen die Landespartei eine politische Erneuerung erhoffte. Wenn Hedemann-Heespen seine Hoffnungen auf „die durch Jahrhunderte im Dunkeln gebliebene⁵, Kräfte“, die „stumme Partei“, vor allem auf den ländlichen Mittelstand setzten also auf „die Stillen im Lande“, so ist das für die Stimmung in weiten Kreisen der

¹ Vgl. dazu oben Einleitung und das Kapitel II/3 u. 4 über Eiderstedt, Dithmarschen, Insel Fehmarn.

² K. Alnor in „Der Schleswig-Holsteiner“ v. 5. Februar 1921.

³ Vgl. „Der Schleswig-Holsteiner“ v. 15. Jan. 1921. Artikel von Dr. rer. pol. Johs. Feddersen: „Unsere politische Not“.

⁴ Den Hinweis auf die geistigen Beziehungen der Landespartei zum Pietismus verdanke ich Hans Gerth, der auch die Sichtung des Schrifttums der Landespartei besorgte.

⁵ A. a. O., S. 8 f.

Landespartei – auch z. B. unter ihren großbäuerlichen Anhängern in Angeln – sehr bezeichnend. „Einfachheit und vor allem Ruhe“, die beiden Elemente der „Ländlichkeit“ erschienen Hedemann als die Voraussetzungen der Gemeinschaft, als Gegenkräfte eines „haltlosen Individualismus“. Den Sinn der Landespartei sah er in dem Versuch der Verwirklichung eines vom Lande her ständisch aufgebauten, organisch gegliederten Staates¹.

Dieselbe Ideologie findet sich beispielsweise im Schrifttum des mit der Landespartei in Kontakt stehenden „Hessischen Volksbundes“. „Er erblickt“, so heißt es in dessen ‚Leitsätzen‘ das „Wiederaufblühen [des deutschen Vaterlandes] nicht in der Erfüllung äußerer Machtmittel und friedensfeindlicher Ideen, sondern in einer wirklichen Gesundung des inneren Lebens und Treibens durch Selbstbesinnung jeglicher Art.“ Ähnlich wurde in einer anderen Kundgebung föderalistischer Kreise² proklamiert: „Nur Rückkehr zu der Innerlichkeit, die deutsche Sondereigenschaft ist (!), kann retten. Sie ist die Grundlage des föderalistischen Denkens und auf ihr ist der deutsche Staatsbau aufzuführen.“

Aus diesem politischen Quietismus, der nach ungeheurem Kraft- und Nervenverbrauch während des Krieges, nach jahrelanger schärfster Einspannung des Individuums in den Dienst des Staates gerade im Bauerntum und Mittelstand empfänglichen Boden finden mußte, wird auch der Verzicht auf materielle Macht und Größe des Staates verständlich; gelegentlich begegnet im Schrifttum der Landespartei das Bild eines geeinten Europa, aufgebaut auf stammesweise föderalistisch geordneten Staaten³. Mit dieser Stammesromantik verbanden sich auch Interessengesichtspunkte: der dezentralisierte Staat erschien den Föderalisten als Garantie der politischen Stellung der Mittelschichten, während in einem zentralistischen Großstaat immer das Großkapital herrschen würde. So heißt es in einem anonymen Beitrag in der bereits zitierten Föderalistenzeitschrift „Ruf zur Sammlung“:

„Das Großkapital wird immer dem Zentralismus zuneigen aus dem einfachen Grunde, daß es nach Etablierung seiner Kontrolle über die Zentralregierung seine Interessen im ganzen Lande von einer Stelle aus wahrnehmen und fördern kann, und zwar um so besser, je straffer und einheitlicher die Zentralverwaltung organisiert ist . . . Wir stehen vor einer Periode, in der das Großkapital sich immer internationaler organisieren wird, um die wirkliche Welt-

¹ Vgl. v. Hedemann-Heespen, a. a. O., S. 925.

² „Ruf zur Sammlung an alle deutschen Föderalisten“; Heft 1, Juli 1921. (Herausgegeben v. Wilh. Hopf Nachf., Melsungen), Artikel: „Mahnung zur Einigkeit“, vom Generalsekretär der Deutsch-Hannoverschen Partei.

³ „Wir Föderalisten wollen ja gar keine dem Großmachttumel der europäischen Staaten vor dem Kriege . . . gleichende Politik, sondern wir wollen den föderalistischen Zusammenschluß Europas mit einem Ziel ähnlich dem, was die Vereinigten Staaten von Amerika erreicht haben – die Vereinigten Staaten von Europa. Nur so wird die Krankheit des letzten Jahrhunderts; der Nationalismus, überwunden.“ So E. Landweger (Pseudonym eines der jüngeren Intellektuellen in der Partei) 1922 in einer Broschüre: „Warum sollte jeder Schleswig-Holsteiner die Schleswig-Holsteinische Landespartei wählen?“

herrschaft anzutreten. Zwischen den einzelnen Gruppen wird der heftigste Kampf entbrennen und jede Gruppe wird die übrige Bevölkerung ihres Landes zunächst vor ihren Wagen zu spannen suchen, um sich Vorteile zu sichern. Der Einheitsstaat wird also immer mehr unter Kontrolle des Großkapitals geraten und dessen imperialistischen Gelüsten folgen und dienen müssen, wobei der Mittelstand aufgerieben und das Land in internationale Konflikte geraten wird . . . Der Mittelstand hat bisher nirgends bewiesen, daß er wirtschaftlich oder politisch selbständig, geschweige denn führend auftreten kann; er hat lediglich einen Kampf um seine Existenz zu führen und wird darin langsam aber sicher aufgerieben . . . Ganz offenbar unfähig, sich wirtschaftlich oder politisch zu organisieren, folgt er notgedrungen den Geboten der beiden anderen Klassen, jetzt sich nach rechts verbrüdernd, dann wieder nach links kokettierend. Lediglich aus Gründen der Selbsterhaltung sollte er aus dem zentralistischen Einheitsstaate heraus einem föderalistischen Staatenbunde zustreben¹."

Dieser Weg zur Lösung der Mittelstandsfrage erwies sich freilich als ungangbar, als mit der Inflation ein neues, besitzloses Kleinbürgertum sich bildete, dem nichts anderes übrig blieb, als seine Existenz in diesem Staate und durch eine starke staatliche Gewalt zu sichern. Das „*pietistische*“ Element der Landespartei-Ideologie erwies sich jetzt als zeitwidrig. Die völkisch-mittelständische Ideologie der Landespartei wurde Substrat für den späteren Aktivismus der Landvolk-Bewegung und der NSDAP. Die Landespartei war somit nur Übergangserscheinung, und historisch lag ihre Bedeutung schließlich darin, daß sie unmittelbar nach 1918 dazu beigetragen hat, die „rote Welle“ abzufangen und statt dessen ideologisch im Bauerntum und ländlichen Kleinbürgertum den Boden bereiten half, auf dem später die nationalsozialistische Bewegung wachsen konnte. Vielleicht wäre ohne diese geistige Vorbereitung der Übergang zum Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein nicht so schnell erfolgt, wie es tatsächlich und vor allem auf der Geest, also gerade in den früheren Einflußgebieten der Landespartei, der Fall gewesen ist. Charakteristisch ist auch, daß einige der führenden Nationalsozialisten Schleswig-Holsteins ihre politische Laufbahn in der Landespartei begonnen haben.

C. Die Jungbauernbewegung

Zu denjenigen sozialen Bewegungen, welche die Abwendung der Bauern vom Liberalismus mitbeeinflusst haben, gehört auch die Jungbauernbewegung. Sie war anfangs als Jugendorganisation des Bauernvereins gedacht und stand daher auch mit der Landespartei in engem personalen Kontakt. Ihr Ursprung lag in Angeln, wo breite Kreise der bäuerlichen Jugend bereits durch die Abwehr dänischer Propaganda in der Abstimmungszeit politisch aktiviert worden waren². Im Jahre 1922 wurde am 18. Oktober, dem Gedenktag der Schlacht bei Leipzig, in Schaalby in Angeln die erste Jungbauernschaft gegründet³. Ihr Gründer war einer der leiten-

¹ „Ruf zur Sammlung . . .“, a. a. O., S. 14.

² Vgl. Der Jungbauer, Nov.-Dez. 1932, X, S. 268, 270.

³ A. Klinker: Geschichtliches zum 18. Oktober 1922 in: Der Jungbauer, ebenda.

den Männer im Bauernverein; er wurde später ein Vorkämpfer des Nationalsozialismus. Von Angeln aus hat sich die Jungbauernbewegung vor allem in den Kreisen Flensburg, Schleswig, Südtondern, Eckernförde und Rendsburg ausgebreitet. Sie ist niemals eine Massenbewegung gewesen und konnte es ihrem Wesen gemäß auch nicht werden. Ihr Einfluß auf die politische Willensbildung in Schleswig-Holstein darf daher nicht hoch veranschlagt werden, aber die bloße Tatsache, daß überhaupt eine solche Bewegung entstehen und sich jahrelang halten konnte, daß sie eine Zeitschrift herausgab, Tagungen und Schulungskurse veranstaltete und in manchen Dörfern einen erheblichen Einfluß auf die Jugend gewann, ist wichtig als Symptom für die Gärung unter dem schleswig-holsteinischen Landvolk. Die Bewegung erfaßte die geistig lebendigen Kreise der Bauernjugend, wurde aber auch von Landlehrern und einigen Geistlichen gefördert. Unter den Großgrundbesitzern stand P. v. Hedeman-Heespen der Bewegung nahe, in der er, der langjährige Freund und Förderer der städtischen Jugendbewegung, eine bauerliche Entsprechung gleichen Wesens erblickte.

Die Beziehungen zur Jugendbewegung waren in der Tat unverkennbar. Sie ergaben sich schon in der praktischen Arbeit im geistigen Kampf um Nordschleswig und die Gebiete südlich der neuen Grenze, an dem die Generation, die aus dem Wandervogel und anderen Jugendbünden hervorgegangen war, tätigen Anteil nahm. Ausdrücklich heißt es in den Leitsätzen des Kreisverbandes Schleswigscher Jungbauernschaften: „Die Jungbauernschaft ist eine neue Jugendbewegung“. Allmählich wurde der Begriff „Jungbauer“ erweitert, symbolisch gefaßt, so daß nicht nur den künftigen Bauern, sondern der gesamten Dorfjugend die Mitgliedschaft ermöglicht wurde¹.

Das Ziel der Jungbauernbewegung galt der Heranziehung einer wirtschaftlich tüchtigen, sittlich gefestigten, politisch geschulten Bauernelite. Die Notwendigkeit rationeller Technik und Geschäftsführung im bäuerlichen Betriebe wurde durchaus anerkannt, aber ihre Anwendung sollte im bäuerlichen Geiste geschehen, d. h. der Bauer sollte nicht zum landwirtschaftlichen Unternehmer werden, dem Hof und Acker nur eine Kapitalanlage bedeuten. Die Erziehungsarbeit der Jungbauernschaften sollte sich richten gegen die Lockerung der bäuerlichen Hausgemeinschaft und des Familienzusammenhangs unter dem Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, gegen die damit zusammenhängende Auflösung der Dorfgemeinschaft, gegen die durch Krieg und Inflation herbeigeführte Erschlaffung der Geschäftsmoral, gegen die Nachahmung der Lebenshaltung städtischer Parvenues und gegen die Beteiligung von Bauern an Spekulationsgeschäften, die außerhalb der Berufssphäre liegen. Es sollte also eine Synthese gefunden werden zwischen traditionsfestem, gemeinschaftsmäßig lebendem „Bauerntum“ und rational wirtschaftender „Landwirtschaft“.

Die praktische Arbeit der Jungbauernschaften vollzog sich in Arbeitsgemeinschaften, die meist mehrere Dörfer umfaßten, oft unter Leitung eines aus der

¹ Joh. Müller-Hoyer: Der Aufbruch des Jungbauerntums. In: Der Jungbauer, 1932, S. 271.

Jugendbewegung hervorgegangenen Lehrers standen und nach Programm und Arbeitsweise eine Ergänzung der Volkshochschularbeit bedeuteten.

Die eigensten Leistungen der Jungbauernschaften dürften in der Erweckung des Sinnes für heimatliche und bäuerliche Kultur, in der Pflege von Gesang, Spiel und Tanz gelegen haben. Es war eine Arbeit, die ganz bewußt im stillen, ohne große Propaganda und in bewußter Zurückhaltung vom mittelbaren politischen Leben getan wurde¹. Sie entstammte denselben geistigen Quellen wie der politische Quietismus der Landespartei und brachte die Jungbauernbewegung in den Jahren zunehmender Radikalisierung des politischen Lebens in eine schwierige Lage gegenüber der so ausgesprochen auf Massenwerbung und Machtergreifung eingestellten nationalsozialistischen Partei. Dieser Konkurrenz war die Bewegung nicht gewachsen. Ideologisch aber konnte eine Annäherung in vieler Hinsicht nicht schwer fallen. Gemäß ihrer stark religiösen Grundhaltung stand allerdings die Jungbauernbewegung dem von nationalsozialistischer Seite praktizierten Primat der Politik über den Geist reserviert gegenüber; auch lag ihr die Eingliederung in eine autoritär geführte Gefolgschaftspartei nicht, die so wenig dem Prinzip genossenschaftlich zusammengefaßter Arbeit entsprach. Die Jungbauernbewegung stand darin dem mehr „demokratischen“ Jungdeutschen Orden nahe, der in Schleswig-Holstein nicht die Bedeutung erlangt hat wie in anderen nordwestdeutschen Landschaften.

D. Jungdeutscher Orden, völkische Bünde und Wehrverbände

Auch der Jungdeutsche Orden mit seiner solidaristischen Gesellschaftsauffassung befand sich im Gegensatz zum alten Konservatismus und fand daher auf dem Lande seinen Anhang in den Mittelschichten und zwar weniger im Bauerntum als in den gewerblichen, kommerziellen und intellektuellen Kreisen der Land- und Kleinstädte. Mit der Jungbauernbewegung verband ihn die Bestrebung, den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den engeren Lebenskreis des Dorfes und der „Nachbarschaft“ zu verlegen. Volksgemeinschaft – so war die Vorstellung – könne nur aus den Gemeinschaften des täglichen Zusammenlebens organisch wachsen. Der neue, auf die sozialbiologische Verbundenheit des Volkes gegründete Staat müsse also von unten nach oben gebaut werden. Beide Bewegungen unterschieden sich durch geringeren politischen Aktivismus und das Fehlen eines ausgeprägten Willens zur Macht vom Nationalsozialismus.

Ganz ähnliches gilt von den zahlreichen kleineren völkischen Bünden und Wehrverbänden, die im Laufe der Nachkriegsjahre in der Provinz auftauchten. Wenigen von ihnen gelang es, dauernd Fuß zu fassen. Größeren Anhang hat nur der Werwolf, jene völkische Abzweigung vom Stahlhelm, erlangt, und zwar besonders in Norderdithmarschen: Hier schlossen sich unter dem Namen „Wehrschaft Schleswig-Holstein“ im Februar 1926 zusammen: der Bund Wiking (hervor-

¹ Vgl. „Leitsätze“ in: „Der Jungbauer“, a. a. O., S. 267: „Die Jungbauernschaft kann diese Aufgaben nur dann erfüllen, wenn sie sich fernhält von den Belastungen, die das gegenwärtige politische und wirtschaftliche Leben mit sich bringt.“

gegangen aus dem ehemaligen Freikorps Ehrhardt), der Werwolf und der Stahlhelm-Westküste; letzterer unterschied sich vom ursprünglichen Stahlhelm durch größeren politisch-ideologischen Radikalismus und entschiedenen Antisemitismus.

Diese Gruppen standen wiederum in engen Beziehungen zum Tannenbergbund, der zeitweise eine Art Dachorganisation radikaler völkischer Verbände gewesen zu sein scheint. Er hatte in Schleswig-Holstein seinen Hauptanhang auf der holsteinischen Geest (im Kreise Rendsburg sollen 1930 etwa 26 Ortsgruppen bestanden haben, z. T. allerdings mit sehr wenigen Mitgliedern). In ihm sammelten sich politische Eigenbrötler verschiedenster Prägung, häufig religiös bewegte Menschen, die, mit der Kirche zerfallen, in den Schriften der Mathilde Ludendorff eine Art neuen Evangeliums erblickten; ihre Einstellung zum Staate war im Grunde genommen extrem liberalistisch mit einem Einschlag von Anarchismus; und es ist kein Zufall, daß zwischen dem Tannenbergbund und der später zu erörternden Landvolkbewegung gewisse Personenverbindungen bestanden.

Wie weit die völkische Bewegung in Schleswig-Holstein und dadurch der Nationalsozialismus besondere Antriebe aus dem Verlust Nordschleswigs erhalten hat, läßt sich schwer abschätzen. Die Frage ist grundsätzlich wichtig, weil bekanntlich in der nationalsozialistischen Bewegung Grenz- und Auslandsdeutsche als Führer eine wichtige Rolle gespielt haben. So sind auch aus den Kreisen, die vor und nach der Abtretung Nordschleswigs im Nationalitätenkampf gestanden haben, dem Nationalsozialismus Kräfte zugewachsen. Es ist bemerkenswert, daß zwischen dem Bauernverein, der Landespartei, den Jungbauern und dem wichtigsten Organ der Grenzlandarbeit, dem Schleswig-Holsteinerbund, mannigfache personale Beziehungen bestanden. Auch im Schleswig-Holsteinerbund hatte die Kriegsgeneration die Führung. Dieser Verband ist ebenfalls als eine der Keimzellen des neuen Nationalismus zu betrachten. Seine Auffassung vom Grenzkampf in Nordschleswig als einer primär völkisch-kulturellen Angelegenheit, die Ablehnung der territorialpolitischen Auffassung des Irredentismus (nach der Formel: was deutsches Staatsgebiet war, muß wieder deutsches Land werden) zugunsten einer völkischen Grenzlandpolitik entsprachen im wesentlichen dem öffentlichen Standpunkt der NSDAP in Nationalitätenfragen¹. Diese Haltung zog dem Bunde die Gegnerschaft der Deutschnationalen zu, so daß der Landadel sich an seiner Arbeit nicht beteiligte, ihn vielmehr bekämpfte.

Die großen Erfolge der NSDAP waren geistig vorbereitet durch die Gesamtheit der genannten völkischen Bewegungen. Deshalb bedeutete auch der radikale Parteiwechsel zahlreicher Wähler und einzelner im öffentlichen Leben des Landes tätiger Männer keineswegs einen solchen Bruch mit ihrer bisherigen Einstellung wie es scheinen mochte. Der Übergang zur NSDAP stellte vielmehr oft nur den letzten Schritt einer lange angebahnten Loslösung von der politischen Gedankenwelt des demokratischen Liberalismus dar, in dem man früher einen Weg zur Volksgemeinschaft gesehen hatte.

¹ Vgl. den Beitrag von C. Petersen im Nordschleswig-Sonderheft der Schleswig-Holsteinischen Hochschulblätter, 1934.

2. Kampf der Konservativen um die Macht

Von den Anhängern der Landespartei, der Jungbauernbewegung und den völkischen Gruppen sind die eigentlichen Konservativen zu unterscheiden, die zunächst in der Gegnerschaft gegenüber der Weimarer Republik die führende Rolle spielten. Durch größere politische Erfahrung, energischen Willen zur Macht und durch ihre gesellschaftlichen Verbindungen zur hohen Ministerialbürokratie und zu den obersten Fachbeamten der Provinzialverwaltung waren sie überlegen. Ihre politische Schwäche lag darin, daß sie letzten Endes in der gegenrevolutionären Haltung, dem nur negativen Widerstand gegen die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Existenz verharren, und es ihnen an einer die Massen des Volkes mitreißenden Ideologie mangelte.

Die konservativen Kräfte sammelten sich in drei Organisationen: im Landbund, in der Deutschnationalen Volkspartei und im Stahlhelm.

A. Der Stahlhelm

Von den drei Sammelpunkten konservativer Politik in Schleswig-Holstein war der Stahlhelm in seinen Anfängen der am wenigsten parteimäßig gebundene Verband. Als Bund aller Frontsoldaten – der er ursprünglich sein sollte – mußte er seine Stellung zu den wichtigsten Fragen der praktischen Politik, selbst die zur Staatsform, zunächst offen lassen. Die jüngere Frontkämpfergeneration im Stahlhelm vertrat vor allem den Gedanken einer Überwindung der Standesunterschiede und Klassengegensätze durch eine neue Solidarität aller Volksgenossen, für welche die Frontkämpfertradition vorbildlich sein sollte. Eine der frühesten Kundgebungen dieser Gesinnung, die Rede des Studenten Theodor Bartram in der Gründungsversammlung des „Bundes der Frontsoldaten an deutschen Hochschulen“ an der Kieler Universität am 26. Februar 1919, zeigt deutliche Verwandtschaft mit der Ideologie der Landespartei und der bürgerlichen Jugendbewegung¹.

Die ältere Generation im Stahlhelm war von solchen Gedanken kaum berührt, sie lebte sehr stark in den Vorstellungen der Wilhelminischen Zeit, soweit sie nicht von altpreußischen Traditionen beherrscht wurde. Da die Ämterbesetzung in diesem soldatischen Verbands weitgehend durch den militärischen Rang der Mitglieder bestimmt wurde, konnte die junge Generation keinen entscheidenden Einfluß gewinnen. Die Abspaltung des Werwolf war eine Auswirkung dieses Generationengegensatzes. In Schleswig-Holstein beteiligte sich der Werwolf an der bereits erwähnten Vereinigung radikaler völkischer Kreise, die unter dem Namen „Stahlhelm-Westküste“ seit 1924 in Dithmarschen dem eigentlichen Stahlhelm Konkurrenz machte. Vermutlich handelte es sich hier um einen Versuch, die jüngere Generation zur Radikalisierung der Konservativen einzuspannen.

¹ Th. Bartram: Der Frontsoldat. Ein neues deutsches Kultur- und Lebensideal. Programmrede auf der Gründungsversammlung des Bundes der Frontsoldaten an deutschen Hochschulen. – Neumünster 1919.

Derartige Versuche mit mehr „völkischen“ oder mehr „faschistischen“ Zielen sind noch von verschiedenen Kreisen aus dem deutschnationalen Lager unternommen worden, aber alle nach kurzer Zeit gescheitert. Sie haben immerhin dazu beigetragen, einen Teil der ländlichen Jugend für den Nationalsozialismus vorzubereiten.

Der Stahlhelm aber entwickelte sich in Schleswig-Holstein auf dem Lande im Laufe der Jahre immer mehr zu einer Organisation, die sich im wesentlichen auf Großgrundbesitzer und Großbauern mit ihrem Anhang stützte. Aus einer Kameradschaft der alten Soldaten war der Stahlhelm auf dem Lande zu einer politischen Organisation der Oberschichten geworden.

B. Die Deutschnationale Volkspartei

Die politische Stellung der konservativen Partei war in Schleswig-Holstein auf dem Lande in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sehr schwach. Das zeigt sich u. a. in dem völligen Versacken des Kapp-Putsches und in dem energischen Widerstand, dem noch 1923 reaktionäre Putschabsichten in der Bauernschaft begegneten¹. Aus den Reichstagswahlen 1921 ging die Deutschnationale Volkspartei allerdings auf dem Lande als die – nächst der SPD – zweitstärkste Partei hervor.

Die DNVP war aber keine einfache Fortsetzung der alten konservativen Partei, sondern hatte sich durch Angliederung städtischer Schichten, insbesondere des „neuen Mittelstandes“, etwa im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, eine sehr viel breitere Wirkungsbasis eröffnet. Sie war in den Jahren der Konsolidierung des parlamentarisch-demokratischen Regimes auf dem besten Wege, eine in breiten Volksschichten wurzelnde konservative Partei zu werden. Als solche hätte sie in Schleswig-Holstein auch das ehemals nationalliberale und freisinnige Bauerntum gewinnen können – ist es den Deutschnationalen doch 1924 gelungen, auf der Geest fast 50% der ländlichen Stimmen und in der Marsch und im Osten etwa 40% zu erhalten. Erst als im Oktober 1928 mit Hugenberg die extremen Reaktionäre und der Industrie Flügel in der Partei ans Ruder kamen, wurde diese Entwicklung abgeschnitten.

Hatten die Konservativen also bei den Wahlen bald wieder gute Erfolge, so lag doch die politische Führung des Bauerntums nicht mehr sicher in ihren Händen, seitdem der Bauernverein als wirtschaftliche Interessenvertretung neben den Landbund, ja, in weiten Gebieten an seine Stelle getreten war. Da nun aber gerade in den Jahren nach der Stabilisierung der Mark, nach dem Abschluß des Dawesabkommens, des deutsch-russischen Vertrages und mit dem Beginn des industriellen Aufschwungs die neue Staatsform sich zu festigen schien, so bedeutete das Dasein einer eigenen berufsständischen Organisation des schleswig-holsteinischen Bauerntums, die mit verfassungstreuen Organisationen in anderen Teilen des Reiches in

¹ Vgl. K. Alnor: Stimmungen und Brüche im Schleswig-Holsteinischen Bauerntum: Die Deutsche Nation. – Mai 1925.

Verbindung stand, eine ernste Gefährdung der konservativen Machtstellung. Eine Entwicklung, die das angesehene schleswig-holsteinische Bauerntum politisch zur Anhängerschaft des neuen Weimarer Staates führte, mußte für den konservativen ostelbischen Großgrundbesitz, abgesehen von der Einbuße an Wahlstimmen, auch einen schweren Prestigeverlust bedeuten. Außerdem aber vertrat der Bauernverein ganz ausgesprochen die wirtschaftlichen Interessen der Viehzüchter und Gräser und konnte daher leicht in politische Opposition gegen die ostelbischen Großgrundbesitzer gedrängt werden. Die Auseinandersetzungen mit dem Schleswig-Holsteinischen Bauernverein, die sich hieraus für den Landbund und die DNVP ergaben, waren ein Frontabschnitt aus den großen Kämpfen zwischen den Interessenverbänden der Großgrundbesitzer und des Bauerntums.

C. Landbund und Bauernverein

Die Stellung der Konservativen in diesem Kampfe war zunächst infolge der durch den Zusammenbruch des alten Regimes bedingten Schwächung des Bundes der Landwirte ungünstig. Auch nach dessen Reorganisation im „Landbund“ blieb aber in Schleswig-Holstein die konservative Richtung schwach. Der Bauernverein konnte demgegenüber bei den Dezemberwahlen 1924, nachdem die Landespartei aufgehört hatte zu existieren, nicht nur den Demokraten und der Volkspartei, sondern auch den Deutschnationalen einen eigenen Kandidaten aufzwingen¹, indem er mit der Aufstellung einer Bauernvereinsliste drohte – übrigens ein charakteristisches Beispiel für die Stärkung der Macht der Interessentenorganisationen durch das Proportionalwahlrecht. Die Konservativen griffen daher zu dem taktischen Mittel der Einflußnahme auf den Bauernverein selbst. Dabei kamen ihnen die Bundesgenossenschaft eines großen Teils der bürgerlichen Intelligenz, ihr eigenes soziales Prestige und ihre Überlegenheit in der Verfügung über Presse und geschulte Journalisten zugute. Der erste Versuch wurde im Spätsommer 1924 durch Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen Landbund und Bauernverein gemacht. Die Erfolge der DNVP bei den Maiwahlen des Jahres 1924 dürften dafür die psychologischen Voraussetzungen auf beiden Seiten geschaffen haben. Aber bereits im April 1925 wurde die Arbeitsgemeinschaft, wie es scheint infolge allzu aggressiven Verhaltens der Landbundführung, aufgelöst². Wahrscheinlich hatte der Landbund, unter dem Eindruck der starken Erfolge der Rechten beim ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 29. März 1925³ den Widerstand der Bauern gegen die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes unterschätzt.

Auf der anderen Seite führte die Annäherung des Bauernvereins an die Konser-

¹ Vgl. K. Alnor: Die Wahlen in Schleswig-Holstein; Die Deutsche Nation, VII, 1. Januar 1925.

² K. Alnor: Stimmungen und Brüche . . ., a. a. O.

³ 374 000 Stimmen für Jarres (DNVP), plus 5 000 für Ludendorff gegen 284 000 für die übrigen bürgerlichen Kandidaten und 37 000 für Thälmann (KPD), also rund 380 000 Stimmen der Rechten gegen 320 000 der übrigen Parteien.

vativen zur Gründung einer Sonderorganisation der Kleinbauern und Kätner, des „Kleinbauern- und Kleinbesitzerverbandes der Westküste e. V.“, der besonders in den Marschen infolge der schroffen ständischen Unterschiede zwischen Großbauern und Kleinbauern Anhang gewann.

Im Jahre 1927 begannen neue Einigungsverhandlungen zwischen den Kreisorganisationen des Bauernvereins und des Landbundes, die im Herbst schließlich auch von den Landesverbänden unter Vermittlung des damaligen Regierungspräsidenten Johannsen aufgenommen wurden. Die politische Situation war insofern günstig, als durch den Sturz der Schweinepreise und der seit dem Sommer eingetretenen Kreditverknappung die Bauernschaft stark beunruhigt und die Opposition gegen das Regime erstarkt war. Die Vereinigung scheiterte aber daran, daß der Landbund sich nicht wie der Bauernverein zur Weimarer Verfassung und zu parteipolitischer Neutralität bekennen wollte. Unter den Mitgliedern der Verbände aber waren diese Einigungsbestrebungen schon sehr viel weiter gediehen. In manchen Kreisen war bereits die Verschmelzung zu Einheitsorganisationen vollzogen.

D. Massendemonstrationen vom Januar 1928

Als die Taktik des Verhandelns zwischen den Landesvorständen des Bauernvereins und des Landbundes erfolglos blieb, organisierten oppositionelle Führer aus beiden Verbänden am 28. Januar 1928 Massendemonstrationen von Landwirten in sämtlichen Kreisstädten, an denen sich, dank der Verstärkung aus den Reihen des kleinstädtischen Kleinbürgertums, insgesamt rund 140 000 Personen beteiligten.

Diese Kundgebungen hatten offenbar einen doppelten Sinn: in erster Linie sollten sie die öffentliche Meinung auf die drohende Notlage der landwirtschaftlichen Kreditnehmer aufmerksam machen, außerdem aber die Verschmelzung der Interessenverbände über die Köpfe der Vorstände hinweg erzwingen. Das geht sehr deutlich hervor aus den Forderungen¹, welche bei diesen Kundgebungen erhoben wurden. Sie bezogen sich auf die Handels-, Kredit- und Steuerpolitik und gipfelten in der Mahnung an die politischen Parteien, bei den bevorstehenden Wahlen für eine angemessene Vertretung der Landwirtschaft auf ihren Listen Sorge zu tragen, sowie in der Aufforderung an die drei Interessenverbände, durch sofortigen Zusammenschluß zu einem „Landvolkbund Schleswig-Holstein“ den „Machtfaktor zu bilden, der in unserer Heimatprovinz Wandel der Notlage schaffen kann und an dem man nicht vorübergehen bzw. ein Gegeneinander-Ausspielen der zersplitterten Kräfte üben kann“.

Worin die Veranstalter die Ursachen der Notlage sahen, das geht aus den wirtschaftspolitischen Forderungen hervor. Durch „gesicherte Inlandpreise“ sollte die Landwirtschaft in die Lage versetzt werden, „aus deutschem Boden unser deutsches Volk zu versorgen“ – das war nichts anderes als die Forderung des Landbundes nach Ausbau der Agrarschutzzölle. Es wurde weiter gefordert, bei der Veranlagung

¹ Luetgebrune: Neupreußens Bauernkrieg. – Hamburg 1931, S. 15f.

zur Einkommensteuer müsse der tatsächliche Ertrag berücksichtigt werden, und es seien Maßregeln zur Erleichterung der Schuldenlast nötig: Übernahme der Rentenbankgrundschuldzinsen, d. h. des Reparationslastenanteils der Landwirtschaft durch das Reich, Senkung des Realkreditzinssatzes auf 6%, Kontrolle der Zinssätze durch das Reich, Staatskontrolle der Realkreditanstalten, insbesondere zwecks Vermeidung von Kursverlusten (wie sie viele schleswig-holsteinische Landwirte an den Roggenrentenbankpfandbriefen erlitten hatten), Unterbindung des kurzfristigen Wechselkredits für die Landwirtschaft, statt dessen Vermittlung von Betriebskrediten zu höchstens 8% durch Reich und Länder. Man erkennt, wie sehr Verschuldung und Kreditkrise im Vordergrund des Bewußtseins standen.

Der Aufruf zu diesen Demonstrationen, der von einem kleinen Aktionsausschuß ausging (fast gleichzeitig fanden ähnliche Kundgebungen in Ostfriesland statt), würde kaum zu solchem Erfolg geführt haben, wenn nicht schon seit dem Sommer eine tiefe Unzufriedenheit mit den bestehenden berufsständischen Organisationen unter den Bauern um sich gegriffen und die Gemüter für die Parole der Einheitsorganisation der ganzen Landwirtschaft, vom Kätner bis zum Großgrundbesitzer, empfänglich gemacht hätte.

Daß es im Januar 1928 gelang, die schwerfälligen, besonnenen und zurückhaltenden schleswig-holsteinischen Bauern in solchen Massen auf die Straße zu bringen, daß mithin Bauern zu einem politischen Kampfmittel griffen, das bis dahin nur von den Arbeiterorganisationen angewendet worden war, zeigt, wie stark bereits die soziale Gärung und die Opposition gegen die bisherige Führung geworden war.

E. Einheitsorganisation des Land- und Bauernbundes

Einen greifbaren Erfolg hatten diese Demonstrationen zunächst nicht. Der Bauernverein verhielt sich scharf ablehnend, der Landbund ließ sich in der nach Berlin entsandten Abordnung vertreten und versuchte dann, mit Hilfe der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 in Schleswig-Holstein (auf dem Lande) aber nur 0,3% der Stimmen erhielt, die Bauernbewegung unter konservativer Führung zu halten. Diese Partei dürfte in der Tat ihren Hauptanhang unter dem Mittel- und Kleinbauerntum gefunden haben, das sich bereits in scharfer Opposition zu den Deutschnationalen befand¹.

Die Einheitsbewegung verlief nun in zwei Bahnen: in der vom Landbund begünstigten Landvolkbewegung und im Bauernbund, der sich im Sommer 1928

¹ Schon bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer Anfang 1929 hatte der Landbund eine Niederlage dadurch erlitten, daß ein Dithmarscher Bauer zum Präsidenten und der frühere Geschäftsführer des Bauernvereins zum Direktor der Landwirtschaftskammer gewählt und der langjährige stellvertretende Präsident zum Rücktritt genötigt wurde. Damit war eine Forderung erfüllt, die schon 1927 in Kreisen des Bauernvereins erhoben worden war. Vgl. H. Buntzen-Langstedt: Ein Wort zum 3. Schleswig-Holsteinischen Bauernntag, in: Rendsburger Tageblatt v. 18. Juni 1927.

unter Führung der Bauern Max Tönnsen-Schaalby und Köhler-Buhnstorf, die dem Nationalsozialismus nahestanden, vom Bauernverein absaltete.

Diese neue Organisation war von unten herauf gewachsen, sie bildete die Provinzialvereinigung der Einheitsorganisationen, die in zahlreichen Kreisen durch Verbindung der Bauernvereinsgruppen mit den Landbundgruppen bereits entstanden waren. Der Landbundführung blieb schließlich nichts anderes übrig, als um die Wende des Jahres 1929¹ ihre stark zusammengeschmolzenen Organisationen mit dem neuen Verbands zum Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund zusammenzuschließen. Diese Organisation, in der numerisch die Bauern, zunächst aber an Einfluß die Großgrundbesitzer und ihr Anhang unter den Großbauern führend waren, war nun bestrebt, den „Rumpf“ des Bauernvereins ebenfalls zu sich hinüberzuziehen. Das ist zwar an dem Widerstand der Bauernvereinsführer in Schleswig-Holstein und vor allem in der Reichsleitung der Bauernvereine gescheitert, aber der Bauernverein war zur Einflußlosigkeit verurteilt, sobald Anfang 1930 die NSDAP ihn boykottierte.

Das Vorgehen des Landbundes gegen den Schleswig-Holsteinischen Bauernverein entspricht ganz der Taktik, die der Landbund überall im Reich gegenüber den selbständigen Bauernorganisationen eingeschlagen hat, außer in den katholischen Gegenden, wo die Bauernvereine selbst unter Leitung von Großgrundbesitzern standen.

Wohl gelang es dem Landbund, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehende regierungstreue Bauernorganisation zu zerschlagen, aber das eigentliche Ziel der Konservativen, die Bauernschaft in ihre politische Gefolgschaft zu bringen, wurde nicht erreicht, da in der neuen Einheitsorganisation die Nationalsozialisten die Oberhand hatten². Das Scheitern der konservativen Bestrebungen wurde wahrscheinlich mit herbeigeführt dadurch, daß die Landbundführung, während die Verhandlungen mit dem Bauernbund schwebten, jene Bauernunruhen begünstigte, die seit dem Herbst 1928 das Land erschütterten. Ihr unglücklicher Verlauf mußte den Landbund schwer diskreditieren.

F. Die Landvolk-Bewegung

Die ersten Anfänge der Landvolkbewegung fielen in den Sommer und Herbst 1928, als infolge der Zunahme der Zwangsversteigerungen eine Steuerstreikbewegung unter den Bauern einsetzte. Diese Strömungen benutzte ein Eiderstedter Bauer, Wilhelm Hamkens, um besonders in den Marschen unter den Bauern eine radikale Opposition gegen die Regierung zu entfachen. Die Bewegung ging also aus von den am meisten krisenempfindlichen Gebieten. Das Neue an ihr war die

¹ Die Vereinigung erfolgte im Dezember 1929; die Gründung des neuen Verbandes fand am 11. Januar 1930 statt.

² An dieser Machtverteilung änderte auch die Tatsache nichts, daß es dem Landbund Schleswig-Holstein gelang, dem Bauernbund den Spitzenanschluß beim Reichslandbund aufzunötigen.

radikale Ablehnung aller parlamentarisch-politischen Mittel und die Propaganda der direkten Aktion: Verweigerung der Steuerzahlung „aus der Substanz“, Verhinderung von Zwangsversteigerungen und von Pfändungen landwirtschaftlichen Inventars, Boykott aller Berufsgenossen, die sich unsolidarisch verhielten, Verweigerung der Zusammenarbeit mit dem „Verwaltungsapparat“ des gegenwärtigen Regimes. Die sich 1929 aus der Anwendung dieser Kampfmittel ergebenden Konflikte mit den Staatsorganen, die Massenverurteilung von Bauern, insbesondere ihrer beiden Führer (Hamkens und Claus Heim), wirkten weit über Schleswig-Holsteins Grenzen hinaus und beförderten die Entstehung ähnlicher Bewegungen in Oldenburg, Sachsen, Thüringen, Pommern, Ostpreußen, Hannover und Schlesien. In Schleswig-Holstein trugen sie dazu bei, im Bauerntum die Meinung zu bestärken, daß das gegenwärtige Regime der Feind der Landwirtschaft sei, daß der Bauer vom parlamentarisch-demokratischen Staat keinen Schutz erwarten könne, sondern vielmehr sich selbst gegen den Staat schützen müsse¹. Auf die herrenstolzen Marschbauern wirkte besonders der Einsatz von bewaffneter Polizei gegen ihre Demonstrationen in hohem Grade aufreizend und verbitternd, waren sie doch gewohnt, sich selbst als die herrschende Schicht und den Landjäger als ein Organ zum Schutze ihrer Rechte zu betrachten.

Die Landvolkbewegung verzichtete bewußt auf eine eigentliche Organisation; man befürchtete die Erlahmung der Aktivität und Kampflost unter dem Einfluß einer neuen Verbandsbürokratie. Als Organe zur Wahrnehmung der Schuldnerinteressen wurden im Frühjahr 1929 jedoch sogenannte „Nothilfe-Ausschüsse“ gegründet, an denen sich je nach den örtlichen Verhältnissen auch Landbundführer, Stahlhelmer und Nationalsozialisten beteiligten. In einigen Kreisen ging die „Nothilfe“ dazu über, offen zur Verweigerung der Beitragszahlungen an die Landwirtschaftskammer und andere Berufsorganisationen und zum Boykott der „blutsaugerischen Konzerne, großen Warenhäuser und Konsumvereine“ aufzufordern² und für sich gleichsam das Recht einer vom Volk getragenen revolutionären Gewalt in Anspruch zu nehmen. Als neben den passiven Widerstand einer Gruppe der Landvolkbewegung unter Claus Heim im Frühjahr 1929 eine terroristische Gruppe³ trat, die mit „demonstrativ“ gemeinten Bombenanschlägen gegen Finanz- und Landratsämter voring, zogen manche besonnene Bauern sich zurück. Auch die NSDAP hielt es für taktisch ratsam, von der Landvolkbewegung abzurücken. Nach einem der ersten schweren Zusammenstöße in Neumünster verbot Hitler in einer parteiamtlichen Verfügung den Mitgliedern der NSDAP jede Betätigung in der

¹ Vgl. den Beitrag von H. Lohse in: Schleswig-Holsteinischer Bauernbund, Nr. 5 v. 27. 4. 1929. Auch Luetgenbrune, a. a. O. – Eine ausführliche Darstellung der Landvolkbewegung jetzt auch bei Gerhard Stoltenberg: Die politischen Stimmungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918–1933. – Düsseldorf 1962, insbes. Kap. VI u. VII.

² Vgl. Jürgen Schimmelreiter (Pseud.): Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampf für Deutschlands Befreiung. – München 1929, S. 25f.

³ Vgl. dazu u. a. Herbert Volck: Rebellen um Ehre. – Berlin 1932, S. 233 ff.; E. v. Salomon: Die Stadt. – Berlin 1932 und Luetgenbrune, a. a. O.

Landvolkbewegung¹. Der Gauleiter in Schleswig-Holstein hatte schon im März 1929 in einem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß es der Partei, die sich alle Mühe gab, die Öffentlichkeit von ihren legalen Absichten zu überzeugen, sehr geschadet habe, daß man sie mit der Landvolkbewegung in Verbindung bringe.² Dabei stand im Hintergrund, daß die NSDAP zwar die Landvolkunruhen geschickt zu nutzen wußte, die Landvolkbewegung zugleich aber als Konkurrenz empfand.

Der Bauernverein hatte, als anläßlich der Verhinderung einer Viehpfändung in der Wilstermarsch die ersten Zusammenstöße zwischen Bauern und Polizei erfolgten, jede Stellungnahme vermieden, was ihm zweifellos sehr viel Ansehen kostete. Der Bauernbund dagegen hatte sich sofort auf die Seite der Bauern gestellt und eine Reihe von wirtschaftspolitischen Forderungen ganz nationalsozialistischen Charakters erhoben³. Als sich aber die Landvolkbewegung durch die Bombenleger und das Auftreten politischer Abenteurer zunehmend zu diskreditieren begann, nahm auch der Bauernbund öffentlich gegen sie Stellung, ohne jedoch faktisch die Fühlung zu verlieren. Die am 6. Oktober 1929 vom Bauernbund veröffentlichten „Grundsätze“ lassen diese Hinwendung zum Nationalsozialismus deutlich erkennen⁴.

Die Landvolkbewegung fand ihren Anhang hauptsächlich im südlichen Dithmarschen und in der Umgegend von Itzehoe, also im südlichen Holstein, augenscheinlich vorwiegend am Rande von Marsch und Geest und in den Flußmarschen; auf der holsteinischen Geest war das Dorf Hohn im Kreise Rendsburg eine Zeitlang ein Hauptstützpunkt der Bewegung. Diese Verbreitung war offenbar dadurch bedingt, daß die Bewegung sich z. T. auf den Tannenbergbund und auf den Stahlhelm-Westküste und die ihm angegliederten Organisationen stützte.

Zum Verständnis der Landvolkbewegung ist wichtig, daß ihr aktiver Kreis ganz überwiegend aus Männern bestand, die weder in der Kommunalverwaltung noch in berufsständischen Organisationen irgendwelche Ämter innehatten, die also durchweg nicht mit Verantwortung für irgendwelche größeren Körperschaften belastet waren. Die offiziellen Vertreter der Landwirtschaftsinteressen dagegen, vom Kammerpräsidenten bis zum Gemeindevorsteher, waren alle in irgendwelcher Hinsicht eingeschaltet in die Organisation des demokratisch-parlamentarischen Staates, einschließlich der Landbund- und Bauernvereinsführer, die natürlich mannigfache Verbindungen zu und Bindungen an die verantwortlichen Parteien hatten. Die Landvolkleute fühlten ganz richtig, daß alle diese Politiker nicht in der

¹ Schleswig-Holsteinischer Bauernbund Nr. 20 v. 10. August 1929, S. 2f.

² Die Blutnacht von Wöhrden und ihre Folgen (anonym). Itzehoe o. J. S. 8. „Durch die Unruhe der Landbevölkerung wurde einigen politischen Wirrköpfen ein zweifelhaftes Auftreten in der Provinz ermöglicht, sehr zur Freude der Juden und Judengenossen, die die Hitler-Bewegung mit den wenig klugen Taten dieser Leute identifizierten, die zum Teil Abenteurer, zu ihrem besseren Teil politisch unerfahrene Brauseköpfe waren und nicht nur Verwirrung in die Reihen der schleswig-holsteinischen Bauern brachten, sondern auch in einer ganzen Reihe von Fällen durch Unklugheit den Behörden leichte Handhabe zu immer schärferem Vorgehen gegen die Bauern gaben.“

³ Schleswig-Holsteinischer Bauernbund v. 20. 4. 1929.

⁴ Ebenda, v. 6. 10. 1929.

Lage und nicht geeignet sein würden, einen radikaleren passiven Widerstand durchzufechten. Sie selber, die kaum etwas zu verlieren hatten, jedenfalls nicht ein politisches Prestige zu riskieren brauchten, waren in dieser Hinsicht ungebunden.

Wir haben es hier mit einer der interessantesten Erscheinungen politischer Willensbildung in der Landbevölkerung zu tun: sie entstand aus einer gegen die Parteien und anerkannten landwirtschaftlichen Interessenverbände gerichteten Vereinigung radikaler Kreise aus allen konservativen Gruppen. Sowohl zur DNVP wie zum Landbund, zum Stahlhelm, Werwolf, Alldeutschen Verband und Ehrhardkreis, ebenso zum Tannenbergbund, zur Deutschvölkischen Freiheitsbewegung und zum radikalen Flügel der NSDAP bestanden persönliche Beziehungen. Den eigentlichen „Apparat“ der Bewegung bildeten Berufsrevolutionäre, die der „Organisation C“¹ nahe gestanden haben dürften, aber auch einige bäuerliche Führer, vor allem Claus Heim.

Für die NSDAP war die Landvolkbewegung zunächst ein Konkurrent. Andererseits aber war ihre politische Stoßkraft von vornherein dadurch begrenzt, daß ihre Führer niemals daran gedacht hatten, selbst die Macht im Staate zu ergreifen, sondern ihre Aufgabe allein in der Erschütterung des bestehenden Regimes sahen, sei es durch bloßen passiven Widerstand, sei es durch gewaltsame Einschüchterung von Staats- und Kommunalbeamten, äußerstenfalls durch Bombenattentate. Eine straffe Organisation, wie die NSDAP sie erstrebte, lehnten die Landvolkleute gerade ab, einesteils, weil man bürokratisches Erstarren fürchtete, andererseits, weil man so polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen leichter zu entgehen hoffte, endlich, weil man aus der Not eine Tugend machen und mit der Tatsache rechnen mußte, daß eine feste Bindung breiter Bauernmassen an diese radikale Bewegung nicht zu erreichen sein würde. Die lockere Form ermöglichte es, Beziehungen zu den verschiedenartigsten rechtsgerichteten Verbänden zu unterhalten, die ihrerseits eine lose Bewegung dulden konnten, während sie eine regelrechte Organisation als Konkurrenz bekämpft haben würden. Den Konservativen erschien die Landvolkbewegung vorzüglich als eine Stoßtruppe geeignet, eben dies aber verschärfte noch deren Rivalität zur NSDAP.

Ideologisch bestand dagegen zwischen der Landvolkbewegung und dem Nationalsozialismus engste Verwandtschaft². Und es kam deshalb, soweit bekannt, auch nicht vor, daß die Landvolkführer oder ihre Presse die NSDAP zur Zielscheibe schwerer Angriffe gemacht hätten. Als die Bewegung zusammenbrach, gingen ihre Anhänger ganz überwiegend zur NSDAP über. Mit dem Zusammenbruch dieser Schuldnerrevolte war die Aussichtslosigkeit politischer Sonderaktionen der Bauern erwiesen: sie hatten nicht genug Kraft entfalten können, um die öffentliche Meinung der Städte und der anderen ländlichen Schichten für sich zu gewinnen und zu mobilisieren. Der NSDAP aber standen nun um so mehr Tür und Tor offen. Sie konnte

¹ C für „Consul“; es war dies die Geheimorganisation, die u. a. für die Ermordung Walther Rathenau's verantwortlich war.

² W. Hamkens pflegte als Fernziel der Bewegung die Errichtung des Dritten Reiches zu verkünden.

in die Bresche treten, die durch den Zusammenbruch der Landvolkbewegung und die dadurch bedingte Schwächung des Landbundes und der Konservativen in der gegen das „System“ gerichteten Front entstanden war. Auf dem Lande verbreitete sie sich vor allem durch den Bauernbund, der den Bauernverein sehr bald völlig verdrängte. Nach dem Mißerfolg sowohl des alten Typus' landwirtschaftlicher Interessenvertretungen als auch des neuen Versuchs spontaner direkter Aktion wurde dem Nationalsozialismus durch den Bauernbund der Weg zu den bäuerlichen Wählern geebnet. Das zeigte der große Erfolg bei den Wahlen vom 14. September 1930.

3. Der Aufstieg der NSDAP

Wie fast überall nahm die NSDAP auch in Schleswig-Holstein ihren Ausgang zunächst von den Städten. Nur wenige Männer, wie der spätere Gauleiter Hinrich Lohse, der selber aus dem Geestdorfe Mühlenbarbeck im Kreise Steinburg stammt, setzten schon frühzeitig auf die Möglichkeit, die Bauern für den Nationalsozialismus zu gewinnen, und organisierten die Landagitation. Die Erfolgsaussichten waren dafür zunächst ungünstig: Form und Inhalt des Nationalsozialismus schienen dem Charakter des schleswig-holsteinischen Landvolks unangemessen zu sein. Adolf Hitler, der im Frühjahr 1929 nach einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten selbst in Heide in Dithmarschen bei einer außerordentlich erfolgreichen Großkundgebung der NSDAP sprach, bemerkte nachträglich: man habe ihm oft einreden wollen, der Nationalsozialismus werde in Niedersachsen keinen Boden finden, er aber habe das immer bestritten und habe Recht behalten¹.

Die Organisation der NSDAP auf dem Lande faßte zunächst auf der holsteinischen Geest Fuß und verbreitete sich erst sehr viel später in den östlichen Landesteilen. Eines der ältesten und stärksten Zentren war der an einer Hauptbahnstrecke gelegene Flecken Albersdorf auf der Dithmarscher Geest². Im Jahre 1929 bestanden auf der Süderdithmarscher Geest schon mindestens 18 Ortsgruppen, dagegen in den Marschen nur etwa 5, deren Mitgliederzahlen auch geringer waren als in den Geestdörfern. Auf der schleswigschen Geest begann die Parteiorganisation sich erst um 1930 auszubreiten³. Am spätesten wurde das schleswigsche Hügelland organisatorisch durchdrungen.

Der Beginn der nationalsozialistischen Agitation unter den schleswig-holsteinischen Bauern fiel ungefähr zusammen mit den ersten Vorzeichen der Agrarkrise. Ein Aufsatz von Hinrich Lohse über den Nationalsozialismus und die deutsche Landwirtschaft, der im Jahrbuch der NSDAP für 1927 veröffentlicht wurde, enthält

¹ Vgl. die Blutnacht von Wöhrden . . . a. a. O., S. 24.

² Führer der Bewegung war hier ein Tierarzt, der aber später in einen scharfen Konflikt mit der Parteileitung geriet und dann zum Tannenbergbund überging.

³ Das Kirchspiel Ostenfeld und das Dorf Viöl werden als Ausgangspunkte der Bewegung in dieser Gegend bezeichnet.

bereits alle wesentlichen Argumente, auf die sich die frühe nationalsozialistische Werbung unter den ländlichen Wählern stützte: Die Lage der deutschen Landwirtschaft, so heißt es dort, verschlechtere sich von Jahr zu Jahr. Die „internationale Hochfinanz“ habe dieses letzte Bollwerk nationalpolitischer und nationalwirtschaftlicher Selbständigkeit unter Trommelfeuer genommen, um die noch vorhandene Widerstandskraft zu brechen. Durch die ungünstigen Handelsverträge, welche „eine sogenannte deutsche Regierung“ mit einigen anderen Staaten abgeschlossen habe, sei die Rentabilität der Landwirtschaft in Frage gestellt; insbesondere gewährten die Zölle von 1925 der Viehzucht und Fleischproduktion keinen Schutz, jedenfalls nicht gegen den Import von Gefrierfleisch, der geradezu begünstigt werde, indem man z. B. einer englischen Importfirma den Bau eines Kühlhauses in Altona gestattet habe. Im Reichstag werde sich keine Mehrheit für Fleischschutzzölle finden. Außerdem sei das „internationale jüdische Finanzkapital“ in der Lage, durch seinen Einfluß auf die Reichsbahnfrachttarife etwaige Zölle zu kompensieren. Die Absicht sei, erst die deutsche Fleischproduktion, dann den Getreidebau zu vernichten, um einerseits der ausländischen Landwirtschaft ein Monopol zu verschaffen, andererseits um das deutsche Volk ernährungswirtschaftlich und politisch abhängig zu machen, und zur Erfüllung der „Dawesfron“ zu zwingen. Die sozialistischen Parteien trieben daher nur Tagespolitik, wenn sie im Interesse der Konsumenten Agrarschutzzölle ablehnten. Auch die wirtschaftspolitischen Führer der Landwirtschaft, die fast ausschließlich den liberal-kapitalistischen Ideen huldigten, hätten die Gefahr noch nicht voll erkannt. In der Deutschnationalen Volkspartei aber habe der linke Industrieflügel, der mit dem internationalen Finanzkapital stark verschwägert sei, restlos gesiegt. Die in landwirtschaftlichen Kreisen vielfach geforderte Beschränkung auf rein wirtschaftspolitische Betätigung, oder gar die Gründung einer rein landwirtschaftlichen Partei, sei „ein Unding, solange im parlamentarischen Deutschland der internationale Finanzkapitalismus regiert“. Nicht Interessenpolitik sondern nur ein starker Volksstaat, der den internationalen Kapitalismus zur Strecke bringe, könne der Landwirtschaft helfen. Der Artikel schließt mit einem Aufruf zur Einigung, zur Abwendung vom materialistischen Zeitgeist und zu energischem Handeln. „Wann treten die Jungbauern an der Seite des deutschen Arbeiters an, um das Erbe der Väter auf den Barrikaden der nationalen und sozialen Revolution zu verteidigen?“

Da der Artikel vor dem Einsetzen der Kreditkrise geschrieben wurde, ist von der Verschuldung, die später eine große Rolle in der nationalsozialistischen Landagitation spielte, hier noch nicht die Rede; nur die drückende Steuerpolitik wird erwähnt.

Die taktische Lage der NSDAP gegenüber den Parteien, welche das parlamentarisch-demokratische Regime stützten, wurde mit zunehmender Verschlimmerung der Krise und je mehr die staatliche Agrarpolitik versagte, immer günstiger. Alle an der Wirtschaftspolitik des parlamentarischen Regimes verantwortlich beteiligten Parteien waren geneigt, die Tragweite und die Dauerhaftigkeit der Wirtschaftskrise zu unterschätzen und deshalb bei der Bearbeitung der öffentlichen Meinung

eine optimistische Tonart anzuschlagen. Die Nationalsozialisten taten das Gegenteil und knüpften daran die Forderung eines grundsätzlichen Wandels des politischen Systems, da nur durch eine völlig neue Wirtschaftspolitik die Krise überwunden werden könne. Auch im Provinziallandtag, in den am 17. November 1929 sieben Abgeordnete der NSDAP gewählt waren, nahmen diese eine intransigente Haltung ein. „Ich will Ihnen sagen“, rief der Kreisleiter von Eiderstedt, der Rechtsanwalt und Hofbesitzer Otto Hamkens, den Regierungsparteien zu, „es ist nicht nur dieses Jahr ein Notjahr, sondern es werden weitere Notjahre folgen und dann werden Sie mit Ihrem Latein am Ende sein . . . Wir stehen dem heutigen Etat kühl bis ans Herz gegenüber. Wir gehen nicht in die kommunalen Körperschaften, um positive Mitarbeit zu leisten. Es gibt nur eins, und das ist, daß man seine Mitarbeit darauf einstellt, dieses System zu beseitigen. Dann erst können wir Aufbauarbeit treiben!“¹ Durch ihre fanatische Unerbittlichkeit grub die NSDAP auch ihrem gefährlichsten Konkurrenten, den Deutschnationalen, das Wasser ab.

Namentlich die jüngere Generation ging entweder unmittelbar zu den Nationalsozialisten über oder zunächst zu den jungkonservativen Gruppen. Von diesen hat in Schleswig-Holstein nur die bäuerliche und westdeutsche Landvolkpartei einige Bedeutung erlangt. Sie erhielt am 14. September 1930 auf dem Lande fast 30 000 Stimmen oder 10,7% der gültigen Stimmen.

Das Bemühen führender Kreise im schleswig-holsteinischen Landbund, den Übergang der bäuerlichen Wähler zu den Nationalsozialisten durch Unterstützung der Landvolkpartei aufzuhalten, blieb jedoch auf die Dauer vergeblich. Die jungkonservativen Kreise in der bäuerlichen Schicht dürften um 1930 schon dem Nationalsozialismus näher gestanden haben als dem von Großgrundbesitz und Großkapital getragenen nur durch den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mit einem Schuß sozialpolitischer Gesinnung gemilderten Unternehmerkonservatismus der Deutschnationalen. Hugenbergs Regiment trug zur weiteren Entfremdung von der DNVP bei. Alte bäuerliche Antipathie gegen den preußischen Konservatismus verband sich im neupreußischen Schleswig-Holstein mit den antikapitalistischen Stimmungen des „neuen Mittelstandes“.

So kam es, daß auch der Bauernbund nicht das gefügte Werkzeug deutschnationaler Landbundführer wurde, sondern Vortrupp des Nationalsozialismus auf dem Lande. Seine Führung lag von vornherein bei Männern, die – nach dem Zusammenbruch der Mittelparteien – dem Nationalsozialismus näher standen als dem Konservatismus. Das wird verständlich, wenn man bedenkt, daß die etwa 37 600 Mitglieder des Bauernbundes, besonders aber seine Führer, doch im wesentlichen dieselben Männer waren, die seit 1918 in der Landespartei, in der DDP, in der DVP und auch in der völkischen Bewegung im Kampf gegen die Deutschnationalen gestanden hatten. Was sie zu einem zeitweisen Bündnis mit dem Landbund und der Deutschnationalen Volkspartei geneigt gemacht hatte, war lediglich die Ab-

¹ Verhandlungen des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages vom 1. bis 3. 4. 1930, S. 29.

lehnung des parlamentarisch-demokratischen Systems, von dem sie annahmen, daß es in einer hochindustriellen Gesellschaft niemals dem Landvolk entscheidenden Einfluß auf die Staatsleitung gewähren könnte, gegenüber den beiden großen Blöcken der Industriearbeiter und der gewerblichen und kommerziellen Unternehmer.

Anfang März 1930, also nach dem Verebben der zweiten Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein, in einem Moment, als das Vertrauen der Bauern zu den alten Parteien schon weitgehend erschüttert war, trat die NSDAP mit ihrem neuen Agrarprogramm hervor¹. Es schlug im einzelnen vor: Wiederherstellung der Rentabilität durch Senkung der Produktionskosten (Zinssenkung, Preissenkungen für Kunstdünger und Elektrizität), durch Minderung der Zwischenhandelsgewinne, Schutzzölle, Vereinfachung und Minderung der Steuerlasten für landwirtschaftliche Betriebe, Senkung der Bodenpreise. Auch der Vorschlag zur Lösung der Lohnfrage (feste Eingliederung der Landarbeiter in die bäuerliche Berufsgemeinschaft mittels sozial gerechter Arbeitsverträge), der sich gegen die aus der industriellen Sozialpolitik übernommenen Tarifverträge in der Landwirtschaft richtete, konnte Bauern und Gutsbesitzer nur günstig stimmen, ohne die Landarbeiter vor den Kopf zu stoßen, zumal das Programm die Ausschaltung der Konkurrenz ausländischer Saisonarbeiter, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse forderte und Aufstiegsmöglichkeiten durch Siedlung in Aussicht stellte. Durch die Formel „gesundes Verhältnis von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben“ (Punkt 6) rückte die NSDAP vom agrarrevolutionären Radikalismus ab. Vor allem aber enthielt das Programm das klare Versprechen, daß die Landwirtschaft im nationalsozialistischen Staate als erster Stand gelten und demgemäß energische Förderung seitens der nationalsozialistischen Regierung erfahren werde. Mochten die Bauern, insbesondere in den Gebieten hochentwickelter kapitalistischer Marktproduktion – wie Eiderstedt, Dithmarschen – mancherlei Bedenken haben hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Individuum im Nationalsozialismus, so blieb für ihre politische Entscheidung maßgebend, daß die NSDAP sich energischer als jede andere Partei für die bäuerlichen Interessen einsetzte, daß die Führung der Partei in Schleswig-Holstein in Händen von Männern lag, die entweder selbst Bauern waren oder doch aus ländlichen Familien stammten, und schließlich die ausschlaggebende Erwägung, daß im nationalsozialistischen Staat die Bauernschaft jedenfalls einen so wichtigen Machtfaktor darstellen werde, daß sie im Stande sein würde, diesen Staat nach ihrem eigenen Willen zu gestalten².

Sehr wichtig für die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande war es, daß die NSDAP seit Herbst 1928 über eine eigene Zeitung, die in Itzehoe erscheinende Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, verfügte, die vor allem auf dem Lande Verbreitung fand; im Frühjahr 1930 vollzog auch die Kieler Zeitung die

¹ Alfred Rosenberg: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. Das Programm erweitert durch die Agrarpolitik. 101.–120. Tausend. – München 1930.

² Zusatz 1962. Dies kam u. a. in Gesprächen mit nationalsozialistischen Bauern in Dithmarschen zum Ausdruck.

Schwenkung zur NSDAP, freilich mit einer gewissen, aus Rücksicht auf ihre zahlungsfähigsten Inserenten gebotenen Vorsicht.

Die Wahlen zum Provinziallandtag am 17. November 1929 brachten zum ersten Male Stärke und regionale Verteilung der Nationalsozialisten zum Ausdruck: von 61 Mandaten erhielten die Nationalsozialisten sieben, von diesen waren fünf in Wahlbezirken an der Westküste gewählt worden und einer in Altona. Der Stimmzahl nach standen die nationalsozialistischen Kandidaten in den beiden Dithmarschen an der Spitze. Der oldenburgische Landesteil (Fürstentum) Lüneburg wurde mit dem Eintritt der NSDAP in die oldenburgische Landesregierung ein Hauptstützpunkt der Bewegung; von hier aus wurde die Agitation in Ostholstein betrieben.

Anfang Juli 1931 tat die Parteiführung der NSDAP einen entscheidenden Schritt, indem sie die Nationalsozialisten zum Eintritt in den Land- und Bauernbund¹ aufforderte, in „diese große Organisation“, in der nach Adolf Hitlers Worten „unbedingt wertvolle Kräfte“ arbeiteten, die „auch im Dritten Reich gute Mitarbeit würden leisten können, wenn sie an richtiger Stelle angesetzt würden“². Damit war einerseits von der NSDAP der Land- und Bauernbund als bündnisfähige Organisation anerkannt, andererseits aber auch der Kampf um den entscheidenden Einfluß im Landbund eröffnet³, nachdem die unteren Stellen schon mit Parteigenossen besetzt waren.

Die Hinwendung der schleswig-holsteinischen Bauern zum Nationalsozialismus wurde wahrscheinlich dadurch begünstigt, daß die „Grüne Front“ unter dem Einfluß der ostelbischen Großgrundbesitzer die Futtermittelpolitik des deutschnationalen Reichslandwirtschaftsministers Schiele unterstützte, die den Interessen der schleswig-holsteinischen Veredelungswirtschaft zuwider lief⁴. Sowohl die Schweinemäster als auch die viehzüchtenden Geestbauern wurden dadurch benachteiligt. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe wurden besonders getroffen⁵ und sie stellten den Hauptanhang der Nationalsozialisten. Aus demselben Grunde trat auch der Bauernverein unter Führung des einstigen Landesparteilers Iwersen-Munkbrarup im Sommer 1931 aus dem der grünen Front angeschlossenen Spitzenverband der deutschen Bauernvereine aus⁶, was zu weiteren Spannungen im Bauernverein

¹ Eine Vereinbarung zwischen der Gauleitung der NSDAP und dem Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund vom 20. 8. 1931 schuf die organisatorische Voraussetzung. Eine entsprechende Verbindung wurde im Dezember 1931 mit dem Nordwestdeutschen Handwerkerbund hergestellt, was für das Vordringen der NSDAP in den Land- und Kleinstädten wichtig war.

² Schleswig-Holsteinischer Bauernbund vom 5. 7. 1931, S. 3.

³ Darzustellen, wie dieser Angriff im einzelnen durchgeführt wurde, muß dem Historiker überlassen bleiben. Wir besitzen eine sehr anschauliche Schilderung der Kämpfe zwischen NSDAP und Landbund in Hessen: Schmahl-Seipel: *Entwicklung der völkischen Bewegung*. – Giessen 1933; ferner Johann Dorner: *Bauernstand und Nationalsozialismus*. Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 15, 2. Aufl. 1930., S. 50ff.

⁴ Vgl. Niehaus, a. a. O.

⁵ Ebenda und oben Kap. III/2.

⁶ Vgl. Schleswig-Holsteinischer Bauernbund v. 5. 7. 1931, Nr. 27, S. 2.

führte; Iwersen zog sich schließlich von der Organisation des Vereins zurück¹, um so mehr aber beanspruchte und erlangte der stark nationalsozialistisch infiltrierte Land- und Bauernbund nunmehr ein Monopol auf alle Selbstverwaltungs- und Organisationsämter in der Provinz². Bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Oktober 1931 stellte er bereits 31 von 35 Vertretern.

Dieser Taktik der Eroberung von innen, welche die NSDAP auch in den Organisationen des gewerblichen und kommerziellen Mittelstandes anwandte, ist der überwältigende Wahlerfolg im Sommer 1932 ganz wesentlich zuzuschreiben.

Im Herbst 1931 – nach dem Bankenkrach und unter dem Eindruck verschärfter Kreditknappheit auf der einen, sinkender Preise auf der anderen Seite – setzte nun eine neue Welle der direkten Aktion ein: Steuer- und Zinsstreik, Verhinderung von Zwangsversteigerungen – eine Bewegung, die so drohend wurde, daß Land- und Bauernbund und NSDAP sich veranlaßt sahen, sie abzufangen. Die Kreisbauernbünde betrieben jetzt selbst die Bildung von Selbsthilfeorganisationen. In der ganzen Provinz wurden auf Veranlassung des Land- und Bauernbundes am 10. Oktober 1931 etwa 1000 Versammlungen abgehalten, in denen sich die Teilnehmer dorfwweise zu „Schicksalsgemeinschaften“ zusammenschlossen, als deren Hauptaufgabe die Verhinderung von Zwangsversteigerungen und die Erlangung eines Moratoriums bezeichnet wurde. Es blieb aber nicht bei bloßen Erklärungen. Ende Oktober 1931 gelang es einer demonstrierenden Menge von etwa 1000 Bauern aus den Elbmarschen und Geestbezirken des südlichen Holsteins, die Zwangsversteigerung eines Geestbauernhofes im Kreise Steinburg zu verhindern. Schließlich wurde im November 1931 in Verbindung mit dem Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbund eine „landwirtschaftliche Besitzschutzgenossenschaft e.G.m.b.H. mit dem Sitz in Kiel gegründet³. Sie war bestrebt, Vereinbarungen zwischen Landwirten und ihren Gläubigern herbeizuführen und stellte sich später auch in den Dienst der 1933 von Hugenberg geplanten Entschuldungsaktion. Damit war also der Weg zur „Legalisierung“ und Zentralisierung einer Bewegung beschritten, die seit vier Jahren immer wieder im Lande aufgeflackert war.

Die Kundgebungen und Entschlüsse, welche in den Versammlungen am 10. Oktober 1931 stattfanden, geben sehr guten Aufschluß über die Stimmung der Bauernschaft und über ihre wichtigsten Forderungen. In der Erklärung des Kreisbauernbundes Süderdithmarschen heißt es: „Noch nie war die Lage der Landwirtschaft an der Westküste so ernst wie heute. Früher gingen die Untüchtigen und Leichtsinnigen Konkurs, heute gehen auch, und zwar in noch viel größerer Zahl, die Höfe Konkurs, deren Besitzer fleißig und tüchtig wirtschafteten und anspruchslos lebten, die nur den Fehler begangen haben, zu glauben . . . daß uns vorwärts bringen würde, was man uns an guten Ratschlägen aus Studierstuben und vom grünen Tisch der Verwaltung vorredete und vorrechnete von Intensivierung,

¹ Ebenda, 12. 7. 1931.

² Vgl. Erklärung der Süder-Dithmarschener „Schicksalsgemeinschaft“; ebenda, 25.10.1931.

³ Bei ihrer Liquidation im Mai 1934 hatte sie ca. 3100 Mitglieder.

Rationalisierung, Produktionsvermehrung und Qualitätsverbesserung . . . Unsere Betriebe sind durch die niedrigen Preise landwirtschaftlicher Produkte und den erhöhten Zinsdruck . . . in ihrem Werte auf die Hälfte des Vorjahres gesunken . . . 50% müssen heute ihre Zahlungsunfähigkeit erklären . . . Milchwirtschaft, Rinder- und Schweinemast, Ferkel- und Kälberaufzucht und Gemüsebau – kein Betriebszweig liefert heute noch eine Rente . . . Die Polypenarme des internationalen Finanzkapitals zeigen sich in letzter Wirkung durch alle Banken und Sparkassen. “ Deshalb sei man zusammengekommen, um durch Zusammenfassung aller Kräfte mitzuhelfen, „daß auf den Trümmern eines abgewirtschafteten Systems . . . ein neues Reich jugendlicher Kraft entstehe, in dem ehrliche und fleißige Arbeit mehr Recht erhält als heute. Dazu gehört bei uns selber Beseitigung kleinlicher Hemmungen, der Selbstsucht und Eigenbrötelei. Wir sind lange genug zersplittert geblieben aus falsch verstandener Betonung unseres Königtums auf dem Hofe . . . Wir können es uns nicht mehr leisten, daß der eine ohne Rücksicht auf das Schicksal des anderen lebt . . . So kommen wir einer nach dem anderen an den Bettelstab . . . “ Deshalb hätten sich 65 000 Landwirte zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen, als deren Ziele verkündet werden: Verhinderung der Zwangsversteigerungen durch Beseitigung ihrer Ursachen, und zwar: „1. schärfste und radikale Zinssenkung, 2. Grenzsperr durch Devisenverweigerung für Lebensmittel, die zur Genüge im eigenen Lande erzeugt werden, 3. Beseitigung der ungesunden Handelsspanne, 4. Drosselung sozialer, staatlicher und anderer Überlastungen jeder Art unter Anpassung an die Leistungsfähigkeit des Berufsstandes, 5. Beseitigung der untragbaren politischen Auslandsforderungen, 6. Gewährung einer hinreichenden Stillhaltesumme bis zur Verwirklichung betrieblicher Rentabilität.“¹

Ende 1931 stand also ganz eindeutig das Schuldenproblem im Vordergrund des Bewußtseins. Psychologisch sehr aufschlußreich und für das Verständnis der politischen Entwicklung wichtig ist die Verleugnung der traditionellen individualistischen Marschbauernideologie vom „Königtum auf dem Hofe“ und die bittere Enttäuschung über den Fehlschlag der fortschrittlich-kapitalistischen Betriebsführungsmethoden, die unmittelbar nach dem Kriege zur Zeit des Warenhungers von den amtlichen und genossenschaftlichen Organen der deutschen Landwirtschaft propagiert worden waren. Das waren Anzeichen einer tiefgreifenden Wandlung der Denkungsart: der ökonomische Liberalismus hatte für diese Menschen seinen Sinn verloren. Dementsprechend gestaltete sich auch die Taktik der „Schicksalsgemeinschaften“: Schutz wird nur dem zuteil, der sich in die gemeinsame Kampffront stellt; wer es nicht tut, wird als Verräter am Berufsstande mit wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Boykott bedroht. Solidarisches Verhalten bei Zwangsversteigerungen wird jedem Berufsgenossen zur Pflicht gemacht. Aber jeder, der ohne Gefährdung seiner Existenz dazu in der Lage ist, soll seinen Schuldverpflichtungen nachkommen; in erster Linie gegenüber den eigenen Arbeitern und den Berufsgenossen.

¹ Vgl. Schleswig-Holsteinischer Bauernbund v. 8. 11. 1931, Nr. 45.

Durch den Land- und Bauernbund, die „Schicksalsgemeinschaften“, die Parteiorganisation der NSDAP und die SA gelang es bis zum Sommer 1932, die Mehrheit der Landbevölkerung einschließlich des ländlichen Kleinbürgertums für den Nationalsozialismus zu gewinnen.

Abseits standen im Sommer 1932 eigentlich nur noch die ältere Generation der Großgrundbesitzer (die jüngere war ebenfalls zum großen Teil bereits nationalsozialistisch gesinnt) und die reicheren und daher besonders angesehenen Großbauern, sowie Teile der ländlichen Arbeiterschaft, vor allem in den Gebieten starker Standesunterschiede und Klassengegensätze, wo SPD, KPD noch bedeutenden Anhang hatten¹. In den Gebieten mit weniger ausgeprägter Differenzierung der sozialen Schichten war es den sozialistischen Parteien nicht gelungen, die ländliche Arbeiterschaft zu halten oder gar ihren Wählerkreis zu erweitern. Sie befanden sich auf dem Lande seit 1924 in der Defensive. Die Sozialdemokratie war als städtisch-industrielle Lohnarbeiterpartei bei der Landagitation in taktisch sehr ungünstiger Lage. Aus früheren Zeiten stärkerer dogmatischer Gebundenheit haftete ihr noch immer das Odium bewußter Bauernfeindlichkeit an.

Tatsächlich verstand es die Partei auch wenig, durch eindrucksvolle Äußerungen diese Widerstände zu überwinden. Ihre Abgeordneten im Provinziallandtag machten keinen ernsthaften Versuch, sich von den Antithesen Stadt – Land, Konsumenten – Produzenten zu lösen und die Bauern bei ihren eigenen Interessen zu packen².

Dagegen suchten die Kommunisten durch Aufzeigung der Interessengegensätze innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht nur die Landarbeiter, sondern auch Siedler, Kleinbauern, Kätner und Fischer³ für sich zu gewinnen und die mittleren und kleineren Bauern zu „neutralisieren“. Sie kritisierten insbesondere die Geschäftsführung der Siedlungsunternehmen, denen sie vorwarfen, mit den zur Landabgabe verpflichteten Großgrundbesitzern unter einer Decke zu stecken⁴. Es gelang ihnen denn auch, in einigen Gemeinden unter Siedlern und Bauern zeitweiligen Anhang zu gewinnen.

Weit unbedenklicher als die SPD stellte die KPD ihre Agitation auf die Interessenrichtung der Bauern ein, etwa in dem sie die gute Konjunktur der Industrie im Jahre 1927/28 mit der Notlage der Landwirtschaft und des Mittelstandes verglich: „Das Jahr 1927 war ein Jahr der Hochkonjunktur, und dieses Jahr heißt einerseits Diktatur der industriellen und großhändlerischen Spitzenverbände und andererseits die Not der Landwirtschaft.“⁵ Auch suchten sie die Interessen der

¹ Vgl. Kapitel III.

² Vgl. Provinzial-Landtagsverhandlungen 1928, S. 86: „Die Not der Landwirtschaft kann nicht dadurch behoben werden, daß man die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung durch Einfuhrbeschränkungen verschlechtert. Wir müssen uns daher den Forderungen, die aus den Kreisen der Landwirtschaft so oft ertönen, mit aller Schärfe entgegensetzen.“

³ Provinzial-Landtagsverhandlungen 1928, S. 93.

⁴ Ebenda, S. 87.

⁵ Ebenda 1928, S. 47. Im Aktionsprogramm der KPD von 1927 war die Anweisung zu solcher Taktik gegeben, indem ausgeführt wurde, daß „der Schutzzoll der Junker, die Willkür

Veredelungswirtschaft gegen die des Getreidebaus und der Industrie auszuspielen, so wenn sie 1928 einen führenden volksparteilichen Abgeordneten aus Schleswig-Holstein angriffen, weil er im Reichsrat für die Erhöhung des Maiszolles gestimmt habe. Da sie keine Verantwortung trugen, konnten sie rein agitatorische Forderungen stellen, wie die Niederschlagung aller Steuerrückstände aus den Jahren 1924 bis 1926. Dennoch haben offenbar die kommunistischen Bauernorganisationen „Notgemeinschaft schaffender Landwirte“ und „Reichsbauernbund“, die im Jahre 1931/32 im Hannoverschen und in Ostfriesland einigen Boden gewannen, in Schleswig-Holstein wenigstens unter den Bauern keinen nennenswerten Anhang gefunden.

Bekannt ist, daß sich 1931/32 am Westrande der Geestinsel südlich von Itzehoe unter dem Einfluß des früheren Landvolk-Redakteurs Bruno v. Salomon ein kommunistisches „Bauern- und Arbeiter-Aktionskomitee“ bildete, das den Schicksalsgemeinschaften des Land- und Bauernbundes den Wind aus den Segeln zu nehmen suchte. – Auch dürfte es in einzelnen Fällen in den Jahren 1931/32 den Kommunisten gelungen sein, sich in die Widerstandsaktion gegen Vollstreckungsbeamte einzuschalten, unter anderem, indem sie einzelne verschuldete Bauern durch Kredite vor der Zwangsversteigerung bewahrten.

Im ganzen bestanden aber für die kommunistischen Bestrebungen zur Herstellung einer gemeinsamen Front der mittleren und kleinen Bauern mit der Landarbeiterschaft und dem Industrieproletariat gegen Großkapital und Großgrundbesitz in Schleswig-Holstein besonders ungünstige Voraussetzungen. Einerseits fehlte hier eine breite Schicht ärmlicher und von dem Bewußtsein eines wirtschaftlichen und politischen Bedrücktseins erfüllter halbproletarischer Bauern, wie sie die kommunistische Taktik voraussetzte, andererseits war, im ganzen genommen, die Landarbeiterschaft zu seßhaft und überdies durch Besitz oder Miete von Haus und Gartenland, oder durch Zuweisung von Haus und Acker (wie bei den Insten) zu bodenverbunden, als daß kommunistische Gedanken bei ihnen viel Anklang hätten finden können. Dem Streben der Landarbeiter nach Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen diente vor allem der der SPD nahestehende freigewerkschaftliche Landarbeiterverband, der sich in scharfen Gegensatz zur KPD stellte und nicht davor zurückschreckte, kommunistisch beeinflusste Ortsgruppen – wie die in dem Dithmarscher Flecken Wesselburen – auszuschließen. Nur in denjenigen ländlichen Bezirken, in denen die Besitzunterschiede besonders schroff und die Aufstiegsmöglichkeiten sehr ungünstig waren, gelang es der KPD organisatorische Erfolge zu erzielen. Das waren namentlich die Insel Fehmarn und die ostholsteinischen Gutsbezirke, sowie einige größere Ortschaften in den Marschen. Auch in einigen Dörfern in der weiteren Umgebung von Groß-Hamburg entstanden – vielleicht im Zusammenhang mit der Abwanderung aus der Großstadt – nennenswerte Ortsgruppen. Während die SPD auch nach der Stabilisierung der Mark (1924) noch zeitweise mehr als

des Trustkapitals“ dem kleinen Bauern alle Gegenstände des täglichen Bedarfs sowie das Saatgut, die Futter- und Düngemittel und die Agrargeräte verteuere.

ein Viertel der ländlichen Stimmen erhielt, blieben die kommunistischen Stimmanteile unbedeutend¹. Die Zahl von 19 800 KPD-Stimmen, die bei den Maiwahlen 1924 auf dem Lande abgegeben wurden, wurde auch bei den Juliwahlen 1932 nicht wieder erreicht.

Weder die sozialistischen noch die alten bürgerlichen Parteien verfügten also im Sommer 1932 über einen starken Anhang in den breiten Massen der Landbevölkerung. Stattdessen kam es zu einem überwältigenden Wahlsieg der NSDAP; sie erhielt auf dem Lande mehr als 60% der Stimmen – die DNVP dagegen nur 8%, die beiden sozialistischen Parteien zusammen nicht ganz 25% (während sie in den Städten noch fast 45% erreichten).

Die werbende Kraft der NSDAP beruhte nicht allein auf der unerbittlichen Opposition gegen das „System“ – darin gaben ihr die Deutschnationalen, seit Hugenberg die Parteiführung übernommen hatte, nichts nach. Ausschlaggebend waren aber auch nicht die konkreten wirtschaftspolitischen Forderungen, Agrarschutzzölle, Zinssenkung, Verweigerung der „Tribute“, Senkung der öffentlichen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke usw. Diese wurden auch von anderen Parteien erhoben, etwa der Landvolkpartei, dem Christlich-sozialen Volksdienst und der Wirtschaftspartei, welche die kleinbäuerlichen Interessen gegenüber dem Großkapital vertraten. Aber keine dieser Parteien hat eine solche Wirkung in die Breite erzielen können wie die NSDAP.

Die Wirkung der NSDAP beruhte vor allem darauf, daß sie nicht eine neue Partei neben die alten stellen wollte, sondern den ganz neuen Typus eines politischen Kampfverbandes darstellte, daß sie eine totalitäre Bewegung in zweifachem Sinne verkörperte, insofern als sie allein und ausschließlich die Macht erstrebte, aber auch insofern, als sie sich nicht mit Beitragszahlung und Stimmabgabe begnügte, sondern „den ganzen Menschen“ für sich in Anspruch nahm. Das bedeutete zwar auf dem Lande, namentlich im Sommer, eine ungeheuerere Belastung des einzelnen, aber zugleich vermittelte die „Bewegung“ ein neues Gemeinschaftserlebnis und zwar sehr konkreter Art: sie bot einen handfesten Rückhalt gegenüber ökonomischen und politischen Fährnissen, sie verhinderte Zwangsversteigerungen, sie versuchte, einem Kleinhändler oder Handwerker, der sich anschloß, einen Kundenkreis zu sichern und denen zu helfen, die als politische Märtyrer Amt und Stellung verloren hatten.

Vielleicht liegt hier auch ein Schlüssel für die merkwürdige Tatsache, daß bei dem traditionsmäßig liberalen, stark agrarkapitalistisch gesinnten schleswig-holsteinischen Bauerntum eine Partei so starken Anhang fand, deren agrarpolitische Pläne, von dem Gedanken des gerechten Preises ausgehend, auf eine Rentenstabilisierung der Landwirtschaft und also notwendigerweise auf eine weitgehende Beschränkung der Freiheit des Betriebsleiters hinausliefen. Vielleicht war die Hinwendung zum Nationalsozialismus mitbedingt durch die überaus große Unsicherheit der Marktchancen in den Jahren seit dem Kriege, welche gerade in Schleswig-Hol-

¹ S. oben, Kap. I/2, Tabelle 4.

stein wegen der starken Marktabhängigkeit der meisten, zumal der vielen einseitigen Betriebe in besonderem Maße empfunden worden war. Es wäre verständlich, daß gerade die kleinen und mittleren Bauern, denen die spekulative Ausnutzung von Marktchancen weniger liegt als den Großbauern und den bürgerlichen¹ Gutsbesitzern, in erster Linie die Sicherung ihrer Familienexistenz wünschten – selbst auf Kosten wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit. Der Sicherheitsgedanke, der 1919 in der Landespartei als bloße Ideologie auftauchte, war inzwischen weithin zum Element bäuerlichen Bewußtseins geworden.

Vor allem aber war es keiner der um die Bauern werbenden Parteien gelungen, einen Mythos von „élan“-bildender Kraft zu schaffen. Die Hinwendung der breiten Massen des Landvolks zur NSDAP als rein „zweckrational“ motiviert deuten zu wollen, hieße dies verkennen und vor allem die auf die Person des „Führers“ gesetzten Hoffnungen unterschätzen.

Es wird zwar oft behauptet, gerade in Schleswig-Holstein hätten die irrationalen Bestandteile der nationalsozialistischen Gedankenwelt auf dem Lande kaum irgendwelche Bedeutung erlangt. Der schleswig-holsteinische Bauer habe vielmehr, als ein nüchterner Rechner für die NSDAP gestimmt, weil er von ihrem Siege die Entschuldung, sei es durch Annullierung oder Moratorium oder Inflation, erwartet habe. Es wird erzählt, daß vor der Juliwahl 1932 manche Bauern die Prolongation von Wechseln bis nach den Wahlen gefordert hätten. Doch diese Motive sind wohl stark überschätzt worden. Die politischen Entscheidungen der meisten Menschen erfolgen nicht aus derartigen zweckrationalen Erwägungen, sondern aus Tradition oder aus dem Glauben an außerordentliche Führerpersönlichkeiten. Es darf auch die Gegensätzlichkeit der menschlichen Natur nicht übersehen werden, daß oft gerade solche Menschen, die in ihrem engen Berufskreis äußerst rational denken und handeln, in der außerberuflichen Lebenssphäre für irrationale Vorstellungen und Werte empfänglich sind. Die Idealisierung des nordischen Menschen, die Verherrlichung der Stammeseigenschaften und der geschichtlichen Überlieferung der engeren Heimat – kurz alles, was den völkischen Mythos des Nationalsozialismus ausmacht – konnte daher sehr wohl bei den „nüchternen“ Friesen und Dithmarschern empfängliche Seelen finden.

In der Hinwendung zum Nationalsozialismus vollzog sich schließlich aber auch ein Wechsel der politischen und gesellschaftlichen Führungsschicht. Da die Angehörigen der bisherigen ländlichen Honoratiorenschicht als mehr oder minder durch Mitarbeit und Mitverantwortung am „System“ belastet erschienen, sei es in der Eigenschaft als Amts- und Gemeindevorsteher, als Funktionäre der Landwirtschaftskammer oder als Kreistags- und Provinziallandtagsabgeordnete, so mußte eine Revolution gegen dieses System zum Aufstieg einer ganz neuen politischen Schicht führen. Das konservative Zwischenspiel im zweiten Halbjahr 1932 konnte

¹ Der an seigneuraler Lebensführung festhaltende grundbesitzende Adel ist ebenfalls für das Sicherheitsprinzip empfänglich, aber ständische Vorurteile dürften in vielen Fällen den Übergang vom Konservatismus zum Nationalsozialismus gehemmt haben.

diesen Prozeß nicht verhindern; die Bestrebungen zur Wiederherstellung der politischen Herrschaft konservativer Großgrundbesitzer und Großbauern scheiterten, und mit der nationalsozialistischen Revolution verband sich in Schleswig-Holstein der Übergang der politischen Machtstellungen auf dem flachen Lande an die mittleren Schichten des Landvolks. Was diese als Träger des Liberalismus nicht erreicht hatten, das schien ihnen durch das neue politische Instrument der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ zu gelingen¹.

¹ Zusatz 1962: Hier sollte, nach dem ursprünglichen Plan, ein Kapitel über die Wandlungen in der sozialen Herkunft der politischen Elite erfolgen, das jedoch nicht zur Ausführung gekommen ist.



DIE REGION SCHLESWIG-HOLSTEIN (mit angrenzenden Gebieten)



Marsch



Geest



Hügelland

Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München

THILO VOGELSANG

Reichswehr, Staat und NSDAP

Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932

507 Seiten. Leinen DM 36.–

Die Stellung der Reichswehr in der Weimarer Republik ist vielfach beleuchtet worden. Um sie geht es auch in diesem Buch. Gegliedert nach den Kabinetten Brüning I und II, Papen und Schleicher beschäftigt sich die Arbeit mit vielen Gebieten und Erscheinungen des politischen Lebens einschließlich der auswärtigen Beziehungen, doch stehen die Wehrpolitik bzw. die auf das „Innere“ und „Äußere“ übergreifenden Ambitionen des Reichswehrministeriums eindeutig im Vordergrund.

„Das Buch ist nicht nur eine hervorragende wissenschaftliche, politisch sehr ergiebige Leistung, sondern recht gut lesbar, und es erreicht jene dramatische Bewegtheit und innere Spannung, die sachgerecht zu gestalten nur der große Historiker fähig ist.“

„Bayerischer Rundfunk“

Der Hitler-Putsch

Bayerische Dokumente zum 9. November 1923. Herausgegeben von Ernst Deuerlein

761 Seiten. Leinen DM 78.–

„Es handelt sich hier um 287 Aktenstücke aus der Zeit vom September 1923 bis Februar 1924, die aus Ministerratsprotokollen des bayerischen Kabinetts, Berichten bayerischer und anderer innerdeutscher Gesandter nach und von München, Schriftverkehr der Münchner Regierung mit der Reichsregierung und anderem Archivmaterial bestehen. Die Sammlung ist versehen mit einer über 100 Seiten langen Einleitung, die in sich selbst schon einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung darstellt. Die Edition der Akten ist in mustergültiger Weise vorgenommen worden.“

Otto Stenzl in „Rheinischer Merkur“

QUELLEN UND DARSTELLUNGEN ZUR ZEITGESCHICHTE

Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München

Kommandant in Auschwitz

Autobiographische Aufzeichnungen von Rudolf Höß
Eingeleitet und kommentiert von Martin Broszat
3. Auflage. 182 Seiten. Leinen DM 16.80

ALBERT KREBS

Tendenzen und Gestalten der NSDAP

Erinnerungen an die Frühzeit der Partei
2. Auflage. 232 Seiten. Leinen DM 16.80

ALEXANDER HOHENSTEIN

Wartheländisches Tagebuch aus den Jahren 1941/42

320 Seiten. Leinen DM 19.80

In Vorbereitung

HELMUTH GROSCURTH

Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940

Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler,
herausgegeben von Harold Deutsch und Helmut Krausnick,
in Verbindung mit Hildegard von Kotze

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

*Schriftenreihe der
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*

Früher erschienen :

**Das Tagebuch von
Joseph Goebbels 1925/26**

Mit weiteren Dokumenten herausgegeben
von Helmut Heiber

MARTIN BROSZAT

**Nationalsozialistische
Polenpolitik 1939–1945**

HERMANN PÜNDER

Politik in der Reichskanzlei

Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932
Herausgegeben von Thilo Vogelsang

LOTHAR GRUCHMANN

**Nationalsozialistische
Großraumordnung**

Die Konstruktion einer „deutschen
Monroe-Doktrin“

C. F. LATOUR

**Südtirol und die Achse
Berlin - Rom**

In Vorbereitung sind :

ENNO GEORG

**Die wirtschaftlichen
Unternehmungen der SS**

LADISLAUS HORY

**Der kroatische Ustascha-Staat
1941–1945**

ROLF GEISSLER

Dekadenz und Heroismus

Zeitroman und völkisch-national-
sozialistische Literaturkritik (1919-1936)

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART